Marxismus-Leninismus

Entwurf der Grundlagenschulung
der Kommunistischen Partei

Kommunistische Partei

Grundlagenschule
Marxismus-Leninismus

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	9
2	Marx, Engels und Lenin	17
3	Dialektik und Materialismus	25
4	Kritik der Politischen Ökonomie	77
5	Der bürgerlich-kapitalistische Staat	145
6	Revolutionäre Strategie und sozialistische Revolution	157
7	Die Kommunistische Partei	185
8	Opportunismus und Revisionismus	205
9	Sozialistische Gesellschaft	219
10	Schlusswort	244

Lob des Lernens

Lerne das Einfachste! Für die
Deren Zeit gekommen ist
Ist es nie zu spät!
Lerne das Abc, es genügt nicht, aber
Lerne es! Laß es dich nicht verdrießen!
Fang an! Du mußt alles wissen!
Du mußt die Führung übernehmen .

Lerne, Mann im Asyl!
Lerne, Mann im Gefängnis!
Lerne, Frau in der Küche!
Lerne, Sechzigjährige!
Du mußt die Führung übernehmen.

Suche die Schule auf, Obdachloser !
Verschaffe dir Wissen, Frierender!
Hungriger, greif nach dem Buch: es ist eine Waffe.
Du mußt die Führung übernehmen.

Scheue dich nicht zu fragen, Genosse!
Laß dir nichts einreden
Sieh selber nach!
Was du nicht selber weißt
Weißt du nicht.
Prüfe die Rechnung
Du mußt sie bezahlen.
Lege den Finger auf jeden Posten
Frage: Wie kommt er hierher?
Du mußt die Führung übernehmen.

Bertolt Brecht

Druckversion 1-2024
Kommunistische Partei

kommunistischepartei.de
info@kommunistischepartei.de
instagram: kommunistischepartei.de
twitter: @kpdeutschland

1 Einleitung

Die Welt, in der wir leben, ist eine kapitalistische Welt. Kapitalismus, das bedeutet, dass die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit, dass jeder Bereich des gesellschaftlichen Lebens darauf ausgerichtet ist, dass das Kapital möglichst hohe Profite erzielen kann; das bedeutet, dass die Produktionsmittel in den Händen von Wenigen sind und nicht von der Gesellschaft für die Gesellschaft genutzt werden; das bedeutet, dass die Bedürfnisse der Menschen nicht Ziel und Zweck der Produktion sind, sondern regelmäßig auf der Strecke bleiben; das bedeutet unermesslichen Reichtum auf der Seite der Wenigen und Armut, Not, Mangel auf der Seite der Vielen. Kapitalismus bedeutet schließlich auch, dass die politische Macht, allem Gerede von der „Demokratie" zum Trotz, letztlich in den Händen einer kleinen Minderheit von Kapitalisten, also in den Händen derjenigen Klasse liegt, der auch die Unternehmen gehören. Unter dem Zwang, ständig für die Erhaltung und Erhöhung ihrer Profite zu kämpfen, ist es im Interesse der Kapitalisten, den Lebensstandard der arbeitenden Massen nach unten zu drücken und die Welt mit Kriegen um Ressourcen, Absatzmärkte und Investitionsmöglichkeiten zu überziehen.

Das kapitalistische System gerät tendenziell in immer schwerere Krisen, die Massen von Arbeitern ins Elend stürzen und auf eindrückliche Weise immer wieder beweisen: In der heutigen Epoche des Imperialismus ist der Kapitalismus historisch überholt. Der Kapitalismus lässt sich nicht den menschlichen Bedürfnissen entsprechend gestalten, das Privateigentum an Produktionsmitteln steht tendenziell im immer schärferen Widerspruch zum gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Sozialismus ist die nächste Gesellschaftsform, die der Entwicklung der Produktivkräfte durch gesellschaftliche Planung gerecht wird. Ein besseres Leben gibt es nur in einer anderen Gesellschaft.

Der Sozialismus ist eine Gesellschaft, in der die Wirtschaft dem Menschen dient,

indem gemäß den Bedürfnissen aller Menschen die Produktion geplant und umgesetzt wird. Für eine solche Gesellschaft kämpfen wir. Das Ziel des Sozialismus ist so aktuell wie nie zuvor, auch wenn uns die antikommunistische Propaganda weismachen will, dass mit der Zerstörung Und der vorläufigen Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion und DDR 1991 auch die kommunistische Idee gescheitert sei. Doch die Flamme des Kommunismus brennt weiter! So sehr unsere Gegner es auch versucht haben, sie konnten diese Flamme nicht auslöschen. Die Widersprüche des Kapitalismus zeigen immer wieder neu den Sozialismus als nächste notwendige und fortschrittliche Gesellschaftsformation auf. Überall auf der Welt, wo sich die Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter erheben, besteht die Möglichkeit, dass die Idee der klassenlosen Gesellschaft sich wieder verbreitet. Und auch heute werden in vielen Ländern der Welt diese Kämpfe immer noch – oder wieder – unter der roten Fahne des Kommunismus geführt.

Doch *„ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben"* (Lenin: Was tun?, Lenin Werke Band 5 (ab hier: LW 5), S.379). Dieses Zitat stammt von Lenin, einem der drei grundlegenden „Klassiker" und Begründer unserer Weltanschauung, des Marxismus-Leninismus. Eine Bewegung, die ihr genaues Ziel nicht kennt, kann sich auch nicht in die richtige Richtung entwickeln. Folgt die Bewegung falschen Theorien, in denen der Kapitalismus gerechtfertigt oder für reformierbar erklärt wird, kann sie sich nicht zu einer schlagkräftigen Macht gegen das System entwickeln. Sie wird dann immer wieder Illusionen hinterherrennen, an ihren falschen Hoffnungen scheitern und für ihre Anhänger nichts als Enttäuschungen bereithalten. Eine Arbeiterklasse, die von revolutionärer Theorie geleitet ist, die also versteht, was die Ursachen ihrer Lage sind und wie diese Lage geändert werden kann, ist eine enorme Macht, sobald sie sich organisiert. Die Arbeiterklasse im Marxismus-Leninismus zu bilden, die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit der Theorie des Wissenschaftlichen Sozialismus ist also die notwendige Voraussetzung für den Sturz des Kapitalismus, für die sozialistische Revolution. Der Marxismus ist keine „reine Theorie", mit der sich ein paar Universitätsprofessoren beschäftigen können, die aber sonst keine Bedeutung hätte. Er ist eine Wissenschaft, die auf die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft ausgerichtet ist. Marx formulierte: „*Die Philosophen haben die Welt nur verschieden* ***interpretiert****; es kommt aber darauf an, sie zu* ***verändern****.*" (Marx: Thesen über Feuerbach, Marx-Engels-Werke, Band 3 (ab hier: MEW 3), S. 535).

Um diese Veränderung zu ermöglichen, brauchen wir die **Kommunistische Partei**, die den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Interessen anführt und am konsequentesten vertritt. Denn nur eine Partei neuen Typs kann unserem Klassenfeind, organisiert über den bürgerlichen Staat, gegenübertreten: mit einem kollektiv diskutierten und einheitlich umgesetzten Programm, einer wissenschaftlich hergeleiteten Strategie und Taktik, um die Arbeiterklasse zur Zerschlagung des bürgerlichen Staats zu führen. In ihr organisieren sich die Teile der Arbeiterklasse, deren politisches Bewusstsein am weitesten fortgeschritten ist. Die kommunistische Bewegung in Deutschland ist in einer tiefen Krise. Unser Ziel ist ein Klä-

rungsprozess in den wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung. Die Sammlung der Kräfte, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus diese Klärung anstreben, ist unser Ziel, um eine starke und einheitliche Kommunistische Partei zu formieren. Zu diesem Zweck wurde zunächst 2018 die **Kommunistische Organisation** und von dieser dann 2024 die **Kommunistische Partei (KP)** gegründet.

Diese Grundlagenschulung hat nun das Ziel, in möglichst verständlicher Sprache die Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu vermitteln. Sie ist geschrieben worden, um möglichst breite Massen an den Wissenschaftlichen Sozialismus heranzuführen und Generationen neuer Kommunisten heranzubilden, die die große Aufgabe der Formierung der Kommunistischen Partei und einer klassenkämpferischen Arbeiterbewegung angehen werden. Wir werden alltäglich mit unterschiedlichsten Meinungen, Argumenten, Fragen und Problemen konfrontiert, auf die wir als Kommunisten Antworten im Sinne der Arbeiterklasse finden müssen. In der heutigen Situation, in der sich die kommunistische Weltbewegung in einer tiefen Krise befindet und unzählige theoretische und praktische Fehler aufzuarbeiten hat, besteht die Aufgabe der Kommunisten außerdem darin, einen wissenschaftlichen Klärungsprozess zu organisieren, der das notwendige Maß an Licht in das Dunkel der theoretischen und praktischen Unklarheiten bringen kann. Für all diese Aufgaben ist ein möglichst umfassendes Verständnis des Wissenschaftlichen Sozialismus die grundlegende Voraussetzung.

Der Aufbau einer kommunistischen Partei in Deutschland kann nicht von der kontinuierlichen Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, mit unseren Grundlagen, getrennt werden. Denn dies ist die Voraussetzung, den Revisionismus, das Eindringen bürgerlicher Ideologie in unseren Reihen und damit die Zersetzung unserer Bewegung, zu bekämpfen. Ein kollektives Verständnis der Welt, eine gemeinsame und einheitliche Grundlage ist außerdem notwendig, um Disziplin und Schlagkraft einer Partei oder der Aufbauorganisation zu einer Partei erreichen zu können. Andernfalls erziehen wir uns gegenseitig zu blindem Kadavergehorsam, zu Kommunisten, die die Arbeiterklasse nicht anführen können. Die Grundlagenschule versucht einen Beitrag dazu zu leisten und sich mit den Fragen zu beschäftigen, die dafür relevant sind:

- Wie kommen wir zu den richtigen Erkenntnissen über die Realität? Welche Gefahren gibt es dabei und wie können wir sie bekämpfen?
- Nach welchen Gesetzmäßigkeiten laufen Prozesse in unserer Welt ab? Nach welchen Gesetzmäßigkeiten entwickelt sich die Geschichte der Menschheit und wie steht das im Verhältnis zum nächsten Schritt, dem Sozialismus?
- Warum ist der Kapitalismus nicht reformierbar, wie ist dabei aber das Verhältnis von Reform und Revolution? Warum ist der Kapitalismus grundsätzlich krisenbehaftet, und warum ist es deshalb nicht ausreichend, den Neoliberalismus zu bekämpfen?
- Warum entstehen in der Epoche des Imperialismus gesetzmäßig Kriege?

Warum kann es keinen Frieden im kapitalistischen System geben?

- Wie können wir uns als Kommunisten organisieren, um in der heutigen Epoche den bürgerlichen Staat zu stürzen? Welche Bündnisse können wir dabei schließen und welche Fallstricke gibt es dabei?

- Wie kann die Arbeiterklasse nach der Revolution den Weg zu einer gerechten, bedürfnisorientierten Gesellschaft hin gestalten?

Der Marxismus-Leninismus oder auch Wissenschaftliche Sozialismus wurde von drei großen Denkern begründet: Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin. Mit diesen drei Personen und ihrem Leben werden wir uns im folgenden Kapitel 2 kurz beschäftigen. Wenn wir diese Drei als unsere „Klassiker" bezeichnen, meinen wir damit dann, dass sie unfehlbar waren und jedes ihrer Worte wie eine heilige Schrift zu betrachten ist? Natürlich nicht. Unfehlbar waren sie genauso wenig wie andere Menschen und ihre Lehren sind auch keine Dogmen, die man nicht hinterfragen darf. Im Gegenteil: Diese Einführung sollte jeden dazu anregen, sich selbst eine Meinung darüber zu bilden, inwiefern die Thesen des Wissenschaftlichen Sozialismus überzeugen können. Allerdings haben wir als Kommunisten dazu natürlich auch eine Meinung. Wir finden, dass der Marxismus-Leninismus zu Recht beansprucht, die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse zu sein und sowohl zum Erkennen der Welt als auch für den praktischen Kampf für eine bessere Welt unverzichtbar ist. Und Marx, Engels und Lenin haben die entscheidenden Beiträge zur Entwicklung und Weiterentwicklung dieser Weltanschauung geleistet, auch wenn es zahllose weitere Marxisten gegeben hat, die sie ebenfalls bereichert haben.

Der wissenschaftliche Sozialismus hat dabei einerseits den Anspruch, eine geschlossene Weltanschauung zu sein, auf der anderen Seite ist er aber auch sehr offen: Geschlossen ist er in dem Sinne, dass es sich um ein zusammenhängendes Gedankengebäude handelt, in dem alle Teile zueinander passen und sich gegenseitig ergänzen. Offen ist er in dem Sinne, dass er als Theorie nie „fertig" sein kann und sich niemals gegen neue Erkenntnisse oder das Korrigieren von Fehleinschätzungen versperren kann. Entgegen der antikommunistischen Propaganda, die dem Marxismus-Leninismus oft vorwirft „dogmatisch" zu sein, also verbissen an längst überholten Glaubenssätzen festzuhalten, ist er in Wirklichkeit eine lebendige Wissenschaft, die sich nicht davor fürchtet, die eigenen Fehler und Unzulänglichkeiten einzugestehen und zu korrigieren. So hat auch Lenin, der später lebte als Marx und Engels, den Marxismus wesentlich weiterentwickelt, weshalb wir heute auch vom Marxismus- Leninismus sprechen.

Der Marxismus-Leninismus besteht aus drei Kernbestandteilen, die sich wiederum auf drei Hauptquellen zurückführen lassen (siehe: Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, LW 19, S. 3-9)).

Karl Marx und Friedrich Engels entwickelten erstens den Dialektischen und Historischen Materialismus, die philosophische Grundlage des Wissenschaftlichen

Sozialismus, also gewissermaßen seine grundlegende Sichtweise auf die Welt. Dieser konnte sich auf die Erkenntnisse von Jahrtausenden der Entwicklung der Philosophie stützen, vor allem aber auf die deutsche Philosophie des 18. und 19. Jahrhunderts wie Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Ludwig Feuerbach. Das ist zweitens die Kritik der Politischen Ökonomie, das Studium der ökonomischen Struktur und Funktionsweise des Kapitalismus. Hier konnten sich Marx und Engels und nach ihnen Lenin auf die Ergebnisse der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre ihrer Zeit, vor allem die Erkenntnisse englischer Ökonomen wie Adam Smith und David Ricardo zur Arbeitswerttheorie stützen. Schließlich ist drittens der wissenschaftliche Sozialismus als Theorie des Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution zu nennen, hergeleitet auch aus praktischen Erfahrungen der Pariser Kommune und der Klassenkämpfe des englischen Proletariats. Eine weitere Grundlage war die Kritik an mangelnder wissenschaftlicher Herleitung und Voluntarismus revolutionärer Ideen der utopischen Sozialisten wie Henri de Saint-Simon, Charles Fourier, Robert Owen oder Wilhelm Weitling. Da der Marxismus, wie schon gesagt, eine zusammenhängende Theorie ist, ist es nicht möglich, diese drei Bestandteile voneinander zu trennen. Man kann z.B. nicht die Theorie über die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus (Kritik der Politischen Ökonomie) losgelöst vom Dialektischen und Historischen Materialismus betrachten, der überhaupt erst das Verständnis von Gesetzmäßigkeiten begründet hat, mit dem Marx, Engels und Lenin den Kapitalismus analysiert haben. Dementsprechend beginnt das nächste Kapitel der Grundlagenschule damit, unser Werkzeug, die Methodik des Wissenschaftlichen Sozialismus, zu erklären. Man kann genauso wenig die wissenschaftliche Theorie des Klassenkampfes abtrennen von der Kritik der Politischen Ökonomie, die überhaupt erst erklärt, welche Rolle die Klassen im Kapitalismus spielen.

Im beginnenden 20. Jahrhundert entwickelte Wladimir Iljitsch Lenin den Wissenschaftlichen Sozialismus entscheidend weiter. Er wandte ihn bei der Analyse des Kapitalismus zu dieser Zeit an und verteidigte den Dialektischen Materialismus im Bereich der materialistischen Erkenntnistheorie. Er widmete sich systematisch den Fragen, wie der Klassenkampf der Arbeiterklasse erfolgreich mit dem Ziel der Machtübernahme geführt werden kann und wie die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse im heutigen, imperialistischen Zeitalter organisiert sein muss.

Entsprechend der historischen und gedanklichen Entwicklung der Kritik der Politischen Ökonomie entwickelt das vierte Kapitel Marx Erkenntnisse über die Ware und die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus hin zu Lenins Erkenntnissen über die aktuelle Epoche des Kapitalismus, den Imperialismus.

Darauf aufbauend stellt das darauffolgende Kapitel 5 den bürgerlich-kapitalistischen Staat als Werkzeug des Kapitals zur Durchsetzung seiner Interessen dar. Von den Erkenntnissen über die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus und Imperialismus wird unsere revolutionäre Strategie zur sozialistischen Revolution im sechsten Kapitel hergeleitet.

Aus den Bedingungen des Imperialismus einerseits und dem strategischen Ziel der heutigen Epoche des Kapitalismus ergeben sich die notwendigen Anforderungen an die kommunistische Partei, die Kapitel 7 darstellt. In ihren eigenen Reihen und auch in der Arbeiterklasse ist die Aufgabe der KP, die richtige Orientierung zu finden, und dabei den Revisionismus zu bekämpfen – das gesetzmäßige Eindringen bürgerlicher Vorstellungen in unsere Ideologie, getarnt als Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus (Kapitel 8).

All dies soll schließlich im Sozialismus, der Errichtung der Diktatur des Proletariats und letztendlich im Übergang zum Kommunismus enden – dabei geht Kapitel 9 auf unsere historischen Errungenschaften des real existierenden Sozialismus ein, und welche Lehren wir für unseren heutigen Anlauf zum Sozialismus daraus ziehen müssen.

Diskussionsfrage

- **Warum ist der Marxismus-Leninismus eine Wissenschaft? Was sind die wesentlichen Bestandteile und wie stehen diese im Verhältnis?**

Wie arbeitet man mit dieser Einführung am besten?

Der Text ist grundsätzlich sowohl dazu geeignet, ihn in einer Gruppe, in einem Lesekreis Kapitel für Kapitel zu lesen und gemeinsam zu diskutieren, als auch für das Selbststudium. Natürlich hat es aber viele Vorteile, sich die Inhalte gemeinsam mit anderen zu erarbeiten, sich auszutauschen und die einzelnen Argumente auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Denn alles, was hier steht, darf diskutiert und überprüft werden, nichts sollte man einfach nur „glauben", weil es da steht. Zur Auseinandersetzung mit dem Text werden an die meisten Kapitel Arbeitsfragen und Diskussionsfragen angeschlossen. Natürlich handelt es sich dabei nur um Vorschläge. Die Arbeitsfragen können aber das Lesen strukturieren und sollen sicherstellen, dass man die Kernaussagen jedes Kapitels verstanden hat und in eigenen Worten wiedergeben kann.

Die Diskussionsfragen können die Diskussion anregen, aber sicher gibt es oft auch andere Fragen, die kontrovers diskutiert werden können. Außerdem ist es ratsam, sich während des Lesens eigene Notizen zu machen, sich wichtige Textstellen zu markieren und Fragen und Kritikpunkte herauszuschreiben.

Die einzelnen Unterkapitel können jeweils als Lerneinheiten gelesen werden. Allerdings liegt es in der Natur der Sache, dass sie von der Länge zum Teil sehr variieren. Deshalb empfiehlt sich im Lesekreis ein flexibler Umgang damit.

Und nicht vergessen – all das sind keine trockenen Lehrbuchweisheiten, sondern sie sind dafür gedacht, uns im Kampf gegen den Kapitalismus, für eine sozialistische Gesellschaft anzuleiten und zu stärken.

2 Marx, Engels und Lenin

Der Wissenschaftliche Sozialismus wurde von zahllosen Menschen weiterentwickelt und in der Praxis angewandt. Nur in der Wechselwirkung und Einheit von Kämpfen, Begreifen und Anwenden können wir revolutionäre Taten umsetzen und die Organisierung der Arbeiterklasse voranbringen. Wie im letzten Kapitel angedeutet, spielten allerdings Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Uljanow, besser bekannt unter seinem Kampfnamen „Lenin", dabei eine besonders herausgehobene Rolle. Diese drei wichtigen Führer der Arbeiterklasse stehen in dieser Grundlagenschule nicht im Vordergrund. Im Vordergrund steht die wissenschaftliche Lehre, die sie begründet haben. Trotzdem ist es sinnvoll, sich zunächst kurz mit ihrem Leben und den damit verknüpften historischen Bedingungen zu beschäftigen, da wir so die Entwicklung ihrer Erkenntnisse im Kontext der Geschichte der Arbeiterbewegung besser nachvollziehen können.

2.1 Marx und Engels

Karl Marx wurde 1818 in Trier als Sohn einer Familie deutscher Juden geboren. Er studierte ab 1835 Rechtswissenschaften in Bonn, dann ab 1836 in Berlin. Er beschäftigte sich ausführlich mit Fragen der Philosophie und Geschichte und geriet bald unter den Einfluss des kurz zuvor verstorbenen idealistischen (s. dazu Kapitel 3.1.2) Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Hegels Anhängerschaft spaltete sich zu dieser Zeit in zwei Lager: Die Althegelianer oder Rechtshegelianer einerseits, die in der preußischen Monarchie den Gipfel der Menschheitsentwicklung hin zum Fortschritt zu sehen glaubten. In scharfem Gegensatz zu ihnen standen die Junghegelianer oder Linkshegelianer, die den preußischen Staat der damaligen Zeit ablehnten und die Armut und Unterdrückung im damaligen Kapitalismus anprangerten. Marx gehörte zur Gruppe der Linkshegelianer. Seine Doktorarbeit in der Philosophie beendete er 1841 zum Thema der mate-

rialistischen Naturphilosophie der antiken griechischen Philosophen Demokrit und Epikur.

Marx begann 1842 in der liberalen Rheinischen Zeitung als Redakteur zu arbeiten und wurde bald zu ihrem Chefredakteur. Er vertrat damals einen radikal- demokratischen politischen Standpunkt, war also für eine radikale Demokratisierung der damaligen Gesellschaft, für die Überwindung rückständiger religiöser Vorurteile und Diskriminierungen und der Reste mittelalterlicher Gesellschaftsstrukturen. Bald schon wurde die Zeitung von der staatlichen Zensurbehörde in Köln verboten. Ab 1843-44 begann Marx, engeren Briefkontakt mit Friedrich Engels zu pflegen.

Engels war der Sohn eines reichen Industriellen der Textilproduktion. Trotz dieser Herkunft identifizierte er sich mit den elenden Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und vertrat ähnliche, damals noch radikal-demokratische Standpunkte wie Karl Marx. Auch Engels beschäftigte sich viel mit philosophischen Fragen und gehörte zu den Linkshegelianern. Zunehmend wandte er sich aber der materialistischen Philosophie (in Deutschland vor allem Ludwig Feuerbach, aber auch den französischen Materialisten) zu. Engels vertiefte seine Sympathie mit der Arbeiterbewegung in Deutschland und England, lernte den Klassenkampf der Arbeiter kennen und begann unter diesem Einfluss, sich mit dem Kapitalismus und seiner Funktionsweise zu beschäftigen.

Zu dieser Zeit existierte Deutschland noch nicht als Nationalstaat, sondern vielmehr als eine Vielzahl kleiner staatlicher Einheiten, die noch von Fürsten und Königen regiert wurden. In Deutschland entstand in dieser Zeit die Arbeiterbewegung, während gleichzeitig auch das Bürgertum noch revolutionäre Ziele verfolgte und zu großen Teilen für die Abschaffung der Fürstenherrschaft kämpfte. Ökonomisch stützte sich das Bürgertum, oder die Bourgeoisie, auf die neu entstandene kapitalistische Industrie sowie den Handel und das Bankwesen.

Marx schrieb in seinen „ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahr 1844“ (MEW Ergänzungsband I) zum ersten Mal die Ansätze seiner neuen Theorie, des Wissenschaftlichen Sozialismus, auf. Kurz darauf erarbeitete er mit Engels zusammen ihre Werke „Die heilige Familie“ (MEW 2) und „Die deutsche Ideologie“ (MEW 3), in denen sie sich gegen die Ideen der Junghegelianer ihrer Zeit wandten. Hier kritisierten sie die Mängel sowohl der idealistischen Hegelianer als auch des damaligen Materialismus.

Politisch entscheidend war 1848 die Veröffentlichung des „Manifests der Kommunistischen Partei“ (MEW 4), bis heute auch bekannt als das „Kommunistische Manifest“. Das Kommunistische Manifest schrieben Marx und Engels im Auftrag des Bundes der Kommunisten, der ersten revolutionären Arbeiterorganisation der damaligen Zeit. In diesem Text werden die Grundsätze der politischen Programmatik wie auch der Weltanschauung der Kommunisten dargestellt.

1848 und 1849 brachen dann in vielen Ländern Europas bürgerliche Revolutio-

nen aus, so auch in Deutschland. Die revolutionäre Bewegung richtete sich gegen die Herrschaft der absolutistischen Königshäuser, die zunehmend zur Fessel für die sich entwickelnde kapitalistische Produktionsweise wurde. Getragen war die Bewegung von der sich herausbildenden Bourgeoisie - die bürgerliche Klasse lebte zwar auch damals bereits von der Ausbeutung der Arbeiterklasse, hatte allerdings noch ein Interesse an der Durchsetzung bestimmter fortschrittlicher Veränderungen wie die Zersplitterung der Kleinstaaten zu überwinden oder an der Einführung bürgerlicher Gesetze, die für Kapitalinvestitionen Rechtssicherheit gewährleisteten. Die bürgerlichen Versprechen von Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit und Volksherrschaft nach den Bedürfnissen des Kapitals wurden damit eingefordert.

Die Arbeiterklasse spielte in diesen revolutionären Aufständen bereits eine entscheidende Rolle, die Entwicklung im Rahmen der Produktionsverhältnisse war aber noch nicht so fortgeschritten, dass sie die Revolution politisch hätte anführen können. Marx und Engels unterstützten die Revolution, Engels nahm auch unmittelbar an den revolutionären Kämpfen teil.

Nach der Niederlage der deutschen Revolution mussten Marx und Engels nach England auswandern, um der politischen Verfolgung in Deutschland und Frankreich zu entgehen. Marx befasste sich in den Folgejahren intensiv mit der Analyse der Klassenkämpfe in Frankreich. Die daraus entstandenen Analysen („Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ (MEW 7) und „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ (MEW 8)) sind bis heute extrem lehrreiche Beispiele dafür, wie der Wissenschaftliche Sozialismus angewendet werden kann, um politische Entwicklungen und die ihnen zugrunde liegenden Prozesse zu analysieren.

Vor allem aber widmete Marx sich nun dem Studium der Politischen Ökonomie. Das war nur konsequent, da es zu den wichtigsten Einsichten ihres philosophischen Standpunktes gehörte, dass die Entwicklung jeder Gesellschaft vor allem von ihrer ökonomischen Grundlage bestimmt ist. Aus diesem Studium der Ökonomie ging schließlich das Hauptwerk von Karl Marx, „Das Kapital“ hervor (MEW 23, 24 und 25). Der erste Band dieses gewaltigen Werks erschien 1867. Am zweiten und dritten Band arbeitete Marx bis zu seinem Tod weiter, schaffte es jedoch nicht, sie zu vollenden. Engels konnte sie jedoch so weit bearbeiten, dass sie 1885 und 1894 doch noch erscheinen konnten.

Engels setzte währenddessen seinen Schwerpunkt stärker auf die Befassung mit grundlegenden philosophischen Fragen. Daraus entstanden einige der wichtigsten Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus: der „Anti-Dühring“ (MEW 20) als Kampfschrift gegen den Revisionismus Dührings, der reaktionäre bürgerliche Elemente wie die Rassentheorie in die Arbeiterbewegung tragen wollte. Eine wichtige Rolle gespielt haben auch „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ (MEW 21), die „Dialektik der Natur“ (MEW 20) und „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ (MEW 21).

Die Zeit, zu der Marx und Engels ihre ökonomischen Analysen verfassten, war geprägt von der Industrialisierung, wobei diese in England auch schon am Ende des 18. Jahrhunderts mit hoher Geschwindigkeit stattgefunden hatte und nun auch in anderen Ländern an Fahrt aufnahm. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, also noch zu Lebzeiten von Marx und Engels, wurden Deutschland und die USA zu Zentren der Entwicklung der kapitalistischen Industrie. Auf Grundlage der Erfahrungen aus Deutschland, aber auch aus England und Frankreich entwickelten Marx und Engels ihre Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, des Klassenkampfes zwischen Arbeitern und Kapitalisten sowie des Elends, in dem die Arbeiterklasse leben musste.

Marx und Engels beschränkten sich in dieser Zeit nie auf die Rolle reiner Theoretiker, sondern entwickelten sich im Gegenteil auch zu Führungsfiguren der entstehenden revolutionären Arbeiterbewegung. 1864 beteiligten sie sich an der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation, des ersten länderübergreifenden Zusammenschlusses der Arbeiterbewegung. Sie spielten dann auch eine führende Rolle in den Diskussionen um die Ausrichtung der Arbeiterbewegung und setzten sich dafür ein, dass die Arbeiterklasse sich die Eroberung der Staatsmacht zum Ziel setzen sollte.

Die Zersplitterung in Kleinstaaten wurde in Deutschland nach den Reichseinigungskriegen 1870/71 überwunden. Das Deutsche Reich wurde gegründet, allerdings nicht durch eine Revolution der fortschrittlichen Kräfte der Bourgeoisie, sondern durch ein Bündnis der Bourgeoisie mit dem alten Adel und den konservativen preußischen Militärs.

Die Niederlage Frankreichs im Deutsch-Französischen Krieg führte zu einer Verschärfung der Situation der französischen Arbeiterklasse, auf deren Rücken die Kosten für den Krieg ausgetragen werden sollte. Als 1871 in Paris zum ersten Mal die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staat zerstörte und für einige Wochen in Ansätzen ihre eigene Macht aufbaute, die „Pariser Kommune", begrüßten Marx und Engels diese erste proletarische Revolution mit Begeisterung. Die Kommune von Paris, so schrieben Marx und Engels, war das erste Beispiel für die Diktatur des Proletariats, wie sie sie anstrebten. Nachdem die Kommune von französischen und deutschen Militärs niedergeschlagen und in ein furchtbares Massaker an den revolutionären Arbeitern gemündet hatte, analysierte Marx die Ursachen der schmerzhaften Niederlage in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich" (MEW 17). Nach dem Tod von Marx im Jahr 1883 setzte Engels sein Werk fort und bemühte sich bis zu seinem eigenen Tod im Jahre 1895 weiterhin um den Aufbau der internationalen Arbeiterbewegung auf der programmatischen Grundlage des Wissenschaftlichen Sozialismus.

Diskussionsfragen

- **Wie konnte sich Deutschland von der „Kleinstaaterei" bis zur Gründung des Deutschen Reiches entwickeln? Gehe hier kurz auf die Rolle der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse ein.**

- **Wieso war es gerade Marx und Engels möglich, diese Theorie zu entwickeln? Was waren wichtige historische, gesellschaftliche, soziale, etc. Entwicklungen dafür?**

2.2 Lenin und die Bolschewiki

Lenin wurde 1870 in der russischen Stadt Simbirsk an der Wolga (heute nach Lenin benannt Uljanowsk) in eine angesehene Familie geboren. Trotz seiner gehobenen Herkunft war Lenins Bruder Alexander Mitglied einer revolutionären, allerdings nicht marxistischen Gruppe, die glaubte, durch Terroranschläge die zutiefst ungerechten gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland verändern zu können. Nach einem Mordanschlag auf den Zaren Alexander III. wurde er hingerichtet. Diese Erfahrung prägte den jungen Lenin sehr. Er beschäftigte sich mit revolutionärer russischer Literatur und als er sein Studium in Kasan begann, beteiligte er sich an politischen Aktionen der Studentenbewegung. In den 1890er Jahren begann er dann auch mit dem Studium des Marxismus, teilweise über die Schriften des russischen Marxisten Georgi Plechanow, aber auch über die Lektüre der Werke von Marx und Engels. Er beteiligte sich 1895 in Sankt Petersburg an der Gründung des „Kampfbunds zur Befreiung der Arbeiterklasse", der sich bereits 1898 mit anderen sozialistischen Gruppen zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) vereinigte.

1903 spaltete sich die SDAPR auf ihrem II. Parteitag in die reformistischen Menschewiki und Bolschewiki (benannt nach dem russischen Wort für Mehrheit, weil sie bei der Spaltung die Mehrheit stellten), die formell in derselben Organisation blieben, aber jeweils ihre eigene Politik entwickelten. Die Menschewiki (die Minderheitsfraktion) glaubten, dass Russland zu rückständig für eine sozialistische Revolution sei und sich daher zunächst der Kapitalismus in Russland entwickeln müsse, bevor der Sozialismus möglich wäre. Revolutionäre Aktionen lehnten sie daher ab, da sie befürchteten, damit die liberale Bourgeoisie zu verschrecken, die sie als Hauptkraft für die Entwicklung einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in Russland sah. Die Bolschewiki unter Lenins Führung propagierten hingegen als erste Etappe ihres Kampfes eine bürgerlich-demokratische Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse zum Sturz des Zarismus und als zweite Etappe die proletarische Revolution in Russland. Lenin sah das Russische Zarenreich als das schwächste Glied in der Kette des Imperialismus – das Land hinkte hinter den führenden imperialistischen Ländern wie England, Frankreich oder Deutschland hinterher, das Industrieproletariat machte nur einen kleinen Teil der Bevölkerung aus, ihr Klassenbewusstsein und Kampfgeist hatte sich aber schon in einigen Kämpfen gegen Staat und Kapital wie in den Massenstreiks und der Revolution 1905 entwickelt und erprobt. In der Vorstellung Lenins musste die Arbeiterklasse Russlands die Kette der imperialistischen Staaten an diesem Glied zerreißen, um Revolutionen in anderen Ländern folgen zu lassen und mithilfe

dieser Länder wäre es möglich, auch in Russland den Sozialismus aufzubauen. Außerdem waren Lenin und die Bolschewiki der Ansicht, dass die Partei der Arbeiterklasse keine lose und unverbindliche Sammlung von mehr oder weniger aktiven Anhängern sein dürfe, wie die Menschewiki glaubten, sondern nur als gut organisierte und disziplinierte Organisation von überzeugten Marxisten Erfolg haben könne – eine Organisation der Revolutionäre, die sich den Kampf für die Revolution zur Lebensaufgabe gemacht haben.

Im Ergebnis dieser Spaltung gelang es den Bolschewiki in den folgenden Jahren, eine starke und einheitliche revolutionäre Partei aufzubauen, auch wenn in dieser weiterhin scharfe inhaltliche Auseinandersetzungen um die richtige Linie geführt werden mussten. Lenin entwickelte sich zunehmend zum politischen und theoretischen Führer der bolschewistischen Fraktion. 1905 bis 1907 kam es in Russland zum Versuch einer bürgerlichen Revolution gegen die Selbstherrschaft des Zaren. Die SDAPR spielte dabei bereits eine wichtige Rolle in den Städten. Die Revolution wurde jedoch blutig niedergeschlagen. Die Bolschewiki mussten in den folgenden Jahren unter den schwierigen Bedingungen der zaristischen Unterdrückung ihre Partei aufbauen. Lenin entwickelte seine Theorie der revolutionären Kaderpartei und der proletarischen Revolution in dieser Zeit in verschiedenen Schriften: „Was tun?“ (LW 5), „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ (LW 7), „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (LW23) und schließlich im Sommer 1917 „Staat und Revolution“ (LW 25), worin er die marxistische Auffassung vom bürgerlichen Staat hervorhob und damit gegen die Reformisten die Notwendigkeit der revolutionären Zerschlagung dieses Staates begründete. 1908 verteidigte er mit „Materialismus und Empiriokritizismus“ (LW 14) Marx’ Erkenntnistheorie. Damit reagierte Lenin auf idealistische, erkenntnisfeindliche Angriffe von österreichischen, deutschen und russischen bürgerlicher Autoren auf Marx’ Erkenntnistheorie, die sich nach der gescheiterten Revolution 1905 verstärkten.

Vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs verfasste Lenin außerdem eines seiner zentralen Werke, “Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus” (LW 22) . Er hielt damit die Entwicklung des Kapitalismus zu seiner imperialistischen Epoche fest, der Epoche der Entstehung von Monopolen und des Finanzkapitals und kritisierte auch revisionistische Theorien in diesem Zusammenhang, bspw. in Annahmen über die Friedensfähigkeit des Imperialismus oder einer einseitigen, auf die militärisch reduzierte Ebene des Wesen des Imperialismus.

In der Praxis machte sich dieser Revisionismus, wie auch der Streit um die revolutionäre Strategie und die richtige Organisationsform schmerzlich bemerkbar: besonders in Deutschland kam es erst sehr spät zur Spaltung zwischen revolutionären Kommunisten und Reformisten, sodass sich 1914 die Führung der deutschen Sozialdemokratie beim Beginn des Ersten Weltkriegs hinter die „eigene“ herrschende Klasse stellte und damit die Arbeiter zu Millionen die Schlachtbank des Krieges führen konnte. Die internationalistischen und revolutionären Teile der Bewegung, die den Krieg abgelehnt hatten, mussten sich größtenteils ganz

neu organisieren. Die beiden Grundsatzfragen, die Fragen der revolutionären Strategie und der Organisationsform, sind bis heute die zentralsten Streitpunkte zwischen revolutionären Kommunisten und Reformisten in der Arbeiterbewegung. Es sind zugleich zentrale Streitpunkte auch unter Kommunisten. In der Folge der Ereignisse um den Ersten Weltkrieg war die Arbeiterbewegung in einer tiefen Krise, hatte aber auch gleichzeitig ihre Macht und revolutionären Potentiale gezeigt.

Mit der in Deutschland 1918 gescheiterten Novemberrevolution zeigten sich die bitteren Folgen der verspäteten eigenständigen Organisierung der revolutionären Kommunisten in Deutschland. Im Gegensatz dazu konnte in Russland im Februar 1917 die jahrhundertealte Zarendynastie der Romanows gestürzt werden. Russland wurde eine bürgerlich-demokratische Republik. Doch die wesentlichen Forderungen der Arbeiter und Bauern, die sich vor allem nach einer Beendigung des mörderischen Weltkriegs, nach einer Neuverteilung des Landes und nach Brot sehnten, konnte die neue Regierung ebenso wenig befriedigen wie das Regime des Zaren. Allein die Bolschewiki waren in der Lage, auf diese Wünsche der Massen zu antworten. Lenin spielte hierbei wiederum eine Schlüsselrolle: Als er im April 1917 aus seinem Exil in der Schweiz zurückkehrte, stellte er mit den „Aprilthesen" (Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, LW 24) das politische Programm vor, das im Kampf für den Sozialismus in Russland zu verfolgen sei. Darin argumentierte er, dass nur eine Machtübernahme der Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets), die sich in der Revolution gebildet hatten, verbunden mit der Verstaatlichung der Industrie und Banken, der Landverteilung an die Bauern und der Beendigung des Krieges, eine Lösung darstellen könne. Der organisierte Widerstand der Arbeiterklasse nahm im Verlauf des Sommers 1917 weiter zu, bis im Oktober (nach heutigem Kalender November) 1917 die Arbeiter der großen Städte, unterstützt von den Massen der Bauern auf dem Land und unter der Führung der Bolschewiki, die Macht übernehmen konnten.

Damit hatte zum ersten Mal eine proletarische Revolution gesiegt. Unter der Führung der Bolschewiki begannen die revolutionären Arbeiter, die es geschafft hatten, die Mehrheit der Bauernschaft auf ihre Seite zu ziehen, nun mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Die Bauernschaft spielte in Russland eine sehr wichtige Rolle, weil sie im weitgehend ländlich geprägten Russland die absolute Mehrheit der Bevölkerung darstellte.

Doch während die Machtübernahme im Oktober vergleichsweise unblutig abgelaufen war, rüsteten jetzt alle rückwärtsgewandten politischen Kräfte Russlands, die das Rad der Geschichte zurückdrehen und den Kapitalismus sowie die Herrschaft der Großgrundbesitzer wiederherstellen wollten, zum Sturm auf die neue Staatsmacht der Arbeiter und Bauern. Die Bauern spielten dabei eine komplexe Rolle: wie es auch Lenin selbst beschrieb, richtete sich der Kampf zunächst während der bürgerlich-demokratischen Revolution im Bündnis mit der gesamten Bauernschaft gegen die feudalistischen Strukturen, was aber mit dem Sturz des Zaren überging in einen Kampf der armen Bauern mit der Arbeiterklasse gegen

die neue provisorische bürgerliche Regierung, die Kapitalisten und die Großbauern, die Kulaken (LW 11). Die konterrevolutionären Kräfte Russlands, die Anhänger des Zaren, Adlige, Unternehmer und Grundbesitzer, zahlreiche alte Offiziere und Funktionäre des alten Regimes, Geistliche und sonstige Gegner der neuen Ordnung begannen sich zu bewaffneten und formierten sich mit tatkräftiger Hilfe der kapitalistischen Länder zur „Weißen Armee". Die Weiße Armee begann gemeinsam mit ausländischen Interventionstruppen aus fast allen größeren kapitalistischen Ländern einen blutigen Bürgerkrieg, der Millionen Menschen das Leben kostete. Die Revolutionsregierung konnte aber gestützt auf die Unterstützung der Arbeiter und der Mehrheit der Bauern und durch den Aufbau einer revolutionären Roten Armee den Krieg letztlich gewinnen und in den Jahren 1921/22 beenden.

Auch nach der siegreichen Revolution verfasste Lenin weiterhin wichtige Werke zur Theorie der proletarischen Revolution, so z.B. „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" (LW 31), in dem er sich mit den pseudoradikalen, aber in Wirklichkeit realitätsfernen und sektiererischen Positionen der Kommunisten in verschiedenen Ländern auseinandersetzte. Er verfasste außerdem die wichtigsten programmatischen Schriften der neu gegründeten Kommunistischen Internationale und war somit ebenso wie Marx und Engels einer der wichtigsten Organisatoren des internationalen Zusammenschlusses des Proletariats. Im Januar 1924 starb Lenin.

Sein Nachfolger an der Spitze der bolschewistischen Partei wurde Iossif Wissarionowitsch Dschugaschwili mit dem Parteinamen Stalin. Unter Stalins Führung wurde in dem neuen Staat, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR oder kurz Sowjetunion), die Landwirtschaft in Kollektivwirtschaften zusammengefasst und modernisiert, die Industrialisierung rapide vorangetrieben und schließlich der Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion erfolgreich zurückgeschlagen. Die Sowjetunion wurde der erste sozialistische Staat und eine Weltmacht, die jahrzehntelang der Hauptgegenspieler der imperialistischen Staaten, vor allem der USA, wurde.

Arbeitsfrage

- **Was waren die zentralen Streitfragen zwischen Menschewiki & Bolschewiki? Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?**

Diskussionsfrage

- **Wieso war es gerade Lenin möglich diese Theorie zu entwickeln? Was waren wichtige historische, gesellschaftliche, soziale, etc. Entwicklungen dafür?**

3 Dialektik und Materialismus

Warum ist es für Kommunisten wichtig, sich mit philosophischen Fragen zu beschäftigen? In der Philosophie geht es doch meistens um irgendwelche abgehobenen Diskussionen, die mit der Realität nicht viel zu tun haben – und Kommunisten haben doch alle Hände voll damit zu tun, den Kampf gegen den Kapitalismus zu organisieren und die Bevölkerung zu erreichen. Oder? Im Verlauf dieses Kapitels werden wir sehen, dass scheinbar abgehobene und abstrakte Fragen wie nach dem Ursprung des Lebens, nach Wandel und Stillstand in der Natur, nach Materie und Geist, nach den treibenden Kräften der Bewegung usw. enorme politische Bedeutung besitzen. Das ist so, weil Politik eben kein isolierter, abgeschotteter Bereich ist, sondern mit sehr vielen anderen Fragen zusammenhängt. **Um die Welt zu verändern, muss man sie richtig verstehen.** Man muss die Regeln, nach denen sie funktioniert, erst einmal erkennen. Deshalb braucht eine erfolgreiche politische Strategie eine stabile wissenschaftliche Grundlage. Die wissenschaftliche Theorie der Kommunisten kann sich aber auch nicht darauf beschränken, sich z.B. nur mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Denn die Gesellschaft ist Teil der Welt und nicht unabhängig davon, wie der Rest der Welt, wie der Mensch, wie die Natur, deren Teil er ist, funktionieren.

Philosophische Auffassungen über diese Fragen wirken sich immer auch darauf aus, wie die Gesellschaft verstanden wird und wie man sich zu den vorherrschenden gesellschaftlichen Zuständen verhält. Es ist kein Zufall, dass die herrschende Philosophie unserer Zeit, wie sie an den Universitäten gelehrt wird, in der Regel darauf hinausläuft, den Kapitalismus zu rechtfertigen.

Eine Neutralität gibt es bei philosophischen Auffassungen genauso wenig wie bei politischen Meinungen. Auch kann es in philosophischen Fragen keine Kompromisse geben: Es geht darum, herauszufinden, wie die Realität wirklich ist. Dabei kann man nicht aus Rücksicht oder um des lieben Friedens willen eine falsche Auffassung akzeptieren, so wie man vielleicht schon mal unter Be-

kannten einen politischen Kommentar so stehen lässt, um keine hitzige Debatte zu provozieren.

Der Klassenkampf findet auch auf dem Gebiet der Philosophie und Wissenschaft statt. Der Dialektische und Historische Materialismus, die grundlegende Weltsicht des Marxismus, nimmt dabei einen politischen Standpunkt ein, so wie jede andere philosophische Position auch: Es geht ihr letztlich um die Befreiung der Arbeiterklasse und der Volksmassen von Unterdrückung, Ausbeutung und Elend. Diese Perspektive ist keine Rechtfertigung dafür, dass man wissenschaftliche Fakten so anpasst, bis sie ins eigene Weltbild passen (wie es die bürgerlichen Wissenschaftler oft genug tun), sondern im Gegenteil ein Ansporn, der Realität so ungeschminkt wie möglich ins Auge zu blicken. Wir haben also – im Gegensatz zu den Verteidigern der Klassengesellschaft – ein Interesse an der Wahrheit. Das bewusste Verfälschen und Verzerren von Tatsachen widerspricht dem Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus. Denn wenn wir die Welt verändern wollen, müssen wir sie verstehen – nicht so, wie wir sie gerne hätten, sondern wie sie ist.

Marx und Engels beschäftigten sich ausführlich mit der Geschichte der Philosophie und damit, ihre eigenen Antworten auf die Fragen der Philosophie zu erarbeiten, weil sie verstanden hatten, dass die richtige Strategie im Kampf gegen die herrschende Klasse wissenschaftlich hergeleitet werden muss. Und auch Lenin, den die meisten ja vor allem als Politiker, als Revolutionär kannten, befasste sich ausgiebig mit der Philosophie. Noch 1914, als der Erste Weltkrieg ausgebrochen war und drei Jahre vor dem Sieg der Großen Oktoberrevolution, setzte sich Lenin ausführlich mit Hegels Philosophie auseinander.

Offensichtlich hielten Marx, Engels und Lenin die Fragen der Philosophie für politisch sehr relevant, da sie ansonsten inmitten der härtesten Klassenkämpfe wohl kaum ihre knappe Zeit dafür aufgewandt hätten.

Postmodernismus

Die heterogene Strömung der postmodernen Philosophie, die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte, hat auf die aktuelle Geisteswissenschaft einen sehr problematischen Einfluss: Eine genaue Definition der Inhalte der Strömung ist auch unter postmodernen Philosophen umstritten, charakteristisch ist aber, dass sogenannte große Erzählungen (z.B. „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“) und eine objektive, zusammenhängende Wahrheit geleugnet werden und stattdessen argumentiert wird, dass die Wahrheit abhängig vom historischen und sozialen Kontext konstruiert wird. Entsprechend wird auch die marxistisch-leninistische Erkenntnismethode, der Anspruch aus der Realität heraus Gesetzmäßigkeiten erkennen zu können als unmöglich und zu mechanisch kritisiert. Das bedeutet aber nichts anderes als einen Angriff

auf unser Werkzeug zur Entwicklung einer Strategie des Klassenkampfes. Die linke Bewegung heute ist dominiert von postmoderner Identitätspolitik, die sich Ende des letzten Jahrhunderts ausdrücklich in Abgrenzung zur materialistischen, marxistischen Erkenntnistheorie entwickelt hatte. Die richtige Erkenntnis über die individuelle und strukturelle Diskriminierung wie Rassismus oder Sexismus wird von der Untersuchung ihrer Funktion für den bürgerlichen Staat und die Herrschaftsverhältnisse losgelöst – damit kann die systemstützende Funktion dieser Mechanismen nicht mehr erkannt werden, und damit die Ursache der Unterdrückung auch nicht verändert. Anstelle dieser kollektiven Kämpfe tritt damit die Spaltung der Arbeiterklasse, oft gibt man sich mit „Repräsentation" der unterdrückten Minderheiten in Machtpositionen als Ziel zufrieden. Hier zeigt sich der höchst problematische Einfluss des Idealismus – anstatt dem Versuch objektive Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, und die Gesellschaft von diesen Erkenntnissen heraus zu verändern, steht im Mittelpunkt das eigene und das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein zu verändern, zu reflektieren und damit über die ideelle Ebene die Welt zu verändern.

Eine direkte Legitimation für die bürgerliche Herrschaft sind zum Beispiel Überlegungen des akademisch einflussreichen Philosophen Axel Honneth, Nachfolger der sogenannten Frankfurter Schule (wie auch seine in akademischen Kreisen bekannte Schülerin Rahel Jaeggi) - in Werken wie „das Recht der Freiheit" in dem der bürgerliche Staat als Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse ignoriert und stattdessen als notwendiger Rahmen dargestellt wird, in dem sich eine „sittliche" Marktgesellschaft entfalten kann, wenn sich die „ökonomischen Akteure" als Mitglied „einer kooperativen Gemeinschaft anerkannt haben". Wie auch viele andere Philosophen ist Honneth wiederum von Jürgen Habermas beeinflusst –auch Teil der Frankfurter Schule und einer der weltweit meistgelesenen modernen Philosophen und Sozialwissenschaftler. Gefährlich ist sein Einfluss vor allem, weil sich seine Theorien – wie üblich für den Revisionismus – als weitgehende Kapitalismuskritik tarnen, letztendlich aber vor allem haben sogenannten entfesselten Kapitalismus, der aggressiven Außenpolitik abarbeiten und damit Illusionen in die Reformierbarkeit und über die Zwänge des Kapitalismus und Imperialismus verstärken. Seinen Überlegungen zufolge können „demokratische" Entscheidungen in einem bürgerlichen Staat legitim sein, wenn eine starke Zivilgesellschaft daran beteiligt wird. In seiner Theorie kommunikativen Handelns sind Diskurs und Kommunikation zentral, die Herrschafts– und Machtverhältnisse und der Klassenkampf treten dabei in den Hintergrund.

3.1 Was ist Materialismus?

In der Geschichte der Philosophie gab es eine Vielzahl unterschiedlicher Standpunkte und Auseinandersetzungen zwischen diesen Standpunkten. Allerdings drehten sich die Auseinandersetzungen im Kern immer um eine grundlegende Frage. Diese Frage ist die nach der Beziehung zwischen der Materie und dem Bewusstsein.

Um uns dieser Frage zu nähern, müssen wir uns jedoch zuerst damit beschäftigen, was überhaupt damit gemeint ist, wenn wir über Materie sprechen.

3.1.1 Was ist mit Materie gemeint?

In der Physik gibt es einen ganz bestimmten Begriff von Materie. In der Naturwissenschaft sind mit Materie meistens einfach die Bausteine gemeint, aus denen Körper und Stoffe zusammengesetzt werden können. Materie sind demnach also chemische Stoffe, die Atome, aus denen sie bestehen, dann wiederum die Bausteine der Atome usw. Es gibt demnach auch Teile der realen Welt, die nicht Materie sind: Beispielsweise das Licht. Die moderne Physik entdeckte allerdings, dass dieser Begriff zu schematisch ist – die Tatsache, dass das Licht, je nach Betrachtungsweise, sowohl als eine lediglich Energie transportierende Welle, als auch als Teilchen aus Materie bestehen kann, wurde beispielsweise mit Experimenten zum Welle-Teilchen-Dualismus untersucht und erkannt.

Der philosophische Materiebegriff ist umfassender als der physikalische. Lenin definiert die Materie als „unabhängig vom menschlichen Bewußtsein existierende und von ihm abgebildete objektive Realität“ (Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus, LW 14, S. 261; siehe Kasten). Diesem Verständnis hat sich also die Physik des 20. Jahrhunderts weiter angenähert. Aber auch Dinge, mit denen sich die Physik gar nicht befasst, sind Teil der Materie, des materiellen Zusammenhangs der Welt: z.B. der Stoffwechsel der Tiere und Pflanzen und die menschliche Gesellschaft mit ihren Prozessen.

Die Materie an sich ist unerschaffbar und unzerstörbar. Zwar können ihre Formen wechseln und das tun sie auch ständig: Aus Wasserstoff und Sauerstoff kann Wasser werden und umgekehrt kann Wasser in die Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff aufgetrennt werden. Aus Energie kann (nach der Relativitätstheorie) Masse werden und umgekehrt. Aus einer gesellschaftlichen Formation kann durch eine Revolution eine andere werden. Aber dass es Materie gibt und diese in ihrer Menge insgesamt gleich bleibt, daran lässt sich durch keinen Prozess der Welt etwas ändern.

3.1.2 Materialismus und Idealismus

Was ist nun das Ursprüngliche, das Bestimmende? Die Materie oder das Bewusstsein? Dazu gibt es zwei entgegengesetzte, einander ausschließende Standpunkte.

Nach der Auffassung des **Idealismus** ist der Geist, das Bewusstsein, das Grundlegende, während die materielle Welt nachrangig ist. Für den Idealismus ist das Bewusstsein nicht Produkt der Materie, sondern es existiert selbstständig und außerhalb der materiellen Welt. Es gibt viele verschiedene Varianten dieser Auffassung, zu denen wir gleich kommen werden.

Nach der Auffassung des **Materialismus** ist dagegen die materielle Welt die Grundlage, auf der das Bewusstsein erst entsteht. Erkenntnis ist demnach eine Form der Abbildung der Materie im Bewusstsein. Die Materie existiert jedoch eigenständig außerhalb des Bewusstseins und unabhängig von ihm.

Im Idealismus gibt es zwei Hauptströmungen: den objektiven und den subjektiven Idealismus. Beide haben gemeinsam, dass sie das Ideelle für das Grundlegende halten. Der objektive Idealismus versteht das Ideelle aber als etwas, das außerhalb des menschlichen Kopfes selbstständig existiert. Nach dem antiken griechischen Philosophen Platon (ca. 427–347 v.Chr.) liegt jedem realen Ding eine „Idee" zugrunde, wobei das reale Ding nur ein unvollständiger Ausdruck dieser Idee ist. Der einzelne Fisch ist so z.B. nur ein Ausdruck der objektiv, außerhalb des menschlichen Geistes existierenden „Idee" des Fisches. Weniger weit ging Immanuel Kant (1724–1804): Für ihn gibt es zwar außerhalb des Bewusstseins eine Außenwelt und sie regt auch unsere Vorstellungen an, aber hinter diesen wahrgenommenen Erscheinungen gibt es seiner Meinung nach ein „Ding an sich", das die Erscheinungen hervorbringt, das wir wiederum aber nicht erkennen können.

Der deutsche Philosoph Hegel (1770–1831) ging davon aus, dass es einen objektiv existierenden Geist gibt, der sich aus sich selbst heraus weiterentwickelt. Die Entwicklung der Natur und Geschichte seien demnach nur Ausdruck dieses in seiner Entwicklung fortschreitenden Geistes. Gleichzeitig stellte Hegel die Entwicklung des Geistes aber als dialektischen Prozess dar, der durch innere Widersprüche vorangetrieben wird, was wiederum einen wichtigen Fortschritt des Denkens bedeutete, an den Marx und Engels später anschließen konnten.

Demgegenüber steht die Position des subjektiven Idealismus. Seine Vertreter glauben, dass das Bewusstsein erst die Welt schafft. Demnach gibt es eine vom Bewusstsein des einzelnen Menschen unabhängige Welt gar nicht oder diese ist zumindest nicht erkennbar. Ein extremer Vertreter ist beispielsweise George Berkeley (1685–1753), der grundsätzlich bestritt, dass es überhaupt eine Welt außerhalb der menschlichen Wahrnehmung gibt. Moderne Beispiele finden sich, neben der oben angeführten Identitätspolitik zum Beispiel im bürgerlichen Begriff des Faschismus und seine Ursachen: die terroristische Herrschaftsform des Faschismus wird natürlich nicht als Variante bürgerlicher Herrschaft gesehen (s. Kapitel 5). Stattdessen wird der Faschismus, wie auch die aggressive Außenpolitik von Staaten im heutigen Imperialismus auf die falschen Ideen, das falsche Bewusstsein, die verrückten Gedanken einzelner zurückgeführt, die sich in der (ungebildeten) Masse der Bevölkerung verbreiten können. Diese Erklärungen sind

natürlich im Interesse der Herrschenden, da sie die Instrumente ihrer Machtausübung verschleiern und damit auch den Kampf dagegen verhindern.

Wir können die Grundfrage der Philosophie nach dem Verhältnis von Sein und Bewusstsein in zwei Fragen unterteilen: Erstens die Frage, ob die Materie das Bewusstsein hervorbringt oder umgekehrt. Eine idealistische Antwort auf diese Frage lautet beispielsweise, dass die Geschicke der Welt von einem göttlichen Wesen gelenkt werden oder dass die Welt überhaupt von einem Gott erschaffen wurde.

Die zweite Frage ist die nach der Erkenntnis: Ist unsere Wahrnehmung der Welt wirklich die Wahrnehmung von etwas, das außerhalb unseres Bewusstseins und unabhängig davon existiert? Oder ist unsere gesamte Wahrnehmung im Grunde eine Form der Einbildung, während die Außenwelt, die wir zu erkennen glauben, gar nicht wirklich existiert oder zumindest unerkennbar ist? Eine idealistische Erkenntnistheorie würde den zweiten Standpunkt vertreten.

3.1.3 Die materialistische Weltauffassung

Was ist nun Materialismus? Eigentlich gibt es bei jedem Menschen zunächst einmal eine spontane materialistische Auffassung der Welt: Wir gehen erst einmal davon aus, dass die Welt, in der wir uns bewegen, die wir wahrnehmen, die wir durch unsere Handlungen verändern, auch wirklich existiert. Das ist auch die erste Aussage der materialistischen Auffassung von der Welt: Es gibt eine objektive Realität und wir können sie erkennen. Mit der materialistischen Erkenntnistheorie werden wir uns im Kapitel 3.4 genauer beschäftigen.

Die materialistische Philosophie geht aber noch weiter. Es geht ihr grundsätzlich um das Verhältnis von Denken und Sein. Nach dem Materialismus ist das Denken, das Bewusstsein, der Geist nicht außerhalb der materiellen Welt entstanden, sondern ist ein Produkt ihrer Entwicklung. Der Mensch mit seinem Bewusstsein ist ein Ergebnis der Naturgeschichte und der von ihm selbst gemachten Geschichte der Gesellschaft. Und die Gesetze, nach denen die materielle Welt sich entwickelt, bestimmen auch die Entstehung und Funktionsweise des Bewusstseins. Das Bewusstsein ist eine Funktion des Nervensystems, das aber wiederum materiell ist und im Einklang mit den Naturgesetzen funktioniert. Der konsequente Materialismus geht zudem davon aus, dass nicht nur in der Natur das Bewusstsein von der Materie hervorgebracht wird, sondern dass auch die Entwicklung der Gesellschaft das Bewusstsein der Menschen hervorbringt und entscheidend prägt. Damit werden wir uns in Kapitel 3.5 genauer befassen.

Materialismus bedeutet, die Welt so zu betrachten, wie sie wirklich ist. Also die materiellen Tatsachen in ihrem wirklichen, ihnen eigenen Zusammenhang zu sehen und nicht in einem geistig konstruierten mystischen Zusammenhang, wie es beispielsweise die Religionen tun. Lenin sagt dazu:

„Das, was den Materialisten grundlegend von dem Anhänger der idealistischen Philosophie unterscheidet, ist dies, daß er die Empfindung, Wahrnehmung, Vorstellung und überhaupt das Bewußtsein des Menschen als Abbild der objektiven Realität betrachtet. Die Welt ist die Bewegung dieser von unserem Bewußtsein widergespiegelten objektiven Realität. Der Bewegung der Vorstellungen, Wahrnehmungen usw. entspricht die Bewegung der Materie außer mir. Der Begriff Materie drückt nichts anderes aus als die uns in der Empfindung gegebene objektive Realität." (LW 14, S. 267).

Die grundlegenden Erkenntnisse der Naturwissenschaft wie die Unzerstörbarkeit der Materie (Energieerhaltungssatz) oder der Zusammenhang des Bewusstseins mit dem Körper wurden zuerst von Philosophen als Thesen aufgestellt, bevor die Naturwissenschaftler sie beweisen konnten. Sie führten aber oftmals die Naturwissenschaftler erst auf den richtigen Pfad und stießen sie darauf, wonach sie suchen mussten. Die Entwicklung der Philosophie war damit entscheidend für die Fortentwicklung der Naturwissenschaft, genauso wie umgekehrt.

3.1.4 Der Kampf zwischen Materialismus und Idealismus in der Geschichte

Der Kampf zwischen Idealismus und Materialismus durchlief in der Geschichte des Denkens viele Stadien und Formen. Bereits in der Antike wurde er geführt, damals als Kampf zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb der herrschenden Klasse der Sklavenhalter. Die am meisten ausgebeutete Klasse, die Sklaven, konnten damals keine eigene systematische Philosophie entwickeln, jedenfalls ist nichts dergleichen überliefert. Die philosophische Auseinandersetzung zwischen Idealisten und Materialisten hatte Überschneidungen mit der politischen Auseinandersetzung zwischen Aristokratie, also den Befürwortern einer Adelsherrschaft, und Demokratie, also den Anhängern einer Herrschaft der freien männlichen Bürger.

Die Philosophie des Mittelalters war in Europa und dem arabischen Raum überwiegend stark von Aristoteles geprägt, außerdem natürlich auch von den Glaubenslehren des Christentums und des Islam. Die Philosophie in dieser Zeit diente oft der Rechtfertigung und Begründung der Religion und der Klassenherrschaft des Feudalismus. Dennoch gab es auch hier materialistische Erkenntnismethoden, vor allem islamische Gelehrte in der Region um Bagdad entwickelten systematische Methoden des Experimentierens und der Beobachtung, beispielsweise im Bereich der Astronomie.

Mit der Entstehung des Kapitalismus und den rasanten Fortschritten der Naturwissenschaften begann das mittelalterliche Weltbild immer unhaltbarer zu werden. Denker wie Galileo Galilei, Johannes Kepler, Kopernikus, Leonardo da Vinci und andere begannen, sich die Welt zunehmend wissenschaftlich zu erklären, durch Beobachtungen, die man verallgemeinerte und zueinander in Beziehung

setzte. Die Institutionen der Kirche bekämpften den wissenschaftlichen Fortschritt erbittert, weil er ihre Machtbasis infrage stellte. Der italienische Philosoph Giordano Bruno (1548–1600) stellte die These auf, dass die Erde nicht der Mittelpunkt des Universums sei und das Weltall, also die materielle Welt, unendlich groß sei. Die Kirche ließ ihn für diese Auffassungen auf dem Scheiterhaufen verbrennen.

Die Entstehung des Kapitalismus, fortgeschrittener Produktionsmethoden und der Aufschwung der Naturwissenschaften förderten in den folgenden Jahrhunderten das Interesse am Studium der Natur. Man begann, dem Verstand wieder mehr zuzutrauen, anstatt alle Erkenntnisse aus heiligen Schriften ableiten zu wollen.

In Deutschland vertraten die meisten großen Denker im 18. und 19. Jahrhundert dagegen idealistische Standpunkte. Vertreter des „Deutschen Idealismus" waren vor allem Hegel, Kant und Fichte, die ja teilweise schon erwähnt wurden. Den Materialismus verteidigte in dieser Epoche in Deutschland vor allem Ludwig Feuerbach. Feuerbach war ein Vertreter der fortschrittlichen, gegen den Feudalismus und die Autorität der Kirche gerichteten, Ideen der Aufklärung. Er ging wie die englischen und französischen Materialisten von einer objektiven Realität außerhalb des Bewusstseins und von einer ewigen und unzerstörbaren Materie aus, die sich nach ihren eigenen natürlichen Gesetzen entwickelt. Den Geist sah er als Produkt der Materie. Er glaubte nicht daran, dass Gott den Menschen geschaffen hatte – vielmehr sah er umgekehrt die Religion und den Glauben an Gott als eine Schöpfung der Menschen an. Marx knüpfte an diese Gedanken Feuerbachs an, kritisierte dabei aber, dass dessen Theorie die Gesellschaft nur beschrieb und dabei vergaß, dass die gesellschaftlichen Umstände durch den Menschen selbst verändert werden, es also eine wechselseitige Spannung zwischen dem einzelnen Individuum und der Gesellschaft gibt.

Diese lange Geschichte des philosophischen Streits zwischen materialistischen und idealistischen Auffassungen war das Fundament, auf dem Marx und Engels bauen konnten. Engels stellte dabei fest, dass bereits die antiken griechischen Philosophen die wesentlichen Fragen gestellt hatten, mit denen die Philosophen der folgenden Jahrtausende sich dann beschäftigten. Für die Entstehung des Dialektischen und Historischen Materialismus waren diese jahrtausendelangen Auseinandersetzungen von entscheidender Bedeutung. Denn so genial Marx und Engels auch waren, sie schufen die neue Weltanschauung des Marxismus nicht aus dem Nichts. Sie konnten nur deshalb zu Riesen werden, weil sie selbst auf den Schultern von Riesen standen. In besonderem Maße griffen sie dabei auf die dialektische Lehre Hegels, mit der wir uns in Kapitel 3.3 noch kurz beschäftigen werden, und den Materialismus Feuerbachs zurück.

Arbeitsfrage

- **Worin bestehen die grundlegenden Auffassungen des Idealismus und des Materialismus?**

Diskussionsfrage

- **Sind idealistische Auffassungen immer unwissenschaftlich? Sind materialistische Auffassungen grundsätzlich wissenschaftlich?**

3.2 Was ist Dialektik?

Alles Existierende existiert unter den Bedingungen der Zeit und ist dem Prozess der Veränderung unterworfen. Der philosophische Begriff der Bewegung spiegelt alle diese Veränderungen und Prozesse im Universum wider, von der bloßen Ortsveränderung bis zum Denken. Das Leben ist ohne Veränderung, ohne Bewegung nicht möglich: Der Kreislauf von Flüssigkeiten, die Umwandlung von Kohlenstoffverbindungen in andere Kohlenstoffverbindungen und wieder zurück, das Wachsen, Entstehen und Sterben von Zellen gehören notwendigerweise zum Leben dazu. Doch auch mit der nicht-belebten Materie ist es nicht anders: Da alle Atome, selbst die an den entferntesten Orten des Weltalls, eine gewisse Menge Energie speichern, sind auch alle Atome ständig in Bewegung. Auch das Licht, das es uns ermöglicht, zu sehen, bewegt sich in Form von Wellen und gleichzeitig als Teilchenstrom. Selbst unser Universum bleibt nicht gleich. Alles Existierende hat also diese Eigenschaft gemeinsam, dass es sich bewegt und verändert.

Bereits die antike griechische Philosophie beschäftigte sich mit der Bewegung und ihren Ursprüngen. Fragt man danach, warum die Dinge sich bewegen, kommt man zu einem der bedeutendsten Probleme der Philosophie. Denn wenn wir darüber nachdenken, wie Bewegung zustande kommt, scheint es auf den ersten Blick so zu sein, dass eine Bewegung immer die Folge einer anderen Bewegung ist: So wie bei einer Billardkugel, die sich nur bewegt, weil sie angestoßen wurde. Ein Baum fällt nicht von selbst um, sondern weil er gefällt wird, oder weil er dem Sturm nicht standhalten kann. Nach dieser Vorstellung ist also die Bewegung immer Folge einer anderen Bewegung, diese ihrerseits wiederum die Folge einer anderen Bewegung und so weiter. Diese Kette lässt sich bis ins Unendliche zurückverfolgen. Den Ursprung, also die Erklärung von Bewegung, lässt sich auf diese Weise gar nicht finden. Diese Schwierigkeit hat dazu geführt, dass manche Philosophen einen „ersten Beweger", der selbst nicht von etwas anderem bewegt wird, vorgeschlagen haben.

Von einem solchen „ersten Beweger" ging auch Aristoteles aus: ein Ding, das aus sich heraus Bewegung schaffen kann. Alle Schöpfungsgeschichten der verschiedenen Religionen beruhen auf dem Gedanken, dass ein vor der Welt existierendes Wesen – Gott – die Dinge geschaffen und damit gleichzeitig ihre Bewegung ausgelöst hat. Ist das Problem damit gelöst? Nein, das ist es nicht. Denn es gibt

keinen wissenschaftlichen Grund, warum man von der Existenz eines Gottes ausgehen sollte. Im Gegenteil widerspricht diese Vorstellung allen Erkenntnissen der Wissenschaft. Denn dank der Wissenschaften wissen wir heute, dass das Bewusstsein das Produkt einer besonders organisierten Materie ist (siehe Kapitel 3.3) und nicht umgekehrt. Dank der Erkenntnisse der Wissenschaften wissen wir heute auch, dass wir Gott nicht benötigen, um Entwicklung und Bewegung zu erklären. Denn die Vorstellung, dass sich Dinge nur dann bewegen können, wenn sie von außen angestoßen werden, ist falsch. Bewegung gibt es nämlich auch als Selbstbewegung. **Selbstbewegung** bedeutet, dass eine Sache aufgrund von Eigenschaften, die ihr innewohnen, also nicht von außen auf sie einwirken, sich zu verändern oder zu bewegen beginnt.

3.2.1 Die Dialektik – eine Theorie über Bewegung und Entwicklung

Die Dialektik ist also eine Theorie, die sich mit Bewegung in ihren verschiedenen Formen befasst und ihre Ursachen analysiert. Mit den Ursachen der Bewegung sind nicht nur die Auslöser der Bewegung im unmittelbaren Sinne gemeint – wie wenn z.B. ein starker Windstoß für das Fallen eines Baumes verantwortlich gemacht wird. Es geht vielmehr darum, im umfassendsten Sinne die Gesetzmäßigkeiten zu erklären, nach denen Bewegung verläuft. Um beim Beispiel des fallenden Baumes zu bleiben: Ein stabil stehender Baum wird von einem Windstoß normalerweise nicht gefällt. Untersuchen wir aber die Ursachen dieses Ereignisses etwas tiefgehender, finden wir vielleicht heraus, dass der Baum morsch war und deswegen dem Windstoß nicht standhalten konnte. Morsch war er deshalb, weil auch ein Baum, wie jedes Lebewesen, eine begrenzte Lebensdauer hat. Irgendwann stirbt er ab und seine Struktur beginnt zu zerfallen. Die Prozesse dieses Zerfalls lassen sich wiederum von der Biochemie untersuchen. Das dialektische Denken würde also nicht nur den Windstoß und den Baum bedenken, um das Fallen des Baumes zu erklären, sondern den Baum wie auch den Wind anhand der jeweiligen Naturgesetze untersuchen, denen sie unterliegen.

Eine grundlegende Aussage der Dialektik ist also, dass die Bewegung der Dinge nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten verläuft. Diese Gesetzmäßigkeiten ergeben sich aus dem allseitigen Zusammenhang der Dinge miteinander – das heißt, dass auf dieser Welt letzten Endes direkt oder indirekt alles mit allem zusammenhängt. Es gibt kein Ding auf der Welt, was völlig isoliert existiert und keinem Einfluss anderer Dinge ausgesetzt ist. Die Welt und die Materie insgesamt sind also als Einheit zu verstehen. Um zu verstehen, warum sich ein Ding verändert, dürfen wir uns dieses Ding nicht isoliert ansehen, sondern als Teil des größeren Zusammenhangs. Versuchen wir z.B., die Bewegung des Mondes zu erklären, indem wir uns nur den Mond ansehen, müssen wir scheitern. Denn warum sollte sich der Mond ständig in einem Kreis bewegen? Eine Erklärung dafür gibt es nur, wenn wir uns den Zusammenhang des Mondes mit der Erde ansehen – denn die Anziehungskraft der Erde führt dazu, dass der Mond sich in einer festen Umlaufbahn

um sie dreht. Die Erde wiederum dreht sich in einer Umlaufbahn um die Sonne. Das Leben auf der Erde lässt sich nur verstehen, wenn wir die Wärmestrahlung der Sonne miteinbeziehen. Diese wiederum ist das Ergebnis eines komplizierten physikalischen Prozesses, der im Inneren der Sonne stattfindet, der Kernfusion. Und so weiter. Wir sehen also: Die Dinge lassen sich nur in ihrem Zusammenhang auffassen und wirklich verstehen.

Frühere Auffassungen der Bewegung konnten sich nur eine bestimmte Form der Bewegung vorstellen: Bewegung als bloße Ortsveränderung oder als Wachsen und Schrumpfen. Wir wissen jedoch, dass das nicht die einzigen Formen sind, in denen Veränderung vorkommt. Es gibt auch die Art der Veränderung, bei der aus einer Sache eine ganz andere wird. Es gibt dafür unzählige Beispiele. Wenn z.B. das männliche Spermium die weibliche Eizelle befruchtet, entsteht ein neues Lebewesen. Im 17. und 18. Jahrhundert glaubten die Forscher noch, im Sperma sei der fertige Mensch in sehr kleiner Form schon vorhanden und würde dann nur noch im Mutterleib größer werden. Heute wissen wir natürlich, dass es nicht so ist. Im Sperma ist lediglich ein Teil des Erbgutes enthalten, aus dem der Mensch wird. Und dieser ist bei der Befruchtung weit davon entfernt fertig zu sein, sondern ist erst einmal eine einzige Zelle, aus der sich der gesamte Organismus mit all seinen Teilen erst noch herausbilden muss. Veränderung kann also etwas qualitativ Neues hervorbringen. Die Gesetze, nach denen das passiert, können wissenschaftlich untersucht und erkannt werden.

3.2.2 Einheit und Kampf der Gegensätze

Nun gibt es in unserer Welt eine enorme Vielfalt an unterschiedlichen Gesetzen, die alle miteinander zusammenhängen und voneinander abhängen. Nach der dialektischen Auffassung liegen den zahlreichen besonderen Gesetzen (wie z.B. in den Naturwissenschaften der Gravitation, der Gesetze der Newton'schen Mechanik, der Gesetze der chemischen Reaktionen usw.) drei sehr allgemeine und grundlegende Gesetze der Bewegung zugrunde. Diese drei Grundgesetze werden jedoch von einer Vielzahl weiterer dialektischer Gesetze ergänzt.

Das erste dieser Grundgesetze ist das **Gesetz von der Einheit und dem Kampf der Gegensätze.**

Wie bereits gesagt muss eine wissenschaftliche Entwicklungslehre vor allem die Quelle der Selbstbewegung der Dinge aufdecken. Nach der materialistischen Dialektik sind die Widersprüche in den Dingen diese Triebkraft. Was ist mit Widersprüchen hier gemeint? Viele stellen sich darunter eine Aussage und Gegen- Aussage vor. Wenn ich z.B. sage, der Zug kommt eine Viertelstunde zu spät, während jemand anderes sagt, der Zug kommt pünktlich. Dann besteht zwischen den beiden Aussagen natürlich ein Widerspruch. Und zwar handelt es sich um einen logischen Widerspruch, denn der Zug kann logischerweise unmöglich gleichzeitig pünktlich sein und 15 Minuten zu spät kommen.

Diese Art von Widersprüchen ist hier aber nicht gemeint. Wenn wir von dialektischen Widersprüchen sprechen, meinen wir eben keine logischen Widersprüche, die nur in Gedanken, zwischen verschiedenen Aussagen bestehen. Wir meinen stattdessen Widersprüche, die Teil der Realität sind, also in der Wirklichkeit tatsächlich vorkommen. Ein dialektischer Widerspruch heißt, dass Dinge, Erscheinungen, Prozesse einander entgegengesetzt sind und zugleich eine Einheit bilden und wo zwischen ihnen eine Wechselwirkung besteht, die zur Veränderung des Verhältnisses führt. Es geht also nicht um sich widersprechende Sätze, sondern um entgegenwirkende Tendenzen und Kräfte. Einheit und Kampf der Gegensätze bedeutet dabei nun, dass diese Kräfte einerseits gegensätzlichen Charakter haben, dass sie von sich aus auseinanderstreben. Andrerseits bilden sie aber auch eine Einheit, sie sind also Teil derselben Sache und voneinander abhängig.

Um das zu verstehen, sollten wir wiederum ein Beispiel heranziehen, dieses Mal aus der Gesellschaftswissenschaft: Wir werden später auf die ökonomische Grundlage der Klassen im Kapitalismus zu sprechen kommen. An dieser Stelle reicht die Feststellung, dass es im Kapitalismus zwei grundlegende Klassen gibt, deren Interessen sich grundsätzlich widersprechen. Diese zwei Klassen sind die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie (die Kapitalisten). Die Arbeiterklasse ist gewissermaßen das Gegenteil der Bourgeoisie: Sie muss arbeiten, die Bourgeoisie nicht. Die Bourgeoisie ist Eigentümer der Produktionsmittel, die Arbeiterklasse ist gerade durch ihr Nicht-Eigentum an den Produktionsmitteln gekennzeichnet. Außerdem ist ihr Klasseninteresse dem der Bourgeoisie entgegengesetzt, wie wir weiter unten sehen werden. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse an besseren Arbeitsbedingungen, höheren Löhnen und letzten Endes der Abschaffung des Kapitalismus. Die Bourgeoisie hingegen hat ein Interesse daran, die Arbeitskraft möglichst billig zu halten, um hohe Profite einfahren zu können. Und selbstverständlich hat sie ein Interesse an der Aufrechterhaltung des ganzen Systems, von dem sie ja im wahrsten Sinne des Wortes profitiert. Obwohl Bourgeoisie und Arbeiterklasse einander ausschließen, sind sie doch beide notwendige Bestandteile des Systems, in dessen Rahmen sie überhaupt nur existieren können – des Kapitalismus. Bourgeoisie und Arbeiterklasse gehören zugleich untrennbar zusammen und liegen dennoch weit auseinander in ihren Lebensbedingungen, ihrer Sicht auf die Welt, ihren objektiven Interessen. Obwohl sie also einerseits eine Einheit bilden, ist der ständige Kampf zwischen diesen beiden Klassen unvermeidlich. Gewinnt die Arbeiterklasse diesen Kampf, entsteht aus diesem Gegensatz etwas völlig Neues, nämlich eine Gesellschaft ohne Ausbeutung unter der Herrschaft der Arbeiterklasse. Damit endet zugleich der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, da die Bourgeoisie enteignet und damit abgeschafft wird. Die Arbeiterschaft gibt es dann zwar immer noch, aber nicht mehr als ausgebeutete, lohnabhängige Klasse.

Das Beispiel zeigt also, dass entgegengesetzte Tendenzen und Kräfte ein spannungsgeladenes Verhältnis bilden, das zur Auflösung dieser Spannung, dieses Widerspruchs, drängt. Es zeigt auch, dass sie gemeinsam zu einem neuen, höher entwickelten Zustand führen können. Daher kann sich die Welt aus sich heraus,

also durch Wechselwirkung ihrer einzelnen Elemente, verändern, ohne dass man einen göttlichen Eingriff oder Ähnliches annehmen müsste.

Widersprüche in diesem umfassenden dialektischen Sinne, als entgegengesetzte Wirkungen, die dennoch Teil desselben Ganzen sind und Veränderungen zur Folge haben, finden sich in allen Bereichen der Realität: Positive und negative elektrische Ladung, Aktion und Reaktion in der Mechanik, Entstehung und Absterben der Zelle, militärische Konflikte zwischen Staaten und natürlich der Klassenkampf sind nur ein paar wenige Beispiele.

Die Dialektik denkt Entwicklung als einen Aufstieg vom Niederen zum Höheren, wobei qualitative Sprünge von einer Stufe auf die nächste inbegriffen sind. Diese Sprünge finden jedoch nicht über absolute Grenzen hinweg statt, sodass eine Sache urplötzlich in eine andere umschlägt. In Wirklichkeit ist es so, dass solche Sprünge sich vorher immer „ankündigen", also durch längerfristige Entwicklungen vorbereitet werden. Außerdem vernichten sie das Alte nie restlos, sondern neben der Veränderung gibt es immer auch einen Teil des alten Zustands, der auch im neuen Zustand erhalten bleibt. So gab es auch schon vor den Menschen im Tierreich intelligente Wesen, die Werkzeuge benutzten und sich in begrenztem Maße etwa ihrer eigenen Existenz bewusst waren – was für die große Mehrzahl aller Tierarten undenkbar wäre. Auch bei den heutigen Menschenaffen erkennen wir Ansätze eines solchen Bewusstseins. Dennoch besitzt der Mensch offensichtlich besondere Fähigkeiten und Eigenschaften, die ihn von allen anderen Tieren unterscheiden; davon wird an späterer Stelle noch zu reden sein. Die Entwicklung des Gehirns und seiner Fähigkeit, Bewusstsein hervorzubringen, war also ein langwieriger Prozess, bei dem die Prozesse der Wahrnehmung und geistigen Verarbeitung immer komplexer wurden, bis sie qualitativ neue Ergebnisse hervorbrachten: Der frühe Mensch war ab einem bestimmten Punkt der Entwicklung in der Lage, über Sprache zu kommunizieren, ein Bewusstsein der eigenen Existenz zu entwickeln, seine Umwelt entsprechend seinen eigenen Zielen und Zwecken zu verändern und zu bearbeiten, beispielsweise durch das Feuer oder die Herstellung von Waffen und Werkzeugen.

3.2.3 Der Umschlag von quantitativen in qualitative Veränderungen

Auch gesellschaftliche Revolutionen wurden in der Geschichte immer durch langsame quantitative Prozesse, z.B. durch das Anwachsen der sozialistischen Arbeiterbewegung, vorbereitet. Dass **quantitative Veränderungen in qualitative umschlagen**, nennt Engels das zweite der Grundgesetze der Dialektik. Alle Dinge haben quantitative (mengenmäßige) und qualitative (ihre Eigenschaften betreffende) Merkmale. Quantität und Qualität stehen dabei selbst in einem beweglichen Verhältnis zueinander: Veränderungen von Größenverhältnissen mögen erst mal keine Auswirkungen auf die Eigenschaften einer Sache haben. Ab einem gewissen Punkt haben sie es aber dann doch: Erhitze ich z.B. einen Topf

mit Wasser, erhöht sich zunächst langsam die Temperatur des Wassers. Erreicht die Temperatur 100 °C, beginnt das Wasser dann aber zu kochen und zu verdampfen. Anders als bei quantitativen Veränderungen, die allmählich erfolgen, wie die bloße Temperaturerhöhung des flüssigen Wassers, ist der Übergang zu einer neuen Qualität immer ein Sprung. Auch beim Wasser erfolgt der Übergang zur neuen Qualität, der gasförmigen Phase, sprunghaft und unstetig. Beispielsweise wird die Dichte bei diesem Übergang nicht stetig kleiner, bis das Wasser zu Gas geworden ist, sondern sie verringert sich schlagartig am Siedepunkt um circa das 1000-fache. Die alte Qualität wird durch den Sprung, die revolutionäre Veränderung, zerstört und durch etwas Neues ersetzt, das sich seinem Wesen nach von der alten Qualität unterscheidet. Es entsteht eine neue dialektische Einheit mit der veränderten Quantität, innerhalb der die zukünftige Entwicklung abläuft. Beispielsweise ist der Sozialismus nicht einfach nur eine „Vergrößerung" des Kapitalismus, indem er z.B. das Wachstum der Produktion stärker begünstigt. Er ist eine grundlegend andere Art und Weise zu produzieren und zu leben als der Kapitalismus, obwohl er aus dem Kapitalismus entstanden ist.

Dieses Gesetz ist deshalb so grundlegend, weil qualitative Sprünge aus der Entwicklung einer Sache (z.B. Natur oder Gesellschaft) selbst erklärt werden können und nicht mehr nur durch eine von außen einwirkende Kraft, etwa einen Gott. Eine Sache kann also aufgrund der Entwicklungsgesetze, die ihr selbst innewohnen, zu einer anderen Sache werden. In Wirklichkeit spielt die Einwirkung äußerer Faktoren dabei natürlich immer eine Rolle, da kein Ding isoliert vom Rest der Welt existiert und die Welt insgesamt eine Einheit darstellt. Aber diese äußere Einwirkung ist oft nicht das Entscheidende der Veränderung, sondern stößt z.B. eine in dem Ding selbst angelegte Veränderung nur noch an: Aus einem Samen wird natürlich nur dann eine Pflanze, wenn sie Wasser bekommt, es genug Sonnenlicht gibt usw. Aber dass aus dem Samen eine Pflanze werden kann, liegt nicht allein am Sonnenlicht und dem Wasser, sondern daran, dass diese Entwicklungsmöglichkeit im Samen bereits angelegt ist. Wer stattdessen einen Stein in den Boden drückt und ihn bewässert, wird lange darauf warten müssen, dass daraus eine Pflanze wird.

Revolutionen passieren also nicht zufällig irgendwann in der Geschichte, sondern immer erst dann, wenn eine Gesellschaft „überreif" geworden ist, wenn ihre inneren Widersprüche Überhand nehmen und sie aus sich selbst heraus darauf hindrängt, überwunden zu werden. Marx dazu: *„Wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie (d.h. sie wären vergeblich, Anmerkung der KO)"* (Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42, S. 93).

3.2.4 Negation der Negation

Wird eine qualitative Stufe durch eine andere abgelöst, nennt man das seit Hegel Negation oder auch Aufhebung. Aufhebung ist immer im dreifachen Sinne zu

verstehen, wobei Hegel mit der dreifachen Bedeutung des Wortes im Deutschen spielt: Aufheben kann sowohl Aufbewahren, wie auch Auslöschen, wie auch auf eine höhere Stufe heben, bedeuten. In der Dialektik ist ein Aufhebungsprozess alles auf einmal: Er bewahrt Elemente des aufgehobenen Zustands, er zerstört und ersetzt andere Elemente und hebt das ganze System auf eine höhere, komplexere Stufe.

Ein Beispiel: Als der Feudalismus zugrunde ging und dem Kapitalismus in der Geschichte Platz machte, übernahm der Kapitalismus wichtige Errungenschaften der Entwicklung des Feudalismus: Die Entstehung der Städte und des Handels- und Kreditkapitals, die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft, die bis dahin machtvollste Waffentechnik usw. Gleichzeitig wurden wesentliche Eigenschaften des Feudalismus abgeschafft: Die Privilegien der Stände, die Zünfte, die Leibeigenschaft und viele andere juristische Ungleichheiten, schließlich in vielen Ländern auch die Monarchie. Durch die Verbindung einer vergleichsweise hochentwickelten Wirtschaft mit der bürgerlichen Freizügigkeit, Gleichheit vor dem Gesetz usw. wurde der Kapitalismus zu einem völlig neuen System. Diese Negation ist jedoch nicht endgültig. Auch der Kapitalismus trägt in sich die Tendenz zu seiner eigenen Zerstörung, er wird irgendwann nicht mehr sein. Das Ende des Kapitalismus ist eine erneute Negation – eine Negation der Negation, die zu einer wiederum neuen Stufe führt, die Elemente des Kapitalismus in sich tragen wird (und damit auch der ihm vorangegangenen Gesellschaftsordnungen), aber auch neue Elemente. Das **Gesetz der Negation der Negation**, das die Bewegung der Dinge in Zyklen (also Kreisläufen) beschreibt, ist das dritte Gesetz der Dialektik. Mit Zyklen ist hier aber nicht gemeint, dass die Bewegung einfach zum Ausgangszustand zurückkehren würde und es also einen ewig gleichen Kreis gäbe, in dem sich alles immer nur wiederholt. Im Gegenteil ist eine zyklische Entwicklung gemeint, also dass sich das Ganze, ähnlich einer Spirale, durch die Kreislaufbewegung verändert. Der Stoffwechsel eines Tieres z.B. hat bestimmte, immer wiederkehrende Abläufe, trotzdem bleibt das Tier nicht gleich, sondern durch den Stoffwechsel wächst es, wird älter und stirbt irgendwann. Der Kreislauf kommt dann zum Erliegen und geht in einen umfassenderen Kreislauf der Natur über – der Körper löst sich auf, seine Elemente werden von anderen Lebewesen aufgenommen usw. Aus dem Tod des Tieres entsteht somit neues Leben. Der Ausgangszustand (die Geburt des Tieres) wird scheinbar wiederhergestellt – nur scheinbar deshalb, weil es nicht dasselbe Tier ist. An seinem Tod ändert sich dadurch nichts. Die Entwicklung der verschiedenen Tiere und Pflanzen ist dabei aber auch keine ewige Wiederkehr, wie wir wissen, sondern dieser Kreislauf verändert sich über lange Zeiträume. So sind über Hunderte Millionen Jahre aus einfachen Einzellern komplexere Tiere entstanden, aus denen irgendwann die Säugetiere und Vögel hervorgingen, die zum Teil schon wesentlich anspruchsvollere Gehirnleistungen vollbringen können und schließlich auch der Mensch. Zahllose Arten von Lebewesen sind in diesem gesetzmäßigen Prozess verschwunden, während immer wieder neue durch die natürliche Selektion entstanden sind.

Kreislauf und Veränderung schließen sich in Form spiralförmiger Entwicklungen also nicht aus. Weiter unten werden wir uns damit beschäftigen, dass auch die Produktion im Kapitalismus sich nicht geradlinig entwickelt, also als ständige Zunahme, sondern ebenfalls in Form von Zyklen.

Dieser Prozess der Negation geschieht dauernd in der Entwicklung der Welt. Negation bedeutet zwar immer zu einem gewissen Teil Zerstörung, da etwas Altes „verneint", eliminiert wird. Sie bedeutet gleichzeitig aber auch die Schaffung von etwas Neuem. Ohne Negationen wäre die Entwicklung von etwas Niederem zum Höheren nicht möglich. Natürlich geht es dabei aber um die Art der Negation: Ein Samenkorn wird auch „negiert", indem ich es zertrete. Dann entsteht keine neue Pflanze daraus, es findet keine Entwicklung der Pflanze statt. Auf andere Art wird es aber negiert, wenn ich es einpflanze und keimen lasse. Dann negiert sich das Samenkorn durch den ihm selbst innewohnenden Widerspruch zu einer neuen, höheren Form: der Pflanze.

3.2.5 Dialektik als Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang

Die Dialektik erfasst als wissenschaftliche Methode also nicht die wahrnehmbaren Dinge einzeln in ihrem isolierten Dasein, sondern in ihrer Beziehung zueinander und in ihrer Beziehung zum Ganzen. Dem entgegengesetzt ist die in der bürgerlichen Wissenschaft vorherrschende Methode des Positivismus: Der Positivismus untersucht alle Gegenstände nur für sich genommen und beschränkt sich darauf, ihre Eigenschaften als isolierte Objekte festzuhalten. Die Dialektik untersucht dagegen Realität immer als organisches Ganzes, dessen Teile miteinander zusammenhängen, und nicht als zufällige Haufen von Objekten und Tatsachen, als bloße Summe der Teile.

Die Dialektik, die der Marxismus-Leninismus von Hegel und anderen Philosophen geerbt hat, ist dabei nicht einfach nur eine wissenschaftliche Erkenntnismethode, also etwas, das man bei der wissenschaftlichen Analyse beachten sollte. Sie ist zugleich die Bewegungsform alles Seienden und die Denkmethode, mit der wir diese Bewegungsform erfassen können: Gerade weil sich die Realität selbst dialektisch bewegt, kann sie auch nur durch die dialektische Methode richtig erkannt werden. Die Dialektik ist im Marxismus-Leninismus, anders als bei manchen früheren Denkern, von direkter praktischer Bedeutung. Der Marxismus- Leninismus analysiert die Welt nicht aus bloßer Neugier, sondern um, geleitet von der wissenschaftlichen Erkenntnis, die Wirklichkeit zu verändern. Dass sich der Wissenschaftliche Sozialismus der Dialektik als Methode bedient und die reale materielle Welt in ihren dialektischen Entwicklungsgesetzen analysiert und verändert, unterscheidet ihn von allen anderen Weltanschauungen. Dies ist eines der Elemente, durch die Marx, Engels und Lenin den Sozialismus zur Wissenschaft gemacht haben.

Das undialektische Herangehen an die Wirklichkeit, wonach die *„Dinge als in sich unbeweglich und unveränderlich, als ein für allemal Gegebenes ohne innere Widersprüche"* (Einführung in den historischen und dialektischen Materialismus. S. 35). aufgefasst werden, bezeichnet der Marxismus-Leninismus als Metaphysik. *„Für den Metaphysiker sind die Dinge und ihre Gedankenabbilder, die Begriffe, vereinzelte, eins nach dem andern und ohne das andre zu betrachtende, feste, starre, ein für allemal gegebne Gegenstände der Untersuchung",* sagt Engels (Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, 203f). Historisch gesehen war das metaphysische Herangehen an die Natur jedoch berechtigt und unvermeidlich und brachte die wissenschaftliche Erkenntnis entscheidend voran. Viele Bereiche der Naturwissenschaft mussten zunächst einmal die Natur in ihre einzelnen Teile zerlegen und Tatsachen sammeln. Diese wurden zwangsläufig als ewig und unveränderlich aufgefasst, da man die Entwicklungsgesetze der Natur ja noch nicht kannte und erst noch erforschen musste. Im Vergleich zu den Methoden vieler mittelalterlicher Gelehrter, die die naturwissenschaftliche Forschung ablehnten und Aussagen über die Natur nur aus theologischen Glaubenssätzen ableiteten, war dies ein großer Fortschritt. Erst als die Wissenschaften genügend Erkenntnisse über die Naturprozesse und ihre Gesetzmäßigkeiten gesammelt hatten, war es möglich, die Natur in ihrer Gesamtheit und ständigen Veränderung zu denken. Aber während das metaphysische Denken in ewigen, unveränderlichen und isolierten Begriffen historisch gesehen seine Berechtigung hatte, ist es heute hoffnungslos veraltet und ein Hindernis für die Wissenschaft.

Solches Denken finden wir in allen Gesellschaftswissenschaften, wo von der „Marktwirtschaft", also dem Kapitalismus, als „natürlicher" bester Ordnung mit Ewigkeitsanspruch ausgegangen wird. All die brutalen Folgen des Kapitalismus wie Hunger, Arbeitslosigkeit, Kriege, Rassismus, Unterdrückung der Frauen usw. werden nicht in ihren wirklichen Ursachen untersucht, sondern im Gegenteil verschleiert, indem sie isoliert betrachtet und ihre Beziehung zur kapitalistischen Produktionsweise unterschlagen wird. Wissenschaftlich ist das nicht haltbar. Dass die Ideologen der bürgerlichen Gesellschaft zu großen Teilen trotzdem weiterhin daran festhalten, lässt sich nur durch ihr Klasseninteresse erklären: Ob bewusst oder unbewusst, sie dienen einer Klasse, deren Herrschaft historisch überholt ist und den wissenschaftlichen, ebenso wie den gesellschaftlichen Fortschritt aufhält. Die Arbeiterbewegung und ihre Weltanschauung, der Marxismus-Leninismus, müssen dem Kapitalismus auch auf dieser philosophischen Ebene den Kampf ansagen.

Dieses Beispiel zeigt außerdem, dass auch das dialektische Denken selbst nach den Gesetzen der Dialektik entstanden ist, als Aufhebung früherer Formen des wissenschaftlichen Denkens und Umschlag von einer wachsenden Menge neuer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse zu einer qualitativ neuen Methode des Denkens.

Zusammenfassend kann man sagen, die Dialektik ist die Lehre von den Gesetzen der Bewegung und Entwicklung. Wie wir sehen werden, gilt sie für die Gesetze

der Natur, aber ebenso für die der gesellschaftlichen Entwicklung und die Gesetze des Denkens.

Arbeitsfragen

- **Wie erklärt die Dialektik Bewegung?**
- **Was ist der Inhalt der drei Grundgesetze der Dialektik?**

Diskussionsfrage

- **Findet der Umschlag von Quantität in Qualität immer als merkbarer Sprung, wie im Beispiel des Wassers, statt? Wie ist das Verhältnis von stetiger und sprunghafter Entwicklung im Übergang von verschiedenen Gesellschaftsformationen zu verstehen?**

3.3 Dialektischer Materialismus

Bereits bei dem altgriechischen Philosophen Heraklit, von dem uns nur wenige Textfragmente erhalten sind, finden wir den Kern des dialektischen Denkens, nämlich den Gedanken der Bewegung in Zusammenhang mit der Einheit von Gegensätzen. Hegel erklärte ca. 2300 Jahre später die geschichtliche Entwicklung durch eine immer weiter aufsteigende Entwicklung des Geistes vom Niederen hin zum Höheren. Der Geist trägt während seines Entwicklungsprozesses das Erbe der Vergangenheit weiter, revidiert es ständig in Teilen und erklimmt so im Verlauf der Zeit von einer Stufe die nächste. Was für den Geist auf der Ebene des einzelnen Menschen gilt, gilt bei Hegel auch für die des Weltgeistes, den man als eine Art kollektiven Entwicklungsstand des Erkenntnisprozesses in einer Epoche verstehen kann. Die Stufe, auf welcher der Geist zu einem bestimmten Zeitpunkt steht, wirkt nach Ansicht Hegels auch auf den Entwicklungsstand der anderen Sphären der Gesellschaft (Ökonomie, Gesetze, Politik, Kunst usw.) ein, sodass sie sich ebenfalls zum Höheren hin weiterentwickeln.

Hegel leugnet zwar nicht die objektive Existenz der Materie, weil Hegel jedoch die Entwicklung des Geistes für die bestimmende Seite hält, die der Materie dagegen für das Nachrangige, ist seine Dialektik eine idealistische Dialektik. Marx und Engels, die umgekehrt die Materie für die Grundlage halten, das Bewusstsein der Menschen dagegen nur für dessen Folge, „erfanden“ zwar nicht den Materialismus, wurden aber seine konsequentesten Verfechter.

Im Nachwort zur zweiten Auflage des ersten Bandes des „Kapital“ grenzt sich Marx von der dialektischen Methode Hegels ab:

„Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozess, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg

des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle.“ (Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 27)

Für Marx ist der Mensch also nicht nur selbst materiell, sondern auch fest verbunden mit seiner materiellen Umwelt, von der er sich nicht lösen kann. Das Bewusstsein ist nicht nur selbst Produkt der Materie (des Nervensystems), sondern die Inhalte des Bewusstseins, die Ideen und Auffassungen, sind ebenfalls Ausdruck der materiellen Welt.

Die materialistische Dialektik ist anders als die idealistischen Formen des dialektischen Denkens eine Wissenschaft von der realen Bewegung der Dinge selbst. Die materialistische Dialektik erfindet also die dialektischen Bewegungsgesetze nicht zuerst im Kopf, um sie dann in der Realität zu suchen. Sie untersucht umgekehrt die materielle Realität so genau wie möglich, um die Gesetze ausfindig zu machen, nach denen sie sich bewegt. Diese werden dann zwar im Kopf des Menschen theoretisch ausformuliert, die Theorien sind dann aber nur das Abbild der tatsächlichen Bewegung. Das hat auch Konsequenzen für die wissenschaftliche Arbeitsweise: Finden wir heraus, dass unsere Vorstellungen von der Realität sich mit der Realität nicht decken, so müssen wir unsere Vorstellungen eben ändern. So findet wissenschaftlicher Fortschritt in der Regel statt.

Wir haben uns nun mit dem Materialismus und mit der Dialektik beschäftigt. Die materialistische Dialektik oder der Dialektische Materialismus ist die Vereinigung von beidem. Es handelt sich also um eine Dialektik, die die grundlegenden Entwicklungsgesetze der Welt in der Materie beschreibt und sich nicht etwa nur auf dem Gebiet des Geistes abspielt. Und es handelt sich um einen Materialismus, der die Materie nicht als totes und starres Anschauungsmaterial betrachtet, sondern in ihrer ständigen Bewegung, Veränderung und Widersprüchlichkeit.

Bei den alten griechischen Philosophen bedeutete das Wort Dialektik ursprünglich, dass man durch den Dialog entgegengesetzter Positionen zur Lösung von Widersprüchen kommt und so neue Erkenntnisse gewinnt. So machte es der Philosoph Platon: Seine Theorien stellte er immer als Gespräch zwischen Personen unterschiedlicher Meinung dar, die ihre Argumente austauschten und so schließlich auf einen gemeinsamen Nenner kamen. Allerdings stellte man mit der Zeit fest, dass nicht nur das Denken sich durch Widersprüche weiterentwickelt, sondern die gesamte Wirklichkeit. Die Dialektik ist daher nicht nur die Wissenschaft von der Entwicklung des Denkens, sondern auch die von der Entwicklung der objektiven, materiellen Realität. Letzteres, also die dialektische Entwicklung der Materie, ist dabei das Grundlegende, während die Entwicklung des Denkens nur der Ausdruck der materiellen Entwicklung ist. Darauf werden wir im Kapitel 3.5 genauer eingehen. Engels bezeichnete die Dialektik zusammenfassend als die *„Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens“* (Engels: Anti-Dühring, MEW 20, S. 133).

3.3.1 Bewegung als Eigenschaft der Materie

Nach dem Dialektischen Materialismus weist die Materie bestimmte Eigenschaften auf. Die erste dieser Eigenschaften wurde schon genannt: Die Materie bewegt und verändert sich ständig. Das kann eine einfache Ortsveränderung sein, wie z.B. bei einem fahrenden Zug. Das ist der Fall, den die klassische Mechanik betrachtet. Es gibt aber, wie bereits erwähnt, auch andere Formen der Bewegung, die alle auf der Welt existierenden Dinge betreffen. Wenn der Zug beispielsweise ausgemustert und auf das sprichwörtliche Abstellgleis gestellt wird, bewegt er sich zwar für unser Auge nicht mehr, er fährt ja nicht mehr durch die Gegend. Trotzdem werden „Wind und Wetter" ihn langsam verändern. Er wird verrosten, die Farbe wird abblättern und nach einigen Jahren wird er nicht mehr benutzbar sein, wenn er nicht ständig instandgehalten wird. Denn das Material, aus dem er besteht, bewegt sich in Wirklichkeit weiter: Die Atome und Moleküle bewegen sich ständig, auch die von Metallen. Sie unterliegen chemischen Reaktionen, durch die sich das Material unweigerlich mit der Zeit verändert, selbst wenn diese Prozesse viel zu langsam sind oder auf einer zu kleinen Größenskala ablaufen, als dass wir sie mit bloßem Auge beobachten könnten. Es gibt also nichts, was sich nicht bewegt. Zwar kann ein Objekt sich natürlich vorübergehend in einem gewissen Ruhezustand befinden, wie unser Zug, aber diese Ruhe ist nie absolut, denn völlige Abwesenheit von Bewegung gibt es nicht. Das, was uns als Ruhe erscheint, ist also nur ein zeitweiliges Gleichgewicht, das ab einem gewissen Zeitpunkt wieder aufgehoben werden wird. Wirklich dauerhaft ist also nicht die Ruhe, sondern die Bewegung.

Um all das zu verstehen, brauchen wir keine „göttliche" Kraft, die außerhalb unserer Welt steht. Die materiellen Prozesse sind selbst Ursache aller Veränderungen. Die Selbstbewegung ist die ewige Daseinsweise der Materie, die einzige Form, in der die Materie existiert. Die Entdeckung der Selbstbewegung durch die Entwicklung der Dialektik als Wissenschaft der Bewegung war eine entscheidende wissenschaftliche Leistung, die aus der theoretischen Verallgemeinerung der Ergebnisse der Naturwissenschaften entstand. Mit dieser Entdeckung war die Möglichkeit gegeben, die Bewegung aller Dinge zu verstehen, ohne auf einen Gott zurückgreifen zu müssen.

3.3.2 Der Zusammenhang der materiellen Welt

Die zweite zentrale Eigenschaft der Materie ist ihre Einheitlichkeit. Wie schon erwähnt, bildet die Welt nach der dialektischen Auffassung eine Einheit, es gibt also nichts, was von allem anderen isoliert existiert. Doch was ist die Grundlage dieser Einheit? Frühere dialektische Denker gingen z.B. davon aus, es gäbe eine „Ursubstanz" aus der alles bestehen würde. Oder sie glaubten, dass die Einheit, also der umfassende, allseitige Zusammenhang aller Dinge darin bestehen würde, dass Gott die ganze Welt als Einheit geschaffen habe und in ihr allgegenwärtig sei. Diese philosophischen Anschauungen bezeichnet man als idealistischen Mo-

nismus (von altgriechisch "mónos" – einzig).

Doch die Wissenschaft konnte weder jemals eine Ursubstanz, noch einen Gott entdecken. Tatsächlich existiert die Einheit der Welt durch den materiellen Zusammenhang der Dinge – in der Tatsache, dass alles Existierende miteinander in einer Wechselwirkung steht, die wiederum bestimmte Gesetzmäßigkeiten befolgt. Dieses philosophische Prinzip der materiellen Einheit, welches auch die Grundlage des dialektischen Materialismus ist, nennt man deswegen materialistischen Monismus. Sowohl der idealistische, als auch der materialistische Monismus stehen dabei im Gegensatz zur philosophischen Lehre des Dualismus, welche von zwei unabhängigen und gleichberechtigten Substanzen ausgeht, wie z.B. getrennt voneinander existierendem Körper und Geist. Wie diese beiden Substanzen miteinander in Wechselwirkung stehen, vermag der Dualismus nicht zu erklären und benötigt zur Lösung dieses Problems meistens die Religion und einen Gott.

Die Einheit der Welt ist dabei nichts, was die Naturwissenschaft eines Tages durch ein Experiment oder eine bestimmte Beobachtung entdecken konnte. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer theoretischen Verallgemeinerung zahlloser einzelner Erkenntnisse. Auch räumlich voneinander getrennte Objekte in der Natur wirken aufeinander, z.B. indem sie sich gegenseitig anziehen, indem sie durch Strahlung (Licht, Radioaktivität usw.) wirken, indem sie vielleicht Luftmoleküle verdrängen usw. Genauso ist es auf dem Gebiet der Gesellschaft: Wichtige gesellschaftliche Ereignisse, beispielsweise wirtschaftliche Aufschwünge oder Krisen, Kriege oder Revolutionen, können an einem weit entfernten Ort geschehen, doch sie betreffen uns trotzdem. Sie haben auch bei uns Auswirkungen auf die Entwicklung der Ökonomie, des Klassenkampfes, der Politik im Allgemeinen. Der Kapitalismus hat, wie wir an späterer Stelle sehen werden, die Beziehungen zwischen allen Teilen der Welt viel enger geknüpft als es je zuvor der Fall gewesen ist. Die Einheit der Welt macht sich also in historisch nie dagewesenem Ausmaße bemerkbar.

Der Dialektische Materialismus bleibt nicht dabei stehen, den allgemeinen wechselseitigen Zusammenhang der Dinge einfach festzustellen. Er untersucht auch die genaue Art der jeweiligen Zusammenhänge, ist also eine Wissenschaft von den allgemeinen, in der Realität auftretenden Zusammenhängen und Wechselbeziehungen, wie z.B. der Kausalität, dem Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem, den Naturgesetzen und gesellschaftlichen Gesetzen. Zusammenhänge sind dabei nicht wie im metaphysischen Denken als bloße Zusammensetzung von getrennten Teilen zu verstehen, so wie man Legosteine zusammensetzt. Die einzelnen Teile sind dabei nämlich nicht beliebig austauschbar, sondern durch ihre Rolle, ihre Funktion als Teil des Ganzen bestimmt. Die Blüte einer Blume ist z.B. nicht für sich zu betrachten, sondern sie existiert als Teil der ganzen Pflanze. Sie erfüllt für die Pflanze eine Funktion, die mit ihrer Fortpflanzung zusammenhängt und ist für ihre Existenz auf die Pflanze angewiesen. Den letzten Aspekt sieht man schon daran, dass eine Blume in der Vase schneller verwelkt, weil ihr dann wichtige Nährstoffe fehlen, die ihr nur durch den restlichen Körper der

Pflanze geliefert werden können. Nach dem Dialektischen Materialismus ist das Ganze also nie einfach die Summe der Teile, sondern das Ganze durchdringt seine einzelnen Teile, es bestimmt den Zusammenhang zwischen ihnen und die Gesetze, nach denen sie sich verändern, entstehen und vergehen.

Das gilt auch für den Zusammenhang von Materie und Bewusstsein. Das Bewusstsein ist von der Materie nicht zu trennen. Es gibt keinen irgendwie frei schwebenden Geist, der nicht an einen Körper gebunden wäre. Daher widerspricht der Dialektische Materialismus den Auffassungen der verschiedenen Religionen, die davon ausgehen, dass die Seele vor oder nach dem Tod außerhalb des Körpers existieren kann. Er widerspricht auch z.B. der Auffassung des französischen Philosophen René Descartes (1596–1650), der glaubte, die Welt würde aus zwei voneinander unabhängigen Substanzen bestehen, nämlich der „denkenden Substanz" (also dem Geist) und der „ausgedehnten Substanz" (Materie). Die Auffassung des Dialektischen Materialismus ist im Gegensatz zu diesen Vorstellungen aber im Einklang mit den Erkenntnissen der Wissenschaft, z.B. über das Nervensystem, die Entstehung des Bewusstseins usw.

3.3.3 Gesetzmäßigkeiten und Kausalität

Drittens funktioniert diese einheitliche materielle Welt nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten. Diese Feststellung erscheint erst mal relativ banal. Gäbe es keine Gesetzmäßigkeiten, würde auf der Welt absolutes Chaos herrschen. Es gäbe dann auch keine festen Körper, weil diese ja erst durch die in den Atomen wirkenden Kräfte und die Verbindungen zwischen den Molekülen gesetzmäßig zusammengehalten werden. Und natürlich gäbe es dann auch keine Menschen. Aber so banal diese Feststellung klingt, für viele Leute ist sie keineswegs selbstverständlich. Viele bürgerliche Ideologen vertreten die These, dass vielleicht die Natur bestimmten Gesetzen gehorcht, während aber ein anderer Bereich der materiellen Welt, nämlich die Gesellschaft und ihre geschichtliche Entwicklung, keine solche Gesetzmäßigkeit aufweise. Mit dieser Auffassung werden wir uns im Kapitel 3.5 zum Historischen Materialismus auseinandersetzen. An dieser Stelle genügt die Feststellung, dass grundsätzlich überhaupt nichts für diese Annahme spricht, dass ein bestimmter Bereich der Realität von der gesetzmäßigen Entwicklung, der die Welt als Ganze unterliegt, ausgenommen sein könnte.

Gesetzmäßigkeiten beruhen auf dem Prinzip der Kausalität. Kausalität bedeutet, dass bestimmte Ursachen unter bestimmten Bedingungen zu bestimmten Wirkungen oder Folgen führen. Kausale Zusammenhänge existieren in der objektiven Realität und es kann keine Wirkung ohne Ursache geben.. Wenn ich den Wasserhahn aufdrehe, ist die Bewegung meiner Hand die Ursache davon, dass die Wasserleitung geöffnet wird und das Wasser herausströmt. Die Ursache-Wirkung- Beziehung kann aber auch komplexer sein. So gibt es notwendige und hinreichende Bedingungen für bestimmte Ereignisse. In unserem Beispiel ist es eine notwendige Bedingung, dass ich mit der Hand den Wasserhahn betätige,

aber möglicherweise keine hinreichende Bedingung – es kann z.B. sein, dass das Wasser unten im Keller abgestellt ist und daher trotzdem kein Wasser aus dem Hahn kommt. Dann wäre die hinreichende Bedingung erst erfüllt, wenn ich im Keller das Wasser auch aufgedreht habe und die Leitung unter Druck steht. Jetzt haben wir uns aber nur einen vereinzelten Vorgang angesehen. In Wirklichkeit passiert aber natürlich nichts isoliert vom Rest der Welt, sondern jeder Prozess ist ein kleiner Teil des Gesamtprozesses. Was die Ursache einer Sache ist, kann die Folge einer anderen Sache sein und umgekehrt. Das Laufen des Wassers war in unserem Beispiel die Folge des Aufdrehens des Wasserhahns. Es wird aber wiederum auch die Ursache weiterer Ereignisse, z.B. dass der Wasserzähler einen erhöhten Verbrauch anzeigt und die Wasserrechnung steigt. Das wiederum führt dazu, dass ich nach dem Bezahlen der Rechnung weniger Geld auf dem Konto habe. Und so weiter.

Wenn wir die Gesetzmäßigkeiten bestimmter Vorgänge kennen, können wir diese Vorgänge voraussagen. Wir wissen dann, warum ein bestimmtes Ereignis so und nicht anders abläuft. Wir sprechen in diesem Fall von Notwendigkeit. Notwendig ist ein Zusammenhang, der nur so und nicht anders sein kann. Zufällig ist hingegen etwas, das auch anders sein könnte. Nach dem Dialektischen Materialismus existieren sowohl notwendige als auch zufällige Zusammenhänge objektiv. Die Notwendigkeit ist ein innerer gesetzmäßiger Zusammenhang zwischen verschiedenen Vorgängen. Zufällig sind die äußeren Bedingungen, in denen sich das Notwendige verwirklicht. Auch ein zufälliger Zusammenhang hat natürlich kausale Ursachen, er entsteht nicht einfach aus dem Nichts. Er lässt sich aber nicht einfach aus den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten genau so ableiten. So werden wir z.B. sehen, dass der Kapitalismus notwendig immer wieder zu Wirtschaftskrisen führt. Er kann gar nicht anders. Aber wie genau diese Krisen vonstattengehen, hängt auch von vielen Zufällen ab (zum Zusammenhang von Zufall und Notwendigkeit siehe Kasten).

Zur Gesetzmäßigkeit eines Vorgangs gehört auch, dass er, wenn die entsprechenden Bedingungen vorhanden sind, unter Garantie immer wieder auftritt, zu jeder Zeit, an jedem Ort. Darauf beruht die Wissenschaft, aber auch unser Alltag. Wenn ein Gebäude gebaut wird, geht der Architekt davon aus, dass die Gesetze der Statik, die wir aus vergangenen Beobachtungen kennen, auch für die Zukunft gelten werden. Die Naturgesetze zu erkennen, hat sich der Mensch zur Aufgabe gemacht, seit er überhaupt begonnen hat, systematisch zu denken. Der Dialektische Materialismus fasst die Erkenntnisse dieses Prozesses zusammen und bringt sie in einen einheitlichen Zusammenhang.

Halten wir also fest: Unter einem Gesetz versteht der Dialektische Materialismus einen notwendigen, allgemeinen, wesentlichen Zusammenhang zwischen Dingen und Prozessen, der sich bei Vorhandensein der entsprechenden Bedingungen wiederholen lässt.

Zufälligkeit und Notwendigkeit

Engels hat sich mit dem Verhältnis von Zufälligkeit und Notwendigkeit ausführlich beschäftigt. Er grenzt sich von zwei Auffassungen ab: Zum einen der Auffassung, die Zufall und Notwendigkeit als absoluten Gegensatz versteht und demnach nur das, was auf allgemeine Gesetze zurückführbar ist, als notwendig gelten lässt und alles, was wir noch nicht verstehen als zufällig. Engels kritisiert daran, dass damit die Wissenschaft sich selbst aufhebt, da sie ja gerade das erforschen müsste, was wir noch nicht verstehen, weil die Gesetzmäßigkeiten noch nicht erkannt sind. Auf der anderen Seite lehnt er auch die streng deterministische Auffassung ab, die Zufälligkeit überhaupt leugnet, indem sie jedes noch so kleine Detail des Universums für vom Anbeginn der Zeit an vorbestimmt hält. Engels beruft sich dagegen auf Hegel, der eine strikte Trennung zwischen Zufall und Notwendigkeit ablehnte, sondern den engen Zusammenhang zwischen beidem betonte (Engels: Dialektik der Natur, MEW 20, S. 486–491). An anderer Stelle schreibt Engels dazu: „Aber Zufall, das ist nur der eine Pol eines Zusammenhangs, dessen andrer Pol Notwendigkeit heißt. In der Natur, wo auch der Zufall zu herrschen scheint, haben wir längst auf jedem einzelnen Gebiet die innere Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit nachgewiesen, die in diesem Zufall sich durchsetzt." (Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, S. 169)

3.3.4 Die Widersprüchlichkeit der materiellen Welt

Viertens ist die Materie in sich widersprüchlich. Diesen Gesichtspunkt haben wir bereits im vorherigen Kapitel besprochen. Allem was existiert, wohnen einander entgegenwirkende Kräfte inne. Der Kampf dieser Gegensätze miteinander führt an einem bestimmten Punkt dazu, dass alles Existierende auch wieder aufhört zu existieren. Ewig und unzerstörbar ist nur die Materie selbst, sowie bestimmte grundlegende Gesetzmäßigkeiten, nach denen sie sich bewegt. Die Formen der Materie und ihrer Bewegung ändern sich jedoch ständig.

3.3.5 Bewegungsformen der Materie

Wir können dabei drei grundlegende Bewegungsformen der Materie unterscheiden, die gleichzeitig unterschiedliche Entwicklungsstufen der Materie darstellen. Die erste Bewegungsform ist die anorganische Bewegung. Darunter fällt alle Bewegung toter Gegenstände in der Natur, also alles, was von der Physik, Chemie, Astronomie usw. untersucht wird. Die zweite Bewegungsform, die sich aus der ersten heraus entwickelt hat, ist das Leben, also Entstehung, Lebensprozess und Tod der Organismen. Diese wird von der Biologie und verwandten Wissenschafts-

zweigen (z.B. Medizin) untersucht. Die dritte und höchste Bewegungsform, die wiederum nur auf Grundlage des Lebens entstehen konnte, ist die menschliche Gesellschaft in ihrer Entwicklung. Hierfür sind die Gesellschaftswissenschaften (Geschichtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft usw.) zuständig.

Warum brauchen wir unterschiedliche Wissenschaftszweige für unterschiedliche Forschungsgegenstände? Weil offenbar die Entwicklungsgesetze der unterschiedlichen Bereiche der Realität nicht dieselben sind. Natürlich würde niemand behaupten, dass in der menschlichen Gesellschaft die Gesetze der Physik, wie z.B. die Gravitation, das Massenerhaltungsgesetz usw. nicht gelten würden. Aber mit diesen Gesetzen ist auf dem Gebiet der Gesellschaft auch nicht viel anzufangen, wenn man die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung verstehen will. Das zeigt also, dass die Gesetze, die innerhalb der drei verschiedenen Grundformen der Bewegung gelten, zwar einander nicht widersprechen können, aber auch nicht aufeinander reduzierbar sind. Da die Spezifik der höheren Bewegungsformen nicht vernachlässigt werden darf, sind die biologischen und gesellschaftlichen Wissenschaften ebenso wichtig wie Physik und Chemie.

Anhand der drei Bewegungsformen haben wir gesehen, dass die Materie sich nicht etwa einfach nur bewegt, sondern sich entwickelt. Entwicklung bedeutet, dass die Veränderung vom Niederen zum Höheren stattfindet. Dass also die Zusammenhänge komplexer werden und qualitativ neue Entwicklungsstufen mit jeweils eigenen Bewegungsgesetzen hervorbringen. So entstanden aus einfachen leichten Atomen immer schwerere Elemente, die wiederum komplexere Molekülverbindungen möglich machten. Aus Kohlenstoffverbindungen entstanden Nukleinsäuren, aus diesen entstanden Aminosäuren und Proteine, Zellen, mehrzellige Lebewesen, schließlich hochentwickelte Lebewesen wie die Säugetiere, deren Intelligenz sich mit der Evolution immer höher entwickelte. Auch in der Geschichte ist eine Entwicklung der Gesellschaften vom Niederen zum Höheren feststellbar, wie wir sehen werden.

Fassen wir nun zusammen: Der Dialektische Materialismus ist eine Weltanschauung, die davon ausgeht, dass die Welt einheitlich ist und sich nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten bewegt, die in der Widersprüchlichkeit der Materie begründet sind.

Der Dialektische Materialismus ist eine parteiliche Philosophie. Er stellt sich konsequent sowohl gegen den Idealismus als auch die metaphysischen Weltauffassungen. Wir werden sehen, dass er dadurch auch im Klassenkampf Partei ergreift. Denn indem er die Gesetze alles Seienden erforscht und nicht vor bestimmten „verbotenen" Fragen halt macht, indem er auch die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung aufdeckt, dient er dem gesellschaftlichen Fortschritt und den Interessen der Arbeiterklasse. Dazu jedoch später mehr.

Arbeitsfragen

- **Wie unterscheidet sich die materialistische von der idealistischen Dialektik?**
- **Welche Eigenschaften weist die Materie auf?**

Diskussionsfragen

- **Die Art der Bewegungen, die wir in den verschiedenen Gebieten der Materie beobachten können, sind sehr unterschiedlich. Z.B. ist der Elektromagnetismus etwas ganz anderes als die Bahnen der Planeten oder das Verwelken einer Blume. Konstruiert der Dialektische Materialismus da vielleicht künstlich eine Gemeinsamkeit, die gar nicht existiert?**
- **Welche Art von Widersprüchen existieren im Sozialismus? Welche könnten im Kommunismus existieren und ihn auf eine höhere Entwicklungsstufe treiben?**

3.4 Erkenntnis als Widerspiegelung der objektiven Realität

In der Philosophie waren Fragen der Erkenntnis immer von großer Bedeutung. Der Teil der Philosophie, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, heißt Erkenntnistheorie. In der Erkenntnistheorie gab es zwei grundlegende Fragen, um die die verschiedenen Philosophieschulen sich immer gestritten haben: Erstens: Gibt es eine objektive Realität, also existiert die Welt außerhalb unseres Bewusstseins? Zweitens: Wenn ja, kann diese objektive Realität sich im Bewusstsein ausdrücken? Oder anders formuliert: Sind unsere Wahrnehmungen in der Lage, ein (zumindest annähernd) wirklichkeitsgetreues Bild der objektiven Realität abzugeben? Eine materialistische Erkenntnistheorie muss beide Fragen zwangsläufig mit Ja beantworten: Es gibt eine objektive Realität und wir können sie erkennen.

Das entspricht erst mal dem, wovon wir alle in unserem Alltagsleben ausgehen, wenn auch meistens unbewusst. Wir bleiben an der roten Ampel stehen, weil wir davon ausgehen, dass die Ampel wirklich rot ist und wir möglicherweise wirklich von einem Auto gerammt werden, wenn wir die Verkehrsregeln missachten. Wir gehen also nicht davon aus, dass unsere Wahrnehmung der roten Ampel und des Verkehrs reine Illusionen unseres Verstandes sind. Trotzdem gab und gibt es bis heute verschiedene Theorien, die anzweifeln, dass es eine objektive Wahrheit gibt. Diese kann man aber relativ leicht widerlegen. Denn erstens ist die Aussage „Es gibt keine objektive Wahrheit“ schon an sich ein logischer Widerspruch. Wer diese Aussage macht, sagt damit ja, dass es objektiv wahr ist, dass es keine objektive Wahrheit gebe. Und zweitens können wir unsere Auffassungen über die Realität an der Praxis überprüfen. Wir merken ja, dass unsere Annahmen über die Ampel und den Verkehr richtig waren, wenn wir die Verkehrsregeln missachten

und dann die Konsequenzen davon erfahren.

Indem der Mensch sich in seinem Handeln gemäß seinen Einsichten über die Realität verhält, erfährt er objektiv, ob seine Erkenntnisse der Wirklichkeit im Wesentlichen entsprechen oder nicht. Die Praxis gibt unserem Bewusstsein eine objektive Bestätigung und treibt so den Erkenntnisprozess voran. Das heißt aber auch nicht, dass man eine Erkenntnis nur dann als wahr ansehen kann, wenn sie in der Praxis überprüft wurde. Auch durch das abstrakte Denken, mit dem wir uns gleich beschäftigen werden, ist der Mensch in der Lage, aus gegebenen wahren Erkenntnissen neue Einsichten abzuleiten. Wenn wir beispielsweise grundsätzlich verstanden haben, wie Addition funktioniert, müssen wir nicht erst jede einzelne Rechnung irgendwie an der Praxis überprüfen (z.B. an einem Rechenschieber), sondern können auch durch rein logisches Denken zu neuen Erkenntnissen kommen.

3.4.1 Eine materialistische Erkenntnistheorie

Marx und Engels vertraten als Materialisten natürlich auch eine materialistische Erkenntnistheorie. So ging Engels davon aus, dass die Begriffe unseres Denkens, die sich mit den Formen der existierenden Dinge beschäftigen, ein Abbild der Realität seien. Diese Begriffe *„kann das Denken niemals aus sich selbst, sondern eben nur aus der Außenwelt schöpfen und ableiten"* (Engels: Anti-Dühring, MEW 20, S. 34). Denn: *„Nicht in einem einzigen Fall, soviel bis heute bekannt, sind wir zu dem Schluß gedrängt worden, daß unsere wissenschaftlich kontrollierten Sinneswahrnehmungen in unserm Gehirn Vorstellungen von der Außenwelt erzeugen, die ihrer Natur nach von der Wirklichkeit abweichen, oder daß zwischen der Außenwelt und unsren Sinneswahrnehmungen von ihr eine angeborne Unverträglichkeit besteht"* (Engels: Über historischen Materialismus, MEW 22, S. 296f). Lenin entwickelte diese Auffassungen zu einer umfassenderen Erkenntnistheorie weiter, der Widerspiegelungstheorie. Demnach können wir uns den Vorgang der Erkenntnis bildhaft so vorstellen wie ein Spiegelbild.

Erkenntnis können wir also definieren als richtige Widerspiegelung der Wirklichkeit im Bewusstsein des Menschen. Daraus ergeben sich direkt die Fragen: Gibt es auch eine falsche Widerspiegelung der Wirklichkeit? Und ist diese dann keine Erkenntnis? Dazu kommen wir gleich. Beschäftigen wir uns aber zuerst damit, wie Erkenntnis vonstattengeht. Denn die Metapher „Widerspiegelung" hat auch ihre Grenzen. Wenn wir uns ein Bild von der Wirklichkeit machen, dann dürfen wir uns das nicht wie eine fotografische Momentaufnahme vorstellen. Vielmehr ist Erkenntnis immer als Prozess zu verstehen. Lenin schreibt dazu: *„In der Erkenntnistheorie muß man, ebenso wie auf allen anderen Gebieten der Wissenschaft, dialektisch denken, d.h. unsere Erkenntnis nicht für etwas Fertiges und Unveränderliches halten, sondern untersuchen, auf welche Weise das Wissen aus Nichtwissen entsteht, wie unvollkommenes, nicht exaktes Wissen vollkommener und exakter wird"* (Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus, LW 14,

S. 96). Wir haben also immer sowohl Wissen über bestimmte Sachverhalte im Kopf als auch Nichtwissen. Einige Dinge stellen wir uns falsch oder zu einfach vor, über andere Dinge wissen wir vielleicht noch gar nichts. Dadurch ist unser Bild unvollständig. Wie wir aber nun wissen, können wir Dinge nur dann wirklich verstehen, wenn wir sie in ihrer Gesamtheit betrachten. Letztlich ist ja alles Existierende Teil des einheitlichen Weltzusammenhangs. Daher sagt Lenin: *„der menschliche Begriff von Ursache und Wirkung vereinfacht immer etwas den objektiven Zusammenhang der Naturerscheinungen, er spiegelt ihn nur annähernd wider, indem er diese oder jene Seiten des einen einheitlichen Weltprozesses künstlich isoliert“* (ebenda, S. 151).

3.4.2 Warum ist Wahrheit relativ?

Unser Wissen über die Welt kann also durchaus wahr sein, aber das ist nur eine relative Wahrheit. Die absolute Wahrheit existiert nur außerhalb unseres Bewusstseins in Form der unendlich umfassenden Wirklichkeit. Unser Wissen kann sich dieser absoluten Wahrheit annähern, indem wir immer mehr wahre Erkenntnis ansammeln und diese in einen Zusammenhang bringen. Wir können die absolute Wahrheit aber nie erreichen. Warum nicht? Erstens, weil die Wirklichkeit unendlich groß und komplex ist und es daher unmöglich ist, alle Aspekte und Einzelheiten des Universums zu erkennen. Zweitens aber auch, weil die Materie in ständiger Bewegung ist, sich also ständig verändert. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass auch der Erkenntnisprozess nie abgeschlossen sein kann. Seit Anbeginn der Menschheit hat der Mensch sein Wissen über die Welt ständig vermehrt, also sein Nichtwissen in Wissen verwandelt.

Diese Relativität unseres Wissens und der Wahrheiten, die wir erkennen, ist sehr wichtig. Denn sie erlaubt uns auch einen anderen Blick auf die Geschichte der Menschheit. Aus heutiger Sicht mag es so erscheinen, als wären die früheren Generationen von Menschen allesamt dumm und unwissend gewesen. Mit dieser Sichtweise ist es aber unmöglich, die Erkenntnis als ständig fortschreitenden Prozess zu verstehen. Es wird also unmöglich, zu erklären, wie wir zu unserem heutigen Wissensstand überhaupt gekommen sind. Und wir vergessen damit, dass wir auch heute noch sehr vieles nicht wissen. Machen wir uns diesen Prozess an einem Beispiel klar: Die antiken Philosophen Demokrit und Leukippos gingen zum ersten Mal davon aus, dass die Materie aus winzigen unteilbaren Teilchen besteht. Diese nannten sie Atome, was auf griechisch „unteilbar“ bedeutet. Heute weiß jeder, dass Atome nicht unteilbar sind, dass ihre Annahme also falsch war. Trotzdem war sie ein großer wissenschaftlicher Fortschritt, auch wenn es damals nichts weiter als eine Vermutung war, die sich nicht wissenschaftlich beweisen ließ. Denn Jahrtausende später entdeckte man die Existenz der Atome. Von da aus entwickelten Generationen von Wissenschaftlern immer neue Atommodelle. Um nur ein paar zu nennen: Joseph John Thomsons Modell des Atoms als gleichmäßig verteilter positiver Ladung mit negativen Elektronen, die sich darin bewegen (1903); Ernest Rutherfords Modell eines positiven Atomkerns mit einer

Hülle, in der sich die Elektronen bewegen (1911); Bohrs Atommodell (1913) mit einem positiven Kern und Elektronen, die sich auf Kreisbahnen bewegen; dann das Atommodell der Quantenmechanik, nach dem die Atomkerne und die Elektronen über sogenannte Wellenfunktionen beschrieben werden, aus denen z.B. die Aufenthaltswahrscheinlichkeiten und die Energien der Teilchen berechnet werden können. Wir sehen also, dass es trotz bestimmter unvollständiger und falscher Annahmen unpassend wäre, die früheren Stufen der Erkenntnis einfach als falsch zu verwerfen. Sinnvoller ist es, sie als Stufen in einem Erkenntnisprozess zu verstehen, der wie alles andere auch vom Niederen zum Höheren aufsteigt.

3.4.3 Wie aus Wahrnehmung Erkenntnis wird

Unsere Erkenntnisse über die Welt kommen aus der Wahrnehmung. Sind Wahrnehmung und Erkenntnis also dasselbe? Nein. Denn zur Erkenntnis gehört nicht nur das, was wir über unsere Sinnesorgane, also Augen, Ohren usw. aufnehmen. Wäre das so, würden wir in der unendlichen Flut an Informationen, die auf uns einströmen, geradezu ertrinken. Wir wären gar nicht in der Lage, diese Masse an Informationen abzuspeichern, geschweige denn, uns in ihr irgendwie zurechtzufinden. Der menschliche Geist (und auf geringerer Stufe auch schon viele Tiere) ist in der Lage, Zusammenhänge zwischen den einzelnen Empfindungstatsachen herzustellen und diese zu verallgemeinern. Schon die Empfindungen über die Sinnesorgane sind Verbindungen von mehreren Reizen, die die Existenz komplexer Erscheinungen anzeigen. Wir nehmen ja nicht jeden Farbreiz, jedes Lichtteilchen im Auge einzeln wahr, sondern es zeigt sich uns bereits ein zusammengesetztes Bild. Der Mensch bildet daraus dann Begriffe, die diese Zusammenhänge zusammenfassen und den Wesenskern, um den es geht, herausstellen.

Wenn wir sagen: „Das ist ein Hund“, dann sprechen wir zwar einerseits von einem ganz bestimmten Tier. Wir ordnen es aber der allgemeinen Kategorie „Hund“ zu. Wir sprechen hier von einer Abstraktion: Der einzelne Hund ist konkret, ein Individuum. Der Begriff „Hund“ dagegen bezeichnet eine ganze Gruppe von Tieren und keinen speziellen Hund. Abstrahieren kommt aus dem Lateinischen und bedeutet, dass man die besonderen Eigenschaften einer Sache abzieht und nur das Allgemeine übrig bleibt. So ist es nicht entscheidend, ob der Hund groß oder klein ist, schwarz oder braun usw. Die Zuordnung dieses speziellen Tieres zur Kategorie Hund ist aber nicht willkürlich, sie ist kein bloßes Hirngespinst. Sie ist selbst auch eine Widerspiegelung eines realen, materiellen Sachverhalts, nämlich dass alle Hunde gemeinsames Genmaterial besitzen, sich miteinander fortpflanzen können, ein ähnliches Raubtiergebiss haben, kurz: zur selben Tierart gehören. Abstraktionen sind also nicht rein ideell, in unserem Kopf geschaffen, sondern unsere abstrakten Begriffe sind ebenfalls Widerspiegelungen von materiellen Zusammenhängen. Begriffliches Denken, das Abstrahieren und Zusammenhänge (z.B. Kausalbeziehungen) herstellen kann, ist eine notwendige Voraussetzung für systematische Erkenntnis und damit auch für den Fortschritt der Technik und letzten Endes das gesellschaftliche Zusammenwirken. Lenin

sagt dazu: „*Das Denken, das vom Konkreten zum Abstrakten aufsteigt, entfernt sich nicht - wenn es richtig ist... - von der Wahrheit, sondern nähert sich ihr. Die Abstraktion der Materie, des Naturgesetzes, die Abstraktion des Wertes usw., mit einem Wort alle wissenschaftlichen (richtigen, ernst zu nehmenden, nicht unsinnigen) Abstraktionen spiegeln die Natur tiefer, richtiger, vollständiger wider.*" (Lenin: Konspekt zur ‚Wissenschaft der Logik', LW 38, S. 160). Erkenntnis ist also nicht bloßes Wahrnehmen, sondern eine dialektische Einheit von Wahrnehmung und begrifflichem Denken, wobei sich beides gegenseitig voraussetzt und beeinflusst. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse leiten den Menschen in der Praxis an. Sein Handeln beruht auf dem, was er über seine Umwelt an Erkenntnissen gewonnen hat.

3.4.4 Sind Widerspiegelungen immer richtig?

Nun zurück zur Frage, ob die Widerspiegelung in unserem Kopf immer richtig ist. Diese Frage wird jeder spontan verneinen. Jeder kennt Sinnestäuschungen, z.B. optische Täuschungen. Dass es so etwas gibt, heißt aber natürlich nicht, dass wir uns grundsätzlich gar nicht mehr auf unsere Sinne verlassen können. Denn sie haben sich durchaus so herausgebildet, dass sie im Regelfall die für das Überleben notwendigen Informationen korrekt liefern. Außerdem haben wir ja mehrere Sinnesorgane, sodass die Täuschung eines Sinnesorgans meistens durch die anderen schnell aufgedeckt wird.

Aber auch Begriffsbildungen müssen nicht zwangsläufig eine richtige Widerspiegelung der Realität sein. Beispielsweise glauben manche Menschen an Gespenster. Es gibt aber keine Gespenster, folglich ist der Begriff Gespenst keine richtige Widerspiegelung eines tatsächlich existierenden Phänomens. Vergleichbar ist der Glaube vieler bürgerlicher Ökonomen an einen „selbst regulierenden Markt", der sich automatisch immer im Gleichgewicht befindet und aus sich heraus keine Krisen erzeugt.

Wenn Marxisten davon sprechen, dass die Erkenntnis ein Abbild oder eine Widerspiegelung der objektiven Realität darstellt, dann meinen sie damit also keineswegs, dass diese Widerspiegelung immer richtig ist. Dass unser Wissen immer unvollständig ist, wurde ja bereits festgestellt. Dass es immer auch historisch bedingt ist, werden wir im folgenden Kapitel noch feststellen. Aber natürlich kann es auch einfach falsch sein. Tatsächlich gehört es zur gesetzmäßigen Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft, dass sie regelmäßig auch falsches Bewusstsein hervorbringt, dass die Menschen also die wahren Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus keineswegs erkennen. Darauf hat auch Lenin in seiner Erkenntnistheorie hingewiesen: „*Das gesellschaftliche Sein und das gesellschaftliche Bewußtsein sind nicht identisch, ebensowenig, wie Sein überhaupt und Bewußtsein überhaupt identisch sind. Daraus, daß die Menschen als bewußte Wesen in gesellschaftlichen Verkehr treten, folgt keineswegs, daß das gesellschaftliche Bewußtsein mit dem gesellschaftlichen Sein identisch ist. Wenn die Menschen miteinander in Verkehr treten,*

*sind sie sich in allen einigermaßen komplizierten Gesellschaftsformationen - und insbesondere in der kapitalistischen Gesellschaftsformation - n**icht bewußt, was für gesellschaftliche Verhältnisse sich daraus bilden, nach welchen Gesetzen sie sich entwickeln usw.**"* (Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus, LW 14, S. 329, Hervorhebung durch den Autor).

Was bringt also der Begriff „Widerspiegelung"? Legt das nicht eine viel zu stark vereinfachte Vorstellung nahe, wonach unser Bild von der Realität immer richtig sein muss? Zunächst einmal betont der Begriff der „Widerspiegelung" vor allem, dass die Bilder unserer Wahrnehmung und damit auch die Erkenntnisse aus der materiellen Wirklichkeit kommen und diese annähernd abzubilden versuchen. Nun ist aber auch ein Spiegelbild nicht genau wirklichkeitsgetreu, was schon damit anfängt, dass es spiegelverkehrt ist. Bei einem Konkav- oder Konvex-Spiegel ist das Bild aber auch verzerrt. Wenn der Spiegel schmutzig ist, wird es ungenau usw. Und im übertragenen Sinne ist es bei unserer Erkenntnis auch so. Je nachdem, wie gut unsere Sinnesorgane ausgebildet sind, welche Hilfsmittel wir benutzen, wie umfassend unser Wissen über die Welt ist, wie geeignet oder ungeeignet unsere theoretischen Annahmen über die Welt sind, ist das Abbild der Realität, das wir erhalten, besser oder schlechter, näher oder weiter entfernt von der Wahrheit. Aber es ist und bleibt ein Abbild der Realität.

3.4.5 Der Begriff der Widerspiegelung im Dialektischen Materialismus

Fassen wir zusammen: Unter dem dialektisch-materialistischen Begriff der Widerspiegelung als Grundlage der Erkenntnis verstehen wir: Erstens, dass der Gegenstand der Abbildung auch ohne das Abbild existiert, aber das Abbild nicht ohne den abgebildeten Gegenstand. Zweitens, dass die Widerspiegelung durch die Einwirkung der objektiven Realität auf die Sinnesorgane entsteht und dann zum Bewusstseinsinhalt verarbeitet wird. Drittens, dass das Abbild im Kopf und der abgebildete Gegenstand nicht dasselbe sind, da der Gegenstand materiell existiert, während das Abbild nur ideell ist. Trotzdem kann uns das Abbild aber zuverlässige Informationen über die Welt geben. Viertens, dass Erkenntnis nur als Prozess der Annäherung an die absolute Wahrheit stattfinden kann, ohne diese jemals erreichen zu können. Fünftens, dass Widerspiegelung nicht zwangsläufig bedeutet, dass das Abbild in unserem Kopf auch dem Gegenstand entspricht, dass unsere Auffassungen also falsch sein können. Und sechstens, dass wir die Zuverlässigkeit der Abbilder durch die Praxis überprüfen können.

Wir haben uns jetzt mit der Widerspiegelungstheorie als Erkenntnistheorie beschäftigt. Lenin beschränkt den Begriff Widerspiegelung aber nicht auf die Frage der Erkenntnis, also die Frage, wie unsere Bewusstseinsinhalte zustande kommen. Er sagt: *„es ist aber logisch, anzunehmen, daß die ganze Materie eine Eigenschaft besitzt, die dem Wesen nach der Empfindung verwandt ist, die Eigenschaft der Widerspiegelung"* (ebenda, S. 85).

Wie ist das zu verstehen? Wir haben ja bereits festgestellt, dass die Welt als allumfassender Gesamtzusammenhang zu verstehen ist, als Gefüge von unendlich vielen Beziehungen zwischen den einzelnen Dingen. Indem aber alles miteinander in Wechselwirkung steht, hinterlässt jedes einzelne Ding seine Spuren in den anderen Dingen. Indem ein Ding auf ein anderes einwirkt, verändert es dieses, drückt ihm seinen Stempel auf. Beispielsweise sind die Insekten im Verlauf der Erdgeschichte immer kleiner geworden, weil der Sauerstoffgehalt der Atmosphäre abnahm und dieser somit nicht mehr ausreichte, um ihre großen Körper zu versorgen. Man kann also sagen, die Veränderung der chemischen Zusammensetzung spiegelt sich wider in der Veränderung des Organismus der Insekten. Ein anderes Beispiel: Die europäischen Staaten führten im Mittelalter viele Kriege gegen die arabischen Königreiche. Außerdem gab es aber auch Handel und kulturellen Austausch. Durch diese Wechselwirkung wurden in die europäischen Sprachen einige arabische Wörter übernommen, auch im Deutschen: z.B. Alkohol, Zucker oder Sofa. Auch hier spiegelt sich die eine Kultur durch jahrhundertelange Wechselwirkung in der anderen Kultur wider.

Es zeigt sich also, dass die Art der Widerspiegelung, durch die Erkenntnis zustande kommt, letzten Endes nur eine Sonderform des allgemeinen Vorgangs der Widerspiegelung ist: nämlich bewusste Widerspiegelung mithilfe der Sinne und der Denkfähigkeit des Menschen. Wir können die Dinge also deshalb erkennen, weil sie sowieso auf uns einwirken und unsere Sinne in der Lage sind, uns diese Einwirkung (Widerspiegelung) zu Bewusstsein zu bringen.

Arbeitsfragen

- **Woran lässt sich überprüfen, ob unsere Wahrnehmungen und Auffassungen mit der objektiven Realität übereinstimmen?**
- **Was bedeutet der Begriff „Widerspiegelung“ in der Erkenntnistheorie?**

Diskussionsfrage

- **Ist es sinnvoll, von Erkenntnis als „Widerspiegelung“ der objektiven Realität zu sprechen?**

3.5 Historischer Materialismus

Der Dialektische Materialismus beschäftigt sich, wie wir gesehen haben, mit den Entwicklungsgesetzen von allem, was existiert: Den Gesetzmäßigkeiten, nach denen sich in der Natur die Materie bewegt, nach denen das Bewusstsein aus der Materie entsteht und von ihr bestimmt ist. Dabei waren weder der Materialismus noch die Dialektik eine Erfindung des Marxismus. Beide existieren in verschiedenen Formen schon seit Jahrtausenden im philosophischen Denken. Auch die

Verbindung der Dialektik mit dem Materialismus ist nichts prinzipiell Neues. Bereits bei antiken Philosophen wie Heraklit oder Aristoteles vereinen sich materialistische Tendenzen mit frühen Formen des dialektischen Denkens.

Die große Errungenschaft der Begründer des Marxismus liegt darin, eine konsequente, also in sich geschlossene und umfassende, dialektisch-materialistische Sicht auf die Welt entwickelt zu haben. Anders als frühere philosophische Systeme akzeptiert der Dialektische Materialismus von Marx, Engels und Lenin keinerlei idealistische oder anti-dialektische Auffassungen mehr. Und anders als frühere materialistische Philosophien betrachtet der Dialektische Materialismus erstmals wirklich die ganze Welt als einen sich dialektisch entwickelnden materiellen Zusammenhang. Die ganze Welt, das bedeutet aber eben nicht nur die Natur, sondern auch die menschliche Gesellschaft. Die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung wurden erstmals von Marx und Engels dialektisch-materialistisch untersucht. Diese Auffassung von der Geschichte nennt man den Historischen Materialismus. Der Historische Materialismus ist ein Teilbereich des Dialektischen Materialismus: Die Geschichte der menschlichen Gesellschaft bedarf zwar einer eigenständigen wissenschaftlichen Untersuchung, das heißt, die Gesellschaftsanalyse ist durch die Naturwissenschaften nicht erledigt. Aber sie kann auch nicht losgelöst aus dem Gesamtzusammenhang der Entwicklung der Materie betrachtet werden. Natur und Gesellschaft stehen in einem Wechselverhältnis. So ist die Gesellschaft in vielfacher Hinsicht von den natürlichen Bedingungen geprägt, unter denen sie existiert: von der Biologie des Menschen (dem Stoffwechsel, der Sexualität, der Entwicklung seiner geistigen Fähigkeiten, seinem Drang zur Bildung von Gemeinschaften usw.), aber auch von geografischen, klimatischen und anderen Bedingungen. Umgekehrt greift aber der Mensch auch verändernd in seine natürliche Umwelt ein, wie wir sehen werden.

3.5.1 Gesetzmäßigkeiten

Der Historische Materialismus ist also die Wissenschaft von den Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklungen. Er geht also davon aus, dass auch die Geschichte nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten verläuft, die durch die wissenschaftliche Analyse erkannt werden können. Wie in der Natur geht der Marxismus auch in Bezug auf die Geschichte davon aus, dass die Triebkräfte der Entwicklung eines Dings in ihm selbst liegen, dass also Entwicklung nichts ist, was allein von äußeren Kräften bestimmt wird. Die Gesellschaften entwickeln sich also durch die ihnen innewohnenden Widersprüche und nicht, weil irgendeine eine höhere Macht die Geschicke der Menschen lenken würde. Wie Engels feststellte, wurde durch den Historischen Materialismus *„der Idealismus aus seinem letzten Zufluchtsort, aus der Geschichtsauffassung, vertrieben... und der Weg gefunden, um das Bewußtsein der Menschen aus ihrem Sein, statt wie bisher ihr Sein aus ihrem Bewußtsein zu erklären*“ (Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 208).

Das Bewusstsein ist dabei in seiner Entwicklung in doppelter Weise materiell bestimmt: Einmal war es die körperliche Weiterentwicklung der Menschen, ihre reichhaltigere Nahrung, die komplexeren Tätigkeiten und zwischenmenschlichen Beziehungen, die die Entwicklung des Gehirns anregten und so zu komplizierteren Gedanken befähigten. Zweitens ist die Entwicklung des menschlichen Denkens über die Zeitalter hinweg aber auch der geistige Ausdruck der Entwicklung der menschlichen Gesellschaften.

Was ist gemeint, wenn von gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten die Rede ist? Ist das in demselben Sinne gemeint, wie die Natur gesetzmäßig strukturiert ist? Ja und Nein. Nein, denn die gesellschaftlichen bzw. historischen Gesetzmäßigkeiten vollziehen sich, anders als die Naturgesetze, natürlich nicht losgelöst vom menschlichen Handeln. Die Gesetze der Physik oder Biologie werden nicht durch das Agieren von Menschen geschaffen, sondern sie galten auch schon, als es noch keine Menschen gab und würden weiterhin gelten, wenn der Mensch aussterben würde. Anders ist es bei den gesellschaftlichen Gesetzen: Diese werden von bewussten Menschen ausgeführt, sie sind das Ergebnis des Zusammenwirkens von vielen Individuen, die mit ihrem Handeln jeweils ihre eigenen Absichten und Zwecke verfolgen.

Andererseits sind die gesellschaftlichen Gesetze aber durchaus auch vergleichbar mit den Naturgesetzen. Denn auch wenn hinter gesellschaftlichen Gesetzen bewusste Menschen stehen, so setzen sich diese Gesetze dennoch unabhängig vom Willen der Menschen durch, solange die gesellschaftlichen Bedingungen existieren, die sie hervorgebracht haben. Wie ist das zu verstehen? In dem Sinne, dass der einzelne Mensch sich die Welt nicht so machen kann, wie sie ihm gefällt, sondern dass er bereits unter Bedingungen handeln muss, die das Ergebnis einer gesetzmäßigen historischen Entwicklung sind. Diese Gesetze wiederum kommen durch das Zusammenwirken vieler Individuen zustande und die Ziele, die das einzelne Individuum verfolgt, müssen im Ergebnis nicht zu dem Ergebnis führen, das angestrebt wurde. Marx sagt: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen." (Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, MEW 8, S. 115). Dass die Menschen ihre Geschichte machen, heißt also nicht, dass sie sich immer der gesellschaftlichen Grundlagen und Wirkungen ihres Handelns bewusst werden.

Dieser Zusammenhang sollte weiter unten besser verständlich werden. Aber ein Beispiel ist vielleicht trotzdem schon mal hilfreich: Stellen wir uns eine Bäuerin vor, die ihr Gemüse auf dem Wochenmarkt verkaufen will. Natürlich will sie für ihre Waren möglichst viel Geld bekommen, denn sie hat ja mit ihrer Familie das ganze Jahr dafür gearbeitet, die Ernte einzubringen. Sie kann aber den Preis nicht beliebig festsetzen. Sie ist nämlich nicht alleine auf der Welt, sondern tritt als Akteurin auf den Markt, und dieser Markt folgt Gesetzmäßigkeiten. Durch die Konkurrenz der unterschiedlichen Verkäufer und Käufer auf dem Markt wird ein

bestimmtes Preisniveau objektiv festgesetzt – „objektiv" bedeutet, dass es keine bewusste Entscheidung einer einzelnen Person war, die dieses Niveau bestimmt hat, sondern dass es sich aus dem Zusammenwirken vieler Personen ohne zentralen Beschluss herausgebildet hat. Wir werden in Kapitel 4.2 sehen, dass es letzten Endes und indirekt die durchschnittlich notwendige Arbeitszeit ist, die den Preis der Waren bestimmt. Jedenfalls ist unsere Bäuerin gezwungen, sich an diesem objektiv festgesetzten Preisniveau zu orientieren. Weicht sie bedeutend nach oben ab, findet sie keine Abnehmer mehr. Senkt sie den Preis zu stark, kann sie sich und ihre Familie nicht mehr ernähren und ihre verbrauchten Arbeitsinstrumente, Saatgut usw. nicht mehr ersetzen. Die Preisbildung ist also ein Beispiel für ein gesellschaftliches Gesetz, bei dem die vielen Einzelwillen der Menschen im Ergebnis zu einem anderen Ergebnis führen.

Die objektiven gesellschaftlichen Gesetze unterscheiden sich von den Naturgesetzen dadurch, dass sie nicht unabhängig vom Willen der Menschen gültig sind, sondern vom Entwicklungsniveau der Gesellschaft und der herrschenden Gesellschaftsordnung abhängig gelten. Z.B. gelten die besonderen Gesetze des Kapitalismus natürlich nicht mehr, wenn der Kapitalismus überwunden wurde und der Sozialismus aufgebaut wird. Auf der anderen Seite lassen sich die objektiven Gesetze aber auch nicht beliebig verändern oder außer Kraft setzen. Solange wir im Kapitalismus leben, werden die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus gelten und unser Leben bestimmen. Regierungen können durch bewusstes politisches Eingreifen das Wirken des einen oder anderen Gesetzes etwas ändern, indem sie eine bestimmte Entwicklung vorübergehend verlangsamen oder beschleunigen. Sie können die grundlegenden Gesetze aber nicht außer Kraft setzen.

Es gibt sowohl allgemeine historische Gesetzmäßigkeiten, die in allen Gesellschaften gelten, als auch spezifische Gesetze, die nur in manchen Gesellschaftsformen Gültigkeit haben. Das Beispiel des Gemüsemarktes beschreibt ein spezifisches Gesetz. Denn nicht in allen Gesellschaften gibt es überhaupt Märkte, auf denen Waren gekauft und verkauft werden. Ein Markt setzt voraus, dass unter den Bedingungen des Privateigentums produziert wird, und die Privateigentümer ihre Waren dann tauschen müssen. Im Kapitel 4 werden wir uns ausführlich mit den Gesetzmäßigkeiten beschäftigen, nach denen der Kapitalismus funktioniert. Wir werden aber auch für allgemeine historische Gesetze noch Beispiele kennenlernen.

Fassen wir an dieser Stelle schon mal zusammen: Der Historische Materialismus ist die von Marx und Engels begründete Auffassung von der Geschichte, wonach auch die menschliche Gesellschaft sich nach den Grundgesetzen der Dialektik (Kapitel 3.2) entwickelt und dabei die Entwicklung der materiellen, ökonomischen Verhältnisse der Gesellschaft das Grundlegende ist, während die Entwicklung aller anderen Bereiche der Gesellschaft wie Philosophie, Religion, Kunst, Politik usw. von der ökonomischen Entwicklung abhängig ist.

Der Historische Materialismus richtet seinen Blick dabei auf den Geschichtsprozess als Ganzes, als gesetzmäßigen Gesamtzusammenhang, statt, wie die bürgerliche Geschichtsschreibung, die Geschichte nur als Aneinanderreihung von Daten und Ereignissen zu verstehen, in denen nur teilweise ein Zusammenhang gesehen wird. Daher erkennt auch die bürgerliche Wissenschaft im Kapitalismus immer nur einzelne Problemlagen, die auf isolierte Ursachen wie z.B. falsche Politik oder das Fehlverhalten der Individuen zurückgeführt werden. Nur der Historische Materialismus ist in der Lage, den Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Produktionsweise hinter den einzelnen Problemen zu erkennen, die den Menschen das Leben schwermachen.

3.5.2 Produktivkräfte

Wie ist das nun zu verstehen, dass die Gesellschaft von der ökonomischen Entwicklung abhängig ist? Zunächst in einem sehr grundlegenden Sinne. *„Marx bezeichnete es als die grundlegende Tatsache der Gesellschaft, daß die Menschen erst essen, trinken, wohnen, sich kleiden müssen, ehe sie Politik treiben, künstlerische Neigungen befriedigen oder philosophische Abhandlungen verfassen können. Dies ist scheinbar selbstverständlich. Aber in Wirklichkeit handelte es sich um eine epochemachende Entdeckung, aus der sich vor allem die Schlußfolgerung ergibt: Um leben zu können, müssen die Menschen arbeiten, ihre Existenzmittel produzieren. Ohne Produktion könnte keine Gesellschaft existieren. Daher bildet die Produktion der unmittelbaren materiellen Existenzmittel und der Grad der ökonomischen Entwicklung, der durch ein Volk oder während einer geschichtlichen Epoche erreicht wird, die Grundlage, auf welcher sich Regierungsformen, Rechtsverhältnisse, Kunst usw. entwickeln.“* (Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus, S. 298).

Die Arbeit ist also eine grundlegende Notwendigkeit jeder Gesellschaft und überhaupt des menschlichen Lebens. Arbeit verstehen Marx und Engels als eine bewusste Tätigkeit, durch die Menschen ihre vorgefundene Umwelt ihren Zwecken entsprechend verändern. Der Mensch findet in der Natur Voraussetzungen, um sein Überleben zu sichern und seine sonstigen Bedürfnisse zu befriedigen. Allerdings ist es in den meisten Fällen notwendig, die in der Natur vorgefundenen Gegenstände zu bearbeiten, um sie für den Menschen nutzbar zu machen: So müssen Bäume erst gefällt und das Holz gesägt werden, der Stein muss aus dem Steinbruch gehauen werden, Kühe werden durch Züchtung über viele Generationen so verändert, dass sie mehr Milch geben usw.

Die Arbeit ist für Marx und Engels die entscheidende Tätigkeit, die den Menschen erst ausmacht. Zwar „bearbeiten“ auch viele Tiere ihre Umwelt zum Zwecke ihres Überlebens oder ihrer Fortpflanzung. Marx schreibt dazu aber: *„Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet,*

ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war." (Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 193).

Arbeit in diesem Sinne ist also als bewusstseinsgeleitete Tätigkeit zu verstehen. Durch die Arbeit verwirklicht der Mensch seine Zwecke im Bezug auf die materielle Welt, in der er lebt. Sie ist die Grundlage seiner Bedürfnisbefriedigung und seines Verhältnisses zu anderen Menschen. Es ist also falsch, die Arbeit rein negativ zu verstehen, einfach als Mühsal und Zeitverlust. Dass die Arbeit in unserer Gesellschaft meistens diesen Charakter hat, liegt vielmehr an ihrer kapitalistischen Form. Sie ist im Kapitalismus entfremdete Arbeit, weil sie nicht der Entfaltung des Menschen dient, sondern seiner Beherrschung und den Profiten der Bourgeoisie.

Die Dinge, die der Mensch durch seine Arbeit verändert, werden als Arbeitsgegenstände bezeichnet. Die Instrumente, mit denen die Gegenstände bearbeitet werden, nennt man Arbeitsmittel. Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände zusammengenommen, also alles was der Mensch an Dingen braucht, um zur Befriedigung seiner Bedürfnisse arbeiten zu können, nennt man **Produktionsmittel**: Produktionsmittel, das sind also die Rohstoffe, bereits verarbeitete Halbfabrikate, aber auch die Werkzeuge und Maschinen, der Boden, die Produktions- und Lagergebäude, Transportmittel und Infrastruktur. Durch die Arbeit tritt also der Mensch in ein Verhältnis, in einen Stoffwechsel zur Natur. Die Arbeit verändert sowohl die Natur, als auch gleichzeitig den Menschen. So ändert sich beispielsweise durch die Entwicklung des Arbeitsprozesses auf immer höherer technischer Stufe auch die Art und Weise, wie der Mensch seine gesellschaftliche und natürliche Umwelt wahrnimmt und über sie denkt. Diese Erweiterung unserer Sinne durch die gesellschaftliche Entwicklung ist auch, aber nicht nur, direkt physisch zu verstehen: Das Teleskop erlaubt uns die Erforschung des Weltraums, das Elektronenmikroskop die des Mikrokosmos (also die winzigen Bestandteile der Materie) und durch die heutige moderne Physik wissen wir einiges über die Welt, was dem Alltagsverstand direkt widerspricht, wie z.B. dass sich Räume krümmen können oder dass die Zeit an unterschiedlichen Orten unterschiedlich schnell vergeht.

Die Menschen und die Produktionsmittel, mit denen sie arbeiten, um all die Güter zu produzieren, die wir zum Leben im weitesten Sinne brauchen, sind also die beiden „Zutaten" der Produktion, die produktive Kraft der Gesellschaft. Daher nennt man sie **Produktivkräfte**. Produktionsmittel alleine reichen aber nicht zur Produktion, sondern der Mensch ist dazu immer auch erforderlich. Ein Arbeitsmittel oder Arbeitsgegenstand alleine ist nutzlos und verfällt sogar mit der Zeit. Daher ist der Mensch die wichtigste Produktivkraft.

Die Produktivkräfte bleiben nicht gleich, sondern entwickeln sich ständig weiter. Das gilt für die Arbeitsgegenstände ebenso wie für die Arbeitsmittel und die

Menschen selbst. Die ersten Werkzeuge, mit denen der Mensch die Welt bearbeitete, indem er z.B. Tiere jagte und ihr Fleisch und Fell nutzte, waren aus Stein und Holz gefertigt. Die Menschen zogen über Hunderttausende Jahre als Nomaden umher und konnten der Natur nur das Notwendigste zum Überleben abringen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte war über diesen Zeitraum, der den größten Teil der Menschheitsgeschichte ausmacht, noch sehr langsam und nur über Tausende Generationen hinweg oder noch längere Zeitspannen überhaupt spürbar. Einen qualitativen Sprung begann die Menschheit dann vor etwa 12.000 Jahren mit der sogenannten „Neolithischen Revolution", ein Begriff, der heutzutage weniger verwendet wird. Die Menschen begannen, Getreide anzubauen und Nutztiere zu halten. Dadurch lösten sie sich von der Lebensweise der Nomaden und wurden sesshaft. In den folgenden Jahrtausenden begannen sie, die Produktion von Nahrungsmitteln und Werkzeugen weiterzuentwickeln, begannen mit dem Bau von Gebäuden usw. Anders als das Wort „Revolution" nahezulegen scheint, war dies also immer noch ein langwieriger Prozess, der sich über viele Jahrtausende zog und den wir als Jungsteinzeit bezeichnen, weil die wesentlichen Werkzeuge immer noch aus Stein gefertigt waren.

Ein nächster großer Schritt war die Metallurgie, also die Entdeckung und Verarbeitung von Metallen. Zuerst war dies vor allem Bronze, später nahm das Eisen ihren Platz ein. Diese Epochen nennt man nach dem vorherrschenden Material der Werkzeuge die Bronze- und Eisenzeit. Die Arbeit spezialisierte sich und die gesellschaftliche Arbeitsteilung nahm mehr und mehr zu, auch der Austausch zwischen den Gemeinschaften in Form von Handel wird von einem zufälligen, einmaligen zu einem regelmäßigen Akt und führt dazu das die Arbeitsteilung zwischen den Gesellschaftsmitgliedern sich weiter ausdifferenziert. Mit dem Entstehen eines Mehrproduktes über das absolute gesellschaftliche Minimum wird es einmal interessant, Kriegsgefangene als Sklaven zu halten, zum anderen sondern sich Personengruppen aus dem eigentlichen Produktionsprozess ab. Es entsteht ein gesellschaftlicher Überbau; das von den Produzenten geschaffene Mehrprodukt schafft ein über den Produzenten stehende Menschengruppe, welche sich dieses Mehrprodukt aneignet. Diese Ausbeutung der Arbeitskraft bewirkt Herrschaftsstrukturen, um diese abzusichern. Der Staat mit Unterdrückten und Unterdrückern entsteht und mit ihm eine Vielzahl von Arbeitsaufgaben, die die kleine, auf Sippengemeinschaft beruhende Produktionsweise der Urgesellschaft nicht kannte.

Neben der Entwicklung der Landwirtschaft entstehen die ersten Städte. Politik und Verwaltung wurden komplexer, sodass schließlich mächtige Großreiche wie die der Babylonier, Ägypter, Chinesen und Perser oder in der Spätantike die hellenistischen Reiche und das Römische Reich entstehen konnten.

Mit dem Untergang des Weströmischen Reiches im 4. und 5. Jahrhundert n.Chr. begann in Europa das sogenannte Mittelalter. Auf den ersten Blick erscheint das Mittelalter als ein riesiger ökonomischer und zivilisatorischer Rückschritt

im Vergleich zur Antike. Viele Leute stellen sich diese Epoche als eine Zeit der Dunkelheit, des Aberglaubens und des wirtschaftlichen Rückschritts dar. Längerfristig und global betrachtet ist das Bild aber differenzierter. In China, im arabischen Raum oder im Byzantinischen Reich beispielsweise entwickelten sich Wissenschaft und Kultur stark weiter. Auch im west- und zentraleuropäischen Mittelalter gab es einschneidende Entwicklungen der Produktivkräfte: So z.B. den Räderpflug in der Landwirtschaft, das Hufeisen, die Nutzung der Wind- und Wasserkraft zum Mahlen von Getreide und den Übergang der Landbestellung zur Dreifelderwirtschaft, d.h. der abwechselnden Bewirtschaftung von Feldern, wobei immer nur zwei von drei Feldern bestellt wurden, sodass der Boden auf dem dritten Feld sich erholen konnte. Diese Entwicklungen ermöglichten große Zuwächse bei der Ernte, verbesserte Ernährung, schnellere Reisen und Handel usw. Im Verlauf der Jahrhunderte entstanden auch im damals noch sehr unterentwickelten West- und Mitteleuropa überall Handelswege und Städte. Die Bevölkerung wuchs stark an, weil durch die verbesserten Produktionstechniken mehr Menschen ernährt werden konnten. Im späten Mittelalter revolutionierte das Schießpulver die Kriegstechnik, der Buchdruck schuf neue Grundlagen für die Wissenschaft. Immer feinere handwerkliche Tätigkeiten wurden möglich, sodass komplexe Geräte wie Uhren und Teleskope hergestellt wurden. Das Morgengrauen der kapitalistischen Neuzeit wurde schließlich durch neue Methoden der Eisen- und Stahlverarbeitung, immer effizientere Spinnmaschinen zur Textilproduktion und schließlich neue Kraftquellen wie die Dampfmaschine eingeläutet. Mit dem Fabriksystem entstand hier nun auch eine neue Form der Arbeitsorganisation, die das vorherige kleine Handwerk ablöste. In wenigen Jahrhunderten entwickelte sich nun mit rasantem Tempo das technische Niveau der heutigen Welt heraus, mit Computern, Satelliten, Teilchenbeschleunigern und Hochgeschwindigkeitszügen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte war dabei eine Entwicklung aller Produktivkräfte: Die Arbeitsgegenstände wurden immer zahlreicher und erforderten immer mehr vorherige Bearbeitung. Die Arbeitsmittel wurden ebenfalls zahlreicher und komplexer, in ihnen steckte ebenfalls immer mehr Arbeit. Und vielleicht am stärksten hat sich der Mensch selbst durch all das verändert: Nicht nur physisch, indem er beispielsweise heute aufgrund der besseren Ernährung im Durchschnitt wesentlich größer ist als noch vor einigen Jahrhunderten. Sondern vor allem auch, was Kultur, den wissenschaftlichen Zugang zur Welt, den Arbeitsalltag, den Konsum, kurz: die gesamte gesellschaftliche Struktur angeht. Die Entwicklung der Produktionstechniken erlaubte ein viel stärkeres Bevölkerungswachstum, was wiederum erst die Bildung von Städten im großen Ausmaß und damit die fabrikmäßige Massenproduktion des heutigen Kapitalismus ermöglichte. Verschiedene Aspekte des Fortschritts der Produktivkräfte griffen also ineinander und förderten sich gegenseitig.

Die **Fortentwicklung der Produktivkräfte vom Niederen zum Höheren** lässt sich in der gesamten Menschheitsgeschichte als ein allgemeines historisches Gesetz beobachten. War diese Tendenz lange Zeit nur durch das unmittelbare

Streben des Menschen angetrieben, den alltäglichen Überlebenskampf zu erleichtern, spielten zunehmend auch die gesellschaftlichen Umstände eine Rolle für die Produktivkraftentwicklung. Durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung, durch staatlich organisierte Maßnahmen wie der Bau von Straßen und Bewässerungssysteme usw. konnte bereits in der frühen Antike der Fortschritt der Produktivkräfte außerordentlich beschleunigt werden. In der kapitalistischen Gesellschaft schließlich ist die Konkurrenz der Unternehmen ein Antrieb zum technischen Fortschritt. Das ist aber nicht absolut zu verstehen: Der Kapitalismus bremst teilweise auch den Fortschritt, vor allem in seinem monopolistischen Stadium (Kapitel 4.7). Doch trotz dieser unterschiedlichen Bedingungen und Aspekte der Produktivkraftentwicklung zieht sich diese Entwicklung durch alle Epochen. Sie ist das grundlegendste, revolutionärste Element der gesellschaftlichen Entwicklung: In der Geschichte haben sich die Bedingungen, unter denen der Mensch arbeitet und den materiellen Lebensprozess der Gesellschaft produziert, ständig umgewälzt. Und damit haben sich die Formen des Verkehrs und Austausches, die Beziehungen zwischen den Menschen, die gesellschaftlichen Strukturen, kulturelle und geistige Erscheinungen sowie Politik und Staatswesen stetig mit verändert. Einerseits war diese Anpassung der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung an den Fortschritt der Produktivkräfte notwendig, um die weitere Entwicklung zu ermöglichen, beispielsweise weil neue Produktionstechniken eine größere Konzentration von Arbeitern erforderten und daher das Zusammenleben in Städten erforderlich machten. Andererseits war sie aber auch eine mehr oder weniger unbewusste Folge davon, dass die Gesellschaft materiell gesehen immer komplexer, größer und reicher wurde. So bildeten sich neue Denkweisen über die Welt heraus, höher entwickelte Kunst und Literatur, aber z.B. auch effizientere Tötungsmethoden in der Kriegstechnik.

3.5.3 Produktionsverhältnisse

Auch wenn die Entwicklung der Produktivkräfte das grundlegende vorantreibende Gesetz der Menschheitsgeschichte ist, besteht die gesellschaftliche Entwicklung noch aus anderen Elementen. Die Produktivkraftentwicklung verlief in der Geschichte unter sehr unterschiedlichen Bedingungen, in sehr unterschiedlich strukturierten Gesellschaften.

Die längste Zeit lebten die Menschen in kleinen, umherziehenden Gemeinschaften, in denen die wenigen Güter geteilt wurden und nicht einzelnen gehörten. Diese Urgesellschaft beruhte also auf der einfachen Zusammenarbeit der Menschen auf der Grundlage einer ungefähr gleichmäßigen Verteilung der Arbeitsprodukte. Das ökonomische Grundgesetz dieser „urkommunistischen“ Gesellschaft bestand also in der ungefähr gleichmäßigen Verteilung der Güter zur Sicherung der Existenzbedingungen der Menschen auf niedrigem Niveau mithilfe primitiver Produktionsinstrumente.

In der sogenannten Antike setzte sich dann aber das Privateigentum an den Produktionsmitteln durch – und nicht nur an diesen, sondern auch am Menschen selbst. Ein Teil der Menschen, meistens Kriegsgefangene anderer Völker, besaß nicht nur kein Eigentum an Produktionsmitteln, sondern war selbst Eigentum – Sklaven. Diese Sklavenhaltergesellschaft, wie es sie z.B. im alten Rom, aber auch in anderen Staaten gab, kannte eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen: Neben den Sklaven und den Sklavenhaltern gab es auch freie, aber nicht-besitzende Schichten von Menschen. Die Voraussetzung für die Entstehung der Sklavenhaltergesellschaft war, dass die Produktivkräfte sich so weit entwickelt hatten, dass es möglich war, nicht nur das nackte Überleben zu sichern, sondern einen Überschuss zu produzieren, den eine besitzende Klasse sich aneignen konnte. Diese Klasse der Sklavenhalter konnte ihren Lebensunterhalt und in zunehmendem Maße auch ihren Luxus durch die Ausbeutung der Sklaven bestreiten. Das ökonomische Grundgesetz der Sklavenhaltergesellschaft bestand darin, dass das Mehrprodukt durch die Sklavenhalter durch die Ausbeutung der Sklaven angeeignet wurde, wobei die Grundlage das Eigentum der Sklavenhalter an den Produktionsmitteln und den Sklaven war.

Das sogenannte Mittelalter war im Wesentlichen durch das System des Feudalismus geprägt, auch wenn es weiterhin auch Formen des Gemeineigentums und der Sklaverei gab. Im Feudalismus war das Verhältnis zwischen unfreien Bauern und Feudalherren entscheidend: Die Bauern waren zwar keine Sklaven mehr, sie konnten nicht nach Belieben gekauft und verkauft oder an einen anderen Ort gebracht werden. Sie besaßen auch eigene Arbeitsinstrumente, z.B. Geräte für die Landwirtschaft und Nutztiere, und konnten einen Teil ihrer Zeit für sich und ihre Familie arbeiten. Gleichzeitig waren sie aber insofern unfrei, dass sie den Ort, an dem sie lebten, nicht in freier Entscheidung verlassen durften. Sie waren als Leibeigene einem Herrn unterstellt, dem sie Dienste leisten mussten – entweder in Form von Abgaben oder indem sie einen Teil ihrer Arbeit direkt auf dem Acker des Herrn leisten mussten. Die adligen Feudalherren waren wiederum keine einheitliche Klasse, sondern stark geschichtet und unterteilt: Einerseits wurde der Adel in geistlichen und weltlichen Adel unterteilt, die beide vom Feudalsystem profitierten. Andererseits war der Adel sozial stark differenziert: Von kleinen Rittern, die teilweise selbst in relativer Armut lebten, bis zu unermesslich reichen Herzögen, Königen, Bischöfen und Kardinälen. Dabei verlieh der König den niedriger gestellten Fürsten Macht und Titel sowie die Verfügung über ein gewisses Stück Land und die darauf lebenden Bauern. Auf diesem Eigentum an Grund und Boden und der damit verbundenen Herrschaft über die dazugehörigen Bauern beruhte die Macht der verschiedenen Gruppen von Feudalherren. Dafür, dass ihnen diese Macht gewährt wurde, folgten die Fürsten dem König mit ihren Soldaten in den Krieg. Der Feudalismus war von einer Dezentralisierung der Herrschaft gekennzeichnet, weil diese vor Ort nicht durch den Zentralstaat, sondern durch die Feudalherren ausgeübt wurde. Das ökonomische Grundgesetz der Feudalordnung können wir so formulieren, dass sich die Klasse der Feudalherren das Mehrprodukt für ihren Konsum aneignete, indem sie auf Grundlage

ihres Eigentums am Grund und Boden und der Herrschaft über die leibeigenen Bauern, die damit auch zu einem gewissen, beschränkten Grad das Eigentum der Feudalherren bildeten, diese Bauern ausbeutete. Allerdings unterschieden sich die genauen Formen des Feudalismus je nach Region zum Teil sehr stark und der Feudalismus setzte sich auch nicht überall auf der Welt durch.

Der Kapitalismus schließlich ist eine Gesellschaft, in der es normalerweise keine gesetzliche Trennung in Sklaven, Leibeigene und Freie mehr gibt, auch wenn Sklaverei de facto weiterhin existiert. Vor dem Gesetz sind, zumindest dem Wortlaut nach, alle gleich. Trotzdem ist die Trennung in Arme und Reiche damit keineswegs aufgehoben, sondern vielmehr auf die Spitze getrieben. Wie genau der Kapitalismus aufgebaut ist und nach welchen Gesetzmäßigkeiten er sich entwickelt, werden wir in Kapitel 4 sehen.

Die Ideologen des Kapitalismus behaupten oft und gerne, eine andere Gesellschaft als den Kapitalismus könne es nicht geben. Das ist offensichtlich eine Lüge, da die Menschheit während weit über 99 % ihrer Existenz ohne den Kapitalismus gelebt hat. Es ist aber auch deshalb falsch, weil der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist. Auch er wird eines Tages untergehen. Und entweder wird die Menschheit mit ihm untergehen, oder sie wird eine neue Gesellschaftsform schaffen: Die sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft, mit der wir uns in Kapitel 9 beschäftigen werden.

In marxistischen Lehrbüchern und Überblickswerken zur Weltgeschichte finden wir oft die Unterteilung der menschlichen Gesellschaften in folgende Entwicklungsstufen:

- Die Urgesellschaft bzw. den „Urkommunismus“
- Die Sklavenhaltergesellschaft in der Epoche, die als Antike bezeichnet wird.
- Den Feudalismus in der Epoche, die als Mittelalter bekannt ist.
- Den Kapitalismus.
- Und schließlich die sozialistische und kommunistische Gesellschaft.

Die geschichtliche Entwicklung der Gesellschaften verlief allerdings natürlich je nach Land und Weltregion mit gewissen Unterschieden und lässt sich mit einem einfachen Schema nicht erschöpfend darstellen. So bildete sich beispielsweise nicht in allen Ländern eine feudalistische Ordnung heraus. Und auch in den Ländern, in denen wir die Grundelemente einer Feudalgesellschaft vorfinden, gab es große Unterschiede. Grob können wir zumindest sagen, dass in allen Ländern die gesellschaftliche Entwicklung in einer Form der Urgesellschaft beginnt und heute im Kapitalismus angekommen ist, sowie dass in allen Ländern die nächste Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung nach dem Kapitalismus der Sozialismus sein muss.

Es gibt also verschiedene, historisch sich entwickelnde Stufen der gesellschaftlichen Produktion. Historische Stufen sind es deswegen, weil sich die Menschen einer Epoche das angesammelte Wissen ihrer Vorfahren zunutze machen und weiterentwickeln können. Es fängt also nicht jede Generation wieder „von vorne" an, sondern baut auf dem auf, was bereits da ist. Gesellschaftlich ist die Produktion, weil sie nicht einfach die Summe voneinander unabhängig arbeitender Produzenten ist – Menschen teilen Arbeiten auf, spezialisieren sich und sparen so riesige Mengen an Arbeitszeit ein, anstatt dass jeder alles macht. Es ist vollkommen unmöglich, dass ein Mensch Medizin studiert und Arzt wird, wenn er gleichzeitig den ganzen Tag auf dem Feld arbeiten muss, Holz für seine Hütte fällt, Tiere jagt und Kleidung aus deren Leder macht usw. Ein wichtiger Gradmesser für den Entwicklungsgrad einer Gesellschaft ist der Grad der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal der unterschiedlichen historischen Epochen ist jedoch ein anderes und es wurde bereits angesprochen: Nämlich das Verhältnis der Menschen zu den Produktionsmitteln.

Marx schreibt dazu: *„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen."* (Marx: Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, S. 8).

Was meint Marx damit? Zuerst mal sagt er, dass jede Gesellschaft auf einer bestimmten Art und Weise beruht, die Produktion zu organisieren. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse sind vom Willen der Menschen unabhängig, und zwar in dem Sinne, dass sie ihre eigene Entwicklungslogik haben – eben eine Selbstbewegung im dialektischen Sinne (siehe Kapitel 3.2) – und in ihrer Entwicklung nicht von einer Zentrale aus gesteuert werden.

Jedenfalls nennt Marx diese Verhältnisse **Produktionsverhältnisse**. Aus dem Produktionsverhältnis, also dem Verhältnis, das die Menschen zu den Produktionsmitteln haben, ergibt sich aber immer auch ein Verhältnis der Menschen untereinander: So ging z.B. in der Sklavenhaltergesellschaft das Eigentum der Sklavenhalter am Boden, an den Bergwerken usw. auch mit dem Eigentum an den Sklaven einher. Auch im Kapitalismus beruht die Macht der herrschenden Klasse auf dem Eigentum an Produktionsmitteln, ebenso wie die Unterdrückung der Arbeiterklasse auf dem Nichteigentum an Produktionsmitteln (siehe Kapitel 4). Deshalb sind die Eigentumsverhältnisse nur der juristische Ausdruck für die Produktionsverhältnisse, die die gesellschaftliche Struktur im Wesentlichen bestimmen.

Marx stellt auch fest, dass die Produktionsverhältnisse einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte entsprechen. Das ist in beide Richtungen zu

verstehen: Einerseits entstehen bestimmte Produktivkräfte erst unter einer höheren Stufe der Produktionsverhältnisse: Unter den feudalen Produktionsverhältnissen war z.B. keine industrielle Großproduktion möglich, da die Masse der Werktätigen als Bauern auf dem Land lebten, da eine wirtschaftliche Konkurrenz unter den Produzenten fehlte und es keinen genügenden Anreiz zur Einführung neuer Technologien gab, aber auch weil der Staat aufgrund des Lehnswesens viel zu stark dezentralisiert war, um den Aufbau einer Industrie zu unterstützen und die hohen Regulierungserfordernisse einer Industriegesellschaft zu erfüllen usw. Flugzeuge, Raketen, Hochgeschwindigkeitszüge, all das wäre unter dem Feudalismus unmöglich gewesen. Daraus folgt, dass der Feudalismus ab einem gewissen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte zu einem Hindernis für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte wurde, so wie schon vor ihm die antike Sklavenhaltergesellschaft. Es musste eine ökonomische Umwälzung geben, die Entstehung neuer Produktionsverhältnisse war notwendig geworden. Zuerst entwickelte der Kapitalismus sich noch unter der Feudalherrschaft, vor allem in den Städten Europas, die relativ eigenständig waren und daher der entstehenden neuen gesellschaftlichen Klasse den notwendigen Spielraum boten, die sie für ihren langsamen Aufstieg brauchte. Diese neue Klasse war die Bourgeoisie, die Klasse der Kapitalisten.

Wir haben bereits weiter oben gesehen, dass die Entwicklung der Produktivkräfte vom Niederen zum Höheren ein grundlegendes geschichtliches Gesetz darstellt. Nun verstehen wir, dass diese Entwicklung nicht einfach nur technisch zu verstehen ist, also in dem Sinne, dass neue Technologien und Arbeitsmethoden erfunden werden. Vielmehr sind die Produktivkräfte nur in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang zu verstehen und mit der historischen Entwicklung ist eine Zunahme dieses gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte festzustellen. Das bedeutet, dass die Produktivkräfte, je weiter sie sich entwickeln, immer weniger von einzelnen Personen und immer mehr nur noch durch die gesamte Gesellschaft angewandt werden können. Wir werden sehen, dass diese Entwicklungstendenz unter der kapitalistischen Produktionsweise ein höheres Niveau erreicht als jemals zuvor und dabei den Widerspruch zwischen diesem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln immer größer werden lässt.

Wir sehen also, dass Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in einem engen inneren Zusammenhang stehen. Bestimmten Produktionsverhältnissen entspricht auch ein bestimmtes Entwicklungsniveau der Produktivkräfte. Das heißt aber auch: Mit der Weiterentwicklung der Produktivkräfte werden diese Produktionsverhältnisse an einem bestimmten Punkt unvermeidlich historisch überholt, sie müssen gesprengt werden und neue Produktionsverhältnisse an ihre Stelle treten. Diese Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in einer bestimmten historischen Epoche und die gesetzmäßige Beziehung zwischen beidem bezeichnet der Marxismus als **Produktionsweise**.

3.5.4 Basis und Überbau

Bei den fünf oben angesprochenen Typen von Produktionsverhältnissen lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: In zwei der genannten Gesellschaftsformen, nämlich der Gesellschaft des ursprünglichen Gemeineigentums (auch „Urkommunismus“ genannt) und in der sozialistischen/kommunistischen Gesellschaft gibt es kein Privateigentum an den Produktionsmitteln und auch keine Gruppe von Menschen, die dadurch über andere Menschen bestimmen kann. Sklavenhaltergesellschaft, der Feudalismus und die kapitalistische Produktionsweise gemein, dass es in ihnen eine kleine Gruppe von Menschen gibt, denen die wichtigsten Produktionsmittel gehören und mit denen sie die Masse der arbeitenden Menschen dazu zwingen können, für sie zu arbeiten. Es handelt sich bei diesen drei Gesellschaftsformen um Klassengesellschaften. Es gibt jeweils eine oder mehrere Ausbeuterklassen, die von der Arbeit der Mehrheit der Gesellschaft leben, diese also ausbeuten. Was ist mit Ausbeutung gemeint?

Indem es mit dem Fortschritt der Produktivkräfte möglich wurde, mehr als nur das unmittelbare Überleben zu sichern, konnte sich auch eine besondere Klasse von Menschen herausbilden, die selbst nicht im Produktionsprozess tätig sein musste, sondern von dem Überschuss, den die Masse der arbeitenden Menschen erzeugte, ihren Lebensunterhalt bestreiten konnte. In der Sklavenhaltergesellschaft sah das dann so aus, dass die Sklaven wesentlich länger und härter arbeiten mussten, als es notwendig gewesen wäre, wenn sie nur sich selbst hätten ernähren müssen. Sie arbeiteten also praktisch nur einen Teil der Zeit für sich und einen Teil des Arbeitstages für den Herrn. Bei den Leibeigenen wurde diese Teilung des Arbeitstages dann noch sichtbarer, indem man z.B. den zweiten Teil des Arbeitstages direkt auf dem Acker des Herrn verbrachte. Wie wir später sehen werden, ist es auch bei der Arbeiterklasse im Kapitalismus nicht anders. Die Arbeitszeit, die ein Sklave, Leibeigener oder moderner Proletarier über den Teil des Arbeitstages, der zur Befriedigung seiner lebenswichtigen Bedürfnisse notwendig war, hinaus verrichtete, bezeichnet Marx als **Mehrarbeit**. Gibt es eine Klasse (z.B. Sklavenhalter), die sich die Mehrarbeit einer anderen Klasse (z.B. Sklaven) bzw. deren Produkte aneignet (denn dem Sklaven gehörte ja das Produkt seiner Arbeit nicht mehr), dann ist das **Ausbeutung**. Der Ausbeutungsbegriff bei Marx ist demnach nicht moralisch, er bezeichnet keine „besonders schlechten Arbeitsverhältnisse“ oder Kinderarbeit oder Überarbeitung durch den 14-Stunden-Tag. Ausbeutung ist ein wissenschaftlich objektiver Begriff, der schlicht und einfach das Verhältnis zwischen zwei Gruppen von Menschen bezeichnet, von denen die eine für die anderen arbeitet und Mehrarbeit leistet. Welche besondere Gestalt die Ausbeutung im Kapitalismus annimmt, wird ein zentrales Thema des nächsten Kapitels sein. Ob in einer Gesellschaft Ausbeutung der Arbeitskraft stattfindet und welche Formen diese annimmt, sind die entscheidenden Unterscheidungsmerkmale verschiedener Produktionsweisen.

Weil in der gesellschaftlichen Entwicklung die ökonomischen Beziehungen, also die Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte, das bestimmende sind, be-

zeichnet Marx sie auch als die **Basis** der Gesellschaft. Zur ökonomischen Basis gehören die Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die Formen der Verteilung und des Austausches des produzierten Reichtums und die Unterteilung der Gesellschaft in Klassen und Schichten. Wie ein Haus, dem man sein Fundament entziehen würde, auf den Boden fallen und zerbrechen würde, so ist eine Gesellschaft ohne ihre Basis, das heißt ohne Arbeit, nicht möglich. Wie gezeigt wurde, folgt die Entwicklung der gesellschaftlichen Basis bestimmten historischen Gesetzmäßigkeiten, wie der Entwicklung der Produktivkräfte und der Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.

Da aber auch ein Fundament wenig Sinn ergibt, wenn man darüber kein Haus baut, so entspricht auch der gesellschaftlichen Basis immer ein gesellschaftlicher **Überbau**, der sich in mehrere Teile untergliedern lässt. Bestimmte Produktionsverhältnisse erfordern bestimmte Gesetze und bestimmte Gesetze erfordern bestimmte Staatsapparate, die über ihre Einhaltung wachen. Der Feudalismus brauchte eine Staatsgewalt, die die leibeigenen Bauern dazu zwang, auf dem Landstück zu bleiben, auf dem sie geboren waren und auf dem Feld ihrer Herren Arbeitsdienste zu leisten. Im feudalen Staat waren die Menschen vor dem Gesetz nicht gleich, sondern in verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Rechten unterteilt. Der Kapitalismus basiert auf der freien Bewegung der Arbeitskraft und auf Verträgen zwischen formal Gleichgestellten, daher schützt der bürgerliche (kapitalistische) Staat nicht mehr die Standesprivilegien, aber weiterhin das Privateigentum. Staatliche und politische Strukturen bilden den politischen Teil des Überbaus.

Aber auch die Ideen einer Epoche sind von der ökonomischen Basis abhängig. Das heißt natürlich nicht, dass in einer bestimmten Gesellschaft immer alle Menschen genau dasselbe denken. Die Menschen haben ja verschiedene Stellungen innerhalb der Gesellschaft, sie machen darauf basierend unterschiedliche Erfahrungen und kommen dementsprechend zu unterschiedlichen Auffassungen und Schlussfolgerungen. Daher unterscheiden sich tendenziell die unterschiedlichen Klassen auch nach ihren vorherrschenden Ideen. Dennoch gibt es in jeder Gesellschaft vorherrschende Ideen. Welche Gedanken es sind, die zur herrschenden Ideologie aufsteigen können, hängt ab von der vorherrschenden Produktionsweise und der Klasse, die in ihr herrscht. Im Kapitalismus ist das die bürgerliche Ideologie in ihren verschiedenen Varianten, die aber alle letztlich den Kapitalismus als die beste, oft genug sogar als die einzig mögliche Form der Gesellschaft anpreisen. Es gibt also auch einen ideologischen Teil des Überbaus. Auch die Kultur im weitesten Sinne, die Wissenschaft usw. können diesem Teil zugerechnet werden. Zum Überbau sind also einerseits politische, juristische, weltanschauliche, moralische Ideen und Vorstellungen zu rechnen, die sich auf der Grundlage der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse herausbilden. Andererseits gehören dazu aber auch die politischen, juristischen oder kulturellen Institutionen wie z.B. Staatsapparate, Parteien und Organisationen, Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Dass der Marxismus von Basis und Überbau der Gesellschaft spricht, heißt nicht, dass damit eine einseitige Ursache-Wirkung-Beziehung gemeint wäre. Marx, Engels und Lenin haben immer betont, dass der Überbau in vieler Hinsicht auf die Basis zurückwirkt und sogar tiefgreifende Umwälzungen der Basis auslösen kann. So beispielsweise in der sozialistischen Gesellschaft, wo Elemente des Überbaus, besonders die kommunistische Partei und die sozialistische Ideologie, eine größere Bedeutung für die Umwälzung der Verhältnisse als in vergangenen Gesellschaftsordnungen besitzen. Gemeint ist mit dem Begriff Basis nur, dass die historischen Gesetzmäßigkeiten, die die Entwicklung von Gesellschaften und den Übergang von einer Gesellschaftsform zur nächsten bestimmen, im Bereich der materiellen Produktion zu finden sind und eben nicht in den Ideen der Menschen. Auch Basis und Überbau bilden aber eine dialektische Einheit, in der sich beide Seiten gegenseitig in ihrer Entwicklung beeinflussen. Engels schreibt dazu:

„Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfs und seine Resultate — Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. — Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich... als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt.“ (Engels: Brief an Joseph Bloch in Königsberg, MEW 37, S. 463).

3.5.5 Klassen und Klassenkampf

„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“ (Lenin: Die große Initiative, LW 29, S. 410)

Klassen unterscheiden sich also nach ihrer Stellung innerhalb der Produktionsordnung der Gesellschaft, d.h. dem Eigentum und der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, und erst daraus abgeleitet nach dem Anteil am gesellschaft-

lichen Reichtum, den sie erhalten. In allen Gesellschaften, die auf Ausbeutung beruhen, gibt es Klassen mit entgegengesetzten Interessen. Die Ausbeuterklassen streben nach der Aneignung von möglichst viel Mehrarbeit der ausgebeuteten Klassen. Dafür pressen sie die ausgebeuteten Klassen so weit aus wie möglich. In allen Klassengesellschaften gab es darum den ständigen Kampf zwischen den entgegengesetzten Klassen: den **Klassenkampf**. So wurde z.B. das Römische Reich von zahllosen Sklavenaufständen und mehreren großen Bürgerkriegen der Sklaven gegen ihre Sklavenhalter, wie die zwei Sklavenkriege auf Sizilien und den Aufstand des Spartacus erschüttert. Daneben gab es auch in den Städten ständige politische Auseinandersetzungen zwischen der herrschenden Klasse der Patrizier und den freien, aber eigentumslosen Plebejern.

Im Feudalismus gab es ebenfalls verschiedene Formen des Klassenkampfs, z.B. in Form der Bauernkriege und -aufstände, durch Auseinandersetzungen zwischen niederem und höherem Adel sowie zwischen Kirche und weltlichem Adel, durch den Kampf der Städte um ihre Freiheit von der feudalen Unterdrückung usw.

Im Kapitalismus schließlich spitzt sich der Klassenkampf enorm zu, weil die ganze Gesellschaft in zwei entgegengesetzte Lager polarisiert wird: Die Klasse der Kapitaleigentümer, die Bourgeoisie, auf der einen Seite und die Arbeiterklasse, die kein Privateigentum an Produktionsmitteln besitzt, auf der anderen Seite. Zwar gibt es auch hier noch Zwischenschichten wie das Kleinbürgertum, aber diese tendieren immer entweder in das eine oder das andere Lager. Die beiden Hauptklassen führen einen ständigen Kampf um die Höhe des Lohns, um die Länge des Arbeitstags, um das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, auf Rechte am Arbeitsplatz. Aber auch auf politischer Ebene um politische Rechte wie z.B. gegen die Privilegien der herrschenden Klasse, gegen politische Repressionen, gegen die Kriege der Bourgeoisie und für das allgemeine Wahlrecht, das für die Frauen in Deutschland erst 1918 durch den Kampf der Arbeiterbewegung durchgesetzt wurde. Und schließlich findet der Klassenkampf auch auf ideologischer Ebene statt, als Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Varianten der Ideologie der Bourgeoisie und der Weltanschauung der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus. Der Marxismus-Leninismus ist die Weltanschauung der Arbeiterklasse, auch wenn bei weitem nicht alle Arbeiter ihn unterstützen oder überhaupt kennen. Sein Klassencharakter ergibt sich daraus, dass er – und nur er – die Interessen der Arbeiterklasse konsequent zum Ausdruck bringt und für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung durch das Kapital kämpft.

Allerdings bedeutet die Existenz von Klassen natürlich noch nicht, dass diese automatisch ein Zusammengehörigkeitsgefühl als Klasse, ein Verständnis über die Tatsache und die Ursachen der Ausbeutung und Bewusstsein über die Notwendigkeit der Revolution entwickelt – dieses Bewusstsein nennt man **Klassenbewusstsein**. Marx bezeichnete eine Klasse, die objektiv als Menschengruppe existiert, aber noch nicht notwendigerweise ein Klassenbewusstsein besitzt, als **Klasse an sich**. Wird sie sich über die Ursachen ihrer Unterdrückung bewusst

und strebt danach, sie im Kampf zu überwinden, wird sie zur **Klasse für sich** (Marx: Elend der Philosophie, MEW 4, S. 181f).

3.5.6 Revolution

Der Klassenkampf wurde nicht erst durch Marx und Engels entdeckt. Schon der griechische Philosoph Platon schrieb darüber, dass sich in jeder Stadt quasi zwei Stände feindlich gegenüberstehen würden, nämlich das Lager der Reichen gegen das der Armen. Zudem müssten die Sklavenhalter die Sklaven nur deshalb nicht fürchten, weil sie die Staatsmacht auf ihrer Seite hätten. Marx und Engels entdeckten allerdings die Gesetzmäßigkeiten der verschiedenen Produktionsweisen, die den Klassenkampf notwendig hervorbringen. Und sie zeigen, dass der Klassenkampf sich nicht einfach als endloses Tauziehen innerhalb eines immer gleichen Rahmens abspielt, sondern jeweils auf eine Lösung hindrängt: Auf die Ablösung der herrschenden Produktionsweise durch eine neue. Diesen Übergang zu einer neuen Produktionsweise, die mit einer qualitativen Umgestaltung der Gesellschaft als Ganzes einhergeht, bezeichnen wir als **Revolution**.

Der Historische Materialismus erklärt Revolutionen also nicht, wie es teilweise die bürgerliche Geschichtsschreibung tut, als das Ergebnis der Taten großer Männer oder der Verbreitung umstürzlerischer Ideen. Natürlich können einzelne Männer und Frauen eine wichtige Rolle dabei spielen und natürlich sind Revolutionen von bestimmten Ideen geleitet. Doch diese Analyse greift viel zu kurz. Denn warum entstehen die umstürzlerischen Ideen überhaupt und wie können sie so einflussreich werden, dass sie eine ganze Gesellschaftsordnung aus den Angeln heben können? Dafür, so haben Marx und Engels argumentiert, müssen wir uns ansehen, wie bereits in der alten Gesellschaft die Bedingungen für die Entstehung einer neuen heranreifen.

Dieser revolutionäre Prozess hat zwei Seiten: Auf der einen Seite entwickeln sich die Produktivkräfte zwangsläufig bis zu einem bestimmten Punkt, wo sie mit den herrschenden Produktionsverhältnissen unvereinbar werden. Im Feudalismus war es die Entstehung der ersten Formen der Massenproduktion in den Manufakturen, die dem System den Todesstoß versetzte: Denn die Bindung der Masse der arbeitenden Menschen an das Land, das sie bearbeiteten, war mit den Erfordernissen einer Fabrikproduktion, die auf eine wachsende Stadtbevölkerung und mobile Arbeitskräfte angewiesen war, nicht mehr vereinbar. Auf der anderen Seite schafft die alte, noch vorherrschende Produktionsweise aber auch die gesellschaftlichen Kräfte, die hinter der Revolution stehen werden. Im Feudalismus war das vor allem die neu entstandene Bourgeoisie, die nach ihrer freien wirtschaftlichen Entfaltung strebte und der die verschiedenen Vorrechte des Adels und Einschränkungen des wirtschaftlichen Verkehrs (Zünfte, königliche Privilegien, Leibeigenschaft usw.) im Wege standen.

Eine Umwälzung der Produktionsweise ist eine so grundlegende Veränderung der ökonomischen Abläufe und Klassenstruktur der Gesellschaft, dass sie nicht

ohne entsprechende politische Folgen bleiben kann. So war es auch bei der Entstehung des Kapitalismus: Der alte Herrschaftsapparat des Feudalismus war für den entstehenden Kapitalismus nicht mehr zeitgemäß. Das Entstehen der Industrie und mit ihr der Arbeiterbewegung, die begann für ihre Interessen zu kämpfen und sich zu organisieren, machten einen neuen Staat notwendig. Die Bourgeoisie war mit den begrenzten Freiheiten, die ihr der Feudalismus gelassen hatte, nicht mehr zufrieden, sie wollte ihren eigenen Staat mit ihrer eigenen Herrschaft. Es kam in allen entwickelten Ländern zu einem Kampf zwischen der neu aufsteigenden Bourgeoisie und dem alten Adel sowie den Königshäusern. Die Bourgeoisie hatte bereits das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben revolutioniert (umgewälzt) und eine neue Gesellschaftsstruktur geschaffen. Jetzt wurde sie auch zur treibenden Kraft politischer Revolutionen. Diese nahmen unterschiedliche Formen an – in Frankreich z.B. verlief die Revolution vergleichsweise radikal, mit der Abschaffung der Monarchie und Adelsprivilegien und der Hinrichtung des Königs. In Deutschland und England hingegen wurden die Monarchien nur eingeschränkt und die Herrschaft des Königs vom Parlament (und damit indirekt den politischen Vertretern der Bourgeoisie) abhängig gemacht. In Deutschland wurde die Monarchie durch eine erneute bürgerliche Revolution 1918 gestürzt, in England und einigen anderen Ländern blieb sie bis heute bestehen. Allen diese Revolutionen war jedoch gemein, dass sie einen bürgerlichen Charakter hatten: Es waren Umstürze, die die alte herrschende Klasse entmachteten, die Bourgeoisie zur neuen herrschenden Klasse erhoben und damit den Weg für die volle Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaft ebneten.

Wir haben gerade nur über ein Beispiel von Revolutionen gesprochen: Die bürgerlichen Revolutionen, die historisch gesehen dem Feudalismus ein Ende machten und dem Kapitalismus den Weg geebnet haben. Doch die bürgerlichen Revolutionen sind nicht die letzte Art von Revolution, die die Geschichte hervorgebracht hat. Die Bourgeoisie hat zwar in der Geschichte eine Zeit lang für den gesellschaftlichen Fortschritt gekämpft, weil sie für die Abschaffung der Ständeprivilegien und der Leibeigenschaft war und durch die kapitalistische Produktionsweise den Fortschritt der Produktivkräfte stark beschleunigt hat. Aber heute hat der Kapitalismus schon lange nichts Fortschrittliches mehr an sich, sondern ist im Gegenteil, wie wir noch genauer sehen werden, eine verfaulende, historisch überholte Produktionsweise. Und auch der Kapitalismus hat die gesellschaftlichen Kräfte hervorgebracht, die ihn überwinden werden: Mit der industriellen Massenproduktion kam auch die Arbeiterklasse (das Proletariat) auf die Welt. Schon früh begann die Arbeiterklasse, sich zu organisieren und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen. In diesem historischen Kontext entstand auch die neue Sicht auf die Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen – der Historische Materialismus, der Marxismus. Mit der Entstehung der industriellen Massenproduktion gewann die Wissenschaft eine viel größere Bedeutung im Wirtschaftsprozess als je zuvor. Es setzte sich langsam in allen gesellschaftlichen Bereichen eine wissenschaftliche Sichtweise durch, indem man z.B. begann, die Organismen der Tiere und Pflanzen besser zu verstehen usw. Marx und En-

gels konnten sich deshalb auf die Erkenntnisse der Naturwissenschaften und der bürgerlichen Philosophie stützen, um ihre dialektisch-materialistische Weltsicht zu entwickeln. Mit der Arbeiterklasse entstand gleichzeitig erstmalig eine Klasse, die aufgrund ihrer Position im System der Produktion die Voraussetzungen besaß, um die Gesetzmäßigkeiten der vorherrschenden Produktionsweise und der historischen Entwicklung allgemein richtig zu erkennen. Anders als der Feudalismus, der vielfältige Formen der Herrschaft nebeneinander bestehen ließ und in sich vereinte, treibt der Kapitalismus tendenziell zur Vereinheitlichung der Gesellschaft unter der Herrschaft des Kapitals. Wie wir im folgenden Kapitel sehen werden, stehen die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus miteinander in einem engen inneren Zusammenhang und ergeben sich auseinander. Daher wurde es möglich, den Gesamtzusammenhang der historischen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft theoretisch zu erfassen. Die Arbeiterklasse bildet sich als weltumspannende Klasse in einem globalen System heraus. Der Blick der Arbeiterklasse ist nicht mehr so lokal eingeschränkt wie der der bäuerlichen Landbevölkerung, sondern er richtet sich direkt auf das Kapital als die beherrschende Kraft der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Hauptgegner im Klassenkampf. Gleichzeitig ist sie frei von jedem Eigentum an Produktionsmitteln, weshalb Marx und Engels schrieben, sie habe „nichts zu verlieren als ihre Ketten". Marx und Engels erkannten also, dass die Arbeiterklasse die einzige wirklich revolutionäre Klasse im Kapitalismus ist und die historische Aufgabe hat, sich selbst durch den Sturz der Bourgeoisie zu befreien.

Der Historische Materialismus ist auch in der Lage, die historischen Entwicklungen, die zu seiner eigenen Entstehung führten, zu analysieren. Und seine Entstehung wurde dann wiederum selbst zu einer historisch wirksamen Macht, als die Theorie, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampf zunehmend anleitete. Bereits 1871, infolge des deutsch-französischen Krieges, ergriff in Paris zum ersten Mal die Arbeiterklasse die Macht: Die Pariser Kommune, die Marx und Engels als erstes Beispiel für die Diktatur des Proletariats, den Staat der Arbeiterklasse sahen, hielt sich nur 72 Tage, bevor sie mit brutaler Gewalt von ihren Feinden vernichtet wurde. Aber schon die nächste proletarische Revolution würde im Jahr 1917 das kapitalistische Eigentum und den dazugehörigen Herrschaftsapparat in Russland erfolgreich hinwegfegen und zum ersten Mal in der Geschichte eine sozialistische Gesellschaft aufbauen. Mit der sozialistischen Revolution werden wir uns in Kapitel 6 ausführlicher beschäftigen.

Arbeitsfrage

- **Was ist mit den Begriffen Produktionsmittel, Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse und Produktionsweise gemeint? Was bedeuten die Begriffe Ausbeutung und Klassenkampf?**

Diskussionsfragen

- **Kann in der Geschichte trotz der aktiven und bewussten Rolle des Menschen in ähnlicher Weise von objektiven Gesetzmäßigkeiten gesprochen werden wie in der Naturwissenschaft?**
- **Was unterscheidet einen marxistischen von einem bürgerlichen Fortschrittsbegriff? Diskutiert anhand des folgenden Zitates: „Erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte." (Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien. MEW, Band 9, S. 226).**
- **Die Entstehung der Arbeiterklasse ging mit einer neuen Phase des Klassenkampfes einher. Ist es weiterhin richtig, wie Marx und Engels damals zu sagen, sie habe „nichts zu verlieren, als ihre Ketten"?**
- **Diskutiert den Begriff der Revolution anhand eines historischen Beispiels.**

4 Kritik der Politischen Ökonomie

In diesem Kapitel beschäftigen wir uns mit der Kritik der Politischen Ökonomie. Was ist mit diesem etwas sperrigen Begriff gemeint?

Als Politische Ökonomie bezeichnete man zu Zeiten von Marx und Engels die damalige Wirtschaftswissenschaft. Engels definierte die Politische Ökonomie als *„die Wissenschaft von den Bedingungen und Formen, unter denen die verschiedenen menschlichen Gesellschaften produziert und ausgetauscht, und unter denen sie demgemäß jedesmal die Produkte verteilt haben*" (Engels: Anti-Dühring, MEW 20, 139).

Die wichtigsten Vertreter der klassischen bürgerlichen Politischen Ökonomie waren die britischen Ökonomen Adam Smith und David Ricardo. Es ist kein Zufall, dass die damaligen Ökonomen von Politischer Ökonomie sprachen. Denn damals verstanden auch sie die Wirtschaftstheorie noch als eine politische Theorie. So beschäftigte Ricardo sich z.B. auch mit der Frage der Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft – wobei für ihn, anders als für Marx, natürlich immer außer Frage stand, dass die Spaltung der Gesellschaft in Klassen eine „natürliche", unabänderliche Ordnung darstellt. Die heute vorherrschende Wirtschaftstheorie, die sogenannte Neoklassik, versteht sich im Gegensatz dazu als „unpolitisch" und behauptet, lediglich eine neutrale Theorie mit dem Ziel wirtschaftlicher Effizienz zu sein. In Wirklichkeit ist natürlich jede ökonomische Theorie politisch: Denn die ökonomische Theorie kann entweder die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise aufdecken oder sie verschleiern. Deckt sie die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten wirklich auf, ist sie eine Theorie im Interesse der Arbeiterklasse – denn dann muss sie über die Entstehung des Profits durch die Ausbeutung der Arbeiter sprechen, über die Notwendigkeit der Krisen und

darüber, dass der Kapitalismus sich sein eigenes Grab schaufelt. Verschleiert sie die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten, indem sie „den Markt" als eine neutrale Maschine zur effizienten Verteilung von Ressourcen darstellt oder behauptet, die kapitalistischen Krisen durch staatliche Eingriffe lösen zu können, ist sie eine Theorie im Interesse des Kapitals – eine Theorie, die Erkenntnis verhindert und damit zur Stützung der kapitalistischen Ordnung beiträgt.

Die bürgerliche Volkswirtschaftslehre lässt sich damit grob in zwei Phasen einteilen: Einerseits die klassische Politische Ökonomie von Ricardo, Smith und einer Reihe anderer bürgerlicher Ökonomen im 18. und 19. Jahrhundert, die trotz ihrer Begrenzungen noch wissenschaftlich vorging und wichtige Erkenntnisse zutage förderten. Andrerseits die Vulgärökonomie in der Zeit danach, die zur Erklärung der wirklichen ökonomischen Gesetze kaum noch Beiträge leistet und im Wesentlichen davon geprägt ist, den Ausbeutungscharakter und die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise zu leugnen und zu verschleiern, auch wenn dies vollständig auf Kosten der wissenschaftlichen Brauchbarkeit der Theorie geht.

Zur Zeit der klassischen Ökonomen war die Bourgeoisie noch eine fortschrittliche Klasse: Sie kämpfte für die Überwindung des Feudalismus und Absolutismus, sie unterstützte die Naturwissenschaften in ihrem Kampf gegen den mittelalterlichen Aberglauben und sie ermöglichte in den Industriellen Revolutionen einen gewaltigen Aufschwung der Produktivkräfte. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in dieser historischen Phase auch die bürgerliche Wissenschaft noch ehrlich daran interessiert war, die Funktionsweise der Gesellschaft zu verstehen. Allerdings hatte diese Offenheit auch damals klare Grenzen: Smith und Ricardo erkannten weder den Charakter des Mehrwerts als Produkt der Ausbeutung, noch die Notwendigkeit der Krisen, noch die zwangsläufige Entwicklung des Kapitalismus hin zum zunehmenden Parasitismus. Wenn sie über Gebrauchswert und Tauschwert sprachen, beschrieben sie diese zwar auf einer oberflächlichen Ebene weitgehend richtig, sie verstanden aber nicht, dass der Tauschwert überhaupt nur in einer Gesellschaft existiert, in der Waren getauscht werden. Was in Wirklichkeit nur Erscheinungsformen der kapitalistischen Produktionsweise sind, hielten diese bürgerlichen Ökonomen für allgemeine Prinzipien des Wirtschaftslebens.

Marx verfasste deshalb seine eigene Theorie als *Kritik* der Politischen Ökonomie. Das Wort Kritik kommt aus dem Griechischen und meint die Beurteilung einer Sache, nachdem man sie analysiert hat. Die Lehre von Marx ist nun einerseits eine Kritik der bürgerlichen Wirtschaftstheorien seiner Zeit, die trotz ihrer Verdienste letztlich daran scheiterten, die Entwicklungsgesetze des Kapitals aufzudecken. Andrerseits ist sie dadurch aber auch eine Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, die durch die Theorie erstmals aufgedeckt und verständlich gemacht werden. Die Kritik der Politischen Ökonomie untersucht anders als die klassische Politische Ökonomie nicht einfach nur oberflächliche ökonomische Vorgänge, sondern hat den Anspruch, zum Wesen der Dinge, das heißt zu den zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten vorzudringen und sie zu erklären.

Natürlich heißt das nicht, dass Marx den Boden der Politischen Ökonomie mit seiner Theorie verlassen hätte. Auch Marx beschäftigt sich ja in seiner Theorie mit den Bedingungen, unter denen die Produktion und der Austausch des gesellschaftlichen Reichtums stattfinden. Daher kann man auch die Theorie von Marx zur Politischen Ökonomie zählen. Allerdings geht er eben auch entscheidend darüber hinaus, indem er zeigt, dass die klassische Politische Ökonomie den Kapitalismus für eine ewig gültige Naturordnung hielt und seinen historisch vorübergehenden Charakter nicht begriff.

Die Kritik der Politischen Ökonomie ist einer der drei Grundbestandteile des Marxismus-Leninismus und eng verbunden mit den beiden anderen, der Lehre vom Klassenkampf und der Erkämpfung des Sozialismus sowie der marxistisch-leninistischen Philosophie. Die Kritik der Politischen Ökonomie ist nichts anderes als die Analyse der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise mit den Werkzeugen des historischen und dialektischen Materialismus. Indem sie die Bedingungen untersucht, unter denen der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat entsteht, sich entwickelt und zuspitzt, ist sie zugleich auch Voraussetzung und Bestandteil der wissenschaftlichen Lehre vom Klassenkampf und der sozialistischen Revolution. Der Wissenschaftliche Sozialismus ist ja gerade deshalb wissenschaftlich und kein utopischer Sozialismus mehr, weil er die gesetzmäßigen Entwicklungen des Kapitalismus, die den Übergang zur sozialistischen Gesellschaft ermöglichen, zur Grundlage der Analyse macht. Daher nimmt die ökonomische Theorie eine zentrale Stellung im Gesamtwerk von Marx ein. „Das Kapital“ (Marx-Engels-Werke Band 23-25) ist das dreibändige Hauptwerk von Marx, wobei auch seine früheren Ausarbeitungen zur Politischen Ökonomie, wie vor allem die „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie“ (MEW 42) ebenfalls relevant sind. Hinzu kommen außerdem noch die drei Bände „Theorien über den Mehrwert“ (MEW 26.1-3) und weitere Schriften. Als Einstieg in die Kritik der Politischen Ökonomie eignen sich kurze Schriften von Marx wie „Lohn, Preis und Profit“ und „Lohnarbeit und Kapital“.

Marx beschäftigte sich fast vier Jahrzehnte seines Lebens mit dem Thema. Allein das zeigt, dass die ökonomische Theorie aus seiner Sicht eine Grundsäule seines Gesamtwerks darstellt. Kommunistische Politik ohne diese Grundlage ist schlicht nicht möglich.

Arbeitsfragen

- **Was erforscht die Wissenschaft der Politischen Ökonomie?**
- **Worin besteht der Unterschied der klassischen Politischen Ökonomie, der Vulgärökonomie und der Kritik der Politischen Ökonomie?**

4.1 Die Methode der Kritik der Politischen Ökonomie

Engels schreibt im Vorwort zum 2. Band des „Kapital“: *„Die einen - die klassischen bürgerlichen Ökonomen - untersuchten höchstens das Größenverhältnis, worin das Arbeitsprodukt verteilt wird zwischen dem Arbeiter und dem Besitzer der Produktionsmittel. Die anderen – die Sozialisten - fanden diese Verteilung ungerecht und suchten nach utopischen Mitteln, die Ungerechtigkeit zu beseitigen. Beide blieben befangen in den ökonomischen Kategorien, wie sie sie vorgefunden hatten.“* (Marx: Das Kapital, Band II, MEW 24, 16f.). Marx geht hingegen mit seiner kritischen, dialektischen Methode an die Analyse der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise: Er interessiert sich nicht nur dafür, wie z.B. die Preise gebildet werden und wie der Reichtum sich auf die verschiedenen Klassen verteilt, sondern fragt nach den Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und wie dieser letztlich seinen eigenen Untergang hervorbringt. Weil die kapitalistische Produktionsweise zwangsläufig unerträgliche Widersprüche hervorbringt, weil sie mit dem Reichtum auch das Elend der Massen, die Krise und Zerstörung produziert, weil sie letztlich mit ihrem Untergang schwanger geht, ist die Untersuchung der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten gleichbedeutend mit der Kritik des Kapitalismus.

Das Ziel des Marxschen „Kapital“ besteht darin, *„das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen“* (Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, 15f). In dem Begriff „Bewegungsgesetz“ steckt bereits, dass es nicht um die Analyse eines gleichbleibenden Zustands geht, sondern um eine Gesellschaft, die sich nach bestimmten Gesetzen weiterentwickelt. Marx betont deshalb, *„daß die jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus ist“* (ebenda, S. 16). Daraus ergibt sich, dass die kapitalistische Produktionsweise verschiedene Stadien und Stufen der Entwicklung kennt. Marx entwickelte seine Theorie natürlich auf der Grundlage der Analyse des Kapitalismus seiner Zeit. Wie wir später sehen werden, kann man diese Phase des Kapitalismus als Kapitalismus der freien Konkurrenz bezeichnen. Marx konnte also die Besonderheiten des Monopolkapitalismus, der sich erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts herausbildete und unter dessen Herrschaft wir auch heute noch leben, nicht untersuchen, auch wenn er bereits die Gesetzmäßigkeiten erkannte, die zur Bildung von Monopolen führen mussten – die Konzentration und die Zentralisation des Kapitals. Trotzdem analysierte Marx nicht einfach nur eine bestimmte Entwicklungsphase des Kapitalismus, sondern die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise als solcher, die so lange Gültigkeit haben, bis der Kapitalismus endgültig auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sein wird.

Marx erklärt, dass dabei die Forschungsmethode umgekehrt zur Darstellungsweise steht: *„Allerdings muß sich die Darstellungsweise formell von der Forschungsweise unterscheiden. Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiednen Entwicklungsformen zu analysieren und deren innres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden.“* (ebenda, S. 27).

Das heißt also, dass die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise sich zuerst den Kapitalismus konkret, das heißt die Entwicklung seiner verschiedenen Erscheinungsformen ansehen muss: Marx begann seine Untersuchung, indem er sich z.B. detailliert mit dem englischen Fabriksystem, den Bewegungen der Preise auf dem Markt, der Entstehung der Bourgeoisie und des Proletariats, den Krisen seiner Zeit usw. usf. beschäftigte. Daraus bildete er theoretische Begriffe: z.B. den Begriff Kapital, den Begriff des Profits usw. Diese führte er dann wiederum auf grundlegendere Formen zurück: Das Kapital entstand aus dem Mehrwert, der Mehrwert aus dem Wert usw. Schließlich kam er zur Ware und dem Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert als grundlegendster Form, aus der die kapitalistische Produktionsweise sich entwickelt. In den folgenden Unterkapiteln sollte besser verständlich werden, wie das gemeint ist. An dieser Stelle reicht es, festzuhalten, dass die Forschungsweise von Marx **vom Konkreten zum Abstrakten** fortschreitet.

Umgekehrt ist aber die Darstellung der Forschungsergebnisse: Hier geht Marx von den grundlegenden Grundstrukturen der kapitalistischen Produktionsweise aus und entwickelt daraus die immer komplexeren Formen, bis er schließlich zu konkreten Erscheinungen wie der Bewegung der Marktpreise und Profitraten, dem Kreditsystem usw. kommt.

Darin drückt sich eine grundsätzliche Vorgehensweise aus: Während die Forschung zunächst vom vorhandenen Material ausgehen und dieses analysieren muss, soll die Darstellung verständlich machen, welche fundamentalen Gesetzmäßigkeiten unter der sichtbaren Oberfläche wirken. Wie jeden Gegenstand kann man auch die kapitalistische Produktionsweise nur als einheitliches Ganzes betrachten. Es ist z.B. nicht möglich, nur das Kreditwesen zu analysieren, ohne seine Entstehung aus dem Warentausch, dem Geld, dem Kapital usw. mitzudenken. Die Einheit der Gesellschaft beruht aber gerade darauf, dass alle gesellschaftlichen Verhältnisse denselben grundlegenden Gesetzmäßigkeiten unterliegen. Es ist deshalb unerlässlich, mit diesen grundlegenden Gesetzen zu beginnen, um dann zu zeigen, wie sie in die Herausbildung und Entwicklung der konkreten kapitalistischen Gesellschaften münden.

Das bedeutet auch, dass nicht nur die Analyse dialektisch vorgeht, indem sie aufzeigt, wie sich die konkreten Begriffe aus den abstrakten entwickeln. Sondern die Analyse berücksichtigt den dialektischen Entwicklungsgedanken deshalb, weil sie lediglich die begriffliche Widerspiegelung des *realen* Entwicklungszusammenhangs der kapitalistischen Produktionsweise ist. Einige bürgerliche Marx-Spezialisten wie z.B. Michael Heinrich, dessen Bücher viel gelesen werden, stellen die gegenteilige These auf. Heinrich behauptet, dass Marx in Wirklichkeit eine rein logische Begriffsanalyse vorgenommen hätte. Marx hätte die kapitalistische Produktionsweise lediglich „in ihrem idealen Durchschnitt" analysiert, nicht aber in ihrer historischen Entwicklung. Die Kritik der Politischen Ökonomie sei also nur ein logisches Begriffsgebäude, bei dem ein Begriff aus dem anderen folgt. Das ist allerdings eine vollkommen falsche, idealistische Herangehensweise. Denn hätte

Marx in seiner Theorie einfach nur abstrakte Begriffe gebildet, deren Zusammenhang rein logischer Natur ist und keine reale Entwicklung abbildet, dann wäre seine Theorie auch zur Analyse des Kapitalismus wenig brauchbar geworden. Er hätte ein theoretisches System geschaffen, das eine reine Kopfgeburt ist, gerade so wie die mathematischen Modelle der heutigen neoklassischen Ökonomen, die mit der realen Entwicklung der Ökonomie nichts zu tun haben. Marx und Engels waren in dieser Frage auch entschieden anderer Meinung: Die logische Behandlungsweise der Begriffe des Kapitals, so schreibt Engels, sei *„in der Tat nichts andres als die historische, nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten. Womit diese Geschichte anfängt, damit muss der Gedankengang ebenfalls anfangen, und sein weiterer Fortgang wird nichts sein als das Spiegelbild, in abstrakter und theoretisch konsequenter Form, des historischen Verlaufs; ein korrigiertes Spiegelbild, aber korrigiert nach Gesetzen, die der wirkliche geschichtliche Verlauf selbst an die Hand gibt"* (Engels: Karl Marx: ‚Zur Kritik der Politischen Ökonomie', MEW 13, S. 475).

Der abstrakteste, allgemeinste Ausdruck des Kapitalismus, mit dem Marx die Darstellung seiner Theorie beginnt, ist die Ware. Die Ware ist für Marx die Keimzelle der kapitalistischen Produktionsweise, oder ihr „elementarisches Dasein", wie er sich ausdrückt. So wie sich aus einem Keim eine ausgewachsene Pflanze mit Ästen, Blättern, Früchten usw. entwickeln kann, so entwickelt sich aus der Ware das gesamte System der kapitalistischen Produktion und des Austauschs. Auch die Darstellung der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise geht daher so vor, dass sie bei der Ware beginnt.

Marx hat hier also ein ganz anderes Vorgehen als die heutigen bürgerlichen Ökonomen, die an der Universität gelehrt werden: Diese Ökonomen nehmen in der Regel das Individuum als Ausgangspunkt ihrer Analyse und schreiben dem Individuum bestimmte Verhaltensweisen zu (z.B. Egoismus, Nutzenmaximierung usw.). Das ist aber ein unwissenschaftliches Herangehen, denn das herrschende System, die Produktionsweise ergibt sich nicht einfach aus der Summe der Handlungen der Individuen – sondern umgekehrt folgen die Handlungen der Individuen gerade den Gesetzmäßigkeiten der vorherrschenden Produktionsweise, die schon vor ihnen und unabhängig von den einzelnen Individuen existieren und wirken.

Arbeitsfragen

- **Was unterscheidet Marx von den heutigen bürgerlichen Ökonomen im Bezug auf die Analyse der Produktionsweise?**
- **Was ist damit gemeint, dass Forschungs- und Darstellungsweise bei Marx umgekehrt vorgehen?**

4.2 Ware und Geld

Die Warenproduktion gibt es schon länger als den Kapitalismus, also auch in vorkapitalistischen Gesellschaften. Der Zerfall der Feudalordnung durch die Ausbreitung der Warenproduktion schuf die Grundlage für die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise. Im Feudalismus nahm mit dem Wachstum der Produktivkräfte die Masse der Güter, die nicht für den unmittelbaren Gebrauch produziert, sondern auf dem Markt gehandelt wurden, immer weiter zu. Unter den Handwerkern und kleinen Händlern wuchsen nun die sozialen Unterschiede: Während einige von ihnen immer reicher wurden, konnten andere von ihrer Hände Arbeit immer schlechter leben und mussten schließlich ihr Eigentum an den Produktionsmitteln aufgeben. Auf der anderen Seite entstanden kapitalistische Betriebe, die Lohnarbeiter einstellten: Die sogenannten Manufakturen. Diese neue Produktionsweise stand aber im Widerspruch zu der noch geltenden Rechtsordnung des Feudalismus: Der Adel genoss Privilegien gegenüber der neu entstehenden Klasse reicher Kaufleute und Fabrikanten, die Zunftordnung beschränkte die Konkurrenz untereinander und die Leibeigenschaft hinderte die Bauern daran, in die Städte zu ziehen, um kapitalistische Lohnarbeiter zu werden. Das alte politische System war mit der neuen ökonomischen Basis der Gesellschaft unvereinbar geworden. Es musste abgeschafft werden, damit der Kapitalismus sich entfalten konnte und es wurde abgeschafft.

4.2.1 Wert der Ware

Waren haben laut Marx einen Doppelcharakter. Sie sind einerseits Objekte mit bestimmten physischen Eigenschaften, die sie für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nutzbar machen. Z.B. eignet sich ein Apfel so gut zum Essen, weil er Vitamine beinhaltet und gut schmeckt; Öl eignet sich zum Heizen, weil es in wenig Volumen viel Energie speichert usw. Solche nützlichen Dinge, die Bedürfnisse befriedigen können, nennt Marx **Gebrauchswerte**. In der kapitalistischen Gesellschaft werden Gebrauchswerte aber selten für den Eigenkonsum produziert und auch nicht, um verschenkt oder sonst irgendwie einfach verteilt zu werden.

Während sich früher noch viele Familien durch ihre Bauernhöfe und ihr Land selbst ernähren konnten, sind heute in den Industrieländern fast alle Menschen darauf angewiesen, sämtliche Mittel ihres Bedarfs zu kaufen. Die Gebrauchswerte nehmen dadurch Warenform an, womit sie eine zweite Seite erhalten: einen Tauschwert. Der Tauschwert einer Ware bezeichnet das Mengenverhältnis *„worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen, ein Verhältnis, das beständig mit Zeit und Ort wechselt“* (Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 50). Obwohl dieses Verhältnis wechselt, ist es doch über kürzere Zeiträume und innerhalb einer Gesellschaft mit entwickelten Tauschbeziehungen mehr oder weniger auf einem bestimmten Niveau konstant. Ein Bauer, der sich einbildet, sein Getreide morgen für das Zehnfache verkaufen zu können, wird schnell merken, dass er zu solchen Preisen vermutlich gar nichts mehr ver-

kaufen kann. Die Tauschverhältnisse sind also weder zufällig noch vom Willen Einzelner abhängig. Aber wie kommt dieses bestimmte Niveau, auf dem Güter einer Art gegen Güter einer anderen Art typischerweise getauscht werden (z.B. 3 kg Äpfel gegen 2 kg Baumwolle), eigentlich zustande? Offensichtlich gibt es ja niemanden, der diese Austauschverhältnisse einfach beliebig festsetzt.

Häufig hört man, die Antwort sei im Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu finden. Das erklärt aber in Wirklichkeit nicht sehr viel. Denn wenn Angebot und Nachfrage sich verändern, schwanken zwar die Verhältnisse etwas (bei einem Mangel an Äpfeln bekommt man beispielsweise dann eine größere Menge Baumwolle für dieselbe Menge Äpfel), aber was ist, wenn Angebot und Nachfrage genau ausgeglichen sind? Warum kostet dann 1 kg Baumwolle beispielsweise so viel wie 1,5 kg Äpfel? Wenn man nur Angebot und Nachfrage als Erklärung heranzieht, gibt es keinen logischen Grund, warum man dafür nicht auch 1000 kg Äpfel oder auch 1000 kg Gold bekommen sollte.

Die Erklärung muss also woanders liegen. Die getauschten Güter müssen trotz ihrer verschiedenen physischen Eigenschaften eine gemeinsame Eigenschaft besitzen, die sie vergleichbar und damit tauschbar macht. Genau genommen sind sie ja sogar erst wegen ihrer unterschiedlichen physischen Eigenschaften tauschbar, denn Äpfel gegen gleiche Äpfel zu tauschen, wäre völlig sinnlose Zeitverschwendung. Diese gemeinsame Eigenschaft der Waren kann nicht in physischen Eigenschaften wie Masse, Volumen, Farbe etc. bestehen. Z.B. ist ein Smaragd nicht deshalb wertvoll, weil er grün ist, denn auch Gras ist grün.

Die gemeinsame Eigenschaft ist ihr **Wert**. Der Wert der Waren besteht darin, dass sie Arbeitsprodukte sind, die für den Tausch produziert wurden. Der Wert der Waren ist, im Gegensatz zum Gebrauchswert, als Größe messbar und zwar durch die **gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit** zur Produktion der Ware. Ein Schiff ist deswegen so viel teurer als eine Flasche Orangensaft, weil man viel mehr Arbeitszeit braucht, um ein Schiff zu bauen. Was zählt, ist hierbei nicht die individuelle Arbeitszeit, sondern wie gesagt die gesellschaftlich notwendige: Ein Tisch wird nicht dadurch mehr wert, dass der Tischler besonders ungeschickt ist und doppelt so lange braucht wie alle anderen. Die Preise sind ja für eine und dieselbe Warenart dieselben, denn niemand kauft einen Tisch, wenn er den gleichen Tisch beim benachbarten Händler für den halben Preis bekommt. Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist die Arbeitszeit, die für die Produktion einer bestimmten Warensorte mit durchschnittlicher Technik, durchschnittlich ununterbrochener Rohstoffzufuhr, durchschnittlichem Geschick des Arbeiters usw. benötigt wird. Wert gibt es in Gesellschaften, in denen Privatpersonen unabhängig voneinander (das heißt, nicht unter einem gemeinsamen zentralen Wirtschaftsplan) produzieren und ihre Produkte auf dem Markt gegeneinander tauschen. Der Wert ist also letztendlich nichts anderes als eine Befähigung dazu, durch Tausch auf Reichtum zuzugreifen, der von anderen Menschen produziert wurde.

Der Wert ist außerdem nicht dasselbe wie der Tauschwert. Der Tauschwert ist nur Ausdrucksform des Werts. Dass eine Ware einen bestimmten Tauschwert hat (z.B. 1 kg Baumwolle entspricht 1,5 kg Äpfeln), liegt eben daran, dass sie einen bestimmten Wert hat (z.B. 1 kg Baumwolle entspricht 20 Minuten gesellschaftlich durchschnittlich notwendiger Arbeitszeit). Der Wert einer Ware entspricht also immer der gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit, während sich der Tauschwert einer Ware immer im Bezug zu einer anderen Ware bestimmt.

Zwischen dem Wert und dem Gebrauchswert der Waren besteht ein dialektischer Widerspruch: Wert und Gebrauchswert sind einerseits Gegensätze. Der Gebrauchswert beschreibt die konkreten, stofflichen Eigenschaften der Ware: Als Gebrauchswert ist die Ware beispielsweise ein Liter Öl mit einem bestimmten Brennwert, oder eine Kuh, die Milch gibt. Der Wert sieht hingegen gerade von diesen konkreten Eigenschaften ab und reduziert alle Waren auf einen abstrakten Maßstab, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit: Sehen wir uns den Wert der Ware an, dann ist es irrelevant, ob die Ware nun Öl oder Kuh oder etwas ganz anderes ist. Für den Wert zählt nur, dass sie eine bestimmte Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit darstellt. Es ist also genau umgekehrt wie beim Gebrauchswert. Auch im Austauschprozess stellen Wert und Gebrauchswert einander ausschließende Gegensätze dar: Wird eine Ware verkauft, verzichtet der Verkäufer auf die Realisierung ihres Gebrauchswerts, um den Wert in Geldform zu erhalten. Der Käufer bekommt umgekehrt die Möglichkeit, den Gebrauchswert zu konsumieren – allerdings erst, nachdem er seinem Handelspartner den Wert der Ware in Geldform überlassen hat. Jeder von beiden gibt also etwas, um etwas anderes zu erhalten, Wert gegen Gebrauchswert. Gleichzeitig stellen die beiden Seiten aber in der Ware eine Einheit dar: Den Wert gibt es nicht ohne Gebrauchswert, denn eine Ware ohne Gebrauchswert, die für niemanden einen Nutzen hat, wird auch niemand kaufen, sie kann also auf dem Markt nicht getauscht werden.

Wie kommt Marx nun aber darauf, dass ausgerechnet die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit den Wert der Waren ausmachen soll?

Auf diese Erkenntnis ist Marx nicht alleine gekommen. Schon die großen bürgerlichen Ökonomen Adam Smith und David Ricardo vertraten eine sogenannte Arbeitswerttheorie, das heißt sie gingen ebenfalls davon aus, dass der Warenwert durch die durchschnittlich erforderliche Arbeitszeit zustande kommt. Adam Smith liefert in seinem Buch „Der Wohlstand der Nationen“ auch eine anschauliche Erklärung dafür: Er wählt das Beispiel eines Jägervolks, dessen einer Teil sich auf das Jagen von Bibern spezialisiert hat, während ein anderer Teil Rehe jagt. Wenn die Jagd eines Bibers durchschnittlich doppelt so viel Arbeitszeit kostet wie die eines Rehs, muss nach der Arbeitswerttheorie ein Biber so viel Wert sein wie zwei Rehe. Nach diesem Gesetz würden sich auf dem Markt die Jäger beider Tiere richten müssen, ob sie es wollen oder nicht. Denn würden beispielsweise einige Jäger der Rehe aus irgendeinem Grund nur noch ein Reh gegen einen

Biber tauschen, dann wäre die Jagd auf Biber nicht mehr lohnend und viele Biber-Jäger würden auf die Jagd von Rehen umsteigen. Dadurch würde ein Überangebot an Rehen entstehen und ihr Austauschverhältnis zu den Bibern würde wieder sinken. Umgekehrt wäre es auf Dauer genauso unmöglich, für einen Biber drei Rehe zu verlangen, da dadurch die Reh-Jäger zu Biber-Jägern würden und der Umtauschkurs sich zugunsten der Rehe wieder ändern würde. Dieses extrem vereinfachende Beispiel trifft auf die heutige Realität natürlich nur bedingt zu: Es gibt mehrere Faktoren, die verhindern, dass der Wert so unmittelbar die Austauschverhältnisse bestimmt.

Denn in Wirklichkeit trifft der freie Fluss der Arbeitskräfte und des Kapitals zwischen den Produktionszweigen auf viele Hindernisse – beispielsweise kann ein Bäcker nicht einfach, nur weil die Brotpreise sinken, stattdessen plötzlich Aluminium oder Werkzeugmaschinen produzieren. Smiths Beispiel geht von einer Wirtschaft einfacher Produzenten aus, die kein großes Kapital in ihre Produktion investiert haben. Trotzdem erklärt es den grundlegenden Mechanismus, der auf einem kapitalistischen Markt wirkt: Das Wertgesetz. Smiths Beispiel macht verständlich, dass das Wertgesetz der Mechanismus ist, der durch die Regulierung der Austauschbeziehungen die Arbeit im Kapitalismus auf die verschiedenen Produktionszweige verteilt; und dass die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zwar nicht unmittelbar, aber *in letzter Instanz* die Tauschverhältnisse bestimmt. Die verschiedenen Faktoren, die verhindern, dass das Wertgesetz unmittelbar die Tauschwerte bestimmt (dass also die Waren immer genau in dem Maße getauscht würden, wie es der darin verkörperten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit entspricht), müssen auf Grundlage des Wertgesetzes erklärbar sein. Dazu werden wir später noch kommen. Aber gleichzeitig muss das Gesetz, das diesen Faktoren zugrunde liegt, den Ausgangspunkt der Analyse bilden, wenn man nicht bei der Beschreibung bloßer Oberflächenphänomene verbleiben will.

Die Erkenntnis von Smith und Ricardo, dass allein die menschliche Arbeit den Wert schafft, haben die heutigen bürgerlichen Ökonomen wieder „vergessen". Stattdessen sprechen sie einfach darüber, dass bei der Produktion des Wertes drei sogenannte „Produktionsfaktoren" mitwirken würden, nämlich neben der Arbeit auch das Kapital und der Boden. Diese Auffassung ist jedoch bereits sehr alt. Marx machte sich darüber lustig: Diese angeblichen Quellen des Reichtums, so schreibt er, *„gehören ganz disparaten Sphären an und haben nicht die geringste Analogie untereinander. Sie verhalten sich gegenseitig etwa wie Notariatsgebühren, rote Rüben und Musik."* (Marx: Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 822). Der Grund, warum tatsächlich nur die Arbeit, nicht aber Kapital und Boden den Wert schaffen können, liegt darin, dass die Arbeit sowohl die Grundlage für das Leben und Überleben der Menschen ist, als auch die Grundlage, auf der alle gesellschaftlichen Beziehungen beruhen. Nur durch die Arbeit entstehen aus naturbelassenen Dingen Gegenstände, die für den Menschen nützlich sind. In einer warenproduzierenden Gesellschaft treffen die Menschen dann auf dem Markt aufeinander, um die Produkte ihrer Arbeit gegeneinander auszutauschen. Wie wir weiter oben bereits gesehen haben, lassen die Waren sich nicht anhand ih-

rer konkreten Gebrauchswerteigenschaften vergleichen. Ist der Geschmack des Apfels mehr oder weniger wert als die Festigkeit des Ziegelsteins? Diese Frage ist komplett unsinnig und lässt sich nicht beantworten. Der Vergleichsmaßstab der Waren kann nur die darin steckende gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit sein.

Das Wertgesetz ist also der grundlegende Mechanismus zur Regulierung der Austauschbeziehungen in allen Gesellschaften, in denen die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht. Auch in vorkapitalistischen Gesellschaften gab es Warentausch, somit wirkte auch in diesen Gesellschaften das Wertgesetz schon innerhalb gewisser Grenzen. Erst in der kapitalistischen Produktionsweise wird er aber wirklich verallgemeinert, auf einen Großteil der gesellschaftlichen Beziehungen ausgeweitet und überhaupt der vorherrschende Regulierungsmechanismus, der den Austausch von Gütern und die Verteilung der Arbeitskraft auf die verschiedenen Produktionszweige regelt.

Der Doppelcharakter der Ware, ihre Eigenschaft, sowohl Gebrauchswert zu sein, als auch einen Wert zu haben, bedeutet, dass auch die Arbeit in einer warenproduzierenden Gesellschaft einen solchen Doppelcharakter annimmt. Sie ist nicht mehr nur **konkrete Arbeit**, also eine Arbeit, die ganz bestimmte Arbeitsvorgänge an einem bestimmten Gegenstand beinhaltet, um einen bestimmten, konkreten Gebrauchswert zu erzeugen. Diesen Charakter hat grundsätzlich jede Arbeit, egal in welcher Gesellschaft. Aber wenn die Arbeit Waren produziert, hat sie gleichzeitig auch den Charakter einer **„abstrakten Arbeit".** Als abstrakte Arbeit zählt nicht mehr die konkrete Tätigkeit, sondern nur noch die Arbeitszeit selbst, also das Maß an gesellschaftlich durchschnittlich notwendiger Arbeitszeit, das geleistet wird. Denn nur diese abstrakte, von allen konkreten Eigenschaften absehende Arbeitszeit ist es, die den Wert ausmacht und beim Warentausch auf dem Markt überhaupt zählt.

4.2.2 Die Wertform

Wir haben also gesehen, wie der Wert im Austausch die Gleichsetzung von völlig unterschiedlichen Waren ermöglicht: Z.B. 1 kg Baumwolle entspricht 1,5 kg Äpfeln. Nun kann man diese Waren aber gegen andere weitertauschen. Beispielsweise 1,5 kg Äpfel gegen 3 kg Weizen, 3 kg Weizen gegen 25 Kugelschreiber, 25 Kugelschreiber gegen eine Mütze usw.

Dies bedeutet aber auch, dass jede dieser Waren als Gegenwert einer der anderen Waren dargestellt werden kann. Zum Beispiel: 1,5 kg Äpfel, 3 kg Weizen, 25 Kugelschreiber, eine Mütze, all diese Waren lassen sich jeweils als der Gegenwert von 1 kg Baumwolle darstellen. In diesem Fall kann spricht Marx davon, dass das 1 kg Baumwolle die **allgemeine Äquivalentform** der anderen Warenmengen ist.

Sobald sich in der historischen Entwicklung eine bestimmte Ware herauskristallisiert, die im Austauschprozess immer diese Rolle des allgemeinen Äquivalents

spielt, kann man von der **Geldform** sprechen. In der Geschichte spielten verschiedene Waren die Rolle einer Geldware, die als Tauschmittel benutzt wurde, um andere Waren zu erhalten. Beispielsweise bestimmte Muscheln, Vieh oder Getreide. Mit der Zeit setzten sich aber Metalle als übliche Geldware durch, vor allem Kupfer, Silber und Gold. Die Edelmetalle waren durch ihre materiellen Eigenschaften dafür besonders geeignet: Sie sind nicht verderblich, transportierbar, leicht aufzuteilen und durch den hohen Aufwand bei ihrer Produktion konzentrieren sie einen vergleichsweise hohen Wert in einer geringen Masse.

Die Geldform stellt sich also so dar: 1 kg Baumwolle, 1,5 kg Äpfel, 3 kg Weizen, 25 Kugelschreiber, eine Mütze – all diese Waren entsprechen z.B. 1 g Gold, wobei Gold die allgemein anerkannte Geldware ist. Geld ist also allgemeines Äquivalent der Waren, es wird permanent gegen alle Waren getauscht.

4.2.3 Die Funktionen des Geldes

Das Geld hat im Kapitalismus unterschiedliche Funktionen: Es fungiert als **Tauschmittel** und als Maß der Werte wie im obigen Beispiel. Es kann auch als **Wertaufbewahrungsmittel** fungieren, wenn ich mir eine bestimmte Wertsumme für die Zukunft aufheben will. Es fungiert auch als **Zahlungsmittel**: Nehmen wir einen Tischler an, der eine Ladung Holz benötigt, allerdings gerade im Moment das benötigte Geld nicht auf Lager hat. Er stellt dann dem Holzhändler ein Zahlungsversprechen (einen sogenannten Wechsel) für die Zukunft aus, um das Holz dennoch zu bekommen. Sobald er genug Möbel verkauft hat, zahlt er seine Schulden zurück. Das Geld fungiert dann als Zahlungsmittel. Diese Möglichkeit, dass der Kaufakt und der Zahlungsakt nicht in einem Augenblick zusammenfallen, ist bedeutsam für die Entstehung des Kreditsystems und die Verstärkung von Krisen, wie wir später sehen werden. Im Kapitalismus hat das Geld zudem potenziell die Funktion, als Kapital fungieren zu können, wie sich im nächsten Kapitel zeigen wird.

Die bürgerlichen Vulgärökonomen der vorherrschenden „neoklassischen“ Schule stellen das Geld als eine Erfindung dar, die einfach gemacht wurde, um den Warenaustausch zu erleichtern, da es in ihren Marktmodellen keine eigenständige Rolle spielt. In der „Neoklassik“ hat das Geld daher nur die Funktionen als Tausch- und Zahlungsmittel sowie Recheneinheit für den Warentausch. Der Marxismus geht hingegen davon aus, dass das Geld gesetzmäßig mit der Warenwirtschaft entsteht, weil der Fortschritt der Produktivkräfte und die Entstehung immer umfassender und komplexer werdender Austauschverhältnisse notwendigerweise ein allgemeines Wertmaß sowie die Möglichkeit zur Wertaufbewahrung, zum Ausstellen von Schuldscheinen usw. erforderlich machen. Das Geld ist zudem auch die Grundlage der Entstehung von Krisen: Es fungiert auch als Wertaufbewahrungsmittel, was so viel bedeutet, wie dass es zeitweilig aus dem Wirtschaftskreislauf herausfällt und angespart wird. In diesen Zeiträumen, wo es eben nur Wert aufbewahrt und nicht zum Kauf neuer Waren verwendet wird, bil-

det es keine Nachfrage, wodurch es passieren kann, dass nicht genug Nachfrage vorhanden ist, um die angebotenen Waren zu kaufen. Gäbe es kein Geld, würden also die Waren einfach direkt gegeneinander getauscht, würde ein solches Ungleichgewicht, dass auf der einen Seite enorme Geldvermögen entstehen, auf der anderen Seite dagegen riesige unverkaufte Warenmassen sich anhäufen, gar nicht entstehen. Es zeigt sich damit, dass das Geld eben kein neutrales „Schmiermittel" für die Wirtschaft ist, sondern die Möglichkeit von Überproduktionskrisen schafft.

Dass gerade die prokapitalistischen Vulgärökonomen der heutigen Zeit dem Geld nur geringe Aufmerksamkeit widmen, erscheint paradox, da im modernen Kapitalismus große Teile der Wirtschaft auf den Handel mit und Verleih von Geld spezialisiert sind. Diese Sparten des Kapitals sind eben keine mehr oder weniger zufälligen Erscheinungen, sondern notwendige Entwicklungsstufen und -produkte des Kapitalismus in seinem heutigen Stadium. Doch dazu später mehr.

Wenn also jede Ware auf dem Markt gegen Geld gehandelt wird, bedeutet das, dass ihr Tauschwert in der Form des Geldes ausgedrückt wird. Mit anderen Worten: Jede Ware hat einen Preis. Und da der Tauschwert letzten Endes vom Wert der Ware bestimmt ist, werden auch die Preise vom Wertgesetz geregelt.

Marx ging davon aus, dass das Geld an eine bestimmte Ware gebunden ist, die einen eigenen Wert hat und dadurch in der Lage ist, seine Rolle als allgemeines Warenäquivalent zu spielen. Heutzutage gehen wir allerdings nicht mehr mit Gold- oder Silbermünzen einkaufen, sondern mit Scheinen und Münzen, die an sich nahezu wertlos sind. Zu Zeiten von Marx (und auch schon lange davor) gab es bereits das Papiergeld, allerdings stellte dieses Geld einen Anspruch auf Gold dar, den man einlösen konnte. Das heutige Geld entsteht durch Kredite der Banken entweder auf Bankkonten (Buchgeld) oder als Bargeld. Grundsätzlich liegt das Monopol der Geldschöpfung bei der Zentralbank. Heutzutage funktioniert das aber so, dass die Zentralbanken das Geld über die Geschäftsbanken schöpfen lassen: Die Zentralbank garantiert, dass die Geschäftsbanken immer liquide, also zahlungsfähig bleiben. Dadurch können die Geschäftsbanken nicht nur die Summe als Kredit vergeben, die sie zuvor als Kundeneinlagen erhalten haben, sondern können weit darüber hinaus Kredit schöpfen und damit Geld in den Wirtschaftskreislauf werfen.

Auch wenn es keinen eigenen Wert hat, wird dieses Geld als Geld akzeptiert, solange der kapitalistische Staat glaubwürdig garantieren kann, dass der Tauschprozess weiterhin von statten gehen wird, dass man also auch in Zukunft davon ausgehen kann, für sein Geld Waren kaufen zu können, obwohl das Geld eigentlich ja gar keinen eigenen Wert hat.

Heute kann man zwar mit Geld auch weiterhin Gold kaufen, so wie jede andere Ware auch, aber es gibt keinen festen Umtauschkurs mehr. Manche marxistische Ökonomen vertreten die Ansicht, dass dennoch aufgrund der besonderen Rolle des Goldes, beispielsweise als Wertaufbewahrungsmittel, das Gold faktisch im-

mer noch Geldware ist. Diese Frage kann hier aus Platzgründen aber nicht diskutiert werden.

4.2.4 Fetischcharakter der Ware

Ein weiteres Thema soll in diesem Unterkapitel behandelt werden, dem Marx einige Aufmerksamkeit widmet: Der Fetischcharakter der Ware.

Die Waren sind, wie gezeigt wurde, nicht nur Gebrauchswerte, sondern haben auch einen Wert. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Ware nicht mehr einfach nur ein Verhältnis zwischen Menschen und Gebrauchsgegenständen ist – etwa das Verhältnis, das jemand zu seinen selbst gezüchteten Tomaten hat, die für ihn einfach nur konsumierbare nützliche Gegenstände sind. Im Wert drückt sich dagegen immer eine gesellschaftliche Beziehung aus: Kaufen wir die Tomaten auf dem Markt gegen Geld, treten wir damit in eine gesellschaftliche Beziehung zu einer anderen Person oder einem Unternehmen, eine Tauschbeziehung zwischen zwei Privateigentümern.

Die Warenbewegungen, die in der Gesellschaft nun milliardenfach stattfinden, stehen aber unter keiner Kontrolle, weder durch die Gesellschaft oder durch ein besonders mächtiges Individuum. Das Verhältnis, zu dem sich eine Ware gegen eine andere tauschen lässt, also die Preise der Waren, werden im Kapitalismus nicht festgesetzt, sondern durch das Wertgesetz bestimmt. Wer seinen Lebensunterhalt durch Lohnarbeit verdienen muss und seine Lebensmittel auf dem Markt kaufen muss, ist diesen Bewegungen einfach ausgesetzt, ohne sie bestimmen zu können. Das bedeutet, dass der Mensch unter kapitalistischen Bedingungen die gesellschaftliche, wirtschaftliche und technische Entwicklung nicht beherrschen kann. Umgekehrt ist er gezwungen, sich nach den Gesetzen des Kapitalismus – oder wie es in der bürgerlichen Presse oft heißt, „der Märkte“ – zu verhalten. Die Menschen werden also durch die Bewegung toter Gegenstände beherrscht anstatt dass umgekehrt die Menschen sich die Dinge nutzbar machen und planmäßig anwenden, wie es in einer sozialistischen Gesellschaft der Fall wäre. So wie die Menschen in vielen alten Kulturen Götterstatuen und -bilder erschufen, die sie dann als heilig anbeteten und sich ihnen unterwarfen, so ähnlich sind sie im Kapitalismus gezwungen, sich seinen Bewegungsgesetzen zu unterwerfen: „*Wie der Mensch in der Religion vom Machwerk seines eignen Kopfes, so wird er in der kapitalistischen Produktion vom Machwerk seiner eignen Hand beherrscht*“ (Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 649). Dass die Menschen der Herrschaft der Waren unterworfen sind, führt dazu, dass ihnen die gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus wie Naturgesetze und Beziehungen zwischen den Sachen selbst vorkommen. Es erscheint also so, als wären die Beziehungen, die die Individuen auf dem Markt miteinander eingehen, in Wirklichkeit einfach Beziehungen zwischen den Dingen selbst. Es ist dadurch nicht unmittelbar sichtbar, dass es sich um gesellschaftliche Beziehungen handelt, also um Beziehungen zwischen Menschen, die von Menschen auch wieder abgeschafft werden können. Dass die wahre Natur

des Kapitalismus, seine grundlegenden Gesetzmäßigkeiten durch die einfache Betrachtung nicht erkennbar sind, trägt natürlich zu seiner Stabilisierung bei. Erst die wissenschaftliche Betrachtungsweise des dialektischen Materialismus enthüllt diese Gesetzmäßigkeiten, macht die grundlegende Funktionsweise der Gesellschaft erkennbar und damit auch veränderbar.

Arbeitsfragen

- **Was sind Tauschwert und Gebrauchswert? Wo ist der Unterschied zwischen Wert und Tauschwert der Ware? Wodurch ist der Wert bestimmt?**
- **Was ist Geld und wie hängt es mit dem Warentausch zusammen?**
- **Was ist der Fetischcharakter der Ware?**

Diskussionsfragen

- **Ist die These von Marx plausibel, dass der Wert als gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit letzten Endes die Preise bestimmt?**

4.3 Kapital, Mehrwert und Lohnarbeit

Wir haben also gesehen, dass Waren nichts anderes sind als für den Verkauf produzierte Gebrauchswerte. Der Verkauf einer Ware bringt dem Verkäufer eine bestimmte Geldsumme ein. Nun strebt man aber normalerweise nicht deshalb nach möglichst viel Geld, weil man gerne darin badet. In einer Gesellschaft, in der das Wertgesetz bereits durchgesetzt ist, wird Geld angestrebt als ein Mittel, mit dem man allgemeinen Zugriff auf den gesellschaftlichen Reichtum in all seinen Formen erhält. Es gibt kaum etwas, das von Menschen hergestellt wurde und nicht mit Geld zu kaufen ist. Der Verkauf von Waren gegen Geld ist also nur der erste Schritt; der zweite Schritt besteht in aller Regel darin, mit diesem Geld wieder andere Waren zu kaufen, mit denen dann Bedürfnisse befriedigt werden. Zum Beispiel: Ein Schuster verkauft Schuhe. Dann geht er mit dem Geld auf den Wochenmarkt und kauft Nahrung für sich und seine Familie. Das lässt sich als Formel folgendermaßen darstellen: Ware-Geld-Ware oder kurz

$$W - G - W.$$

Diesen Vorgang nennt man einfache Warenzirkulation. Ebenso möglich ist aber die Bewegung: Geld-Ware-Geld,

$$G - W - G.$$

Also der Kauf einer Ware, um sie wieder zu verkaufen. Ist das einfach nur dassel-

be aus einer anderen Perspektive? Nein, denn das Ziel ist in der zweiten Formel ein grundsätzlich anderes als in der ersten. Im ersten Fall war das Ziel des ganzen Vorgangs, am Ende eine Ware zu erhalten, mit der Bedürfnisse befriedigt werden können. Im zweiten Fall steht am Ende aber keine Ware, sondern eine Geldsumme. Ergibt es irgendeinen Sinn, wenn ich eine Summe Geld ausgebe, um am Ende des ganzen Prozesses wieder mit einer Summe Geld dazustehen? Die Antwort liegt auf der Hand: Sinn ergibt das nur dann, wenn die Geldsumme am Ende des Austauschprozesses größer ist als die am Anfang. Um diesen Unterschied, diese größenmäßige Differenz auszudrücken, stellen wir das in der folgenden Formel dar:

G – W – G‘

Wobei das G‘ dafür steht, dass dem Händler am Ende eine größere Geldsumme zufließt als am Anfang. Wie können wir uns diesen Vorgang in der Realität vorstellen? Wahrscheinlich denkt man als erstes an die Möglichkeit, eine Ware zu kaufen, die man dann teurer wieder verkauft. Wenn unser Schuster seinen Beruf wechselt und stattdessen einen Schuhladen aufmachen würde, könnte er Schuhe bei den Schustern kaufen und sie für einen höheren Preis an seine Kunden verkaufen und so als Händler seinen Lebensunterhalt verdienen.

4.3.1 Mehrwert

In diesem Fall wäre aber offensichtlich kein neuer Wert entstanden. Der Händler kauft ja Gegenstände, die bereits existieren und verändert sie vor dem Verkauf nicht. Das bedeutet auch, dass es zwar möglich ist, dass bestimmte Menschen Geld dadurch verdienen, dass sie billig kaufen und teuer verkaufen – dass es aber unmöglich ist, dass die Gesellschaft insgesamt dadurch reicher wird. Denn was der eine auf diesem Wege mehr verdient, verliert der andere ja dadurch, dass er einen Preisaufschlag zahlen muss. Unternehmen beruhen aber ja gerade darauf, dass sie Profite machen. Würden diese Profite immer nur daher kommen, dass irgendjemand beim Tauschen übervorteilt oder hintergangen wird, wäre die Wirtschaft nur ein riesiger Umverteilungsprozess, bis schon nach kurzer Zeit sämtliche Reichtümer bei ein paar Händlern gelandet sind und alle anderen nichts mehr haben. Ein Blick auf die Wirklichkeit zeigt dagegen, dass es irgendwie möglich sein muss, neuen Wert zu schaffen, den sich die Unternehmen dann als Profit aneignen können.

Wo entsteht also in dem Prozess G – W – G‘ der Profit? Es gibt nur eine Möglichkeit, wie beim Tauschvorgang G – W – G ein Gewinn herausspringen kann, ohne dass es zu ungleichem Tausch kommt: Mit dem Geld vom Anfang muss eine Ware gekauft werden, die den besonderen *Gebrauchswert* hat, *Wert* zu schaffen. Erinnern wir uns daran, dass der Ursprung des Wertes, wie wir an früherer Stelle gelernt haben, allein in der menschlichen Arbeit liegt. Eine Ware, die selbst Wert schafft, kann also nur eine einzige Sache sein: Die menschliche **Arbeitskraft**.

Was bedeutet es, dass die Arbeitskraft eine Ware ist? Das bedeutet, dass es Menschen gibt, die anderen Menschen ihre Arbeitsfähigkeit gegen Geld zur Verfügung stellen. Oder anders gesagt: Es gibt Menschen, die für einen Lohn arbeiten gehen.

Sehen wir uns an, was jetzt passiert: Der Schuster, von dem eben die Rede war, will sein Geschäft ausweiten und einen weiteren Arbeiter einstellen. Dieser stellt nun 10 Stunden am Tag Schuhe für seinen neuen Chef her. Das Material, mit dem er arbeitet, kauft natürlich der Besitzer des Betriebs. Und die Endprodukte gehören ebenfalls dem Besitzer. Wenn er sie verkauft, gehört ihm auch der Erlös. Der Arbeiter hat für seine Arbeit dagegen nur seinen Lohn erhalten. Wovon hängt es nun ab, wie hoch dieser Lohn ist?

Wir wissen, dass der Arbeiter 10 Stunden am Tag arbeitet. Wenn wir davon ausgehen, dass der Arbeiter über eine durchschnittliche Geschicklichkeit und Ausbildungsniveau verfügt, heißt das, dass er am Tag einen Wert von zehn Stunden gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit produziert. Diesen durch die Arbeit des Arbeiters neu geschaffenen Wert nennt Marx den **Neuwert**. In Geld ausgedrückt könnten das z.B. 10 € pro Stunde sein, also 100 € am Tag.

Die Waren, die er produziert, sind dabei natürlich insgesamt mehr wert als dieser Neuwert von 100 €. Denn bei der Herstellung wurden ja Materialien verbraucht (z.B. Leder), die auch schon einen gewissen Wert hatten (da in ihnen ja auch schon Arbeitszeit steckt), der jetzt auf das Endprodukt übergegangen ist. Das ist aber an dieser Stelle nebensächlich, es wurde nur der Vollständigkeit halber dargestellt. Uns interessiert, wie der neu geschaffene Wert nun auf den Arbeiter und den Eigentümer des Betriebs aufgeteilt wird.

Der Besitzer des Betriebs kann nun seinem Arbeiter nicht den gesamten Neuwert von 100 € auszahlen, den er geschaffen hat. Wenn der Arbeiter 100 € neuen Wert geschaffen hat und sein Lohn ebenfalls 100 € beträgt, geht der Eigentümer leer aus, er macht keinen Gewinn. Er wird dem Arbeiter also einen Lohn zahlen, der deutlich niedriger ist als diese 100 €. Der Betriebseigentümer zahlt dem Arbeiter also nicht den Wert seines Arbeitsproduktes oder den gesamten neu geschaffenen Wert aus. Was aber bezahlt er ihm dann?

Er bezahlt nicht die produzierten Waren, sondern die Arbeits**kraft** des Arbeiters. Er kauft für einen bestimmten Zeitraum (in unserem Beispiel 10 Stunden) die Fähigkeit des Arbeiters, zu arbeiten. Weil damit die Arbeitskraft und auch die Rohstoffe bereits das Eigentum des Betriebseigentümers sind, ist automatisch auch das Produkt der Arbeit sein Eigentum. Wie hoch ist nun der Wert der Arbeitskraft, also der Arbeitslohn? Der Arbeiter muss ja auch in Zukunft weiterhin arbeiten können und dafür muss er von seinem Lohn seine lebensnotwendigsten Bedürfnisse befriedigen können. Zudem muss es auch in Zukunft Arbeiter geben, die für einen Lohn ihre Arbeitskraft zum Verkauf anbieten. Deshalb muss der Lohn auch ausreichen, um die Kinder des Arbeiters zu ernähren und ihnen die notwendige Ausbildung zu ermöglichen. Die Höhe des Lohns ist also bestimmt

durch die **Reproduktionskosten der Arbeitskraft**. Was das genau bedeutet, dazu werden wir in ein paar Absätzen kommen.

Nehmen wir also z.B. an, ein Stundenlohn von 5 € würde diesen Zweck erfüllen. Dann bekommt der Arbeiter am Tag 50 € für seine Arbeit, obwohl seine Arbeit einen Wert von 100 € geschaffen hat. Die übrigen 50 € behält der Eigentümer des Handwerks als Gewinn. Diese Differenz zwischen dem neu geschaffenen Wert und dem Wert des Arbeitslohns nennt man den **Mehrwert**. An dieser Stelle genügt es zu sagen, dass der Profit oder Unternehmergewinn nichts anderes ist als Ausdruck dieses Mehrwerts in Geldform. Die Quelle des Mehrwerts ist die Ausbeutung. Erinnern wir uns: „Ausbeutung" heißt nicht, dass eine Arbeit besonders unmenschlich ist, während andere Jobs angenehmer sind. Ausbeutung bezeichnet einfach die Tatsache, dass der Arbeiter für seine Arbeit weniger ausgezahlt bekommt, als er an Wert geschaffen hat.

Der Wert der gesamten Ware setzt sich jetzt so zusammen:

Wert der verarbeiteten Materialien und Rohstoffe + Wert des Arbeitslohns + Mehrwert.

4.3.2 Arbeitstag und Arbeitslohn

Der Arbeitstag des Arbeiters lässt sich auch unterteilen:

Einen Teil des Tages arbeitet der Arbeiter für sich selbst, er stellt den Wert des Arbeitslohns her, den er später bekommen wird. Einen anderen Teil des Tages arbeitet er für jemand anderen und schafft Mehrwert. Anders als im Feudalismus, wo teilweise der leibeigene Bauer eine bestimmte Anzahl Tage auf seinem eigenen Feld arbeiten durfte, dann aber einige Tage pro Monat Frondienste auf dem Acker des Herrn verrichten musste und damit die Ausbeutung klar sichtbar war, ist sie im Kapitalismus eben nicht unmittelbar ersichtlich. Denn der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft für den ganzen Arbeitstag. Es sieht also oberflächlich betrachtet so aus, als würde der Arbeiter für den ganzen Arbeitstag bezahlt. In Wirklichkeit arbeitet er aber nur einen Teil des Arbeitstages für sich selbst, für die Reproduktion seiner Arbeitskraft, während er einen anderen Teil des Tages über für denjenigen arbeitet, der ihn eingestellt hat. Würde der Arbeiter wirklich den ganzen Tag nur für sich arbeiten, gäbe es auch keinen Mehrwert. Die Ausbeutung ist im Kapitalismus also nicht unmittelbar sichtbar, sie muss erst durch die wissenschaftliche Analyse enthüllt werden.

Aber in beiden Fällen, im Kapitalismus wie im Feudalismus, ist die Ausbeutung deshalb überhaupt erst möglich, weil die Produktivkräfte so weit fortgeschritten sind, dass ein Mensch an einem Tag mehr produzieren kann, als er zum Überleben braucht.

Widerspricht all das nicht der Annahme, dass die Waren zu ihren Werten getauscht werden? Wurde der Arbeiter nicht um den vollen Wert seines Arbeits-

lohnes betrogen? Nein, nach den Gesetzen des Kapitalismus wurde er das nicht. Denn der Arbeitslohn entspricht tatsächlich dem Wert der Arbeitskraft. Der Wert einer Ware ist die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die zu ihrer Produktion notwendig ist. So ist es auch bei der Arbeitskraft: Der Wert der Arbeitskraft, der als Lohn ausgezahlt wird, ist das, was zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist. Reproduktion der Arbeitskraft bedeutet einerseits die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, also die Ernährung des Arbeiters und seiner Familie, seine Erholung, medizinische Versorgung und was er braucht, um weiterhin als Arbeiter funktionieren zu können; andrerseits umfasst es auch die Kosten für die Ausbildung der Arbeitskraft, also Schule, Berufsausbildung usw., sofern der Arbeiter diese selbst bezahlen muss.

Was genau alles zu den Reproduktionskosten der Arbeitskraft dazugehört, ändert sich je nach Land und historischer Epoche. Gehörte für einen einfachen Fabrikarbeiter in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts kaum mehr als das nackte Überleben in einem Elendsviertel dazu, umfasst die Reproduktion der Arbeitskraft heute auch die Miete für Wohnung, die Kosten für Strom und Heizung, das Benzin für das Auto, mit dem man zur Arbeit fahren muss usw. Musste der Arbeiter Mitte des 19. Jahrhunderts für seine Arbeit nicht einmal Lesen und Schreiben können musste, setzen heute viele Arbeitsverhältnisse eine längere Ausbildung oder gar ein Studium voraus, außerdem Kenntnisse mit Computern oder Fremdsprachen und einiges mehr. Marx spricht davon, dass die Wertbestimmung der Arbeitskraft anders als bei den anderen Waren ein *„historisches und moralisches Element"* enthalte, denn welche Lebensbedürfnisse der Arbeiter hat, ist *„selbst ein historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter andrem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat"* (Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 185).

Tatsächlich finden wir in der Realität viele Beispiele dafür, dass das Kapital den Lohn auch unter den Wert der Arbeitskraft drücken kann und den Arbeitern dann nicht einmal genug zum Überleben zahlt. Wenn es ein Überangebot an Arbeitskräften gibt, also Arbeitslosigkeit, bestehen für den Kapitalisten viele Möglichkeiten dazu. Aber selbst wenn die Arbeiter es schaffen, ihre Arbeitskraft zu ihrem Wert zu verkaufen, ist der Lohn eben in der Regel nur an der Arbeitsfähigkeit des Arbeiters bemessen ist, reicht aber noch lange nicht für ein gutes Leben und die Befriedigung der weitergehenden Bedürfnisse des Arbeiters. Die Lohnarbeit ist für den Arbeiter also keineswegs eine glückliche Lage, sondern im Gegenteil Ausdruck der Abhängigkeit von einem Lohn, der nicht nach den Bedürfnissen eines menschenwürdigen Lebens bemessen ist. Der Lohn ist zudem so niedrig, dass er einigermaßen zuverlässig garantiert, dass der Arbeiter nie etwas anderes sein wird als ein Arbeiter. Weil er nur das Existenzminimum abdeckt, ist es nicht möglich, so viel davon anzusparen, bis man irgendwann „ausgesorgt" hat, oder gar ein eigenes Unternehmen gründen und dann von der Arbeit anderer leben kann.

Bevor wir zum Mehrwert und der Ausbeutung zurückkehren, lohnt es sich, über einen Aspekt gesondert nachzudenken: Dass die Arbeitskraft eine Ware ist, ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Über den größten Teil der Menschheitsgeschichte war sie das nicht oder nur in vereinzelten Fällen. Solange der allergrößte Teil der Menschheit entweder Subsistenzwirtschaft betrieben hat (d.h. Landwirtschaft, in der man für sich und seine Familie das Lebensnotwendigste produziert), oder (im Feudalismus) Leibeigene, die keineswegs die Freiheit hatten, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, war die Arbeitskraft keine Ware. Auch die Sklaverei war etwas anderes: Hier verkaufte nämlich der arbeitende Mensch nicht seine Arbeitskraft als Ware, sondern er war selbst Ware, die man kaufen oder verkaufen konnte. Damit die Arbeitskraft zur Ware wird, müssen also bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Erstens müssen bestimmte Menschen sich überhaupt erst mal veranlasst sehen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und sich ausbeuten zu lassen. Denn solange sie durch ihre eigene Arbeit leben können, z.B. als Bauern oder Fischer, haben sie meistens keinen Grund, eine Lohnarbeit anzunehmen, bei der sie nur einen Teil ihres Arbeitsprodukts als Lohn zurückerhalten. Die erste Voraussetzung ist also, dass es genügend Menschen gibt, die keine Subsistenzmittel (wie z.B. einen kleinen Bauernhof) besitzen. Sie dürfen nichts besitzen außer ihrer Arbeitskraft, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Zweitens müssen diese Menschen aber auch in der Lage sein, ihre Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen. Sie dürfen also keine Sklaven oder Leibeigenen sein, die gezwungen sind, für einen Herrn zu arbeiten.

Marx spricht deshalb davon, dass die Arbeiter im Kapitalismus „doppelt frei" sind – frei von allen Subsistenzmitteln und juristisch frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, an wen sie wollen. Diese Art von „Freiheit" ist gegenüber der direkten Unterdrückung im Feudalismus und der Sklavenhaltergesellschaft tatsächlich ein Fortschritt. Wirkliche Freiheit in dem Sinne, dass ein Mensch sich gemäß seinen Bedürfnissen entwickeln und sein Leben gestalten kann, ist sie allerdings nicht, sondern sogar eine massive Beschränkung dieser Freiheit.

Diese Voraussetzung, also dass es eine Klasse von Menschen gibt, die von allen Produktionsmitteln getrennt sind, war historisch nicht immer schon gegeben. Vor der Entstehung des Kapitalismus bestand ein Großteil der Bevölkerung aus Bauern, die auf einem kleinen oder mittelgroßen Stück Land ihren Lebensunterhalt verdienten. Als der Feudalismus durch die Entstehung der neuen kapitalistischen Produktionsweise aufgelöst wurde, ging dies auch damit einher, viele Bauern von ihrem Land zu trennen und sie dadurch in die Städte zu treiben und zur Lohnarbeit zu zwingen. Diesen Prozess nannte Marx die **ursprüngliche Akkumulation** des Kapitals. In England beispielsweise lief er durch brutale staatliche Gewalt ab, mit der die Bauern unter Androhung der Verstümmelung oder der Todesstrafe in das Fabriksystem gezwungen wurden. In den Kolonien in Amerika, später auch in Afrika und Asien ging die Enteignung der indigenen Bevölkerung mit massenhaftem Völkermord einher. Marx schreibt darüber, dass das Kapital *„von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend"* zur Welt

gekommen sei (Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 788). Der Prozess der ursprünglichen Akkumulation findet jedoch nicht nur beim historischen Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus statt, sondern auch während der kapitalistischen Epoche, sogar bis heute. Auch heute noch werden in vielen Teilen der Welt Kleinbauern enteignet und von ihrem Land vertrieben, um ihr Land z.B. kapitalistischen Agrar- oder Bergbaumonopolen verfügbar zu machen, oder um die Menschen zur Lohnarbeit in den Städten zu zwingen. Der Kapitalismus entstand also durch brutale staatliche Gewalt gegen die Volksmassen und hat seinen gewalttätigen Charakter bis heute weiter verstärkt.

4.3.3 Kapital

Der Mehrwert beruht also darauf, dass es im Kapitalismus eine Klasse von Menschen gibt, die keine andere Wahl haben, als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Gekauft wird die Arbeitskraft nur, weil der Käufer glaubt, damit einen Profit machen zu können. Was passiert aber nun mit diesem Profit?

Einen Teil des Profits wird der Eigentümer des Betriebs dafür nutzen, um sich und seine Familie ernähren zu können. Beschäftigt er nicht nur einen, sondern viele Arbeiter und kann er sich einen entsprechend großen Mehrwert aneignen, muss er selbst gar nicht mehr arbeiten, sondern kann allein von den Einkünften aus der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben.

Der übrige Teil des Profits wird dagegen wieder in die Produktion investiert, beispielsweise um neue Maschinen und Technologien zu kaufen, oder die Produktion auszuweiten, z.B. durch ein neues Fabrikgebäude. Dieser Mehrwert, der erneut investiert wird, verwandelt sich damit in **Kapital**. Oft wird Kapital mit Geld im Allgemeinen verwechselt. Das ist jedoch falsch: Weder ist Geld an sich Kapital, noch ist Kapital immer Geld. Die Fähigkeit, sich in Kapital zu verwandeln, ist nur eine der Funktionen des Geldes im Kapitalismus. Kapital ist sich selbst verwertender Wert – Wert, der investiert wurde, um Mehrwert zu schaffen. Dieser Mehrwert kann dann neu investiert werden, um neuen Mehrwert zu schaffen. Der Eigentümer des Kapitals, der das Kapital investiert, um sich den Mehrwert anzueignen, heißt **Kapitalist**.

Der einfache Kreislauf des Kapitals sieht also folgendermaßen aus:

Geld wird zum Kauf von Waren verwendet, genauer gesagt von Arbeitskraft und Produktionsmitteln. Mit diesen beginnt nun die Produktion, in der neuer Wert geschaffen wird. Die produzierten Waren haben also einen höheren Wert als die Waren, die zu Beginn in den Produktionsprozess eingegangen sind. Die Produkte werden nun verkauft. Das Geld, das der Kapitalist für sie erhält, ist eine größere Summe als das Geld, das er in die Produktion investiert hat. Als Formel ausgedrückt:

$$G - W\,(AK, Pm)...Produktion...W' - G'$$

Stellen wir uns also einen Betrieb vor, der ein Betriebskapital von 1 Mio. € in die Produktion investiert hat. Davon werden 600.000 € für Rohstoffe, Vorprodukte sowie die Instandhaltung und Neuanschaffung von Maschinen und Werkzeugen investiert 400.000 € als Arbeitslohn an die Arbeiter ausbezahlt. Die erste Summe nennt Marx das **konstante Kapital (abgekürzt c)**, weil die Rohstoffe und aufgrund ihres langsamen Verschleißes auch die Maschinen ihren Wert lediglich auf die Waren übertragen und keinen neuen Wert schaffen können. Sie stellen „tote", in der Vergangenheit geleistet Arbeit dar. Die zweite Summe, den Arbeitslohn, nennt er **variables Kapital (abgekürzt v)** – denn dieses Kapital wird direkt in lebendige Arbeit investiert und dient unmittelbar der Schaffung von neuem Wert.

Während des Produktionsprozesses wächst der Wert dieses Kapitals also an. Nehmen wir an, dass die Arbeiter des Betriebs nur die Hälfte des Arbeitstages brauchen, um den Wert ihrer Löhne zu produzieren. Das heißt, dass sie während der anderen Hälfte des Arbeitstages reinen Mehrwert (abgekürzt m) schaffen. Der Neuwert, den sie durch ihre Arbeit schaffen, beträgt dann also 400.000 €, die sie als Arbeitslohn ausbezahlt bekommen und weitere 400.000 €, die der Kapitalist als Mehrwert einstreicht.

Die Wertsumme der Waren, die die Arbeiter geschaffen haben, lautet dann also:

c im Wert von 600.000 € + v im Wert von 400.000 € + m im Wert von 400.000 € = 1,4 Mio. €

Diese 1,4 Mio. € gehören nun zunächst vollständig dem Kapitalisten. Allerdings kann er sie nicht einfach komplett für seinen persönlichen Konsum benutzen. Täte er das, wäre das das Ende seines Unternehmens. Um die Produktion fortzusetzen, muss der Kapitalist nun zuerst die verbrauchten Rohstoffe und Maschinen, also sein verbrauchtes konstantes Kapital ersetzen. Von den 1,4 Mio. € werden also schon mal 600.000 € abgezogen. Aber auch die Arbeiter müssen weiterhin bezahlt werden, damit die Maschinen nicht stillstehen. Wenn ihre Zahl und das Lohnniveau gleich bleiben, werden also weitere 400.000 € abgezogen. Wir sehen also: Um die Produktion auf dem gleichen Niveau aufrechtzuerhalten, muss eine konstante Summe an Kapital immer wieder neu investiert werden.

Übrig bleibt dann aber immer noch der Mehrwert. Von diesem Mehrwert kann der Kapitalist nun eine gewisse Summe für seinen persönlichen Luxuskonsum abziehen, sagen wir 100.000 €. Die übrigen 300.000 € investiert der Kapitalist erneut in sein Unternehmen, indem er z.B. zusätzliche Maschinen kauft und die Arbeiter einstellt, die diese bedienen. Bleibt es bei demselben Größenverhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital, würde das konstante Kapital damit um 180.000 € auf insgesamt 780.000 € erhöht und das variable Kapital um 120.000 € auf 520.000 €. Da nun mehr Arbeiter an der Produktion beteiligt sind, würde ebenfalls der Mehrwert auf 520.000 € steigen.

Der Wert der produzierten Waren in der zweiten Runde beträgt dann:

780.000 € (c) + 520.000 € (v) + 520.000 € (m) = 1,82 Mio. €

Wir sehen also: Das Geschäft des Kapitalisten ist bedeutend gewachsen. Auch diesen neuen Mehrwert wird er natürlich wieder zum großen Teil investieren. Diese Bewegung kann beliebig oft wiederholt werden und das Kapital kann somit prinzipiell unbegrenzt wachsen. Man spricht hier von der **Akkumulation** (Anhäufung) oder auch **Verwertung** des Kapitals. Wir können an diesem Beispiel auch sehen, wie hoch der Grad ist, zu dem die Arbeiter ausgebeutet werden. Wir haben hier angenommen, dass die Arbeiter jeweils die Hälfte des Arbeitstages für sich selbst und die andere Hälfte für den Kapitalisten arbeiten, also variables Kapital und Mehrwert gleich groß sind. Das kann sich natürlich in der Realität auch anders verhalten. Die Exploitationsrate (das heißt Ausbeutungsrate) oder auch Mehrwertrate bezeichnet genau dieses Verhältnis: Der Mehrwert geteilt durch das variable Kapital, m/v. In diesem Fall wäre das Ergebnis 1 (oder 100 %).

Weil der Mehrwert die Quelle ist, aus der die Kapitalisten sowohl ihren eigenen Konsum als auch die Ausweitung ihrer Geschäfte finanzieren, streben sie ständig danach, den Anteil des Mehrwerts an ihrem Kapital zu vergrößern. Dafür gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten.

Erstens können sie die Arbeitszeit verlängern, indem sie den Arbeitstag verlängern oder die Arbeiter auch am Wochenende arbeiten lassen. Der Anteil der **Mehrarbeit** (dem Teil des Arbeitstags, an dem der Arbeiter Mehrwert für den Kapitalisten produziert) lässt sich gegenüber dem Anteil der **notwendigen Arbeit** (dem Teil des Arbeitstags, an dem der Arbeiter den Wert seines Lohns produziert) vergrößern, indem die Arbeitszeit absolut verlängert wird. Das heißt, dass die Arbeiter für den gleichen Lohn länger arbeiten, dass also ihr Stundenlohn gesenkt wurde. Es ist auch möglich, nur den Lohn zu senken, ohne die Arbeitszeit auszuweiten. Wenn der Lohn nur das Existenzminimum abdeckt, werden die Arbeiter dadurch unter diese Grenze gedrückt. Das ist im Allgemeinen nur möglich, wenn es ein Überangebot an Arbeitskräften gibt, sodass die Arbeiter jede Lohnarbeit annehmen müssen, selbst wenn diese nicht zum Überleben ausreicht. Diese Form des Kapitals, sich Mehrwert anzueignen, bezeichnet man deshalb als Produktion des **absoluten Mehrwerts**.

Offensichtlich ist aber die Verlängerung des Arbeitstages nicht unbegrenzt möglich: Der Tag hat 24 Stunden und die Woche 7 Tage. Außerdem braucht der Arbeiter Zeit zum Schlafen, zum Ruhen und zum Essen, wenn er am Leben bleiben soll. Daher ist die Wochenarbeitszeit immer geringer als 7 x 24 Stunden. Außerdem können Arbeiter sich organisieren und gegen allzu unmenschliche Arbeitszeiten kämpfen, was die Höchstgrenze für den Arbeitstag weiter nach unten drücken kann.

Trotzdem wollen die Kapitalisten natürlich ihren Mehrwert weiter steigern und die Konkurrenz untereinander spornt sie dazu an. Die zweite Möglichkeit, den Mehrwert zu erhöhen, besteht darin, das bei *gleichbleibender Arbeitszeit* zu tun. Wenn die Dauer des Arbeitstags gleich bleibt, kann der Teil des Arbeitstags, in

dem Mehrwert produziert wird, nur dann größer werden, wenn der Teil, an dem die notwendige Arbeit stattfindet, kleiner wird. Dieser Teil, an dem die Arbeiter den Wert ihres Arbeitslohns produzieren, kann nur dann kleiner werden, wenn der Wert der Arbeitskraft sinkt – wenn also die Wiederherstellung der Arbeitskraft billiger wird. Der Wert der Arbeitskraft sinkt dann, wenn die Konsumgüter, die der Arbeiter sich von seinem Lohn kauft, um seine Arbeits- und Lebensfähigkeit zu erhalten, an Wert verlieren. Und an Wert verlieren diese Waren dann, wenn die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit zu ihrer Produktion fällt. Wenn also eine neue Produktionsmethode eingeführt wird, die gesamtgesellschaftlich die Produktion von Nahrungsmitteln, Kleidung, Wohnungen usw. effizienter und in kürzerer Zeit organisiert, sinkt deren Wert und damit auch der Wert der Arbeitskraft. Durch den Fortschritt der Produktivkräfte ist es dann möglich, den Arbeitern einen geringeren Lohn zu zahlen, ohne sie unter das Existenzminimum zu drücken. Diese Möglichkeit ergreifen die Kapitalisten natürlich gerne, denn dadurch steigt unmittelbar der Anteil des Mehrwerts an ihrem investierten Kapital. Weil damit der Mehrwert steigt, ohne dass der Arbeitstag verlängert wird, spricht man von der Produktion des **relativen Mehrwerts.**

Die meisten Arbeitsprozesse, die zuvor unter selbstständiger Leitung stattfanden, werden mit der Entstehung und Entfaltung des Kapitalismus zunehmend vom Kapital absorbiert und unter das Kommando eines Kapitalisten gestellt. Oft ändert sich dabei aber zunächst der Arbeitsprozess selbst nicht oder kaum. In diesem Fall spricht Marx von einer bloß **formellen Subsumtion** der Arbeit unter das Kapital. In anderen Fällen ist es hingegen so, dass durch die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital auch der Arbeitsprozess selbst verändert wird, um dem Profitziel und der Akkumulation des Kapitals bestmöglich zu entsprechen. Die Arbeiter produzieren also disziplinierter, regelmäßiger, mit besserer Arbeitsteilung usw., sodass die Kapitalisten mehr Mehrwert aus ihnen herauspressen können. Dies nennt Marx die **reelle Subsumtion** unter das Kapital, da eben nicht nur der Form nach die Arbeit untergeordnet wird, sondern tatsächlich auch in den Arbeitsvorgang eingegriffen wird. Die reelle Subsumtion unter das Kapital geht vor allem mit der Produktion des relativen Mehrwerts einher, weil dabei, anders als bei der absoluten Mehrwertproduktion, Produktivitätssteigerungen stattfinden.

Kehren wir also zurück zum Begriff des relativen Mehrwerts: Produktivitätssteigerungen in der Konsumgüterindustrie haben für das Kapital also den angenehmen Effekt, dass sich damit der Mehrwert steigern lässt, ohne die Arbeiter zu mehr Arbeit oder weniger Konsum zwingen zu müssen, was ja in vielen Fällen den erbitterten Widerstand der Arbeiter herausfordern würde.

Lohnen sich neue Maschinen für die Kapitalisten also nur dann, wenn sie die Produktion von *Konsumgütern* verbessern? Das kann offensichtlich nicht sein, denn auch in der Rüstungsindustrie oder in der Produktion von Produktionsmitteln (Maschinen, Technologie usw.) hat der Kapitalismus gewaltige Fortschritte ermöglicht. Sehen wir uns genauer an, was passiert, wenn ein Kapitalist eine neue

Maschine zur Verbesserung der Produktion anschafft.

Er kann jetzt mit einer neuen Maschine z.B. Mähdrescher von gleicher (womöglich sogar besserer) Qualität in kürzerer Zeit herstellen als vorher. So lange er als einziger die neue Maschine hat, kann er aber auch in kürzerer Zeit produzieren als alle anderen. Die *gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit*, also der Wert der Mähdrescher, ist dann immer noch hoch, während in seinem Unternehmen die *individuell notwendige Arbeitszeit* gesunken ist! Der Kapitalist kann seine Produkte nun entweder genauso teuer verkaufen wie vorher und streicht dann einen Extraprofit ein, denn die Produktionszeit und daher auch die Entlohnung der Arbeiter für einen einzelnen Mähdrescher ist gesunken. Oder er kann seine Hemden deutlich billiger verkaufen als die Konkurrenz, nämlich zu dem Preis, der sich aus seinen niedrigeren Produktionskosten plus dem Durchschnittsprofit ergibt. Dann realisiert er zwar keinen Extraprofit mehr, schädigt aber dafür die Konkurrenz. Denn natürlich hat sein billigeres Produkt nun einen Vorteil auf dem Markt und wird eher gekauft werden als die der Konkurrenz. Indem der Kapitalist seine Verkaufszahlen erhöhen kann, kann er somit trotzdem die absolute Profitmasse, die ihm zufließt, erhöhen. Zusätzlich verdrängt er seine Konkurrenten, was langfristig ein größerer Vorteil sein kann als der kurzfristige Extraprofit, der ihm durch die niedrigen Verkaufspreise entgeht. Diesen Vorteil hat der Kapitalist allerdings nur bis zu dem Zeitpunkt, wo die neue Technologie allgemeine Anwendung findet und sein Vorsprung somit verschwunden ist.

Der Kapitalismus ist eine Wirtschaft, in der es immer viele Kapitalisten gibt, die gegeneinander konkurrieren. Die Jagd nach Extraprofiten und das Streben nach der Verdrängung der Konkurrenten zwingt die Kapitalisten dazu, ohne Pause nach effizienteren Produktionsmethoden und moderneren Technologien zu suchen, die es ermöglichen, Waren in kürzerer Zeit zu produzieren. Dem kann sich der einzelne Kapitalist nicht entziehen, sonst sieht er sich schnell einer Situation gegenüber, in der seine Konkurrenten produktiver sind als er und ihre Waren entsprechend billiger zum Verkauf anbieten können.

Dieser ständige Trieb der Kapitalisten nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist der Grund, weshalb der Kapitalismus viel massiver als alle früheren Produktionsweisen die Entfaltung der Produktivkräfte gefördert hat. Das ist das ganze Geheimnis hinter den unglaublichen Produktivitätsfortschritten, die es seit der Industriellen Revolution gegeben hat. Gleichzeitig sehen wir aber auch hier schon, wie der Kapitalismus den technologischen Fortschritt im Vergleich zum Sozialismus als der nächsthöheren Produktionsweise behindert: Denn der einzelne Kapitalist will die neue Technologie nur für sich haben und wird so lange wie möglich verhindern, dass seine Konkurrenten sie ebenfalls anwenden und damit seinen Produktivitätsvorsprung neutralisieren. Je länger die Wirtschaft insgesamt rückständig bleibt, desto besser für den Kapitalisten. Aus diesem Grund gibt es das Patentrecht, das einer allgemeinen Nutzung der besten Technologien durch die ganze Gesellschaft entgegensteht.

Da der Profit den Antrieb für die kapitalistische Akkumulation darstellt, ist die Neueinstellung und Entlassung von Arbeitskräften ebenfalls davon abhängig, wie die Aussichten auf Profit gerade sind. Das Kapital wirft ständig einen Teil der Arbeiter aus dem Produktionsprozess hinaus, weil es für sie keine profitable Beschäftigung findet. Die Masse der Arbeiter, die zur Arbeitslosigkeit gezwungen sind, also ohne Lohn und Brot dastehen, nennt Marx die **industrielle Reservearmee,** weil sie für die Kapitalisten eine Reserve darstellt, die sie im Aufschwung wiedereinstellen und in der Zwischenzeit zum Drücken der Löhne einsetzen können. Je weiter entwickelt die kapitalistische Produktionsweise ist, desto größer wird nach Marx die industrielle Reservearmee im Verhältnis zu den Arbeitern, die Lohnarbeit verrichten. Und mit dieser größeren industriellen Reservearmee, diesem permanenten Anteil der Arbeitslosen in der Gesellschaft, sind auch zunehmende Armut und Elend verbunden. Marx nennt dies *„das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation"* (Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 675). Dieses Gesetz drückt sich in einer Verelendung der Arbeiterklasse aus.

Arbeitsfragen

- **Wie entsteht Mehrwert? Welche Voraussetzungen sind notwendig für die Produktion von Mehrwert?**
- **Was ist der Unterschied zwischen Mehrwert und Kapital? Wie funktioniert die Akkumulation des Kapitals?**
- **Was ist konstantes und variables Kapital und warum werden sie so genannt?**
- **Was bewirkt die Jagd der Kapitalisten nach Extraprofiten?**

Diskussionsfragen

- **Ist im heutigen Kapitalismus die Bedeutung des relativen oder des absoluten Mehrwerts entscheidender?**
- **Wenn wir uns die Entwicklung des Kapitalismus ansehen, können wir dann von einer relativen Verelendung der Arbeiterklasse sprechen? Gibt es auch eine absolute Verelendung der Arbeiterklasse?**

Relative oder absolute Verelendung der Arbeiterklasse?

Es gab in der Arbeiterbewegung immer wieder Diskussionen darüber, ob die Verelendung der Arbeiterklasse, die nach Marx durch den Kapitalismus notwendigerweise stattfindet, absolut oder relativ zu verstehen ist.

Relative Verelendung bedeutet, dass der Anteil der Arbeiterklasse am Reichtum der Gesellschaft ständig abnimmt, also immer mehr Reichtum bei der herrschenden Klasse konzentriert wird.

Marx schrieb dazu: *„Das Gesetz endlich, welches die relative Überbevölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol", also bei der Arbeiterklasse. Und: „Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Überbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und ihre industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus."* (Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 673f).

Lenin betonte, dass es sich dabei um eine absolute Verelendung handele, indem direkt der Lebensstandard der Arbeiterklasse immer weiter sinkt: *„Der Arbeiter verelendet absolut, das heißt, er wird geradezu ärmer als früher, er ist gezwungen, schlechter zu leben, sich kärglicher zu ernähren, sich immer weniger satt zu essen, in Kellerräumen und in Dachstuben zu hausen"* (Lenin: Die Verelendung in der kapitalistischen Gesellschaft, LW 18, S. 428).

Dagegen wird heute oft darauf verwiesen, dass mit der Entwicklung des Kapitalismus zwar durch den Anstieg der Mehrwertrate eine relative Verelendung zu beobachten ist, jedoch nicht insgesamt ein absolutes Absinken des Lebensstandards. Zwar gebe es verschiedene Tendenzen zur absoluten Verelendung (z.B. Zunahme der Arbeitsintensität, von arbeitsbedingten Krankheiten, tendenzielle Verschärfung von Krisen und Kriegen usw.), aber auch Gegentendenzen. So würde durch den Fortschritt der Produktivkräfte auch die Arbeiterklasse langfristig gewisse Verbesserungen ihres Lebensstandards erfahren, wenn auch nicht proportional zum Anstieg des gesellschaftlichen Reichtums. Damit wird nicht nur die These einer allgemeinen absoluten Verelendung infrage gestellt, sondern auch die entgegengesetzte Position des Revisionisten Eduard Bernstein, der davon ausging, dass es im Kapitalismus ein stetiges Ansteigen des Lebensstandards der Arbeiterklasse geben könne. Zudem wird auch oft infrage gestellt, dass die entsprechenden Aussagen von Marx (s.o.) im Sinne eines allgemeinen Gesetzes zur absoluten Verelendung zu interpretieren sind.

Die Diskussion darüber, ob es im Kapitalismus zwangsläufig zu einer absoluten Verelendung kommt, können wir an dieser Stelle jedoch nicht darstellen und auch nicht klären.

4.4 Der Zirkulationsprozess des Kapitals

Die bisherigen Unterkapitel zur Kritik der Politischen Ökonomie haben sich mit den Begriffen von Ware und Wert und dann vor allem damit auseinandergesetzt, wie das Kapital produziert wird. Das war der Inhalt des ersten Bands von „Das Kapital" (MEW 23). Im zweiten Band (MEW 24) geht es dagegen um die Zirkulation des Kapitals.

Wenn der Kapitalist den gesamten Mehrwert selbst konsumiert, spricht man von **einfacher Reproduktion**, denn außer dem Ersatz des verausgabten Kapitals wurde keine produktive Investition getätigt. Wie wir jedoch gesehen haben, ist das Ziel des Kapitalisten aufgrund der Konkurrenz nicht die einfache Reproduktion, sondern die **erweiterte Reproduktion** seines Kapitals. Erweiterte Reproduktion bedeutet, dass ein Teil des Mehrwerts vom Kapitalisten reinvestiert, also akkumuliert wird.

Das Wesen der Waren besteht darin, dass sie nicht einfach nur Produkte sind, die irgendwelche Bedürfnisse befriedigen können, sondern dass sie für den Verkauf produziert werden. Sie kommen also auf den Markt und werden dort gehandelt. Diesen Prozess bezeichnet man als Zirkulationsprozess der Waren, der zu unterscheiden ist von ihrem Produktionsprozess. Der Zirkulationsprozess umfasst all jene Vorgänge, die zur Realisierung des Warenwerts beitragen, aber für die Produktion und Bereitstellung der Ware nicht zwingend erforderlich sind. Der Zirkulationsprozess verursacht, genauso wie der Produktionsprozess, Kosten für den Kapitalisten, die als Zirkulationskosten zusammengefasst werden. Unter Zirkulationskosten fallen Kauf- und Verkaufszeit, Aufbewahrungskosten und ein Teil der Transportkosten. Obwohl er Kosten verursacht, produziert der Zirkulationsprozess die Ware nicht und kann ihr daher auch keinen Wert zusetzen – der Wert entsteht ausschließlich in der Produktionssphäre.

Bis eine produktive Investition einen Gewinn in Geldform abwirft, muss mindestens eine Ware produziert und verkauft worden sein. Während des Zeitraums davor hat der Kapitalist nur Geld ausgegeben, ohne Geld einzunehmen. Falls er für seine Investition einen Kredit aufgenommen hat, fallen nun möglicherweise auch schon Zinsen an, die er zahlen muss. In jedem Fall hat der Kapitalist ein Interesse daran, dass das von ihm investierte Kapital so schnell wie möglich umschlägt, er so schnell wie möglich den realisierten Mehrwert in den Händen hält und ihn so schnell wie möglich wieder investieren kann, um seine Position in der Konkurrenz zu verbessern. Die Zeit, während der das Kapital sich im Umlauf (in der Zirkulation/Realisierung) befindet, dient es nicht der Produktion von Mehrwert. Der Kapitalist strebt also danach, die Umlaufszeit des Kapitals zu verkürzen. Und das ist wiederum ein wichtiges Mittel, um die Umschlagszeit des Kapitals ebenfalls zu verkürzen – das ist die Zeitspanne, die ein Kapital braucht, um den Kreislauf G – W – G‘ einmal zu durchlaufen und den Mehrwert auf das investierte Kapital zu realisieren.

4.4.1 Die Umschlagszeit des Kapitals – fixes und zirkulierendes Kapital

Die Umschlagszeit eines bestimmten Kapitals hängt von seiner physischen Natur, seiner Rolle im Produktionsprozess ab. Beispielsweise Rohstoffe wie Eisenerz werden im Produktionsprozess verbraucht und gehen in das Produkt ein (z.B. als Stahlträger einer Brücke). Nach vollendeter Arbeitsperiode (der Zeit zur Produktion einer Ware eines bestimmten Typs) muss der verbrauchte Rohstoff ersetzt werden, damit der Arbeitsprozess wiederholt werden kann. Das Produkt ist zu diesem Zeitpunkt fertig und kann verkauft werden. Auch Hilfsstoffe wie z.B. Heizöl geben ihren Wert während eines Arbeitsprozesses vollständig an das Produkt ab. Dasselbe gilt schließlich für die verausgabte Arbeitskraft, deren voller Wert zuzüglich dem Mehrwert immer auf das Produkt übergeht. Diese Art von Kapital, die nach jeder vollendeten Arbeitsperiode zirkuliert und sich verwertet, nennt Marx flüssiges oder **zirkulierendes Kapital**.

Andere Investitionen sind längerfristig angelegt und das Kapital wird während einer Arbeitsperiode nur zu einem Teil verbraucht. Maschinen können normalerweise sehr viele Waren produzieren, bis ihr physischer Verschleiß so weit fortgeschritten ist, dass sie ersetzt werden müssen. Nur in dem Maße, wie sie durch die Produktion der einzelnen Ware im Durchschnitt verschleißen, geben sie ihren Wert auf das Produkt ab. Beispiel: Eine Maschine, die 10.000 € wert ist und mit der man 100.000 Glühbirnen produzieren kann, gibt auf jede Glühbirne 10 Cent ihres Wertes ab. Es gibt aber nicht nur den physischen Verschleiß durch Abnutzung: Weil sich die Technik im Kapitalismus ständig revolutioniert und die neueste Technologie meistens nicht lange die neueste Technologie bleibt, werden viele Maschinen nicht erst abgelöst, wenn sie tatsächlich nicht mehr funktionieren, sondern sobald eine bessere Maschine auf dem Markt ist. Deshalb verliert die Maschine nicht nur durch Abnutzung und den „Zahn der Zeit" ihren Wert, sondern auch dadurch, dass sie gemessen am jeweils aktuellen Stand der Technologie irgendwann veraltet ist. Diese Art von „Verschleiß" (besser gesagt Wertverlust) nennt Marx „moralischen Verschleiß". Weil diese zweite, in Maschinen und Gebäuden ausgelegte Art von Kapital während eines Arbeitsprozesses fast unverändert bleibt, nennt Marx sie **fixes Kapital**. *„In derselben Zeit, worin das fixe Kapital einmal umschlägt, schlägt das flüssige Kapital mehrmals um"* (Marx: Das Kapital, Band II, MEW 24, S. 168).

Die Unterscheidung zwischen fixem und zirkulierendem Kapital ist nicht zu verwechseln mit der zwischen konstantem und variablem Kapital. Der Unterschied zwischen konstantem und variablem Kapital liegt im Produktionsprozess begründet; nämlich darin, ob das Kapital in lebendiger, wertschaffender Arbeit oder vergegenständlichter, vergangener, „toter" Arbeit angelegt wird, die ihren Wert nur auf das Produkt überträgt. Dagegen entspringt der Unterschied zwischen fixem und zirkulierendem Kapital der Zirkulationssphäre, da es hier darum geht, wie lange ein bestimmter Teil des investierten Kapitals braucht, bis er

vollständig umgeschlagen ist. Die Begriffe fixes und zirkulierendes Kapital stammen anders als das Begriffspaar konstantes und variables Kapital auch nicht von Marx, sondern er übernahm diese von Adam Smith. Das fixe Kapital ist ein Teil des konstanten Kapitals, während das zirkulierende Kapital sowohl das variable Kapital als auch einen Teil des konstanten Kapitals (z.B. Rohstoffe) umfasst.

Auch wenn der Zirkulationsprozess selbst nicht wertschaffend ist, können Kapitalisten sich auf Operationen der Zirkulationssphäre spezialisieren und ein kapitalistisches Unternehmen darauf aufbauen. Beispiele dafür sind Supermärkte, die Handelsschifffahrt, aber auch Werbe- und Marketingagenturen, die alle dem Zweck dienen, die Waren schneller und gezielter zu ihren Käufern zu kriegen. Die Kapitalisten, die diese Dienste anbieten, verkürzen damit die Umlaufszeit und Umschlagszeit des in der Industrie tätigen Kapitals, d.h. sie unterstützen den Industriekapitalisten dabei, schneller an seinen Mehrwert zu kommen und ihn schneller wieder investieren zu können. Damit erhöhen sie die Mehrwertmasse, die jeder einzelne Kapitalist produzieren kann und die gesamtgesellschaftlich produziert wird. Sie tun das aber nicht aus Solidarität gegenüber ihren Klassenbrüdern, sondern sie lassen sich dafür so gut entschädigen, dass es möglich ist, ganze Unternehmen auf bestimmte Aspekte des Zirkulationsprozesses zu spezialisieren. Ähnliches gilt für das zinstragende Kapital, zu dem wir später kommen werden.

4.4.2 Die Reproduktionsschemata

Wenn eine Ware auf dem Markt verkauft wird, muss die zahlungsfähige Nachfrage nach dieser Ware irgendwo hergekommen sein. Werden in einer Gesellschaft mehr Waren produziert, als Geld vorhanden ist, um sie zu kaufen, kommt es zur Überproduktion – diese Möglichkeit werden wir uns später noch ausführlicher ansehen. Doch es reicht nicht aus, dass irgendwo in der Gesellschaft Geld vorhanden ist, mit dem die Waren gekauft werden könnten. Stellen wir uns z.B. vor, dass 10 Millionen Kaffeemaschinen zu viel produziert wurden, weil die Löhne der Arbeiter zu niedrig sind, um diese Geräte zu kaufen. Könnten dann nicht die Kapitalisten von ihren Profiten die überschüssigen Kaffeemaschinen kaufen? Das könnten sie natürlich, aber sie werden es nicht tun, wenn sie keine Verwendung dafür haben. Denn die Kapitalisten sind nur wenige und selbst wenn jeder von ihnen fünf Villen besitzt, können sie nur eine begrenzte Zahl an Kaffeemaschinen darin unterbringen und sinnvoll nutzen.

Natürlich ist das auch umgekehrt möglich: Wenn zu viele Werkzeugmaschinen produziert werden, hilft es auch nichts, den Arbeitern die Löhne zu erhöhen. Denn sie werden sich davon vielleicht Autos, Fernseher oder Eigentumswohnungen kaufen, aber sicher keine Industriemaschinen.

Wir sehen also, dass die Frage, wie viel von welchen Waren produziert wird und wie das gesellschaftliche Gesamteinkommen auf die Klassen verteilt ist, entscheidend dafür ist, ob die Kapitalakkumulation einigermaßen im Gleichgewicht ist,

oder ob sie auf eine Krise zusteuert.

Marx erstellte dafür ein stark vereinfachtes Modell, in dem die Produktion aus zwei Abteilungen und die Gesellschaft aus zwei Klassen besteht. Abteilung I umfasst das Kapital, das Produktionsmittel produziert. Abteilung II umfasst das Kapital, das Konsumtionsmittel (Konsumgüter) produziert. Käufer der Güter von Abteilung I sind nur die Kapitalisten. Käufer von Abteilung II sind vor allem die Arbeiter (weil sie zahlenmäßig viel mehr sind) und zu einem geringeren Maß die Kapitalisten. Wenn man nun weiß, wie viel Wert in beiden Abteilungen produziert wird, wie viele Konsumgüter die Kapitalisten konsumieren und nach welchem Verhältnis das investierte Kapital jeweils in konstantes und variables Kapital aufgeteilt ist, ergibt sich daraus, ob die produzierten Produktionsmittel und Konsumgüter auch wirklich gekauft werden oder nicht. Das folgende Zahlenbeispiel soll dem besseren Verständnis dienen, wie ein Ungleichgewicht in der Reproduktion des Kapitals entstehen kann. Aber wem es zu kompliziert ist, der kann es natürlich auch überspringen.

Beispiel: Abteilung I hat ein Volumen von 1 Mrd. €. Davon sind 700 Mio. € konstantes Kapital, 200 Mio. € variables Kapital und 100 Mio. € Mehrwert.

Darstellbar ist das als folgende Gleichung (mal Faktor 1.000.000):

Gesamt (I) = c (I) + v (I) + m (I) = 700 + 200 + 100 = 1000

Abteilung II hat ein Volumen von 2 Mrd. €. Davon sind 600 Mio. € konstantes Kapital, 1,2 Mio. € variables Kapital und 200 Mio. € Mehrwert:

Gesamt (II) = c (II) + v (II) + m (II) = 600 + 1200 + 200 = 2000

Wenn man v (I) und v (II) zusammenrechnet, werden also 1,4 Mrd. € als Löhne ausgezahlt. Wenn man m (I) und m (II) zusammenrechnet, ergibt sich ein Mehrwert von 300 Mio. €. Wenn man c (I) und c (II) zusammenrechnet, ergibt sich ein konstantes Kapital von 1,3 Mrd. €. Angenommen, die Kapitalisten konsumieren von den 300 Mio. € Mehrwert 50 Mio. € persönlich und investieren 250 Mio. € wieder in die Produktion. Dann könnte man den Mehrwert wie folgt aufteilen:

$$m\,(I) = m\,(I, \text{Konsum}) + m\,(I, \text{Investition})$$

$$m\,(II) = m\,(II, \text{Konsum}) + m\,(II, \text{Investition})$$

Die gesellschaftliche Nachfrage N, die notwendig ist, um die Produkte beider Abteilungen vollständig abzusetzen, ist 2 Mrd. € für Abteilung II und 1 Mrd. € für Abteilung I, also

$$N\,(I) = \text{Gesamt}\,(I)$$

und N (II) = Gesamt (II). Die Nachfrage für beide Abteilungen kommt nun wie folgt zustande:

$$N\,(I) = c\,(I) + c\,(II) + m\,(I, \text{Investition}) + m\,(II, \text{Investition})$$

$$N\,(II) = v\,(I) + v\,(II) + m\,(I, \text{Konsum}) + m\,(II, \text{Konsum})$$

Der Gleichgewichtszustand ist erreicht, wenn:

$$N\,(I) = \text{Gesamt}\,(I) \Leftrightarrow c\,(I) + v\,(I) + m\,(I) = c\,(I) + c\,(II) + m\,(I, \text{Investition}) + m\,(II, \text{Investition})$$

$$N\,(II) = \text{Gesamt}\,(II) \Leftrightarrow c\,(II) + v\,(II) + m\,(II) = v\,(I) + v\,(II) + m\,(I, \text{Konsum}) + m\,(II, \text{Konsum})$$

In unserem Fall kommt für N (I) ein Wert von 1,55 Mrd. € und für N (II) 1,45 Mrd. € heraus. Damit ist der Gleichgewichtszustand nicht gegeben: In Abteilung I ist die Nachfrage um 550 Mio. € höher als das Angebot. Das ist erst mal kein Problem, im Gegenteil. Denn solange Nachfrage nach Produktionsmitteln besteht, werden die Kapitalisten in Abteilung I ihre Produktion einfach ausweiten, bis die Nachfrage durch ein entsprechendes Angebot befriedigt werden kann. Anders sieht es in diesem Beispiel in Abteilung II aus. Dort ist die Nachfrage um 550 Mio. € niedriger als das Angebot. Wir haben es daher mit einer Überproduktion im Konsumgütersektor zu tun. Was die Folge eines solchen Ungleichgewichts ist, damit werden wir uns im Unterkapitel zur Krise befassen.

Das Modell weist auf ein grundsätzliches Problem im Kapitalismus hin. Weil es keine zentrale Stelle gibt, die festlegen kann, was produziert wird und was nicht, weil im Gegenteil eine Anarchie der Produktion herrscht und jeder Kapitalist nur gemäß den Erfordernissen seines eigenen Unternehmens Investitionsentscheidungen trifft, gibt es keine Garantie, dass die produzierten Waren auch verkauft werden können. Die an den Universitäten heute vorherrschende neoklassische Lehre geht aber genau davon aus – sie glaubt, dass sich jedes Angebot automatisch seine Nachfrage schafft und der Markt daher nicht zur Überproduktion führt (das sogenannte Say'sche Gesetz). Einen Grund, warum diese Annahme falsch ist, haben wir nun gesehen.

Man bezeichnet das oben dargestellte Modell als Reproduktionsschemata, weil es eine schematische Darstellung davon ist, wie die Reproduktion (d.h. die erneute Wiederherstellung) der Aufteilung von Einkommen und Investitionen in einer kapitalistischen Ökonomie ist. Die Reproduktionsschemata sind also eine Formel, die einerseits schematisch darstellt, wie es zu Ungleichgewichten kommen kann, die andrerseits aber auch zeigt, wie es trotz der Anarchie der Produktion immer wieder zu vorübergehenden Wachstumsphasen oder Gleichgewichtszuständen kommt.

Arbeitsfragen

- **Was ist die Umschlagszeit des Kapitals?**

- **Was sind fixes und zirkulierendes Kapital? Worin besteht der Unterschied zu konstantem und variablem Kapital?**
- **Wie können Ungleichgewichte zwischen den verschiedenen Abteilungen der Produktion entstehen?**

4.5 Die Profitrate

Wir hatten bisher den Profit einfach als Geldausdruck des Mehrwerts verstanden – so, wie wir den Warenpreis als Geldausdruck der Werte angenommen hatten. Das war jedoch nur eine vereinfachende Annahme, die an dieser Stelle zum Verständnis notwendig war, und keine Aussage über die Wirklichkeit.

Zunächst einmal ist der Profit des industriellen Kapitalisten nur ein Teil des Geldausdrucks des Mehrwerts. Ein anderer Teil ist der Zins, den der industrielle Kapitalist an die Bank zahlt. Dazu kommen wir im nächsten Unterkapitel. Ein weiterer Teil ist die Grundrente, um die es im Unterkapitel 4.10 kurz gehen wird. Und natürlich wird ein Teil des Mehrwerts auch als Steuern an den Staat bezahlt. An dieser Stelle genügt die Feststellung, dass das produktive Kapital zwar den Mehrwert von seinen Arbeitern produzieren lässt, aber sich nur einen Teil davon wirklich aneignen kann. Doch wie wir gleich sehen werden, gibt es noch einen anderen Grund, warum der Profit des einzelnen Kapitalisten nicht dem Mehrwert entspricht. Dafür müssen wir uns zunächst mit der Profitrate beschäftigen.

4.5.1 Was ist die Profitrate?

Für den Kapitalisten ist die absolute Höhe des Profits nicht entscheidend. Für einen Kleinkapitalisten können 10 Millionen € Profit sehr viel sein. Für einen großen Konzern ist es dagegen verschwindend wenig und ein großes Problem. Entscheidend ist also vor allem das Verhältnis des Profits zum investierten Kapital. Oder wenn wir es in Wertgrößen ausdrücken: Mehrwert, geteilt durch konstantes plus variables Kapital.

$$m / (c+v)$$

Marx und vor ihm die Klassiker der Nationalökonomie (Smith, Ricardo) nennen dieses Verhältnis die **Profitrate**. Die Profitrate spielt für die Kapitalakkumulation eine extrem wichtige Rolle. Denn sie bestimmt darüber, ob der Kapitalist überhaupt in der Lage ist, neue Investitionen zu tätigen, ob es also wirtschaftliches Wachstum gibt und ob Arbeiter eingestellt oder entlassen werden. Die Schwankungen und die langfristige Entwicklung der Profitrate sind also entscheidend für die Gesamtentwicklung des Kapitalismus. Und den Gesamtprozess der kapitalistischen Akkumulation, das heißt die Einheit aus Produktions- und Zirkulationsprozess, um die es im Band III von „Das Kapital“ geht, werden wir uns nun ansehen.

Wir haben an früherer Stelle schon gesehen, dass die Profitrate vor allem von zwei Faktoren abhängt: Erstens von der Mehrwertrate, also davon, wie groß der Anteil des Mehrwerts am neu geschaffenen Wert ist. Und zweitens von dem Verhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital. Weil nur das variable Kapital wertschaffend ist, bedeutet ein sinkender Anteil des variablen Kapitals auch weniger Mehrwert und damit, wenn das investierte Kapital insgesamt gleich groß bleibt, eine sinkende Profitrate. Diese zweite Größe, das Verhältnis zwischen c und v, hängt von der technischen Zusammensetzung des Kapitals ab. Ein Unternehmen, das Textilien produziert, braucht z.B. nur eine relativ geringe Menge konstantes Kapital und dafür sehr viele Arbeitskräfte. Eine Handelsschifffahrtsgesellschaft muss dagegen viele Schiffe besitzen, die sehr teuer sind. Hier ist also das konstante Kapital hoch und das variable relativ niedrig. Dieses Verhältnis, das von der technischen Struktur der Branche bestimmt ist, nennt Marx die **organische Zusammensetzung des Kapitals.**

Sehen wir uns das noch mal an einem Zahlenbeispiel an:

In der Branche A ist ein konstantes Kapital von 600.000 € und ein variables Kapital von 400.000 € investiert und die Mehrwertrate beträgt 100% (d.h. dass die Arbeiter die Hälfte des Tages nur den Mehrwert produzieren). Der Mehrwert beträgt dann also ebenfalls 400.000 €.

In Branche B ist ein höherer Einsatz von Maschinen notwendig ist und im Vergleich dazu wird weniger Kapital für Arbeitskräfte ausgegeben. Das konstante Kapital beträgt 1 Mio. € und das variable Kapital 300.000 €. Weil die Mehrwertrate auch 100% beträgt, liegt der Mehrwert bei 300.000 €.

A: 600.000 € (c) + 400.000 € (v) + 400.000 € (m) = 1,4 Mio. €

Die Profitrate beträgt hier also bei einem investierten Kapital von 1 Mio. € 40%.

B: 1 Mio. € (c) + 300.000 € (v) + 300.000 € (m) = 1,6 Mio. €

Hier beträgt die Profitrate bei einem investierten Kapital von 1,3 Mio. € ungefähr 23%.

4.5.2 Der Ausgleich der Profitraten

Die beiden Produktionszweige produzieren also unterschiedliche Massen an Mehrwert und haben unterschiedliche Profitraten. Wenn wir davon ausgehen, dass Kapital und Arbeitskräfte einigermaßen beweglich sind, wird dieser Zustand allerdings nicht so bleiben. Denn für die Kapitalisten in Branche B gibt es keinen Grund, auf Dauer eine niedrigere Profitrate zu akzeptieren als die anderen Kapitalisten. Sie werden daher ihr Kapital abziehen und in der profitableren Branche A investieren. Dadurch steigt in Branche A das Warenangebot, während es in Branche B sinkt. Das wirkt sich natürlich auf die Preise der Waren in den beiden Branchen aus, die sich jetzt tendenziell aufeinander zubewegen werden, bis zu

dem Punkt, wo die Profitrate in beiden Branchen gleich hoch liegt. Die Profitraten der verschiedenen Branchen nähern sich der Durchschnittsprofitrate der Gesamtwirtschaft an. Auf diese Weise ist es möglich, dass Unternehmen die viel mehr Mehrwert produzieren als andere am Ende trotzdem denselben Profit realisieren.

Das bedeutet aber, dass die Warenpreise auch nicht direkt von der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt sein können. Denn der Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate beruht ja gerade darauf, dass die Preise durch den Ab- und Zufluss von Kapital aus den verschiedenen Sektoren stark von den Werten der jeweiligen Produkte abweichen. Das heißt, die Vorstellung, wonach die Preise um die Warenwerte schwanken, wie wir es bisher angenommen hatten, ist bei genauerem Hinsehen falsch. Durch den Ausgleich der Profitraten entsteht eine andere Größe, um die die Marktpreise sich bewegen: Den **Produktionspreis**. Der tatsächlich gehandelte Marktpreis ist manchmal höher und manchmal niedriger als der Produktionspreis, abhängig von kurzfristigen Schwankungen des Angebots und der Nachfrage. Letzten Endes sind die Produktionspreise aber das Zentrum, um das die Marktpreise schwanken.

Bedeutet das nicht, dass die Arbeitswerttheorie widerlegt ist? Wenn die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit überhaupt nicht die Warenpreise bestimmt, wozu braucht man dann den Wertbegriff überhaupt noch? Nun, die Aussage des Wertgesetzes ist nur, dass *letzten Endes* die Preise durch die Werte reguliert werden. Und das werden sie auch, denn wenn die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Produktion einer Ware sinkt bzw. steigt, dann sinkt bzw. steigt auch der Preis. Da die Produktionspreise ja durch eine Umverteilung von Wert entstanden (und nicht durch neu entstandenen Wert), ist gesamtgesellschaftlich gesehen die Summe der Preise trotzdem weiterhin gleich der Summe der Werte. Auch die Summe der Profite entspricht der Summe des Mehrwerts. Warum außerdem der Begriff des Werts für das Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise unverzichtbar ist, sollte klar geworden sein: Durch den Wert wird überhaupt erst verständlich, warum Waren in einem bestimmten Verhältnis gegeneinander getauscht werden. Und auf Grundlage der Marxschen Arbeitswerttheorie wird erklärbar, woher der Profit kommt.

4.5.3 Der tendenzielle Fall der Profitrate

Die Erkenntnis, dass die Profitrate von der organischen Zusammensetzung des Kapitals bestimmt wird, hat noch eine andere sehr wichtige Konsequenz. Denn natürlich variiert die organische Zusammensetzung nicht nur zwischen verschiedenen Branchen und Unternehmen, sondern sie verändert sich auch mit der Zeit bei einem einzelnen Unternehmen. Nehmen wir uns dafür wieder das Kapital aus Branche A als Beispiel. Seine Zusammensetzung war:

600.000 € (c) + 400.000 € (v) + 400.000 € (m) = 1,4 Mio. €

Durch eine Erfindung steigt nun aber die organische Zusammensetzung. Eine neue Maschine ersetzt viele Arbeiter, sodass jetzt c 700.000 € beträgt, aber v nur noch 200.000 €. Der Kapitalist hat also insgesamt weniger Ausgaben, nämlich nur noch 900.000 € statt 1 Mio. €. Was passiert aber nun mit dem Mehrwert? Wenn die Mehrwertrate gleichbleibt, also der Mehrwert genauso groß ist wie das variable Kapital, beträgt der Mehrwert jetzt nur noch 200.000 €. Die Profitrate beträgt dann 200.000 € geteilt durch 900.000 €, also 22,2 %.

Aber wie ist das möglich? Der Kapitalist hat die neue Maschine ja gerade eingeführt, um produktiver zu sein und einen Extraprofit zu erzielen. Das stimmt und zunächst wird daher seine individuelle Profitrate auch steigen. Seine Waren werden ja billiger, wodurch er einen Extraprofit einstreichen kann. Der Extraprofit bedeutet ja, dass Wert, der an anderer Stelle produziert wurde, nun an den Kapitalisten mit der fortgeschritteneren Produktionstechnik fließt.

Aber was passiert gesamtgesellschaftlich, wenn die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt? Im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus ist das unweigerlich der Fall, denn der Fortschritt der Produktivkräfte geht langfristig immer damit einher, dass bestimmte Arbeitsschritte von Maschinen übernommen und dadurch menschliche Arbeitskräfte eingespart werden. Der Umfang der notwendigen Investitionen in immer komplexere Maschinen und Technologien, die immer größere Mengen an Material verarbeiten können, steigt deshalb unweigerlich an, während die Zahl der Arbeiter und der Umfang der Löhne, die sie erhalten, nicht in demselben Maß steigt.

Wenn nun die lebendige Arbeit im Verhältnis zur „toten" Arbeit immer weniger wird, bedeutet das nichts anderes, als dass eine vorgegebene Masse an investiertem Kapital immer weniger Mehrwert produziert. Oder anders gesagt: Mit der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals sinkt gesamtgesellschaftlich gesehen die Profitrate.

Marx schrieb über das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate: *„Es ist dies in jeder Beziehung das wichtigste Gesetz der modernen politischen Ökonomie und das wesentlichste, um die schwierigsten Verhältnisse zu verstehen."* (Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42, S. 641). Es handelt sich dabei aber nur um ein tendenzielles Gesetz, da die Profitrate keineswegs immer und überall fällt. Es gibt Phasen mit steigender Profitrate und es gibt Faktoren, die dem Fall der Profitrate entgegenwirken. Marx führt einige dieser Faktoren auf: Die Erhöhung der Ausbeutungsrate der Arbeit, das Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert, die Verbilligung der Bestandteile des konstanten Kapitals (indem z.B. ältere Maschinen durch den technischen Fortschritt an Wert verlieren), relative Überbevölkerung, auswärtigen Handel und die Zunahme des Aktienkapitals. Hier ist nicht der Ort, diese Faktoren im Einzelnen zu untersuchen. Marx zeigt jedenfalls, warum sie alle den Fall der Profitrate zwar verlangsamen und zeitweilig auch umkehren, aber langfristig dennoch nicht aufhalten können.

Im tendenziellen Fall der Profitrate zeigt sich die historische Endlichkeit des Kapitalismus. Die Profitrate ist, wie bereits gezeigt wurde, die für die Kapitalakkumulation bestimmende Größe, von der die Entwicklung des Kapitalismus abhängt. Da der tendenzielle Fall der Profitrate ein sich langfristig zwangsläufig durchsetzendes Gesetz des Kapitalismus ist, verlangsamt sich mit der Zeit auch die Akkumulation des Kapitals und Krisenphasen mit niedrigen oder gar negativen Profitraten vertiefen sich tendenziell.

Viele Studien aus verschiedenen Ländern zeigen, dass tatsächlich in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern über viele Jahrzehnte hinweg die Profitrate gefallen ist. Damit gibt es einen weiteren empirischen Beleg für die Richtigkeit der Marxschen These vom tendenziellen Fall der Profitrate und indirekt auch für die Richtigkeit der Arbeitswerttheorie, die dieser These zugrunde liegt.

Arbeitsfragen

- **Was ist die Profitrate und warum gleicht sie sich zur Durchschnittsprofitrate aus? Was bedeutet das für die Preise der Waren?**
- **Warum kommt es zum tendenziellen Fall der Profitrate?**

Diskussionsfragen

- **Obwohl die Warenpreise nicht den Warenwerten entsprechen, argumentiert der Text, dass die Arbeitswerttheorie trotzdem gültig ist. Ist das plausibel?**
- **Was sind die Auswirkungen des tendenziellen Falls der Profitrate auf die Gesellschaft?**

4.6 Kreditwesen und fiktives Kapital

Im Kapitalismus hat das Geld neben seinen sonstigen Funktionen auch den besonderen Gebrauchswert, als Kapital zu fungieren: Wer eine Geldsumme besitzt, kann diese so investieren, dass sie einen Profit abwirft. Geld schafft, als Kapital angelegt, also mehr Geld. Wie andere Gebrauchswerte lässt sich auch dieser Gebrauchswert auf dem Markt handeln. Wird Geld ausgeliehen, so wird dieser Gebrauchswert, als Kapital zu fungieren, für einen bestimmten Zeitraum verkauft. Das Kapital selbst wird dabei wie eine Ware gehandelt, es wird gekauft und verkauft. Der Preis dafür ist ein Teil des produzierten Mehrwerts, den der Schuldner (der den Kredit aufgenommen hat) dem Gläubiger (der den Kredit vergeben hat) auszahlt. Diesen Preis des Geldkapitals nennt man Zins.

4.6.1 Der Kredit

Das **Kreditwesen** entfaltet sich notwendigerweise mit der Entwicklung des Kapitalismus. Wenn die Kapitalisten nur mit ihrem Eigenkapital produzieren und akkumulieren könnten, wäre ihre Fähigkeit zur Akkumulation sehr beschränkt. Sie müssten mit ihren Investitionen immer so lange warten, bis sie genug Einkommen angehäuft haben, um die erforderlichen Ausgaben aus der eigenen Tasche bestreiten zu können. Durch das Kreditwesen wird diese Schranke der Kapitalakkumulation überwunden. Der Kapitalist kann nun zur Bank gehen und einen Kredit aufnehmen, wodurch sich seine Möglichkeit zur Kapitalakkumulation vergrößert. Hat ein Kapitalist beispielsweise ein Eigenkapital von 1 Mio. €, so würde er bei einer Durchschnittsprofitrate von 10% einen Mehrwert von 100.000 € produzieren. Wenn er nun aber einen Kredit von 1 Mio. € bei der Bank aufnimmt, verdoppelt sich das Kapital, das er investieren kann. Er investiert also nun 2 Mio. € und realisiert dementsprechend einen Mehrwert von 200.000 €. Natürlich hat die Bank dem Industriellen den Kredit aber nicht aus Freundlichkeit gewährt, sondern weil sie dafür einen Zins erhält. Nehmen wir an, der Zinssatz liegt bei 5%. Dann müsste der industrielle Kapitalist also 50.000 € Zinsen an die Bank zahlen. Er hätte dann aber bei einem Ausgangskapital von 1 Mio. € immer noch einen Profit von 150.000 € übrig, oder eine Profitrate von 15 %. Solange der Zinssatz niedriger ist als die Profitrate, was meistens der Fall ist, lohnt es sich also für die produktiven Kapitalisten, Kredite aufzunehmen, ihre Produktion damit auszuweiten und ihre Profitrate auf diese Weise zu erhöhen.

Die Entstehung des Kreditgeschäfts ist aber nicht nur ab einer gewissen Stufe Voraussetzung für die weitere Ausdehnung der Kapitalakkumulation – sondern die Akkumulation des Kapitals bringt umgekehrt auch das Kreditgeschäft hervor. Denn die industriellen Kapitalisten müssen für jede größere Investition erst einmal genug von ihrem Profit ansparen, bis sie sich die Investition leisten können. In der Zwischenzeit häufen sie also Profit in Form von Geld an, das vorläufig nicht in die Produktion von Mehrwert angelegt werden kann, also nicht als Kapital fungiert. Aus Sicht des Kapitalisten, der immer danach bestrebt sein muss, dass sein Geld möglichst zu jeder Zeit Profit abwirft, ist das eine Verschwendung. Dieses Geld ist *„absolut unproduktiv, läuft dem Produktionsprozeß in dieser Form parallel, liegt aber außerhalb desselben. Es ist ein Bleigewicht (dead weight) der kapitalistischen Produktion. Die Sucht, diesen als virtuelles Geldkapital sich aufschatzenden Mehrwert sowohl zum Profit wie zur Revenue (d.h. Einkommen, Anmerkung der KO) brauchbar zu machen, findet im Kreditsystem und in den ‚Papierchens' (gemeint ist das Aktiensystem, Anmerkung der KO) das Ziel ihres Strebens."* (Marx: Das Kapital, Band II, MEW 24, S. 494). Indem dieses Geld des industriellen Kapitalisten in das Kredit- und Aktiensystem fließt, kann es anderswo in produktive Anlagen kanalisiert werden und wirft für den Kapitalisten dann immerhin einen Zins ab.

Der Bankkredit hat auch gesamtgesellschaftlich eine Auswirkung gehabt: Hier wurde nicht einfach nur Einkommen umverteilt, sondern der produktive Kapita-

list wurde durch den Kredit in die Lage versetzt, mehr Arbeiter einzustellen und schneller zu investieren. Das Kreditwesen erhöht somit also die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals bzw. verringert die Umschlagszeit. Das Kapital kann schneller einen Mehrwert realisieren und schneller wieder investieren. Indem dieser Kreislauf in kürzerer Zeit von statten geht, wird dadurch insgesamt mehr Mehrwert produziert als es sonst der Fall gewesen wäre.

4.6.2 Das fiktive Kapital

Wie wir gesehen haben, wird das Kreditgeschäft zu einem eigenen Tätigkeitsfeld des Kapitals. Tatsächlich existieren Geldverleiher und Banken schon lange vor dem Kapitalismus, aber erst im Kapitalismus können sie eine wirklich zentrale Rolle spielen. Denn erst im Kapitalismus wird systematisch Mehrwert produziert und akkumuliert, sodass es überhaupt möglich ist, im großen Stil Kredite aufzunehmen und Zinsen zu zahlen, ohne dass der Schuldner dabei notwendigerweise verarmt. Den Teil des Kapitals, der sein Einkommen überwiegend aus Zinsen bezieht, wird zinstragendes Kapital genannt. Das Einkommen des zinstragenden Kapitals ist abhängig davon, wie viele vertrauenswürdige Kreditnehmer es vorfindet, ob die Kredite auch zurückgezahlt werden (denn natürlich ist jeder Kreditausfall ein Verlust für die Bank) und schließlich vor allem davon, wie hoch der Zinssatz ist. Den Zinssatz kann die Bank nicht beliebig festlegen, sondern sie muss sich an dem durchschnittlichen Zinssatz auf dem Kreditmarkt orientieren. Im Gegensatz zur durchschnittlichen Profitrate, die von der Mehrwertproduktion abhängig ist, wird der Zinssatz vom Angebot und der Nachfrage nach Leihkapital bestimmt.

Das zinstragende Kapital vollzieht nun nicht die Bewegung Geld – Ware – Geld‘ (G-W-G‘), wie es das produktive Kapital tut. Stattdessen wird das Geld an einen produktiven Kapitalisten verliehen, der es dann investiert, um damit Waren zu produzieren, damit einen Mehrwert zu realisieren und einen Teil dieses Mehrwerts schließlich als Zins zurückzuzahlen. Die Bewegung des zinstragenden Kapitals, wenn es auf dem produktiven Kapital beruht, sieht also so aus:

$$G – G – W – G‘ – G‘$$

Vom Standpunkt des zinstragenden Kapitals ist es aber unerheblich, was in der Zwischenzeit mit dem ausgeliehenen Geld passiert. Die Bank interessiert nur, dass der Kredit mitsamt dem Zins fristgerecht zurückgezahlt werden. Für die Bank ist die Formel der Kapitalakkumulation also einfach: G – G‘. Geld, das mehr Geld schafft. Das zinstragende Kapital sieht also so aus, als würde es einfach aus dem Nichts einen Profit schaffen. Man sieht ja nicht mehr, dass der Profit in der Produktion entsteht. Ähnlich wie der Warenfetisch die Illusion erzeugt, dass die Beziehungen der Waren einfach natürliche Bewegungen von Dingen seien, so erzeugt der Zinsfetisch die Vorstellung, dass man einfach „sein Geld für sich arbeiten lassen“ kann, also dass Geld sich irgendwie auf wundersame Weise von selbst vermehren könne.

Neben dem klassischen Kreditgeschäft, bei dem ein Kapitalist zu einer Bank geht und mit ihr einen Kredit zu bestimmten Bedingungen aushandelt, gibt es auch andere Formen des zinstragenden Kapitals als das Bankkapital. Die an dieser Stelle wichtigste Form ist das Aktienkapital. Große Unternehmen gehen meistens an die Börse und werden zu Aktiengesellschaften, deren Anteile jeder Mensch mit Geld kaufen kann. Wer eine Aktie, ein Wertpapier eines Unternehmens kauft, gibt damit dem Unternehmen einen Kredit und wird durch diesen Akt formal zum Miteigentümer des Unternehmens, auch wenn der Besitz von einer oder wenigen Aktien in Wirklichkeit keine realen Mitbestimmungsrechte verleiht. Die Aktie ist (anders als der Bankkredit) ein Anspruch auf einen Anteil der Firma. Anders als der Bankkredit wird sie auch nicht einmal zurückgezahlt und erlischt, sondern bleibt bestehen und wirft eine regelmäßige Dividende ab, also einen Anteil am Profit der Firma.

Es kommt also zu einer eigenartigen „Verdopplung" des Kapitals: Das in der Produktion investierte Kapital, z.B. in Form von Maschinen, Strom, Fabrikgebäuden usw. existiert weiterhin und wird zur Produktion von Mehrwert eingesetzt. Aber gleichzeitig existiert mit dem Wertpapier dieses Kapital ein zweites Mal als Eigentumsanspruch. Das Wertpapier selbst ist nichts wert, aber es wird so behandelt und gehandelt, als wäre es das wirkliche Kapital. Dieses Kapital wird als **fiktives Kapital** bezeichnet, weil im strengen Sinne kein wirkliches Kapital ist, sondern nur der Anspruch auf das wirkliche Kapital, als Eigentumstitel, mit dem man Anspruch auf erwartete zukünftige Gewinne (im Fall der Aktien) oder bereits in der Vergangenheit geschaffene Werte (Unternehmensanleihen, Staatsanleihen usw.) erhebt. Der fiktive Charakter dieses Kapitals zeigt sich auch daran, dass sein Preis nur noch indirekt mit der realen Wertproduktion zusammenhängt. Denn die Wertpapiere werden auf dem Kapitalmarkt nach einem Preis gehandelt, der von Angebot und Nachfrage nach dem Wertpapier bestimmt ist. Da Angebot und Nachfrage verschiedenen Faktoren folgen, kann die Preisbildung der Wertpapiere sich relativ unabhängig von den realen Profitaussichten vollziehen.

So wie das Kapital sich mit der Entstehung des fiktiven Kapitals „verdoppelt", so zerfällt auch der Kapitalist in zwei verschiedene Funktionen. Zum einen gibt es den fungierenden Kapitalisten, den Anwender des Kapitals, der die Akkumulation des Kapitals und Ausbeutung der Arbeitskraft beaufsichtigt und organisiert. Zum anderen gibt es den Kapitalisten als Eigentümer, der nicht in den Produktionsprozess involviert ist, aber trotzdem einen Eigentumsanspruch auf das Kapital erhebt. Beide Funktionen können in derselben Person vereint sein, wie es heute noch bei den meisten kleineren Familienunternehmen der Fall ist. Sie können aber auch getrennt sein: Dann gehört einem (oder mehreren) Kapitalisten das Unternehmen, während sie einen Manager einstellen, der sich für ein Gehalt um das operative Geschäft kümmert. Doch auch wenn der fungierende Kapitalist der Form nach einen „Lohn" bekommt, ist er kein Arbeiter, sondern Kapitalist, da er die Ausbeutung der Arbeitskraft organisiert.

Eine häufig gehörte Meinung zum zinstragenden/fiktiven Kapital ist die, dass die Banken eine besonders kritikwürdige Form des Kapitals seien, weil sie ein Zinseinkommen erhalten, ohne selbst etwas dafür zu tun. Diese Sichtweise ist aus zwei Gründen falsch: Erstens ist jedes Kapital eine Form von sozialem Parasitismus. Denn auch der industrielle Kapitalist produziert den Mehrwert nicht selbst, sondern gewinnt ihn aus der Ausbeutung fremder Arbeit. Zweitens gehört das zinstragende Kapital zwangsläufig zum Kapitalismus dazu und erfüllt eine Funktion in ihm, indem es die Umschlagszeit des Kapitals verkürzt und damit insgesamt die Kapitalakkumulation fördert. Es ergibt also keinen Sinn, nur den Zins abschaffen zu wollen, während die Ausbeutung an sich weiter besteht.

Arbeitsfragen

- **Warum entsteht im Kapitalismus ein Kreditwesen? Welche Funktionen erfüllt es?**
- **Was ist fiktives Kapital und warum wird es so genannt?**

Diskussionsfragen

- **Verschiedene Theorien schlagen ein Wirtschaftsmodell vor, in dem es zwar weiterhin private Unternehmen und Lohnarbeit gäbe, aber keinen Zins mehr. Wäre das eine Lösung oder zumindest eine Verbesserung?**

4.7 Monopol, Finanzkapital und Imperialismus

Die Entwicklung des Kapitalismus geht gesetzmäßig damit einher, dass sich in den Händen der Kapitalisten immer mehr Kapital konzentriert. Die Akkumulation des Kapitals bedeutet ja nichts anderes, als dass Mehrwert immer wieder investiert wird, um das Kapital des Unternehmens immer weiter wachsen zu lassen, sodass die Menge an Kapital, die ein einzelner Kapitalist unter seinem Kommando hat, immer größer wird. Akkumulation und **Konzentration des Kapitals** sind somit nur verschiedene Ausdrücke für denselben Vorgang.

Die Konkurrenz der Kapitale untereinander führt gleichzeitig auch dazu, dass stärkere Kapitalisten die schwächeren vom Markt drängen, indem sie ihre Waren billiger verkaufen können als diese (oder mit höherer Qualität usw.). Sie übernehmen dann deren Marktanteile und beschäftigen mehr Arbeiter, um ihre Produktion ausdehnen zu können. Oder aber sie kaufen andere Kapitale auf oder schließen sich mit ihnen zusammen (Fusionen und Übernahmen). In all diesen verschiedenen Fällen ist das Ergebnis letztlich dasselbe, nämlich dass anstelle der vielen kleineren Kapitale wenige größere nun die Produktion und den Warenverkauf kontrollieren. Diesen Prozess bezeichnet man als **Zentralisation des**

Kapitals. Während die Konzentration des Kapitals einfach Wachstum des Betriebskapitals eines einzelnen Kapitalisten durch Anhäufung von Mehrwert ist, bezeichnet die Zentralisation die Zusammenführung von bereits vorhandenen, aber getrennt akkumulierenden Kapitalen in weniger Einheiten und unter dem Kommando einer kleineren Zahl von Kapitalisten.

Beide Prozesse schreiten im Kapitalismus unaufhaltsam voran. Sie führen dazu, dass immer größere Bereiche der Wirtschaft von einer immer kleineren Anzahl von Unternehmen beherrscht werden. Während in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den allermeisten Industriezweigen noch eine Vielzahl von Unternehmen miteinander konkurrierte, änderte sich das am Ende des 19. Jahrhunderts. Es entstanden nun riesige Konzerne, die ganze Branchen untereinander aufteilten und es schafften, diese weitgehend zu beherrschen. In Deutschland war z.B. die Elektroindustrie Anfang des 20. Jahrhunderts von den beiden Konzernen AEG und Siemens dominiert, die Chemieindustrie von BASF, Hoechst, Bayer und Agfa, die Eisen- und Stahlindustrie ebenfalls von wenigen Konzernen wie Thyssen, Krupp, Hoesch und Mannesmann und der Bankensektor von der Deutschen Bank, der Darmstädter Bank (später Danat-Bank), der Dresdner Bank, Commerzbank und Disconto-Gesellschaft. In England, Frankreich, den USA oder Japan sah es ähnlich aus.

Das Kreditwesen hat sich als ein sehr wichtiger Hebel der Konzentration und Zentralisation des Kapitals erwiesen. Indem es untätiges Kapital aus allen Bereichen der Wirtschaft sammelt und in profitversprechende Investitionen kanalisiert, indem es Großunternehmen leichteren Zugang zu frischem Kapital ermöglicht als kleinen Kapitalisten, indem es durch das Aktiensystem den großen Unternehmen neue Möglichkeiten der Finanzierung, aber auch der Übernahme anderer Firmen erschließt, trägt das Finanzsystem enorm dazu bei, dass sich immer größere Massen an Kapital unter einem Kommando zusammenballen.

4.7.1 Das Monopolkapital

Die Großunternehmen, die ganze Wirtschaftszweige alleine oder mit wenigen Konkurrenten gemeinsam kontrollieren können, nennt man **Monopolkapital**. In der marxistischen Theorie spricht man auch dann von Monopolen, wenn es mehrere, aber wenige Unternehmen gibt, die einen Zweig kontrollieren, obwohl Monopol aus dem Altgriechischen übersetzt eigentlich „einziger Verkäufer“ bedeutet. Trotzdem ist diese weiter gefasste Verwendung des Monopolbegriffs sinnvoll, weil das ökonomische Phänomen grundsätzlich dasselbe ist, ob ein Wirtschaftsbereich von einem oder wenigen Konzernen beherrscht wird. In beiden Fällen kann das Monopolkapital durch seine Kontrolle des Verkaufs die Preise heraufsetzen. Denn auch wenn es mehrere Monopolkapitalisten in einer Branche gibt, lassen diese sich erfahrungsgemäß nur selten auf einen Unterbietungswettbewerb bei den Preisen ein, sondern nutzen viel eher gemeinsam ihre Stellung aus, um Extraprofite durch höhere Preise zu erzielen. Diese Extraprofite bedeuten nichts

Formen des Monopols

In der Geschichte des Kapitalismus haben sich verschiedene Formen des Monopolkapitals herausgebildet. Die einfachsten Formen des Monopols sind kurzfristige Abmachungen über Verkaufspreise. Bildet sich daraus eine längerfristige Partnerschaft, in der Vereinbarungen über die Menge des Warenausstoßes, die Preise, Aufteilung der Absatzmärkte und ähnliches getroffen werden, spricht man von einem Kartell. Beim Kartell sind die einzelnen Unternehmen weiterhin eigenständig. Im Gegensatz dazu ist ein Trust ist ein Monopol, wo verschiedene Unternehmen zusammengeschlossen wurden, um gemeinsam eine Monopolstellung zu erringen und die Preise kontrollieren zu können. Eine wiederum andere Form des Monopols ist der Konzern, bei dem es weiterhin untergeordnete Einzelunternehmen gibt, die formal selbstständig sind, aber sich unter der Kontrolle und in finanzieller Abhängigkeit von der Zentrale des Konzerns befinden. Der Konzern ist heute eine überaus einflussreiche und verbreitete Form des Monopols.

anderes, als dass ein Teil des Mehrwerts, den andere, nichtmonopolistische Unternehmen schaffen, wegen der Monopolpreise an die Monopolkapitalisten fließt und die Profite der kleinen Kapitalisten verringert. Oft können die Monopole aber umgekehrt auch ihren Zulieferern niedrige Preise aufzwingen, weil diese mit ihren Lieferbeziehungen an dem großen Monopol hängen und diesem weitgehend ausgeliefert sind. Natürlich besteht aber für die Arbeiterklasse kein Anlass, irgendein Mitleid mit den nichtmonopolistischen Kapitalisten zu empfinden – denn diese sind immer noch ihre Ausbeuter und gerade weil ihre Spielräume sich durch das Monopolkapital verringern, versuchen sie umso mehr, ihren Profit zu erhöhen, indem sie den Arbeitern niedrige Löhne zahlen und oft einen regelrechten Krieg gegen jede Form der gewerkschaftlichen Organisierung entfesseln.

Der Übergang zum Zeitalter des Monopolkapitalismus war kein Zufall, sondern wurde mit der Entwicklung des Kapitalismus zwangsläufig. Die Einführung neuer Produktionsverfahren im Verlauf der zweiten Welle der Industriellen Revolution am Ende des 19. Jahrhunderts führte dazu, dass die organische Zusammensetzung des Kapitals sprunghaft anstieg. Das heißt, es wurden immer teurere Produktionsverfahren eingesetzt, die einen riesigen Investitionsaufwand bedeuteten, den kleinere Unternehmen sich gar nicht leisten konnten. Die Produktion in den neuen Industriezweigen (wie der Elektro- und Chemieindustrie, dann zunehmend auch der Automobilindustrie) war nur im großen Maßstab überhaupt rentabel und sinnvoll organisierbar. Dadurch kam es zwangsläufig zu Monopolen, denn die Schwelle an Mindestkapital, das ein Kapitalist investieren musste, um in diese Branchen überhaupt einsteigen zu können, wurde immer höher, wodurch es immer weniger Konkurrenten für die großen Monopole gab.

4.7.2 Das Finanzkapital

Die stürmische Entwicklung der Industrie in den führenden kapitalistischen Ländern (zu denen nun auch das Deutsche Reich gehörte) förderte die Zentralisation des Kapitals einerseits immer weiter, setzte sie aber andrerseits auch voraus, da immer größere Kapitalmassen notwendig waren, um die Industrieproduktion auf dem modernen technischen Niveau zu ermöglichen. Hier spielte das zinstragende Kapital in Form der Banken und Aktiengesellschaften eine unverzichtbare Rolle. Die Banken waren nicht nur Kreditgeber der Industrie, sondern entwickelten auch enge Beziehungen zu den Industriekonzernen, indem sie Vertreter in ihre Aufsichtsräte entsandten und Anteile an den industriellen Unternehmen erwarben. Die Aktiengesellschaften entwickelten sich als eine alternative Form der Finanzierung von industriellen Unternehmen.

In beiden Fällen haben wir es mit einer neuartigen Beziehung zwischen dem zinstragenden und dem produktiven Kapital zu tun. Lenin spricht aufgrund der oben beschriebenen Entwicklungen und in Anlehnung an den sozialdemokratischen Ökonomen Rudolf Hilferding von immer engeren Beziehungen zwischen dem Bankkapital und dem Industriekapital und sogar von einer Verschmelzung der beiden Kapitalsorten. Diese Verschmelzung bedeutet allerdings nicht, dass Banken und Industriekonzerne aufhören, als getrennte Unternehmen zu existieren. Aber durch das Aktiensystem an der Börse haben Banken und auch andere Unternehmen die Möglichkeit, Anteile eines Industriekonzerns zu kaufen und darüber auch Einfluss auf seine Geschäftsstrategie zu nehmen.

Lenin schreibt dazu: „*Zugleich entwickelt sich sozusagen eine Personalunion der Banken mit den größten Industrie- und Handelsunternehmungen, eine beiderseitige Verschmelzung durch Aktienbesitz, durch Eintritt der Bankdirektoren in die Aufsichtsräte (oder die Vorstände) der Handels- und Industrieunternehmungen und umgekehrt*“ (Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S. 224). Und: „*Die Folge ist einerseits eine immer größere Verschmelzung oder, nach einem treffenden Ausdruck von N.I. Bucharin, ein Verwachsen des Bankkapitals mit dem Industriekapital, und anderseits ein Hinüberwachsen der Banken in Institutionen von wahrhaft ‚universalem Charakter‘.*“ (ebenda, S. 226).

Die Trennung des Kapitaleigentums vom fungierenden Kapital durch das fiktive Kapital führt dazu, dass aus der Sicht der Investoren auch das industrielle Kapital die Bewegung des fiktiven Kapitals vollzieht: Auch das in die Aktien eines Industriekonzerns investierte Kapital wirft einfach Rendite ab (die Bewegung G – G‘), ohne dass der investierende Kapitalist es selbst in die Produktion angelegt hätte, um Maschinen zu kaufen, Arbeiter zu bezahlen usw. Lenin schreibt dazu: „*Die Trennung des Kapitaleigentums von der Anwendung des Kapitals in der Produktion, die Trennung des Geldkapitals vom industriellen oder produktiven Kapital, die Trennung des Rentners, der ausschließlich vom Ertrag des Geldkapitals lebt, vom Unternehmer und allen Personen, die an der Verfügung über das Kapital unmittelbar teilnehmen, ist dem Kapitalismus überhaupt eigen.*“ (Lenin: Der Imperialismus

als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S. 242). Aber im Monopolkapital erreichen diese Phänomene eine neue Qualität. Auch die Industriemonopole selbst sind also so organisiert, dass sie an der Akkumulation von fiktivem Kapital, von Eigentumstiteln am Kapital orientiert sind. Was Lenin hier beschreibt, ist also eine neue Art von Kapital. Diese Verschmelzung von Bank- und Industriekapital nennt er Finanzkapital. Das Finanzkapital besteht also nicht einfach nur aus Banken, Versicherungen usw., sondern auch aus industriellen Monopolen. Die Kapitalisten, die dieses monopolistische Finanzkapital kontrollieren, kann man auch als Finanzoligarchie bezeichnen, da es sich um eine kleine Schicht von Personen handelt, die allein aufgrund ihres Eigentums am Finanzkapital riesige Renditen erwirtschaften, den Großteil der Wirtschaft kontrollieren, einen Teil des Mehrwerts von den nichtmonopolistischen Kapitalisten abpressen und dadurch in ihren Händen enorme Macht konzentrieren können. *„Das Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals bedeutet die Vorherrschaft des Rentners und der Finanzoligarchie*“ (ebenda, S. 242; mit „Rentner“ sind hier Personen gemeint, die ohne eigene Arbeit und ohne produktive Investitionen allein durch ihr Eigentum an Geldkapital ein ständiges Geldeinkommen erhalten, Anmerkung KO).

Die Begriffe Finanzkapital und Monopolkapital hängen untrennbar miteinander zusammen. Es war der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, der die Entstehung der riesigen Aktiengesellschaften und des engen Geflechts aus Banken und Industrie hervorgebracht hat. Die Entstehung und Konkurrenz der Monopole erforderte notwendigerweise die Form des Finanzkapitals, da nur so die riesigen Kapitalmassen aufzubringen waren, die für die modernen Technologien im Kapitalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts und beginnenden 20. Jahrhunderts erforderlich waren.

4.7.3 Das imperialistische Stadium des Kapitalismus

Der Monopolkapitalismus ist aber keine bloß technische Veränderung im Kapitalismus, sondern eine eigene Epoche, ein Entwicklungsstadium des Kapitalismus. Lenin spricht vom monopolistischen Kapitalismus als dem imperialistischen Stadium des Kapitalismus. Laut Lenin weist der Imperialismus fünf grundlegende Merkmale auf:

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen.

2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses „Finanzkapitals“.

3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung.

Diskussionen über die Bestimmung des Begriffs „Finanzkapital“

Es gibt eine Diskussion darüber, ob die Bestimmung des Finanzkapitals als Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital noch geeignet ist, die heutige Realität richtig zu beschreiben. Auf der einen Seite gibt es die Position, dass Lenins Definition des Finanzkapitals, wie sie oben dargestellt wurde, weiterhin uneingeschränkt gültig ist. Demnach sind nationale Besonderheiten bei der Unternehmensfinanzierung von zweitrangiger Bedeutung und ändern nichts daran, dass wir weiterhin vom Finanzkapital als der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital sprechen können.

Diese Position wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder kritisiert. Zahlreiche Autoren haben darauf verwiesen, dass das enge Geflecht aus Banken und Industrieunternehmen, wobei die Banken die Industrie über Aktieneigentum und Aufsichtsratsmandate kontrollieren würden, eher eine spezifische Form darstellte, die in Deutschland und manchen anderen Industrieländern vorherrschte, aber nicht überall so vorzufinden sei. Zudem habe sich dieses Geflecht auch in Deutschland seit den 1980er/90er Jahren zu einem großen Teil aufgelöst, da die Banken den Großteil ihrer Anteile an Industriekonzernen verkauft hätten. Der Begriff „Finanzkapital“ für diese Art der „Verschmelzung“ sei daher wenig sinnvoll. Meistens verwenden die Vertreter dieser Position den Begriff Finanzkapital daher einfach für das fiktive Kapital.

Es gibt noch eine dritte Position zu dieser Frage: Vertreter dieser Interpretation teilen die Kritik, dass die Definition des Finanzkapitals als Verschmelzung der Banken mit der Industrie zu kurz greift und dass sie eher nationale Besonderheiten und bestimmte Entwicklungsphasen des imperialistischen Kapitalismus beschreibt. Demnach spielen z.B. Banken nicht überall eine gleich wichtige Rolle, zudem gebe es auch andere Formen des zinstragenden Kapitals, die heute eine wichtige Rolle spielten (z.B. Investmentfonds, Rentenfonds, Versicherungen usw.). Diese Autoren argumentieren jedoch anders als die Vertreter der zweiten Position, dass der Begriff des Finanzkapitals sich nicht auf die Verschmelzung der Institutionen von Bank und Industrieunternehmen oder ihrer jeweiligen institutionellen Funktionen bezieht, sondern auf ein Verschmelzen des Eigentums. Das Kapitaleigentum in den Händen der Finanzoligarchie verselbstständigt sich mit der Entwicklung des Monopolkapitalismus zunehmend gegenüber der Produktion des Mehrwerts und die unmittelbare Realisierung von Rendite (also der Prozess G – G‘ anstelle von G – W – G‘) zunehmend zur vorherrschenden Form der Kapitalakkumulation wird. Das Finanzkapital ist nach dieser Position also mehr als nur fiktives Kapital, sondern bezeichnet den Zusammenhang der Akkumulation von fiktivem und produktivem Kapital unter der Vorherrschaft des fiktiven Kapitals und damit die Verschmelzung des monopolisierten Kapitaleigentums der unterschiedlichen Kapitalsorten in den Händen der Finanzoligarchie.

Die Diskussion über den Begriff des Finanzkapitals werden wir im Rahmen des Klärungsprozesses führen.

4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen,

und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.“ (ebenda, S. 270f)

Die ersten beiden Punkte haben wir schon behandelt. Die Punkte 3 bis 5 betreffen die internationale Expansion des Monopolkapitals. Lenin zeigte, dass das Monopolkapital einen ständigen Kapitalüberschuss akkumuliert, also dass die Monopole mehr Mehrwert anhäufen, als sie im eigenen Land rentabel investieren können. Dass das so ist, ergibt sich aus dem Wesen des Monopolkapitals: Weil der Markt für ein bestimmtes Produkt bereits unter wenige Monopolkapitalisten aufgeteilt ist und von ihnen beherrscht wird, sind die Möglichkeiten, die Produktion weiter auszudehnen, begrenzt. Tun die Monopolkapitalisten es trotzdem, vergrößern sie das Warenangebot und drücken damit die Preise ihrer eigenen Waren nach unten, die sie ja gerade durch ihre Monopolstellung erhöhen konnten. In eine Ausweitung der Produktion zu investieren, führt unter diesen Bedingungen also nur zu niedrigeren Preisen, aber nicht zu höheren Profiten für die Monopole.

Die Profitrate ist aber auch für das Monopolkapital die entscheidende Größe, von der die Investitionsentscheidungen abhängen. Deshalb muss das Monopolkapital an anderer Stelle nach profitablen Investitionsmöglichkeiten suchen. Diese findet es oftmals nur im Ausland, in anderen entwickelten imperialistischen Ländern, oder in weniger entwickelten Ländern. Für die imperialistische Epoche ist daher eben nicht nur der Export von Waren kennzeichnend, der natürlich auch weiterhin eine große Rolle spielt, sondern besonders der Export von Kapital. Die Monopole suchen auf der ganzen Welt nach günstigen Möglichkeiten, Profite zu machen, sie etablieren Zweigstellen und Filialen, kaufen andere Unternehmen auf oder fusionieren mit ihnen. Dadurch entstehen die internationalen Monopolverbände, von denen Lenin spricht. Diese werden aber nicht „global“ in dem Sinne, dass sie keine Nationalität und keine besonderen Verbindungen zum Nationalstaat mehr hätten.

Im imperialistischen Entwicklungsstadium des Kapitalismus ist auch die territoriale Aufteilung der Welt beendet. Das heißt, es gibt keine größeren Gebiete mehr, die von niemandem beansprucht werden. Der einzige Weg für die Monopole und ihre Staaten, neue Absatz- und Investitionsgebiete zu erobern, besteht darin, anderen Mächten und Kapitalgruppen diese Gebiete zu entreißen. Und dieser Kampf findet in der Tat ständig statt: Der beendeten Aufteilung der Welt folgt also zwangsläufig ein ständiger Kampf um die Neuaufteilung der Welt, der mal mit „friedlichen“ Mitteln, also durch Waren- und Kapitalexport, Diplomatie, Geheimdienste usw., aber immer wieder auch durch Krieg ausgetragen wird.

Es ist ein Gesetz des Kapitalismus und besonders auch des imperialistischen Kapitalismus mit seinen international zugespitzten Widersprüchen, dass die Kapitalakkumulation sich regional und von Land zu Land sehr unterschiedlich entwickelt. Das komplexe Wechselspiel aus Konkurrenzkämpfen, politischen Strategien

der Bourgeoisie, Auseinandersetzungen zwischen den Kapitalisten, Kriegen und Wirtschaftskrisen lässt bestimmte Länder und Regionen in der Hierarchie des imperialistischen Weltsystems aufsteigen, während andere relativ gesehen absteigen. Dadurch besteht grundsätzlich die Möglichkeit, dass auch Länder mit ehemals rückständiger kapitalistischer Entwicklung (z.B. China, teilweise Indien, Brasilien usw.) in der internationalen imperialistischen Hierarchie aufsteigen und die alten imperialistischen Führungsmächte herausfordern (Siehe Kasten).

Sind China und Russland imperialistische Länder?

Die These, dass einige ehemals rückständige Länder wie China, Südkorea, Brasilien, Indien usw., aber auch Russland innerhalb des imperialistischen Weltsystems ihre Position verbessert haben, ist in der kommunistischen Bewegung sehr umstritten. Nach Auffassung vieler kommunistischer Parteien oder Einzelpersonen aus dem marxistischen Spektrum sind diese Länder nicht als imperialistisch einzuschätzen, vielmehr wird Staaten wie China oder Russland oft sogar ein antiimperialistischer Charakter zugesprochen, da sie auch anders als die USA oder die führenden EU-Länder keine aggressive Außenpolitik betrieben. Im Kern geht es hier also um die Frage, ob der Imperialismus als weltweites System auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalismus zu begreifen ist oder vor allem als aggressive Außenpolitik. Im Rahmen des Klärungsprozesses beschäftigen wir uns auch mit dieser Frage ausführlich.

Der Krieg um Ressourcen, um Absatzmärkte, Handelswege usw. wird im Imperialismus zur Notwendigkeit. Oftmals handelt es sich um Kriege der führenden imperialistischen Mächte, um unterentwickelte Länder unter Kontrolle zu kriegen oder zu behalten. Es kommt aber auch ständig zu Spannungen zwischen den führenden imperialistischen Staaten und Blöcken, in denen immer die Gefahr enthalten ist, dass sie sich zur direkten kriegerischen Konfrontation ausweiten. Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts waren das Ergebnis dieser zwischenimperialistischen Konflikte. Mit der immer weiteren Entwicklung der Waffentechnologie steigt auch das Maß der Zerstörung und des menschlichen Leides, das die imperialistischen Kriege verursachen.

So furchtbar der Krieg für den Großteil der Menschen ist, die davon betroffen sind – aus Sicht des Kapitals ist er nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, genauso wie umgekehrt die Politik in Friedenszeiten nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln darstellt. Der Imperialismus bringt aus sich heraus zwingend die Tendenz zur Aggression nach außen hervor.

Wenn der Imperialismus vor allem in der Vorherrschaft der großen Monopole besteht, also einer winzigen Minderheit von Großkapitalisten, müssten dann nicht fast alle Menschen gegen dieses System sein? Das ist in der Regel nicht der Fall,

denn zum einen sind auch die nicht-monopolistischen Kapitalisten weiterhin an der Ausbeutung der Arbeiterklasse interessiert und verteidigen weiter ihre immer noch privilegierte Stellung als Ausbeuter. Zum anderen kommt es in den führenden imperialistischen Ländern auch in der Arbeiterklasse zu einer Differenzierung. Aufgrund der monopolistischen Extraprofite, die das Kapital in den entwickelten imperialistischen Ländern akkumulieren kann, vergrößert sich für diese Kapitalisten der Spielraum, um auch einem Teil der Arbeiterklasse höhere Löhne zu zahlen, sie mit sicheren Arbeitsbedingungen zu locken usw. Für einen Teil der Arbeiterklasse in entwickelten imperialistischen Ländern wie Deutschland, den USA usw. steigt also der Lebensstandard deutlich an. Andere Arbeiter, oft im selben Unternehmen, aber natürlich auch in anderen Branchen und erst recht in anderen Ländern, haben weniger Glück und müssen weiterhin von Löhnen leben, die gerade einmal zum Überleben reichen, oder nicht einmal das. Die Schicht der privilegierten Arbeiter, die „Arbeiteraristokratie", wie Lenin sie nennt, versucht nun, tendenziell ihren Lebensstandard zu verteidigen, selbst wenn dies auf Kosten anderer Teile der Arbeiterklasse geht. An späterer Stelle werden wir sehen: Die Entstehung der Arbeiteraristokratie ist die gesellschaftliche und ökonomische Grundlage für die Verbreitung des Opportunismus in der Arbeiterbewegung.

4.7.4 Der Imperialismus als überreifer Kapitalismus

Lenin sprach vom Imperialismus als dem *„hochentwickelten, reifen und überreifen Kapitalismus"* (ebenda, S. 102). Dass der Kapitalismus „überreif" geworden ist, bedeutet, dass er eine historisch überholte Produktionsweise und Gesellschaftsordnung darstellt. Während die Bourgeoisie in ihrer frühen Zeit eine fortschrittliche Rolle gespielt hat, indem sie den Feudalismus beseitigte und die Entwicklung der Produktivkräfte entfesselte, ist sie nun längst in ein Zeitalter eingetreten, indem das Kapital, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu Hindernissen für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt geworden sind. Das bedeutet nicht, dass der Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium keinen technischen Fortschritt mehr hervorbringen würde, denn im Gegenteil können die riesigen Zusammenballungen von Kapital, die den modernen Konzern konstituieren, auch riesige Summen für Forschung und Entwicklung aufbringen. Es bedeutet, dass gemessen an dem, was mit dem bereits erreichten Stand der Produktivkräfte möglich wäre, der Kapitalismus ein ineffizientes, verschwenderisches und zerstörerisches System ist. Das Monopolkapital verhindert neue Erfindungen, weil diese angesichts hoher Monopolprofite keinen entscheidenden Vorteil bringen; es führt zu immer schärferen Krisen, die mit gewaltiger Vernichtung von Produktivkräften und menschlichem Elend einhergehen; es bringt verheerende Kriege hervor und kann sich nur noch zum Preis enormer Umweltzerstörungen entwickeln. Der Großteil des Mehrwerts wird von einer winzigen Minderheit von Finanzoligarchen angeeignet, deren Reichtum in immer groteskere Höhen wächst, während die breite Masse der Menschen auf dem Planeten täglich um ihr Überleben kämpft. Diese Finanzoligarchie spielt in der Produktion keine Rolle mehr und ist für diese völlig überflüssig. Sie existiert nur, um aufgrund ihres Eigentums den Profit abzuschöpfen und zeigt da-

mit in vollendeter Form, wie überflüssig die Kapitalistenklasse für die Entwicklung der Menschheit ist. Kurz: Im Imperialismus sind alle Widersprüche des Kapitalismus auf die – immer unerträglichere und langfristig das Überleben der Menschheit bedrohende – Spitze getrieben. Lenin bezeichnet deshalb den Imperialismus als *„Parasitismus und Fäulnis des Kapitalismus"* (ebenda, S. 198).

Gleichzeitig bereitet der Monopolkapitalismus aber auch den Übergang in eine andere, höhere Gesellschaftsformation vor, den Sozialismus. Mit der Entwicklung des Kapitalismus nimmt die Produktion einen immer stärker gesellschaftlichen Charakter an. Diese **Vergesellschaftung der Produktion** unter kapitalistischen Bedingungen besteht darin, dass alle Teile des Wirtschaftslebens voneinander abhängig sind und die Produktion zunehmend nicht mehr als Produktion des einzelnen Betriebs betrachtet werden kann, sondern als gesamtwirtschaftlicher Organismus stattfindet. Je komplexer die Produkte werden, desto stärker auch der Grad der Vergesellschaftung: z.B. werden Autos nicht in einem einzelnen Betrieb produziert, sondern die Endfertigung ist auf zahllose Zwischenerzeugnisse aus anderen Betrieben angewiesen, oft (aus Kostengründen) auch aus dem Ausland. Während aber die Arbeit sich auf diese Weise immer stärker vergesellschaftet, bleiben die Produktionsmittel und die Produkte selbst weiterhin das Privateigentum der Kapitalisten.

Durch die Vergesellschaftung der Produktion, aber auch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals entstehen sehr günstige Voraussetzungen dafür, die Produktion der Kontrolle des Kapitals zu entreißen und unter das Kommando eines gesamtgesellschaftlichen Plans zu stellen. Denn eine Wirtschaftsweise wie der Feudalismus oder der frühe Manufakturkapitalismus, mit einer unübersichtlichen Vielzahl an winzigen Produktionseinheiten, lässt sich kaum zentral planen. Hingegen findet in den großen Monopolkonzernen ohnehin bereits eine Form der „Planwirtschaft" statt, nur dass die Planung eben in jedem Konzern für sich stattfindet und sich am Profit des Unternehmens orientiert statt an gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Marx schrieb über die Form der Aktiengesellschaft, dass diese bereits die *„Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst"* darstelle (Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 452). Das Privateigentum an Produktionsmitteln gilt zwar weiterhin, aber das Unternehmen ist nicht mehr das alleinige Eigentum eines Einzelkapitalisten, sondern über das Aktiensystem und den Bankkredit wird Kapital aus der gesamten Gesellschaft gesammelt und der Aktiengesellschaft zugeführt, auch wenn es weiterhin sehr mächtige Kapitalisten gibt, die alleine große Anteile halten und darüber die Aktiengesellschaften kontrollieren können. Das ist analog dem Vorgehen in einer Planwirtschaft, wo der zentrale Plan ebenfalls Ressourcen der ganzen Gesellschaft mobilisieren kann, um bestimmte Produktionsziele zu erfüllen. Gleichzeitig hat der Kapitalismus die Arbeiterklasse enorm anwachsen lassen, indem städtisches Kleinbürgertum und Bauern zahlenmäßig immer weiter geschrumpft bzw. in die Arbeiterklasse übergegangen sind. Die Arbeiterklasse ist gleichzeitig sowohl die wichtigste Produktivkraft als auch die revolutionäre

Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft. Dass die wichtigsten Bereiche der Produktion von der Arbeiterklasse angewandt werden, ist ein wichtiger Aspekt, der die Reife der heutigen Gesellschaft für den Übergang zum Sozialismus anzeigt. Denn damit existiert auch bereits diejenige gesellschaftliche Kraft, die den Kapitalismus zerschlagen und die Produktion sowie die Organisation des gesamten Lebens der Gesellschaft in die eigene Hand nehmen muss.

Wenn nun der Monopolkapitalismus bereits die Vergesellschaftung der Produktion auf hohem Niveau bedeutet, ist es dann vielleicht möglich, dass der Staat einfach die Kontrolle über die Monopole übernimmt und damit friedlich, per Gesetz den Sozialismus einführt?

Nein, das ist leider unmöglich. Zunächst einmal muss betont werden, dass zwar die Produktion im Kapitalismus immer weiter vergesellschaftet wird, aber die Aneignung des Mehrwerts weiterhin in privaten Händen bleibt, weil die Produktionsmittel weiterhin Privateigentum sind. Nur die Enteignung der Kapitalisten macht es möglich, dass die Produktion gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen geplant wird. Das Privateigentum an Produktionsmitteln kann aber nur durch eine Revolution der Arbeiterklasse abgeschafft werden, nicht durch den Staat selbst. Warum das so ist, damit werden wir uns im Kapitel über den bürgerlichen Staat beschäftigen.

Arbeitsfragen

- **Wie unterscheiden sich Konzentration und Zentralisation des Kapitals?**
- **Was ist Monopolkapital in der marxistischen Theorie?**
- **Welche fünf grundlegenden Merkmale des Imperialismus nennt Lenin und was bedeuten diese?**

Diskussionsfragen

- **Der Kapitalismus ist ja bereits an sich eine ausbeuterische, parasitäre Ordnung. Ist es trotzdem sinnvoll, den Imperialismus als faulenden, parasitären, sterbenden Kapitalismus zu beschreiben?**

Die Diskussion um die Imperialismustheorie

In der Internationalen Kommunistischen Bewegung werden unterschiedliche, teils gegensätzliche Imperialismusanalysen vertreten. Eine grundlegende Streitfrage ist die Kontroverse um einen sogenannten „kollektiven Imperialismus". Diese These, die zeitweise von Teilen der DKP vertreten wurde, ging davon aus, dass im heutigen Imperialismus die Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten stark ab-

genommen hätten und diese vielmehr gemeinsam die restliche Welt unterwerfen würden. Damit seien Kriege zwischen imperialistischen Mächten sehr unwahrscheinlich oder unmöglich geworden. Beim „kollektiven Imperialismus" handelt es sich somit um eine Neuauflage der „Ultraimperialismus"-Theorie von Kautsky. Die erneute Verschärfung politischer und wirtschaftlicher Konflikte zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern einerseits und China und Russland andrerseits, die Spaltungstendenzen in der EU usw. zeigen jedoch, dass zwischenimperialistische Konflikte keineswegs verschwunden sind, sondern immer die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen in sich tragen.

Eine weitere wichtige Kontroverse dreht sich darum, ob der Imperialismus als Entwicklungsstadium des Kapitalismus zu verstehen ist, das global vorherrscht. Nach dieser Position ist der Imperialismus also als Weltsystem zu verstehen, das grundsätzlich die gesamte kapitalistische Welt umfasst, allerdings in sich sehr hierarchisch strukturiert ist. An der Spitze dieser Pyramide befinden sich demnach weiterhin die USA, doch auch Deutschland steht sehr weit oben. Ganz unten in der Hierarchie stehen weiterhin die ärmsten und unterentwickeltsten Länder. Jedoch gibt es dazwischen verschiedene Schichten von Ländern, die nicht zur obersten Riege der imperialistischen Führungsmächte gehören, jedoch auch Charakteristika des Imperialismus aufweisen und deren Monopolkapital eigene Ziele verfolgt. Die Beziehungen zwischen den Ländern sind nicht einfach durch einseitige Abhängigkeit gekennzeichnet, sondern als gegenseitige, wenn auch sehr ungleiche Abhängigkeit zu beschreiben.

Dagegen steht die Position, dass es weiterhin nur eine Handvoll imperialistischer Länder gebe, während die absolute Mehrzahl der Länder einfach unterdrückte und abhängige Länder seien. Es gibt zwei Varianten dieser Theorie: Während beispielsweise Maoisten Russland und China ebenfalls in die Kategorie der imperialistischen Länder einordnen, geht die DKP davon aus, dass Russland und China nicht imperialistisch seien, sondern sogar antiimperialistischen Charakter hätten. Beide Varianten sind jedoch problematisch, da sie die Rolle von Ländern, die innerhalb der imperialistischen Pyramide eine Zwischenposition einnehmen und danach streben, eine globale Führungsrolle auszuüben, nicht richtig erklären können. Sie verabsolutieren die Abhängigkeitsbeziehungen zwischen den Ländern und sehen nicht, dass sich aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung des Imperialismus die Kräfteverhältnisse ständig ändern. Sie ignorieren, dass es daher auch möglich ist, dass unter bestimmten Bedingungen Länder ihre Abhängigkeit abschwächen und innerhalb der Hierarchie der imperialistischen Pyramide aufsteigen.

Aus einer falschen Imperialismustheorie folgt jedoch immer auch eine falsche Praxis, die sich z.B. in der Solidarisierung mit China oder Russland äußert, oder darin, dass Staaten, die von den USA oder anderen imperialistischen Führungsmächten angegriffen werden, irrtümlich als antiimperialistisch eingeschätzt werden, obwohl sie in Wirklichkeit nicht den Imperialismus als System bekämpfen, sondern nur die Politik eines bestimmten imperialistischen Staates.

4.8 Konjunkturzyklus und Krise

Für die meisten bürgerlichen Ökonomen und die vorherrschende bürgerliche Wirtschaftstheorie sind die Krisen vermeidbare Betriebsunfälle, die durch Fehlverhalten von Politikern oder „externe Schocks", also Einflüsse von nicht-ökonomischen Ereignissen auf die Wirtschaft ausgelöst werden. Diesen Theorien zufolge ist also ein stetiges Wirtschaftswachstum möglich, wenn nur die Rahmenbedingungen stimmen. Ein Blick auf die Realität zeigt jedoch, dass diese Auffassungen kaum mehr als Propaganda mit akademischem Anstrich sind: Seit der Entstehung des Kapitalismus wird die Akkumulation des Kapitals in relativ regelmäßigen Abständen von Krisen unterbrochen, in denen Massen von Arbeitern erwerbslos werden, große Mengen an Waren und Kapital vernichtet werden und Unternehmen bankrott gehen. Wie aber kommt es zu diesen Krisen im Kapitalismus, was macht sie möglich und warum geschehen sie sogar notwendigerweise?

Wer glaubt, durch einen einzigen Mechanismus in der Theorie von Marx die Krisen vollständig erklären zu können, muss enttäuscht werden. Auch die Suche nach einer eigenständigen „Krisentheorie" bei Marx ist vergeblich. Denn die Krise ist eine notwendige Bewegungsform der kapitalistischen Produktionsweise. Sie ergibt sich aus der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt und der Einwirkung all ihrer Elemente aufeinander. Deshalb sind die Marxsche Krisentheorie und die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, die Marx geleistet hat, nicht voneinander zu trennen. Das macht das Verständnis der Krisen zu einer so komplexen Angelegenheit. Marx entwickelte an verschiedensten Stellen seines Werkes Überlegungen zur Entstehung von Wirtschaftskrisen im Kapitalismus. Hier soll nun versucht werden, seine Kerngedanken zu dieser Frage darzustellen.

4.8.1 Profitrate und Krise

Für Marx ist, wie schon gesagt, die Profitrate die entscheidende Größe, von der die Akkumulation des Kapitals abhängt: *„Die Profitrate ist die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion, und es wird nur produziert, was und soweit es mit Profit produziert werden kann."* (Marx: Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 269). Dass es überhaupt zu Krisen kommt, liegt also daran, dass im Kapitalismus *„eine gewisse Höhe der Profitrate über Ausdehnung oder Beschränkung der Produktion entscheidet, statt des Verhältnisses der Produktion zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen, zu den Bedürfnissen gesellschaftlich entwickelter Menschen"* (ebenda). In einer zentral geplanten sozialistischen Wirtschaft wäre das also nicht der Fall, weil die Produktion sich dann nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen richtet und nicht davon abhängt, ob die Profitaussichten ausreichend sind oder nicht.

Das Steigen und Fallen der Profitrate ist also der Faktor, der wirtschaftliche Aufschwünge und Abschwünge verursacht. Ist die Profitrate hoch, stehen den Kapitalisten viele Möglichkeiten offen, wo sie ihre Profite gewinnbringend investieren

können – und diese Möglichkeiten lassen sie nie ungenutzt. Fällt die Profitrate jedoch, werden die Investitionsmöglichkeiten zwangsläufig eingeengt. Das heißt nicht, dass es keinen gesellschaftlichen Bedarf mehr gäbe, die Produktion weiter auszudehnen. Denn genügend Krankenhäuser, Wohnungen oder Schwimmbäder gibt es im Kapitalismus kaum jemals. Es heißt nur, dass es keine profitträchtigen Anlagemöglichkeiten für das Kapital mehr gibt. Zum Beispiel, weil es zwar zu wenig Wohnraum gibt, aber die vielen Wohnungssuchenden ein leeres Konto haben und sich die teuren Mieten nicht leisten können.

Wir haben bereits gesehen, dass die Profitrate langfristig in jedem Fall fällt. Wenn also die Profitrate im Durchschnitt einen immer niedrigeren Wert annimmt, bedeutet das, dass Aufschwünge tendenziell schwächer werden und die Krisen und Abschwünge tendenziell länger, häufiger und tiefer. Wir sehen also, dass sich aus der Entwicklungslogik des Kapitalismus zwangsläufig ergibt, dass die Krisen sich mit der Zeit verschlimmern. Aber warum kann es im Kapitalismus überhaupt zur Krise kommen?

4.8.2 Die Möglichkeit der Krisen

Dass Krisen überhaupt möglich sind, liegt bereits in der grundlegendsten Eigenschaft der kapitalistischen Produktionsweise begründet: Darin, dass im Kapitalismus tendenziell alles zur Ware wird, also für den Verkauf auf dem Markt produziert wird. Die Kapitalisten interessieren sich nur dafür, dass ihre Waren verkauft werden und der Warenwert ihnen damit als Einkommen in die Tasche fließt. Haben sie dagegen einen Haufen Waren produziert, der sich nicht verkaufen lässt, obwohl vielleicht ein großes gesellschaftliches Bedürfnis danach besteht, werden sie den Teufel tun, diese Waren kostenlos an die Bevölkerung zu verteilen. Denn dadurch würden sie die Warenpreise weiter senken und ihre zukünftigen Profite gefährden. Dass sie aber nun die Waren nicht verkaufen können, bedeutet, dass der Profit sinkt oder ganz wegfällt. Selbst wenn die Kapitalisten noch Geld auf der Hinterhand haben, werden sie es nicht mehr in die Ausdehnung ihrer Produktion investieren, denn das würde die Überproduktion natürlich nur verschlimmern. Wenn sie keine Reserve haben, kann es sein, dass sie sich nun verschulden müssen um ihre Ausgaben zu decken, oder ihre bereits bestehenden Schulden nicht zurückzahlen können.

Diese Art der Krise, die Überproduktionskrise, ist eine neue Erscheinung, die erst mit dem Kapitalismus aufkommt. Denn im Feudalismus oder früheren Gesellschaften entstanden Krisen immer aus Mangel, z.B. weil es eine Missernte gab oder einen Krieg. Die kapitalistischen Krisen sind dagegen Krisen des Überflusses: Es gibt zu viel produzierte Waren, aber nicht zu viel gemessen an den gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern gemessen an der zahlungskräftigen Nachfrage. Marx und Engels schreiben. *„In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre - die Epidemie der Überproduktion. (…) Die Industrie, der Handel scheinen ver-*

nichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt." (Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 468).

Die bürgerlichen Ökonomen in der Zeit von Marx waren wie die heutigen liberalen Ökonomen davon ausgegangen, dass Angebot und Nachfrage sich automatisch in einem Gleichgewicht einfinden und es daher gar nicht erst zu Krisen kommt – das sogenannte Saysche Gesetz. Dieses „Gesetz" wurde damit begründet, dass ja jeder Verkauf einer Ware gleichzeitig auch ein Kauf einer Ware sei, daher sei die Summe der gekauften Waren zwangsläufig gleich der Summe der verkauften Waren. Diese platte Feststellung ist natürlich richtig, aber sie bedeutet keineswegs, dass deswegen Nachfrage und Angebot im Einklang sind. Denn auch wenn jeder Kauf einen Verkauf voraussetzt, heißt das nicht, dass jeder, der etwas verkauft hat, unmittelbar auch etwas kaufen muss. Wenn ich ein Produkt meiner Arbeit verkaufe, bekomme ich dafür nicht direkt eine andere Ware (also das Produkt der Arbeit eines anderen), sondern in aller Regel eine Summe Geld. Was ich dann mit diesem Geld mache, kann mir im Kapitalismus niemand vorschreiben. Weil das Geld also zwischen den Verkauf und den erneuten Kauf tritt, fallen diese zeitlich nicht zusammen. Dadurch wird es möglich, dass eine Ware produziert wird, die dann niemand kauft (siehe: Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 127). Hinzu kommt aber, dass das „Saysche Gesetz" einfach davon ausgeht, dass immer genau die Waren produziert werden, die auch nachgefragt werden. Da es eine riesige Vielzahl von unterschiedlichen Waren gibt, die sich grundsätzlich auch in unterschiedliche Produktionsabteilungen (Produktion von Produktionsmitteln, von Konsumgütern usw.) unterteilen lassen, ist diese Annahme aber Unsinn. Selbst wenn es gesamtwirtschaftlich gesehen eine ausreichende Nachfrage gibt, hilft das nichts, wenn Gabelstapler im Überfluss produziert wurden, die sich der gewöhnliche Arbeiter wohl kaum kaufen wird, selbst wenn er das Geld dafür hat. Krisen entstehen also auch daraus, dass es im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung zu solchen Ungleichgewichten zwischen verschiedenen Sektoren der Ökonomie kommt. Das passiert aber unvermeidlich, weil die kapitalistische Produktion keiner zentralen Planungsstelle unterliegt, sondern sich als ungesteuertes und im Kern unsteuerbares blindes Gesetz durchsetzt.

4.8.3 Der kapitalistische Konjunkturzyklus

All das erklärt jedoch immer noch nicht, warum die Produktion sich überhaupt in regelmäßigen Abständen ausdehnt und wieder zusammenzieht, warum es also kein gleichmäßiges Wachstum gibt, sondern einen Konjunkturzyklus mit Aufschwung- und Abschwungphasen. Das ist, allgemein gesagt, der Fall, weil die Kapitalakkumulation ständig die Bedingungen, unter denen sie stattfindet, verändert – und zwar so verändert, dass jeder Aufschwung der Akkumulation die Bedingungen für den Abschwung schafft.

Sehen wir uns also den kapitalistischen Konjunkturzyklus an: Damit es einen

Aufschwung geben kann, muss eine ausreichende zahlungsfähige Nachfrage nach Waren vorhanden sein, außerdem ausreichend anlagesuchendes Kapital in den Händen der Kapitalisten und genügend arbeitssuchende Arbeiter, die Beschäftigung in der sich ausdehnenden Industrieproduktion finden können. Nun investieren die Kapitalisten in die Ausdehnung ihrer Produktion und ihres Verkaufs. Dafür leisten sie sich größere Anschaffungen zur Modernisierung der Produktion, also neue Maschinen mit der dazugehörigen Technologie. Sie stellen zudem auch neue Arbeiter ein, um diese Maschinen zu bedienen. Dadurch nimmt die Arbeitslosigkeit ab und die Arbeiter können in der Regel höhere Löhne durchsetzen, der Preis der Ware Arbeitskraft steigt also. Genauso steigen auch die Preise der Maschinen und anderen Produktionsmittel, denn die Kapitalisten kaufen diese jetzt im großen Umfang ein. Produzieren wird also teurer, was solange kein Problem ist, wie die gesellschaftliche Nachfrage nach den Waren weiter wächst.

Genau da liegt aber das Problem: Die Nachfrage wächst auf Dauer nicht gleichmäßig im Verhältnis zum Warenangebot. Zu Beginn des Zyklus werden größere Investitionen getätigt, wodurch die Nachfrage nach Produktionsmitteln einen Schub erhält. Diese Investitionen erhöhen dann die Produktivität, es werden also mit der vorhandenen Anzahl an Arbeitskräften mehr Waren ausgestoßen. Während sich also zunächst die Nachfrage schubweise erhöht und die Produktion sowohl von Konsumgütern als auch von Produktionsmitteln angeregt wird, nimmt dieser Effekt nach einiger Zeit ab. Das Warenangebot wurde in der Aufschwungphase aber ausgeweitet, sowohl in stofflicher Hinsicht (eine größere Masse an Gebrauchswerten) als auch wertmäßig (weil mehr Arbeitsstunden geleistet wurden, steigt die Summe der Warenwerte). Diese Warenmenge kann ab einem bestimmten Punkt nicht mehr im vollen Umfang verkauft werden. Der Absatz der Konsumgüterindustrien leidet darunter, dass trotz der Lohnsteigerungen während des Aufschwungs die Masse der Konsumenten weiterhin arm sind und die produzierten Waren nur in sehr begrenztem Maße kaufen können. Zur gleichen Zeit können aber aufgrund der zunehmenden Knappheit an Arbeitskräften die Löhne so gestiegen sein, dass in manchen Industrien die Profite der Kapitalisten stark sinken. Marx schreibt hier einerseits: *„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde"* (Marx: Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 501). Betont andrerseits aber auch, *„daß die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt"* (Marx: Das Kapital, Band II, MEW 24, S. 409). Diese beiden Faktoren stehen nur scheinbar im Widerspruch zueinander: Es ist durchaus möglich, dass das Angebot an Konsumgütern so stark ausgeweitet wurde, dass die Kaufkraft der Arbeiterklasse nicht mehr ausreicht, diese zu kaufen, und gleichzeitig gerade die Industrien mit hohem Einsatz von Arbeitskräften durch die Lohnerhöhungen gerade in dem Moment in Schwierigkeiten kommen, wo sich die Wirtschaft allgemein dem Punkt der Überproduktion nähert.

Die Produktionsmittelindustrien sind gleichzeitig darauf angewiesen, dass die

Kapitalisten weiterhin Maschinen usw. einkaufen, um ihre produktiven Investitionen zu tätigen. Dass geschieht jedoch eher zu Beginn des Aufschwungs und zu späteren Zeitpunkten immer weniger, weil die neu getätigten Investitionen sich nun erst einmal rentieren müssen. Auch die Profitaussichten werden allgemein eher schlechter und die Investitionen vorsichtiger. Schließlich bedeutet die Produktivitätssteigerung, die durch die neuen Investitionen erzielt wird, auch, dass der Anteil des konstanten Kapitals (also Maschinen, Rohstoffe usw.) im Verhältnis größer wird, dass also die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt. Wie oben gezeigt wurde, muss dadurch die Profitrate letzten Endes sinken.

Wir sehen also, dass der Konjunkturzyklus von den Investitionszyklen des Kapitals abhängig ist. Hierbei spielt besonders das fixe Kapital, das über längere Zeiträume angelegt wird und dann vorerst gebunden ist, eine entscheidende Rolle. Marx schreibt: *„In demselben Maße also, worin sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise der Wertumfang und die Lebensdauer des angewandten fixen Kapitals entwickelt, entwickelt sich das Leben der Industrie und des industriellen Kapitals in jeder besondren Anlage zu einem vieljährigen, sage im Durchschnitt zehnjährigen. (…) Durch*

Sind Überproduktion und Unterkonsumtion dasselbe?

Viele, die sich auf die marxistische Theorie berufen, sehen den entscheidenden Grund für die Entstehung von Krisen darin, dass die Arbeiterklasse im Kapitalismus zu niedrige Löhne gezahlt bekommt. Daher komme der Konjunkturzyklus daher regelmäßig an eine Punkt, wo die zahlungsfähige Nachfrage nach Konsumgütern zu gering sei, um die produzierten Waren noch kaufen zu können. Diesen Ansatz zur Erklärung der Krisen nennt man Unterkonsumtionstheorie. Einige, wenn auch nicht alle Vertreter dieser Theorie folgern daraus, dass die Arbeiterklasse für höhere Löhne kämpfen müsse, nicht nur um ihren eigenen Lebensstandard zu verbessern, sondern auch, um dadurch Krisen zu verhindern.

An der Unterkonsumtionstheorie gibt es aber auch Kritik. Die Kritiker argumentieren, dass es eine willkürliche Annahme sei, dass die Überproduktion zwangsläufig in der Konsumgüterabteilung stattfinden muss. Genauso könne es zu einer Überproduktion von Produktionsmitteln kommen. Da durch den technischen Fortschritt und den Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals der Anteil von Produktionsmitteln an der gesamten Produktion tendenziell ansteigt, werde die Überproduktion von Produktionsmitteln mit zunehmendem Entwicklungsstand des Kapitalismus als Krisenursache immer wichtiger. Die entscheidenden Krisenursachen werden von den Kritikern der Unterkonsumtionstheorie im tendenziellen Fall der Profitrate, im Anstieg der Löhne während des Konjunkturaufschwungs, in allgemeinen Ungleichgewichten zwischen den verschiedenen Sektoren der Ökonomie oder in einer Kombination der verschiedenen Faktoren gesehen.

diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht." (Das Kapital Band II, MEW 24, S. 185f). Die genaue Zahl von zehn Jahren spielt dabei, wie Marx sagt, keine Rolle, da sich die Dauer auch verändern kann. Wichtig ist, dass die Bewegung der Industrie einen regelmäßigen Zyklus durchläuft, in dem Aufschwung und Abschwung sich abwechseln.

4.8.4 Krise und Rezession

Die Krise äußert sich nun darin, dass Massen von Waren keinen Käufer mehr finden. Das heißt, dass die Kapitalisten, die diese Waren produziert haben, nun zunehmende Schwierigkeiten dabei bekommen, ihre Ausgaben auszugleichen. Gleichzeitig ist die Überproduktion nicht nur eine von Waren, sondern auch von Kapital, also Überakkumulation. Überakkumulation bedeutet, dass es anlagesuchendes Kapital gibt, das aufgrund der fehlenden Möglichkeiten zur profitablen Investition brachliegt, also keine produktive Verwendung findet.

Die Entwicklung des Kreditsystems hatte während des Aufschwungs die Akkumulation des Kapitals beschleunigt und erweitert, indem die Umschlagszeit des Kapitals verkürzt wurde. Nun wird der Kredit zu einem Hebel, der die Krise verschlimmert. Denn viele Kapitalisten, die Kredite aufgenommen haben, müssen diese nun zurückzahlen, ohne dass sie die Mittel dafür haben. Sie gehen also bankrott und müssen die Produktion einstellen. Dadurch weitet sich die Krise nun auch auf die Banken aus, in deren Bilanzen sich „faule" Kredite häufen, die nicht mehr bedient werden können. Andere Unternehmen überleben, fahren aber ihre Produktion angesichts des schon vorhandenen Überangebots an Waren zurück und entlassen einen Teil ihrer Arbeiter. Ein Teil der Arbeiterklasse wird also erwerbslos, geht in die industrielle Reservearmee über, während auch bei den anderen Arbeitern die Löhne sinken, da aufgrund der Massenarbeitslosigkeit auch die Konkurrenz unter den Arbeitern wächst.

Auch bei den Investitionen gibt es nun eine Flaute, da kein Kapitalist sein Geld anlegt, um die Produktion von unverkäuflichen Waren auszuweiten. Die gesamtgesellschaftliche Nachfrage fällt also, was die Krise zum Selbstläufer macht: Die Produktion wird noch weiter gesenkt und weitere Arbeiter entlassen. Die Auf- und Abschwünge der Kapitalakkumulation gehen also einher mit Auf- und Abschwüngen der Einstellung von Arbeitern. In der Rezession wächst die „industrielle Reservearmee" der Arbeitslosen, im Aufschwung schrumpft sie.

Die Krise führt auch im großen Stil zur Vernichtung von Werten. Die überproduzierten Waren werden im großen Umfang entweder direkt vernichtet oder verfallen, bevor sie konsumiert werden können. Ein anderer Teil wird zwar nicht physisch zerstört, verliert aber einen Großteil seines Wertes aufgrund des Überangebots.

Doch ebenso wie der Aufschwung nicht ewig währt, ist auch der Abschwung zeitlich begrenzt. Die Entlassung von Arbeitern, die Senkung ihrer Löhne, die Vernichtung von Kapital und dadurch die Verbilligung des Kaufs von neuen Produktionsmitteln machen ab einem gewissen Punkt die Produktion in manchen Teilen der Wirtschaft wieder profitabel. In diesen Zweigen werden nun auch wieder neue Investitionen getätigt, was wiederum neue Aufträge für die Produktionsmittelindustrien (z.B. Maschinenbau, Fahrzeuge, Bauindustrie usw.) bedeutet. Auch diese werden nun wieder investieren, um die wachsende Nachfrage bedienen zu können. Der ganze Zyklus von Aufschwung, Krise und Abschwung beginnt also von vorn.

4.8.5 Sind Krisen im Kapitalismus unvermeidlich?

Wäre es möglich, der Krise zu entgehen? Zum Beispiel, indem der Staat die Investitionen so steuert, dass sie sich gleichmäßig entwickeln? Oder indem die Kapitalisten einfach aufhören zu produzieren, sobald die gesamte Nachfrage gesättigt ist? Im Kapitalismus ist weder das eine noch das andere möglich. Der bürgerliche Staat kann zwar Anreize für oder gegen Investitionen setzen, z.B. durch Subventionen, die Zinspolitik der Zentralbank oder auch durch die Verstaatlichung mancher Unternehmen. Um den industriellen Zyklus als solchen aufzuheben, müsste aber jeder Aspekt des Wirtschaftslebens, also alle Investitionsentscheidungen, die Produktionsmengen aller Waren, die Einstellung und Entlassung von Arbeitern, die Höhe der Löhne usw. zentral geplant und vorgegeben werden. Die Kapitalisten hätten also überhaupt keine Verfügungsgewalt mehr über ihr Eigentum. Innerhalb des Kapitalismus ist ein solcher Schritt daher unmöglich und kein bürgerlicher Staat würde ihn zulassen, geschweige denn selbst durchsetzen.

Auch die Überproduktion ist unvermeidlich, selbst wenn die einzelnen Kapitalisten sich dieser Bedrohung bewusst sind. Denn die Konkurrenz macht es unmöglich, dass ein einzelner Kapitalist seine Produktion einfach einstellt. Gerade in der Krise verschärft sich diese Konkurrenz unter den Kapitalisten nämlich enorm. „*Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum (d.h. seine Menge) an demselben zu verringern und dem andern auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen, wieweit er überhaupt daran teilzunehmen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder.*“ (Marx: Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 263). Genau deswegen versucht jeder Kapitalist, seine eigenen Waren weiter zu verbilligen und so viele wie möglich davon zu verkaufen, damit nicht er, sondern die anderen Kapitalisten die Verluste tragen müssen.

Während die Konzentration des Kapitals (Akkumulation) in der Krise ins Stocken gerät, beschleunigt sich deshalb die Zentralisation des Kapitals. Bisher getrennte Kapitale müssen sich zusammenschließen, um dem Schwinden der Profitmasse

entgegenzuwirken. Das passiert, indem Unternehmen miteinander fusionieren oder von anderen Kapitalisten aufgekauft werden. Es passiert aber auch, indem die Krise viele Kapitalisten in den Bankrott treibt und deren Marktanteile und Produktionskapazitäten dann von anderen übernommen werden.

4.8.6 Der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise

Die Krise ist, das kann nur wiederholt werden, also keine Abweichung vom Pfad der kapitalistischen Produktion, sondern zwangsläufig ein Teil von ihr. Letzten Endes sind die Krisen Ausdruck des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise: Des **Widerspruchs zwischen zunehmend vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung**. Dieser Widerspruch bedeutet, dass auf der einen Seite die Produktion einen immer stärker gesellschaftlichen Charakter annimmt, während auf der anderen Seite diese Produktion trotz ihres gesellschaftlichen Charakters aber nicht gesamtgesellschaftlich geplant wird, sondern sich weiterhin in den Händen der Kapitalisten befindet, die alle für ihren privaten Profit produzieren. Der private Profit bleibt Sinn und Zweck der ganzen Produktionsweise, die Profitrate der entscheidende Motor. Und wenn dieser Motor stottert, leidet darunter die ganze Gesellschaft. Je stärker die Vergesellschaftung der Produktion wird und je höher die organische Zusammensetzung des Kapitals ist, desto tiefer werden tendenziell die Krisen, desto verheerender die Vernichtung von Kapital, Waren und Menschen.

Dieser Widerspruch äußert sich auch darin, dass unter Bedingungen des Privateigentums nur auf der Ebene der einzelnen Betriebe die Produktion zentral geplant wird, während gesamtgesellschaftlich Anarchie der Produktion herrscht, da alle Kapitalisten eben nur für sich planen. Dadurch kann nicht verhindert werden, dass es immer wieder und in periodischen Abständen zu Ungleichgewichten zwischen den verschiedenen Abteilungen der Produktion kommt.

Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ist also die besondere Form, in der im Kapitalismus die Entwicklung der Produktivkräfte in einen Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen tritt – die fortschreitende Entwicklung der Produktivkräfte macht längst eine andere, höhere Form gesellschaftlicher Beziehungen möglich und notwendig, nämlich den Sozialismus. Je länger er nicht verwirklicht wird, desto schärfer wird der Gegensatz zwischen den Produktivkräften und ihrer immer unpassender werdenden kapitalistischen „Hülle".

Die Krise zeigt regelmäßig den Bankrott des Kapitalismus an, indem sie die Absurdität der ganzen Produktionsweise vor Augen führt: *„Ist der politische und intellektuelle Bankrott der Bourgeoisie ihr selbst kaum noch ein Geheimnis, so wiederholt sich ihr ökonomischer Bankrott regelmäßig alle zehn Jahre. In jeder Krise erstickt die Gesellschaft unter der Wucht ihrer eignen, für sie unverwendbaren*

Produktivkräfte und Produkte und steht hülflos vor dem absurden Widerspruch, daß die Produzenten nichts zu konsumieren haben, weil es an Konsumenten fehlt." (Engels: Anti-Dühring, MEW 20, S. 263). Auf der einen Seite stehen Massen an Arbeitern, die durch die Krise in existenzielle Not und Elend gestürzt werden und denen selbst das Nötigste zum Überleben fehlt, auf der anderen Seite werden ebenso Massen an Konsumgütern vernichtet. Dass Überfluss und Elend im Kapitalismus nicht nur nebeneinander existieren, sondern sich geradezu gegenseitig bedingen, wird in der Krise so klar zum Ausdruck gebracht wie sonst nie.

Die Krisen haben umfassende Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Sie verschärfen, wie gezeigt wurde, die Gegensätze zwischen den Kapitalisten, deren Interessen nun im Kampf um die Aufteilung der Verluste direkt miteinander kollidieren. Aus demselben Grund verschärfen sich auch die Gegensätze zwischen den Staaten innerhalb des imperialistischen Weltsystems. Große Konflikte und auch Kriege zwischen den Imperialisten werden wahrscheinlicher. Der Klassenkampf nimmt tendenziell schärfere Formen an und allgemein kommt es zu einem Anstieg von Unzufriedenheit und spontanen Unruhen. Die herrschende Klasse kann in einer solchen Situation zu direkteren und gewaltsameren Formen der Klassenunterdrückung greifen, bis hin zum Übergang in eine offen faschistische Diktatur. Gleichzeitig führt die Krise aber auch dazu, dass die Massen das Vertrauen in die Herrschenden und den Kapitalismus verlieren und dadurch offener für die revolutionäre Lösung werden können. Doch erst wenn der Sozialismus erkämpft wurde, wird es eine ökonomische Entwicklung geben können, in der der wirtschaftliche Fortschritt denen dient, die ihn produzieren und nicht regelmäßig durch Krisen unterbrochen wird, in denen der Überfluss an Waren dazu führt, dass massenhaft Arbeiter ihren Arbeitsplatz und Lebensunterhalt verlieren.

Arbeitsfragen

- **Warum sind Krisen im Kapitalismus möglich?**
- **Warum kommt es nach Marx zu zyklischen Krisen? Wodurch sind die zeitlichen Abstände zwischen den Krisen nach Auffassung von Marx bestimmt?**

Diskussionsfragen:

- **Ist es möglich, innerhalb des Kapitalismus zu einer krisenfreien Entwicklung zu kommen? Und wäre das eine sinnvolle politische Forderung?**

4.9 Die Klassen im Kapitalismus

Wir haben nun gesehen, auf welchen ökonomischen Bewegungsgesetzen die Spaltung der kapitalistischen Gesellschaft in Klassen beruht. In früheren Klassengesellschaften herrschte eine strikte, durch Gesetze formalisierte Hierarchie. Z.B. war im Feudalismus der Aufstieg von einem Stand in einen anderen nur in Ausnahmefällen möglich, die Ehe zwischen Mitgliedern verschiedener Stände ebenfalls. Im Kapitalismus sind dagegen im Regelfall alle Menschen offiziell vor dem Gesetz gleichgestellt – obwohl es auch hier zahllose Ausnahmen gab und gibt, wie den offenen rassistischen Terror in faschistischen Staaten, die Apartheidssysteme in Südafrika, den USA oder dem heutigen Israel bis hin zu der Tatsache, dass in den kapitalistischen Ländern das Frauenwahlrecht erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts eingeführt wurde. Trotzdem sind diese vielfältigen Formen der Diskriminierung nicht der Hauptmechanismus, auf dem die kapitalistische Klassengesellschaft beruht.

4.9.1 Die Arbeiterklasse

Dieser Hauptmechanismus ist die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital. Obwohl rechtlich gleichgestellt, sind die Arbeiter gezwungen, ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen, der sie dafür einsetzt, einen Mehrwert zu produzieren, den er sich aneignet. Während die Kapitalisten also Reichtum anhäufen, ohne selbst zu arbeiten, sind die Arbeiter dazu verdammt zu arbeiten, ohne Reichtum anzuhäufen. Der Profit der Kapitalisten, nicht der Lohn der Arbeiter, ist der Maßstab des wirtschaftlichen Erfolges im Kapitalismus, weil die Entwicklung der gesamten Gesellschaft von der Akkumulation des Kapitals abhängt. Die Arbeiterklasse und die Kapitalistenklasse oder Bourgeoisie sind die zwei Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Klassen unterscheiden sich nicht einfach nur durch ihr Einkommensniveau, so wie man zwischen „Armen“ und „Reichen“ unterscheidet, sondern durch die Art ihres Einkommens und ihre Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit (als Planende oder Ausführende), die wiederum von ihrer Position im Produktionsprozess herrühren: Den Kapitalisten fließt der Profit zu, weil sie Eigentümer der Produktionsmittel sind (zum Verständnis der Klassen allgemein siehe Kapitel 3.5 zum Historischen Materialismus). Die Arbeiter bekommen den Lohn ausgezahlt, gerade weil sie kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzen und deshalb ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Die Interessen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie sind einander entgegengesetzt und können nicht miteinander versöhnt werden: Während die Kapitalisten nach einer möglichst hohen Profitrate streben und dafür die Löhne der Arbeiter grundsätzlich so niedrig wie möglich halten müssen, sind die Arbeiter auf einen möglichst hohen Lohn angewiesen, weil sie damit ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen.

Die Lohnhöhe richtet sich in Wirklichkeit keineswegs nach der „Leistung“, wie es bürgerliche Ideologen bis heute behaupten, sondern wird von der ökonomischen

Entwicklung und dem Klassenkampf bestimmt. Während in Phasen des Aufschwungs meistens die Löhne steigen, weil das Angebot an Arbeitskräften knapper wird und damit die Kampfkraft der organisierten Arbeiter steigt, verschärft sich umgekehrt in Phasen der Krise mit hoher Arbeitslosigkeit die Konkurrenz unter den Arbeitern und sie sind eher bereit, einen Arbeitsplatz für wenig Geld anzunehmen. Grundsätzlich gilt: Je besser organisiert die Arbeiterklasse ist, je entschlossener und konsequenter sie in ihren Organisationen (Gewerkschaften und kommunistischen Parteien) die Interessen der Klasse vertreten, desto besser werden ihre Arbeitsbedingungen und ihr Lohn sein.

4.9.2 Grundeigentümer und Kleinbürger

Die Existenz der Klassen wurde nicht erst von Marx entdeckt, sondern bereits von der klassischen Politischen Ökonomie, insbesondere Ricardo. Ebenso wie die klassischen Ökonomen ging Marx von einer dritten grundlegenden Klasse neben Arbeitern und Kapitalisten aus, nämlich den Grundeigentümern. Diesen fließt im Kapitalismus eine Grundrente zu, die sie allein dafür erhalten, dass sie Eigentümer des Bodens sind und diesen entweder selbst nutzen, um darauf einen kapitalistischen Betrieb zu führen, oder ihn vermieten oder verpachten, um darauf Pflanzen anzubauen, aus dem Boden Rohstoffe zu gewinnen oder Wohnhäuser zu bauen und zu vermieten. Die Grundeigentümer spielen aber zum Verständnis der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus eine untergeordnete Rolle. In der Regel sind sie heute zudem gleichzeitig Kapitalisten, spielen also als eigenständige Klasse keine Rolle. Marx untersucht im 3. Band von „Das Kapital“ die Gesetze, nach denen die Höhe der Grundrente bestimmt ist. Diese werden wir hier aber aus Platzgründen nicht darlegen.

Zwischen dem Kapital und der Arbeiterklasse steht das Kleinbürgertum. Im engeren Sinne gehören zum Kleinbürgertum kleine Eigentümer, die ein eigenes Geschäft auf Grundlage des Eigentums an Produktionsmitteln besitzen, aber keine oder nur sehr wenige Arbeiter ausbeuten. Selbst wenn sie wenige Arbeitskräfte einstellen, können sie nicht vom Profit ihres Unternehmens leben und müssen selbst darin arbeiten. Sie gehören also weder zur Kapitalistenklasse, noch zur Arbeiterklasse, sondern bilden eine eigene Gruppe. Das Kleinbürgertum in den Städten besteht z.B. aus kleinen Händlern, Handwerkern, Restaurantbesitzern oder niedergelassenen Ärzten mit eigener Praxis. Das ländliche Kleinbürgertum sind die Bauern, die einen eigenen kleinen Hof haben, auf dem sie selbst arbeiten. Mit der Entwicklung des Kapitalismus verschwindet das Kleinbürgertum zwar nicht, es wird aber immer kleiner und ökonomisch unwichtiger. Gehörte z.B. Anfang des 20. Jahrhunderts noch ein großer Teil der deutschen Gesellschaft zur Bauernschaft, ist dieser Anteil heute verschwindend gering. Auch kleine Gewerbetreibende in den Städten werden zunehmend von den großen Monopolen verdrängt, z.B. die kleinen Läden durch die großen Einzelhandelsketten und das Handwerk durch die Industrie, oder sie sind über Kredite von den Banken abhängig, denen damit die Produktionsmittel oft de facto gehören.

Aufgrund seiner Stellung zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist das Kleinbürgertum eine politisch schwankende Schicht. Es ist durch die kapitalistischen Unternehmen und besonders die Monopole ständig in seiner Existenz bedroht. Wenn der Kleinbürger mit seinem Betrieb scheitert und bankrott geht, rutscht er zwangsläufig in die Arbeiterklasse ab. Gleichzeitig ist er aber auch Eigentümer, kann die (in den allermeisten Fällen vergebliche) Hoffnung auf Aufstieg in die Bourgeoisie hegen und ist daher anfällig für die antikommunistische Propaganda der herrschenden Klasse, da er den Verlust seines Eigentums durch eine sozialistische Revolution fürchtet. Diese Zwischenposition macht das Kleinbürgertum zu einer gesellschaftlichen Gruppe, die sowohl von der Reaktion, als auch von der Arbeiterbewegung als Verbündeter gewonnen werden kann. Ein Beispiel für Ersteres ist der Faschismus, der sich historisch vor allem auf Kleinbürger stützte. Ein Beispiel für ein erfolgreiches Bündnis mit dem Proletariat ist die Oktoberrevolution in Russland, in der die Bauernschaft eine bedeutende revolutionäre Rolle spielte.

4.9.3 Schichten und Fraktionen der Bourgeoisie

Die Klassen sind außerdem nicht homogen. So haben die Kapitalisten zwar einerseits gemeinsame Interessen, an der möglichst effektiven Ausbeutung der Arbeiterklasse, der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems insgesamt usw. Andrerseits gibt es aber auch gegensätzliche Interessen verschiedener Gruppen des Kapitals, die sich z.B. aus der Stellung des Kapitals im Kapitalkreislauf ergeben: So wie das Kapital bei der Produktion des Mehrwerts zuerst in Geldform existiert ist, sich dann in produktives Kapital verwandelt und schließlich als Waren auf dem Markt seinen Wert realisiert, gibt es Teile des Kapitals, die sich auf jeweils einen dieser Abschnitte spezialisieren. Das fiktive Kapital ist das Geldkapital schlechthin, das sich nie in produktives Kapital verwandelt, sondern immer nur als Geld einen Zins abwirft. Das produktive Kapital umfasst Industriekapitalisten, aber auch andere Sparten der Mehrwertproduktion (z.B. die kapitalistisch organisierte Landwirtschaft, private Krankenhäuser usw.). Auf die Realisierung des Warenkapitals spezialisiert sind schließlich die Handelskapitalisten, die nicht selbst produzieren, sondern sich durch den Kauf und Verkauf von Waren einen Teil des Mehrwerts aneignen. Für jede dieser drei Gruppen ergeben sich bestimmte Interessen allein aus ihrer ökonomischen Funktion: z.B. haben Banken ein Interesse an hohen Zinsen, Industriekapitalisten dagegen ein Interesse an niedrigen Zinsen, damit sie billig Kredit aufnehmen können. Diese unterschiedlichen Gruppen des Kapitals, die bedingt durch ihre ökonomische Struktur und Funktion im kapitalistischen Gesamtsystem bestimmte gemeinsame Interessen haben und miteinander deshalb in Interessenskonflikte geraten, bezeichnet man auch als Kapitalfraktionen. Durch die Verschmelzung der verschiedenen Gruppen im Finanzkapital, die dazu führt, dass manche Kapitalisten alle drei Funktionen unter einem Dach vereinen, entsteht umgekehrt auch eine Tendenz zur Vereinheitlichung der Interessen der verschiedenen Fraktionen. Inwiefern man trotzdem von Kapitalfraktionen sprechen kann, wie schwerwiegend die Spaltungslinien zwischen ihnen sind und welche Auswirkungen sie auf die Politik

haben, ist eine zu erforschende und zu klärende Frage.

Eine weitere zentrale Spaltungslinie innerhalb des Kapitals verläuft im Monopolkapitalismus zwangsläufig zwischen dem monopolistischen Kapital, das erhöhte Monopolprofite realisiert, und dem nichtmonopolistischen Kapital, auf dessen Kosten diese Monopolprofite gehen.

Aber auch die Höhe der organischen Zusammensetzung des Kapitals, der Grad der Internationalisierung (z.B. Ausrichtung auf Exporte oder den Binnenmarkt) und weitere Faktoren können zu unterschiedlichen Interessen und Strategien von Kapitalfraktionen führen. Diese Widersprüche innerhalb des Kapitals führen dazu, dass es zwischen den verschiedenen Fraktionen Möglichkeiten zum Interessenausgleich geben muss. Diese Rolle spielen u.a. die bürgerlichen Parteien, die meistens die Interessen verschiedener Kapitalfraktionen ausdrücken. Die Interessensgegensätze zwischen dem Monopolkapital verschiedener Länder sind oft besonders scharf und führen zu politischen Konflikten zwischen den Staaten, die auch als Kriege ausgetragen werden.

4.9.4 Schichten der Arbeiterklasse

Auch die Arbeiterklasse umfasst unterschiedliche Schichten, je nachdem wo diese Gruppen von Menschen im Produktionsprozess stehen. Die privilegierten, besser bezahlten und abgesicherten Teile der Klasse, die Arbeiteraristokratie, ist tendenziell umso größer und ihr bescheidender Wohlstand umso größer, je weiter die kapitalistische Entwicklung eines Landes fortgeschritten ist und je höher das Land in der internationalen imperialistischen Hierarchie steht. Allerdings führt die kapitalistische Entwicklung mit ihren Krisen auch dazu, dass diese Arbeiteraristokratie ständig ausgehöhlt wird und potenziell ihre Fähigkeit verliert, Arbeiter weiter politisch an das System zu binden.

In den ärmeren Schichten der Arbeiterklasse ist die Loyalität gegenüber dem Staat und die Zustimmung zum Kapitalismus wesentlich geringer ausgeprägt. Das heißt nicht, dass diese Arbeiter automatisch zu Revolutionären werden, aber sie sind im Durchschnitt wesentlich skeptischer gegenüber der herrschenden Politik und haben weniger Hoffnungen in den Kapitalismus. Die ärmsten Schichten der Arbeiterklasse überschneiden sich zum Teil mit der industriellen Reservearmee, die der Kapitalismus ständig hervorbringt und mal in größerer Zahl (in Krisenzeiten), mal in geringerer Zahl (im Aufschwung) aus dem Arbeitsprozess herauskatapultiert. Bei einem Teil dieser am meisten unterdrückten und ärmsten Schichten der Klasse führt der Kapitalismus zu so starken Verelendungs- und Verrohungserscheinungen (Kriminalität, Drogen-, Alkohol- oder Spielsucht, Gewalttätigkeit usw.), dass sie kaum noch durch die Arbeiterbewegung organisiert werden können. Das niedrige Klassenbewusstsein und die moralische Verrohung dieser Teile der Klasse macht sie zu einem bevorzugten Ansatzpunkt für staatliche Unterdrückungsorgane, um mit ihrer Hilfe gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen, aber auch für Faschisten und andere Reaktionäre.

Arbeitsfragen

- **Worin besteht der Klassenwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital?**
- **Was ist das Kleinbürgertum?**
- **Warum haben verschiedene Teile der Bourgeoisie unterschiedliche oder gar gegensätzliche Interessen?**

Diskussionsfragen

- **Gehören höhere und leitende Angestellte oder Beamte zur Arbeiterklasse?**
- **Wie stark sollte man den Versuch gewichten, das Kleinbürgertum als Bündnispartner im Klassenkampf zu gewinnen? Gehen damit auch Gefahren einher?**

„Neue Marx-Lektüre" und „monetäre Werttheorie"

Die „Neue Marx-Lektüre" hat ihre Wurzeln teilweise schon in den 60ern (z.B. Helmut Reichelt), spielt aber seit den 90ern eine verstärkte Rolle, vor allem in der akademischen Befassung mit Marx. Michael Heinrich mit seiner „monetären Werttheorie" kann heute aufgrund seiner viel als „Standardwerk" gelesenen „Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung" (Heinrich 2007) als bekanntester Vertreter gelten. Heinrich verwirft die Auffassung von Marx und Engels, wonach „Das Kapital" sowohl eine historische als auch eine logische Entwicklung darstellt. Für ihn wie für andere Vertreter der „Neuen Marx-Lektüre" (aber auch z.B. den Gegenstandpunkt) ist die Marxsche Analyse eine reine Begriffsentwicklung logischer Kategorien ohne Bezug auf die historische Entwicklung. Damit einher geht, dass der Kapitalismus nicht als sich historisch entwickelnde Gesellschaftsformation aufgefasst wird, sondern die Kapitalismusanalyse lediglich den „idealen Durchschnitt" der Produktionsweise zu beschreiben hat. Im Unterschied zu Marx, der mit diesem Ausdruck lediglich meinte, dass in der Analyse der Produktionsweise von Besonderheiten abgesehen werden muss, meint Heinrich damit, dass historische Entwicklungstendenzen und Stadien der Entwicklung des Kapitalismus komplett abzulehnen sind.

Auf dieser Grundlage verwirft Heinrich sowohl das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate als auch die Imperialismustheorie Lenins. Eine historische Tendenz zum Fall der Profitrate lasse sich nicht begründen. Daraus

folge, dass sich auch eine Zuspitzung der kapitalistischen Klassengegensätze nicht nachweisen ließe. Krisen führten nicht zu einer Verschärfung der Widersprüche, sondern dienen nur der gewaltsamen Beseitigung von Ungleichgewichten. Lenins Analyse des Monopolkapitalismus wird verworfen, weil darin angeblich nur der Wille der Monopolherren zähle und nicht mehr das Wertgesetz. In Wirklichkeit verwirft die marxistische Imperialismustheorie jedoch keineswegs das Wirken des Wertgesetzes, sondern analysiert, wie sich aus diesem heraus Monopole bilden, die seine Wirkung verändern.

Heinrich lehnt nicht nur den Entwicklungsgedanken der Kritik der Politischen Ökonomie ab, sondern die dialektische Methode grundsätzlich. Diese sei „eine Art Wunderwaffe, mit der man Alles und Jedes erklären konnte“ (Heinrich 2007, S. 35). Das ist natürlich nicht richtig, denn die Dialektik als wissenschaftliche Methode lässt sich nicht willkürlich anwenden, sondern spiegelt lediglich den realen dialektischen Entwicklungsgang der Realität wider.

Die „monetäre Werttheorie“ Heinrichs verwirft die Marxsche Auffassung, dass der Wert der Waren, also die unter kapitalistischen Bedingungen darin vergegenständlichte Arbeit die Tauschwerte und Preise bestimmt. Stattdessen werde der Wert überhaupt erst beim Verkauf der Waren gebildet, könne sich also nur im Geld darstellen. Heinrichs Theorie ist damit allerdings überhaupt keine Arbeitswerttheorie mehr. Denn Marx ging es darum, durch den Wert als gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit die Austauschverhältnisse, also die Höhe der Preise zu erklären. Wenn, wie Heinrich behauptet, der Wert einfach dasselbe wäre wie der auf dem Markt realisierte Marktpreis, könnte man durch die Arbeitszeit auch nichts erklären. Damit wäre der Wert dann einfach das, was sich auf dem Markt durch Angebot und Nachfrage herausbildet. Heinrich und die „monetären Werttheoretiker“ verteidigen damit trotz pseudomarxistischer Phrasen letztendlich genau denselben Standpunkt wie die liberale Wirtschaftstheorie nach David Ricardo, die Angebot und Nachfrage für eine ausreichende Erklärung der Preise hält und die Arbeitswerttheorie ablehnt.

5 Der bürgerlich-kapitalistische Staat

Der bürgerliche Staat spielt in der Politik und im Klassenkampf eine zentrale Rolle. Wir begegnen ihm als Urheber der Gesetze, die unser Leben betreffen; in Form des Schulsystems, das uns und unsere Kinder ausbildet und dabei versucht, ihnen die Ideologie der Herrschenden in den Kopf zu pflanzen; als Arbeitsamt, mit dem man gezwungenermaßen zu tun hat, wenn man auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt keine Anstellung findet; in Form des Militärs, das die Söhne (und zunehmend auch Töchter) der Arbeiterklasse zum Töten und Sterben in andere Länder schickt; oder als Polizei, die Demonstrationen zusammenknüppelt. Wer den Kapitalismus überwinden will, muss sich grundsätzlich mit der Frage des Staates beschäftigen. Welchen Charakter hat der existierende Staat und was folgt daraus für die revolutionäre Strategie und Taktik?

Zunächst einmal, was ist ein Staat im Allgemeinen und wie sind Staaten entstanden? Staaten existieren nicht schon immer. Im Gegenteil, die längste Zeit hat der Mensch in kleinen, verstreuten Gemeinschaften gelebt, die sich nicht als Staaten organisierten. Mit der Herausbildung der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, also in Ausbeuter und Ausgebeutete, bildeten sich aber auch Mechanismen zur Aufrechterhaltung des Verhältnisses zwischen den Klassen heraus. Insbesondere stellte sich dabei die Frage der Gewalt, denn ein Ausbeutungsverhältnis ist ein gewaltsames Verhältnis – es beruht darauf, dass einige Menschen den Großteil des gesellschaftlichen Wohlstands bei sich konzentrieren, während die Mehrheit ihn produziert, aber keinen Zugriff darauf hat. Dieser Ausschluss der Mehrheit von den Früchten ihrer Arbeit, die Verdammung dieser Mehrheit zu Armut und Not lässt sich ohne Gewalt nicht aufrechterhalten. *„Eine solche Gesellschaft konnte nur bestehn entweder im fortwährenden offnen Kampf dieser Klassen gegeneinander oder aber unter der Herrschaft einer dritten Macht, die, scheinbar (!) über*

den widerstreitenden Klassen stehend, ihren offnen Konflikt niederdrückte und den Klassenkampf höchstens auf ökonomischem Gebiet, in sogenannter gesetzlicher Form, sich ausfechten ließ", schreibt Engels zur historischen Entstehung des Staates (Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, S. 164). Damit war die Notwendigkeit einer Einrichtung gegeben, „*die nicht nur die aufkommende Spaltung der Gesellschaft in Klassen verewigte, sondern auch das Recht der besitzenden Klasse auf Ausbeutung der nichtbesitzenden und die Herrschaft jener über diese. Und diese Einrichtung kam. Der* ***Staat*** *wurde erfunden*" (ebenda, S. 105f). Engels schreibt hier erst einmal nur über den Staat in den Klassengesellschaften, in denen es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, und nicht über den sozialistischen Staat. Wichtig ist an dieser Stelle auch die Anmerkung, dass laut Engels der Staat nur scheinbar über den Klassen steht: Die herrschende Ausbeuterklasse ist immer bemüht, die Illusion aufrechtzuerhalten, dass der Staat ein neutraler Mechanismus sei, der nur für das Allgemeinwohl sorgt. Sie versucht zu verschleiern, dass der Staat selbst einen Klassencharakter hat, dass er die Herrschaft einer bestimmten Klasse durchsetzt.

Das gilt natürlich auch für den bürgerlich-kapitalistischen Staat. So wie die europäischen Staaten im Zeitalter des Feudalismus Staaten des Feudaladels waren, ist der bürgerliche Staat ein Staat des Kapitals. Während es in vergangenen Jahrhunderten auch Staaten gab, in denen sich mehrere Klassen die Herrschaft teilten, hat sich mit der Entwicklung des Kapitalismus die Bourgeoisie zunehmend als allein herrschende Klasse durchgesetzt und andere Ausbeuterklassen wie die Großgrundbesitzer in sich aufgenommen oder an den Rand gedrängt.

5.1 Der Klassencharakter des bürgerlichen Staates

Dieser Klassencharakter des bürgerlichen Staates besteht erstens darin, dass der Staat in einer Klassengesellschaft eine „*Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse*" ist (ebenda, S. 170f). Der Staat hat eine Vielzahl von Mechanismen entwickelt, um die Arbeiterklasse davon abzuhalten, dass sie sich ihrer Lage bewusst wird, sich organisiert und selbst die Macht übernimmt. Dazu gehören sowohl die Repressionsapparate wie Polizei, Geheimdienste und Armee, als auch Mittel der Manipulation und Beeinflussung des Bewusstseins wie Schulen, Medien usw. Doch dazu später mehr.

Zweitens ist der bürgerliche Staat dadurch als Staat des Kapitals bestimmt, dass er als der „*ideelle Gesamtkapitalist*" (Engels: Anti-Dühring, MEW 20, S. 260) über den konkurrierenden Interessen der einzelnen Kapitalisten steht und das Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse in seinem nationalen Herrschaftsgebiet vertritt. Die Kapitalisten vertreten, wie schon gezeigt wurde, unterschiedliche, teils gegensätzliche Interessen, anhand derer man sie in verschiedene Fraktionen unterteilen kann. Der kapitalistische Staat kann nun aber nicht nur die Interessen einer einzigen Fraktion oder eines einzelnen Kapitalisten vertreten. Würde er das tun, könnte er nicht mehr seine Funktion erfüllen, die Reproduktion des Kapitals

insgesamt abzusichern. Denn dann wäre seine ganze Tätigkeit, von der Gesetzgebung, über den Aufbau von Infrastruktur und die Außenhandelspolitik bis hin zur Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung nur noch den Interessen eines bestimmten Teils des Kapitals unterworfen, während die Erfordernisse aller anderen Gruppen des Kapitals außer Acht gelassen würden. Das ist aber nicht möglich. Denn der bürgerliche Staat ist in seiner ganzen Existenz auf den Erfolg der Kapitalakkumulation angewiesen. Denn um die *„öffentliche Macht aufrechtzuerhalten, sind Beiträge der Staatsbürger nötig - die **Steuern**. (...) Mit der fortschreitenden Zivilisation reichen auch sie nicht mehr; der Staat zieht Wechsel auf die Zukunft, macht Anleihen, **Staatsschulden**"* (Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, S. 166). Beides, die Steuereinnahmen und damit letzten Endes auch die Kreditwürdigkeit des Staates hängen von der Kapitalakkumulation ab. Daher gehört es zum Wesen des bürgerlichen Staates, dass er die Akkumulation seines nationalen Kapitals mit allen Mitteln unterstützt: Er erlässt notwendige Gesetze, Regeln und Normen, die den Rahmen des kapitalistischen Geschäfts definieren. Er schützt das Privateigentum durch Gesetze und Polizei. Er stellt Infrastruktur für die kapitalistischen Unternehmen bereit, wie z.B. Straßen, Schienen, Elektrizität, Wasser usw. Er übernimmt selbst langfristige Großinvestitionen oder fördert diese, wo einzelne Kapitalisten nicht das notwendige Kapital aufbringen können oder wollen. Er organisiert die Ausbildung in Schulen und Hochschulen, und er bringt dabei gut ausgebildete, ebenso wie unausgebildete Arbeitskräfte hervor, die für das Kapital beide notwendig sind. Er garantiert in Krisensituationen die Zahlungsfähigkeit von Banken und Unternehmen, notfalls indem er die Verluste privater Kapitalisten übernimmt und auf die Arbeiterklasse abwälzt. Der produzierte gesellschaftliche Reichtum wird über den Staatshaushalt umverteilt, indem alle Klassen in unterschiedlicher Weise besteuert werden und auf ebenfalls sehr unterschiedliche Weise von den Staatsausgaben profitieren. So wird der Arbeiterklasse ein Teil ihres Lohnes durch Steuern weggenommen, um damit Ausgaben im Interesse der herrschenden Klasse zu finanzieren. Umgekehrt werden Ausgaben für soziale Absicherung oder Gesundheit der Arbeiter aber in der Regel nicht aus den Einkommen der Kapitalisten, sondern aus denen der Arbeiterklasse selbst finanziert, sodass der sogenannte „Sozialstaat" im Kapitalismus im Wesentlichen eine Umverteilung von Einkommen innerhalb der Arbeiterklasse darstellt.

Der Staat bekämpft auch klassenkämpferische Kräfte in der Arbeiterbewegung und versucht, die Arbeiterbewegung als solche entweder zu zerschlagen oder als harmlose Stütze in das kapitalistische System zu integrieren, sodass die Produktionsabläufe nicht durch Streiks unterbrochen werden. All dies tut er, um in der Konkurrenz gegen das Kapital anderer Länder den eigenen Kapitalisten möglichst gute Bedingungen zu schaffen.

Drittens ist der bürgerliche Staat auch der Ort, an dem die Bourgeoisie sich politisch organisiert. Durch die Konkurrenz und die Interessengegensätze zwischen den verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie sind die Kapitalisten kein einheitlicher Block mit einer einheitlichen Politik. Um ihre Herrschaft trotzdem auf-

recht zu erhalten und abzusichern, dass der bürgerliche Staat in ihrem Interesse handelt, müssen sie sich politisch als Klasse organisieren. Im Grunde so ähnlich wie die Arbeiterklasse sich organisieren muss, um ihre Interessen gemeinsam durchzusetzen. Der Unterschied besteht allerdings darin, dass den Kapitalisten dabei der Staat mit all seinen Apparaten zur Verfügung steht. Die Bourgeoisie organisiert sich in Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, in Lobbyorganisationen, in politischen Parteien, in „wirtschaftsnahen" Instituten und Think Tanks, aber auch in den unmittelbaren Staatsapparaten: Im Parlament, der Regierung, den Ministerien und ihren „Berater"-Gruppen, der Zentralbank usw.

Diese Apparate haben für die Bourgeoisie unterschiedliche wesentliche Funktionen: Sie fungieren als Plattformen für die einzelnen Fraktionen des Kapitals, um ihrer jeweiligen Sichtweise Ausdruck zu verleihen und zur Durchsetzung zu verhelfen; Sie dienen der Bourgeoisie dazu, trotz ihrer inneren Differenzen eine Strategie herauszubilden, die der Staat durchsetzen kann; Sie dienen dazu, die Interessen der Bourgeoisie in möglichst unmittelbarer Form als „Allgemeinwohl" zu propagieren; Und sie ermöglichen es den verschiedenen Kapitalfraktionen und einzelnen Kapitalen, zu versuchen, ihre Sonderinteressen bevorzugt durchzusetzen. Denn auch wenn es zum Wesen des kapitalistischen Staates gehört, dass er sich an den Interessen des Gesamtkapitals orientiert, bestehen für die einzelnen Kapitalisten gleichzeitig unzählige Möglichkeiten, ihre speziellen Interessen auch gegen andere Kapitalisten durchzusetzen. Dies geschieht über die legale Beeinflussung einzelner Politiker, das Entsenden von Vertretern in „Expertenausschüsse" der Parlamente, aber auch durch Bestechung und ähnliche Vorgänge. Die Bourgeoisie ist über vielfältige Formen, über persönliche und institutionelle Verbindungen, mit dem Staatsapparat verknüpft, in ihn eingebunden und es besteht eine wechselseitige Abhängigkeit. Durch diese Verbindungen wird das Staatspersonal ausgewählt und die Interessen des Kapitals werden in ein politisches Programm und schließlich in konkrete politische Maßnahmen übersetzt.

Der bürgerliche Staat ist also alles andere als eine neutrale Agentur, die nur das System reguliert und erhält, sondern er ist das Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. Seine Apparate dienen den Kapitalisten zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen ausländische Konkurrenten sowie gegen die Kräfte der Arbeiterklasse. Sie werden von den Vertretern der Bourgeoisie mit diesem Zweck angewandt und diesem Zweck angepasst. Dass der Staat ein Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse ist, darf aber nicht falsch interpretiert werden: Oft wurde das so verstanden, dass der Staat an sich ein neutrales Werkzeug wäre, das nur von den Kapitalisten übernommen wurde. Das würde bedeuten, dass auch die Arbeiterklasse oder andere Kräfte den Staat übernehmen könnten. Eine Revolution und Zerschlagung des bürgerlichen Staates wären dann nicht mehr notwendig, stattdessen könnte die Arbeiterklasse innerhalb der staatlichen Institutionen Veränderungen erkämpfen, in ihnen Machtpositionen und Schlüsselstellen erringen und so letztendlich schrittweise den Sozialismus einführen.

Das ist aber natürlich nicht möglich. Denn der bürgerliche Staat und all seine Apparate haben einen Klassencharakter, sie tragen gewissermaßen die „DNA der Bourgeoisie" in sich. Sie wurden von der Bourgeoisie geschaffen (so sind die bürgerlichen Staaten auch historisch entstanden), um ihre Herrschaft durchzusetzen. Die Gesetze und das Rechtssystem sind nicht neutral, sondern in jeder Hinsicht darauf ausgelegt, das kapitalistische Privateigentum und das Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft zu garantieren. Das Parlament fungiert keineswegs als Organ des „Volkswillens" und kann es auch nicht. Seine ganze Arbeitsweise beruht auf der Einbeziehung von Kapitalvertretern in die Gesetzgebung und die Parteien selbst dienen nicht den Volksmassen als Selbstorganisierung, sondern als Mechanismen zur Rekrutierung von neuem Personal für die Verwaltung des kapitalistischen Staates. Die Geheimdienste, die Gerichte, die Polizei dienen immer auch der Bekämpfung der politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Eine Vielzahl von Instrumenten verhindern damit, dass die Arbeiterklasse und ihre Partei auf legalem, verfassungsmäßigem Weg die Regierung übernehmen können.

Der bürgerliche Staat kann seinen Charakter als Staat der Bourgeoisie, als Staat einer Minderheit nicht offen eingestehen, da sich dann die große Mehrheit der Menschen von ihm abwenden würden. Der Kapitalismus kann nur weiter bestehen, wenn die Mehrheit der Menschen seine Funktionsweise und den Charakter des Staates nicht verstehen. Bei einem sozialistischen Staat aber ist es genau umgekehrt: Er stützt sich auf die breite Beteiligung der Massen und propagiert offen seinen Charakter als Staat der Arbeiterklasse. Lenin schreibt, *„daß der bürgerliche Staat, der die Diktatur der Bourgeoisie vermittels der demokratischen Republik ausübt, vor dem Volke nicht zugeben kann, daß er der Bourgeoisie dient, er kann die Wahrheit nicht sagen, er ist zu heucheln gezwungen. Ein Staat vom Typus der Kommune aber, der Sowjetstaat, sagt dem Volke offen und unumwunden die* ***Wahrheit*** *und erklärt ihm, daß er die Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft ist"* (Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28, S. 303).

Es ist darum kein Zufall, dass die Frage des Klassencharakters des bürgerlichen Staates in der Arbeiterbewegung oft umstritten war und dazu auch immer wieder verschiedene falsche Auffassungen entstanden. Lenin führte darüber eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky. Dieser verwendete vor allem die Begriffe „Demokratie" und „Diktatur" klassenneutral, so als wäre die bürgerliche Demokratie nicht auch eine Diktatur der Bourgeoisie. Lenin hielt dem entgegen, dass wenn von Demokratie die Rede sei, ein Marxist immer fragen würde „Für welche Klasse?" (ebenda, S. 233). Denn so wie die bürgerliche Demokratie eine Diktatur über die Werktätigen ist, ist die proletarische Demokratie eine Diktatur über die Bourgeoisie. Kautsky zog aus seiner Analyse des Staates auch die Schlussfolgerung, dass eine Revolution, eine Zerschlagung des Staates und der Aufbau eines Staates der Arbeiterklasse überflüssig seien. Diese historische Auseinandersetzung ist bis heute aktuell – denn sie zeigt, wie sehr die Strategie der Arbeiterbewegung von einer korrekten Analyse des Staates abhängig ist.

5.2 Die bürgerliche Demokratie

Die bürgerliche Demokratie betont das Prinzip der „Gewaltenteilung". Sie behauptet, dass dadurch die gegenseitige Kontrolle von gesetzgebender, rechtsprechender und ausführender Gewalt garantiert sei und Machtmissbrauch verhindert würde. In Wirklichkeit kann es eine strenge Gewaltenteilung auch im Kapitalismus gar nicht geben. Denn der Staat ist trotz seiner vielen inneren Widersprüche ein einheitlicher Staat und er ist der Staat der Bourgeoisie. Seine verschiedenen Abteilungen sind nicht unabhängig voneinander, sondern Teil desselben zusammenhängenden Mechanismus. Die verschiedenen Apparate werden durch ihre gemeinsame Wesenseigenschaft vereint, dass sie alle die politische Herrschaft der Bourgeoisie zum Ausdruck bringen und durchsetzen. Alle Gewalten dienen also dem Kapital und in der Praxis wird auch die formelle Trennung zwischen ihnen oft genug überschritten oder ganz aufgehoben (im Übergang zur offenen Diktatur), wenn der Klassenkampf es für die herrschende Klasse erforderlich macht. Eine wirkliche Demokratie, also Beteiligung der Massen an der Herrschaft, wird durch die „Gewaltenteilung" nicht gewährleistet. Das, was im Kapitalismus als Gewaltenteilung bezeichnet wird, ist dennoch nicht irrelevant. Denn tatsächlich gibt es in gewisser Weise eine gegenseitige Kontrolle der Staatsapparate in dem Sinne, dass streng darauf geachtet wird, dass der Rahmen des kapitalistischen Systems nicht verlassen wird. Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, dass die Kommunistische Partei durch Wahlen eine Mehrheit im Parlament gewinnen könnte, gäbe es also immer noch die Gerichte, die fortschrittliche Reformen als „verfassungswidrig" erklären könnten und die Armee und andere Unterdrückungsapparate, die kurzerhand das Parlament auflösen und eine Regierung der Arbeiterklasse beseitigen könnten. Damit dient die „Gewaltenteilung" einerseits der ideologischen Verschleierung der Diktatur des Kapitals, andrerseits aber auch der besseren Verteidigung dieser Diktatur, der Stärkung ihrer Abwehrkräfte gegen die Arbeiterklasse.

Die bürgerliche Demokratie beruht auf dem Prinzip des Parteienpluralismus, also auf der Existenz mehrerer Parteien, die miteinander konkurrieren und sich bei der Verwaltung der Regierungsgeschäfte abwechseln. Im Kapitalismus ist dieses Prinzip nützlich für die Bourgeoisie. Zum einen, weil es die Illusion verstärkt, dass das Volk bei den Wahlen wirklich etwas zu entscheiden hätte, dass es zwischen verschiedenen Alternativen wählen könnte. Zum anderen aber auch, weil durch die verschiedenen Parteien mit ihren verschiedenen Programmen auch verschiedene politische Strategien für das Kapital entwickelt werden, die je nach Situation nützlich sind und flexibel angewandt, kombiniert und gegeneinander ausgetauscht werden können. Oft, aber nicht immer, drücken sich darin auch die Interessen unterschiedlicher Gruppen der herrschenden Klasse aus, die damit einen geregelten institutionellen Mechanismus haben, um ihre Widersprüche untereinander auszutragen. Daher haben sich solche bürgerlichen Mehrparteiensystemen in der einen oder anderen Form in den meisten kapitalistischen Ländern durchgesetzt.

Die grundlegenden Merkmale des bürgerlichen Staates, die seinen Klassencharakter ausmachen, gelten ohne Einschränkung auch in der bürgerlichen „Demokratie". Auch wenn „Demokratie" eigentlich Volksherrschaft bedeutet, ist der bürgerlich-demokratische Staat alles andere als eine Herrschaft der Volksmassen. Im Gegenteil ist er eine Variante der Herrschaft einer kleinen Minderheit, nämlich der Bourgeoisie. Lenin schrieb über die bürgerliche Demokratie in Deutschland: *„Die jetzige ‚Versammlungs- und Pressefreiheit' in der ‚demokratischen' (bürgerlich-demokratischen) deutschen Republik ist Lug und Trug, denn **in Wirklichkeit** bedeutet sie die **Freiheit für die Reichen**, die Presse zu kaufen und zu korrumpieren, die **Freiheit für die Reichen,** das Volk mit dem Fusel der bürgerlichen Zeitungslügen betrunken zu machen, die **Freiheit, für die Reichen**, die Herrensitze, die besten Gebäude usw. als ihr ‚Eigentum' fest in der Hand zu halten."* (Lenin: Über Demokratie und Diktatur, LW 28, S. 377). Denn: *„Sieht man sich den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer an, so findet man überall, sowohl in den ‚geringfügigen', angeblich geringfügigen, Einzelheiten des Wahlrechts (…) als auch in der Technik der Vertretungskörperschaften, in den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechts (…) oder in der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse und so weiter und so fort - überall, wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen des Demokratismus. Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Ausschließungen und Behinderungen für die Armen erscheinen gering, besonders demjenigen, der selbst nie Not gekannt hat und mit dem Leben der unterdrückten Klassen in ihrer Masse nicht in Berührung gekommen ist (…) - aber zusammengenommen bewirken diese Beschränkungen, daß die arme Bevölkerung von der Politik, von der aktiven Teilnahme an der Demokratie ausgeschlossen, verdrängt wird."* (Lenin: Staat und Revolution, LW 25, S. 474).

Das bedeutet: Auch wenn es formell demokratische Institutionen gibt (Wahlen finden statt, offiziell besteht Meinungs- und Versammlungsfreiheit usw.), stellen diese die Herrschaft des Kapitals nicht infrage. Zudem ist es auch eine gefährliche Illusion, dass die bürgerliche Demokratie keine Gewaltherrschaft wäre. Denn was für jeden Staat gilt, dass er eine Gewaltapparat von Menschen zur Herrschaft über andere Menschen ist, gilt natürlich auch für die bürgerliche Demokratie. Auch hier gehen Polizei und Geheimdienste gegen Gegner des Systems vor, auch hier sind Zensur und Parteiverbote immer eine Möglichkeit. In Westdeutschland zeigte sich das z.B. im Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahr 1956, bei dem Regierung und Gericht in vielfacher Weise die eigenen Gesetze brachen und auch die „Gewaltenteilung" problemlos aushebelten, um die KPD zu verbieten und viele Kommunisten ein weiteres Mal (nach den bitteren Erfahrungen des Faschismus) ins Gefängnis zu werfen.

Bedeutet das also, dass es zwischen der bürgerlichen Demokratie und Formen der offenen Diktatur der Bourgeoisie keinen Unterschied gibt? Nein. Auch Lenin betonte: *„ihr müßt die bürgerliche Demokratie ausnutzen, denn sie ist gemessen am Feudalismus ein gewaltiger historischer Fortschritt, vergeßt aber dabei keinen Augenblick lang den bürgerlichen Charakter dieser ‚Demokratie', (…) daß der Staat auch in der demokratischsten Republik, nicht minder als in der Monarchie, nichts*

als eine Maschine ist zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere" (Lenin: Über Demokratie und Diktatur, LW 28, S. 376f). Es macht eben einen Unterschied, ob die Arbeiterklasse sich bis zu einem gewissen Maß in Parteien und unabhängigen Gewerkschaften organisieren darf und legale Zeitungen herausgeben kann, oder ob jede Arbeiterorganisation sofort verboten und zerschlagen wird. Es macht einen Unterschied, ob Kommunisten für ihre Ansichten in der Regel „nur" ihre Arbeitsstelle verlieren können, oder ob sie in Konzentrationslager geworfen und auf offener Straße ermordet werden, wie es unter dem Faschismus geschehen ist. Die bürgerlich-demokratischen Rechte sind zwar in vieler Hinsicht begrenzt und können von der herrschenden Klasse auch ganz aufgehoben werden. Trotzdem sind sie Errungenschaften, für die die Arbeiterklasse hart gekämpft hat und die sie auch gegen alle Angriffe verteidigen muss. Das bedeutet umgekehrt aber keineswegs, dass die Arbeiterklasse die bürgerliche Demokratie selbst, also den kapitalistischen Staat verteidigen sollte. Dieser Fehler wurde von Kommunisten in der Vergangenheit oft gemacht. Die Aufgabe der Arbeiterklasse bleibt aber weiterhin der Kampf gegen diesen Staat und der Sturz der kapitalistischen Herrschaft.

5.3 Der Faschismus

Der Faschismus ist eine andere Variante der Herrschaft des Kapitals. Im Unterschied zur bürgerlichen Demokratie bedient er sich permanent offen terroristischer Methoden, um die Arbeiterbewegung zu vernichten. Bürgerliche Ideologen versuchen, den Charakter des Faschismus als einer kapitalistischen Herrschaftsform, die auch relativ fließend in die bürgerliche Demokratie übergehen und wieder aus ihr hervorgehen kann, zu verschleiern. Sie stellen z.B. Theorien auf, wonach der historische Faschismus (z.B. die Nazis in Deutschland, die Faschisten in Italien usw.) eine Bewegung der Massen oder sogar der Arbeiterklasse war. Dabei nutzen sie aus, dass die Faschisten aus Gründen der Massenmanipulation sich selbst oft einen arbeiterfreundlichen Anstrich gaben (z.B. die Namensgebung der NSDAP als „nationalsozialistisch" und „Arbeiterpartei"). Mit der Wirklichkeit hat das jedoch rein gar nichts zu tun. Es ist eine Tatsache, dass die Nazipartei massiv vom Kapital unterstützt wurde und dass die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hauptsächlich deshalb erfolgte, weil führende Kreise aus Industrie und Banken den Reichspräsidenten Hindenburg dazu drängten. Auch Mussolini in Italien wurde von einem Bündnis aus Großgrundbesitzern, Kapitalisten und Kirche an die Macht gebracht. Ähnlich spielte sich die Machtübertragung an den Faschismus auch in anderen Ländern ab. Insgesamt kann man sagen, dass die Macht immer dann an faschistische Kräfte übergeben wurde, wenn die herrschende Klasse die Methoden und Wege der bürgerlichen Demokratie nicht mehr als ausreichend zur Verwirklichung ihrer Ziele einschätzte. So gab es im deutschen Monopolkapital immer stärkere Kräfte, die sich für ein noch brutaleres Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung, für ein Aufrüstungsprogramm und imperialistische Eroberungskriege aussprachen. All das konnte nur Hitler mit seiner faschistischen Bewegung für sie erreichen.

Wenn wir die bürgerliche Demokratie und offene Diktaturen wie den Faschismus miteinander vergleichen, stellen wir also fest, dass sie sich vor allem anhand ihrer Herrschaftsmethoden unterscheiden. Eine offen terroristische Diktatur des Kapitals stützt sich in hohem Maße auf die blutige Unterdrückung ihrer Gegner, also der revolutionären Arbeiterbewegung, aber auch anderer Gegner (z.B. bürgerliche Liberale und Sozialdemokraten, ethnische oder religiöse Minderheiten usw.). Damit spielen die Repressionsapparate wie Armee, Geheimdienste, politische Polizei, Gefängnisse und Konzentrationslager usw. eine größere Rolle. In bürgerlich-demokratischen Staaten wird die Arbeiterklasse eher durch Zugeständnisse oder Scheinzugeständnisse und ideologische Beeinflussung dazu gebracht, der kapitalistischen Herrschaft zuzustimmen oder sie zumindest hinzunehmen. Nach Lenin *„bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Aufrechterhaltung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen. (…) Die zweite Methode ist die Methode des „Liberalismus", der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw."* (Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, LW 16, S. 356). Dennoch gibt es in den „demokratischen" Staaten genauso auch direkte Unterdrückung, ebenso wie es in offenen Diktaturen auch nicht-gewaltsame Methoden der Herrschaft gibt, z.B. die staatliche Propaganda, das Erziehungswesen usw. Der Übergang zwischen den verschiedenen Herrschaftsformen hängt, wie Lenin betont, aber nicht einfach nur vom Willen der Herrschenden ab, sondern wird auch von der Entwicklung des Kapitalismus und seinen Widersprüchen beeinflusst. Meistens waren es z.B. tiefe Krisen des kapitalistischen Systems, in denen die Bourgeoisie sich dazu entschloss, zum Faschismus überzugehen.

5.4 Der Staat im imperialistischen Zeitalter

Der Staat ist Teil des Überbaus einer Gesellschaft. Seine Entwicklung ist damit immer von den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der vorherrschenden Produktionsweise bestimmt. Ändert sich die Produktionsweise, muss über kurz oder lang auch der Staat seine Form ändern und an die neuen gesellschaftlichen Bedingungen anpassen – wenn nicht sogar die Veränderung der Staatsform die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Umwälzung ist, wie es bei der sozialistischen Revolution der Fall ist. Auch innerhalb einer Produktionsweise verändert sich der Staat mit der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen. Im Kapitalismus ist das besonders bedeutsam für den Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus.

Im Monopolkapitalismus wird der Staat zum imperialistischen Staat. Er behält dabei alle oben aufgezählten Merkmale. Er ist also weiterhin der Staat der Bourgeoisie. Und dennoch kommt es zu grundsätzlichen Veränderungen. Denn die Monopole entwickeln ein enges Verhältnis zum imperialistischen Staat. Dieses enge Verhältnis wird im Monopolkapitalismus unverzichtbar, um die Verwertung des Kapitals weiterhin zu garantieren. Der Produktionsprozess im modernen Kapitalismus erfordert, wie bereits gezeigt wurde, immer gigantischere Mengen an konstantem und vor allem fixem Kapital (also vor allem Maschinen und Technologie). Viele Produktionszweige sind nur im großen Maßstab, mit Zehntausenden Arbeitern profitabel organisierbar. Dieser riesige Maßstab der Produktion erfordert die Regulierung und oftmals direkten Intervention durch den Staat, der durch verschiedenste Maßnahmen wie staatliche Investitionen, Subventionen, Technologiepolitik, Exportförderung usw. die Akkumulation seiner Monopole fördert. Auch die zunehmenden Krisen und dadurch geschürten sozialen Widersprüche im Monopolkapitalismus machen ein enges Verhältnis von Staat und Monopolen erforderlich. Auch wenn der Staat weiterhin ideeller Gesamtkapitalist ist, also die Verwertung des Gesamtkapitals durchsetzt, spielen die Monopole dabei eine besondere Rolle. Sie sind viel stärker als das nicht-monopolistische Kapital mit den entscheidenden Staatsapparaten vernetzt und versuchen, ihre Sichtweise über verschiedenen Kanäle (Massenmedien, Stiftungen usw.) in der Gesellschaft zu propagieren. Gerade in Krisen zeigt sich zudem, dass das Schicksal der Großbanken und Industriemonopole für die Kapitalakkumulation in einem Land von herausgehobener Bedeutung ist und daher der Staat in der Regel große finanzielle Mittel mobilisieren wird, um gerade diese Monopole vor dem Bankrott zu bewahren. Auch in der Außenpolitik verändert sich die Rolle des Staates: Weil sich beim Monopolkapital der Drang zur internationalen Expansion und zum Kapitalexport verstärkt, gewinnt auch die Rolle des imperialistischen Staates als internationale Interessenvertretung seines Monopolkapitals an Bedeutung. Auch wenn diese Methoden keineswegs neu sind, geht der imperialistische Staat verstärkt mit Methoden der Erpressung, Sanktionen und Embargos, Interventionen und Kriegen vor, um überall möglichst günstige Bedingungen für sein eigenes Kapital durchzusetzen.

Arbeitsfragen

- **Warum gibt es in allen Klassengesellschaften Staaten?**
- **Was bedeutet die Aussage, dass der bürgerliche Staat „ideeller Gesamtkapitalist“ sei?**
- **Worin bestehen die Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus?**

Diskussionsfragen

- **Nach Auffassung des Marxismus ist der bürgerliche Staat ein Instrument des Kapitals. Ist das vielleicht eine übertriebene Ansicht?**

Stimmt es, dass auch die bürgerliche Demokratie ein Staat des Kapitals und eine gewaltsame Herrschaft ist?

- **Sollten Kommunisten angesichts der Gefahr des Faschismus die bürgerliche Demokratie verteidigen?**
- **Ist der imperialistische Staat wirklich noch „ideeller Gesamtkapitalist" oder wird er zum reinen Instrument des Monopolkapitals?**

6 Revolutionäre Strategie und sozialistische Revolution

Die Welt verändern kann man nur, wenn man sie versteht. Wer die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft nicht versteht, der weiß nicht, was überhaupt der Inhalt der gesellschaftlichen Veränderungen sein muss; der weiß auch nicht, welche Klasse überhaupt in der Lage ist, den Kapitalismus zu stürzen und wie die Kommunisten sich organisieren müssen, um auf die Revolution hinzuarbeiten. Die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit sie zur realen Möglichkeit wird, das ergibt sich erst aus der wissenschaftlichen Analyse – nicht allein der Analyse am Schreibtisch, sondern auch der ständigen Verallgemeinerung der Erfahrungen der Arbeiterbewegung.

Theorie und Praxis können deshalb auch keine getrennten Bereiche sein, sondern sie müssen in einem engen Zusammenhang stehen, sich gegenseitig das Material liefern, sich die Richtung weisen, sich befruchten. Die theoretischen Erkenntnisse ergeben sich erst aus dem praktischen Verhältnis des Menschen zur Welt. So wie es der Arbeitsprozess gewesen ist, der ein praktisches Interesse der Menschen an den Fragen der Naturwissenschaft angetrieben hat, so waren es die Erfahrungen des Klassenkampfes, die Marx, Engels und Lenin auf die grundlegende Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise und die Notwendigkeit ihrer Überwindung gestoßen haben. Erst dadurch wurden die grundlegenden Bewegungsgesetze erkennbar. Den bürgerlichen Ökonomen Smith und Ricardo oder anderen Theoretikern, die den Kapitalismus analysiert haben, war dieser Weg gerade dadurch verbaut, dass

sie von vornherein annahmen, dass der Kapitalismus eine „natürliche", ewig gültige Ordnung darstellt.

Der Sozialismus und Kommunismus als Perspektive ergeben sich aus der Analyse nicht einfach nur als einzig sinnvolle Alternative zum Kapitalismus. Es ist vielmehr die Entwicklung des Kapitalismus selbst, die immer deutlicher auf den Sozialismus als nächsten historischen Schritt verweist. Das erreichte Maß an Vergesellschaftung der Produktion, die immer weitere Zentralisierung der Kontrolle über das Kapital, die Entwicklung von Produktivkräften, die unter Bedingungen des Privateigentums an Produktionsmitteln gar nicht mehr rational anwendbar sind und deswegen des ständigen Staatseingriffs bedürfen, ebenso wie von Produktivkräften (wie der heutigen Informations- und Kommunikationstechnologien), die eine zentrale Planung der gesamten Produktion immens erleichtern und nahelegen – all das stößt uns darauf, dass die heutigen Produktivkräfte schon längst nicht mehr zu den Produktionsverhältnissen passen, dass der Sozialismus eine reale Möglichkeit ist und die einzige Möglichkeit, die gesellschaftliche Entwicklung im Einklang mit den Bedürfnissen der Menschen zu organisieren.

6.1 Reform und Revolution

Seit den Anfängen der Arbeiterbewegung werden Auseinandersetzungen über ihre politische Perspektive geführt. Diese Auseinandersetzungen dauern bis heute an. Die zentrale Frage, um die es dabei immer ging, ist die Frage des Verhältnisses der Bewegung zur Staatsmacht. Ist es möglich, dass eine Regierung im Interesse der Arbeiterklasse den Kapitalismus durch Reformen so weit umformt, dass er seine hässlichen Seiten verliert? Kann der Kapitalismus durch Reformen sogar ganz überwunden werden? Oder sind die zahlreichen grauenerregenden Erscheinungen dieses Systems vielmehr Ausdruck grundlegender Widersprüche, die sich nur durch eine Revolution, eine Zerschlagung des bürgerlichen Staates und den Aufbau einer neuen Herrschaft der Arbeiterklasse lösen lassen?

6.1.1 Reformisten und Revolutionäre

Diejenigen, die eine solche Revolution nicht für notwendig halten, da sie entweder auch unter kapitalistischen Bedingungen eine humane Gesellschaft für möglich halten oder glauben, dass der Sozialismus auch auf dem Weg schrittweiser Reformen erreicht werden kann, bezeichnet man als Reformisten. Auf der anderen Seite stehen die Revolutionäre, die den bürgerlichen Staat stürzen und durch einen proletarischen ersetzen wollen.

Marxisten vertreten grundsätzlich eine revolutionäre Position und bekämpfen den Reformismus als schädliche Illusion. Das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft besteht in der Aneignung des Mehrwerts und Akkumulation des Kapitals. Kapitalismus bedeutet also im Kern, dass Arbeiter ausgebeutet werden, sodass sich die kleine Minderheit der Kapitalisten bereichern kann. Die Produktion des

gesellschaftlichen Reichtums folgt dem Ziel, investiertes Geld zu mehr Geld zu machen, damit dieses wieder investiert werden kann, um wiederum zu mehr Geld zu werden. Da die Bedürfnisse der Menschen dabei keine Rolle spielen, kann die kapitalistische Produktion sich nur entwickeln, *„indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."* (Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 530), also Mensch und Natur zerstört. Weil eben der Kapitalismus ganz grundsätzlich dem Ziel eines guten Lebens, in dem die Bedürfnisse Sinn und Zweck der Produktion sind, entgegensteht, lässt er sich auch nicht durch Reformen in eine menschenwürdige Gesellschaft verwandeln. Jede Reform, die die Lage der Arbeiterklasse ein wenig verbessert, muss gegen den Widerstand des Kapitals erkämpft werden. Wenn eine Reform die Profite des Kapitals einschränkt, wie es höhere Löhne, besser ausgebaute Sozialsysteme, ein kostenloses öffentliches Gesundheitssystem und Gesetze gegen die Luftverschmutzung oder gegen gesundheitsschädliche Produktionsbedingungen tun, wird das Kapital bei der erstbesten Gelegenheit versuchen, diese Errungenschaften wieder zurückzudrängen. Mehr noch: Lohnerhöhungen oder höhere Steuern können ab einem gewissen Punkt die Profitrate des Kapitals so weit nach unten drücken, dass die Kapitalisten nicht mehr investieren und damit die Entstehung der Krise, die sowieso unvermeidlich ist, noch beschleunigt wird. In der Krise werden dann aber viele Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren, was die Organisationsmacht der Arbeiterklasse schwächt und es dem Kapital ermöglicht, Errungenschaften der Arbeiter wieder zurückzudrängen. Das zeigt: Reformen, die das Leben der Arbeiter verbessern, sind im Kapitalismus zwar möglich, aber sie haben keinen dauerhaften Charakter und können die grundlegenden Probleme nicht lösen.

Auch die Vorstellung mancher eher „linker" Reformisten, dass der Kapitalismus zwar abgeschafft werden sollte, aber dass dieses Ziel auch schrittweise durch Reformen erreicht werden kann, ist ein sehr gefährlicher Irrtum. Der bürgerliche Staat ist die institutionalisierte, durch Gewalt abgesicherte Form der Herrschaft des Kapitals. Es ist deshalb nicht möglich, dass dieser Staat, oder auch nur Teile davon, durch die Arbeiterklasse übernommen werden. Eine Kommunistische Partei, die das versucht, die also in eine Regierung im Rahmen des bürgerlichen Staates eintritt, wird faktisch nur den Kapitalismus mitverwalten. Sie muss „die Wirtschaft", also die Akkumulation des Kapitals, am Laufen halten und kann dafür nur sehr begrenzt Zugeständnisse an die Arbeiterklasse durchsetzen. Sie wird außerdem, sobald sie wirklich die Interessen des Kapitals angreift, den erbitterten Widerstand der herrschenden Klasse hervorrufen. Denn die Regierung zu führen, ist keineswegs dasselbe wie die Macht in den Händen zu halten. Auch wenn eine kommunistische Partei das Land regiert, wird unter kapitalistischen Bedingungen die wahre Macht immer noch in den Händen der Bourgeoisie liegen und sie wird auch im Staatsapparat immer noch starke Positionen haben (z.B. in der Armee, Polizei, den Geheimdiensten, den bürgerlichen Parteien, den Medien, den Gerichten usw.), die es unmöglich machen, dass die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes auf legalem Weg das Kapital entmachten und zurückdrängen.

Denn die Gesetze, auch in den bürgerlichen „Demokratien", sind Gesetze für das Kapital und dienen keineswegs der Abschaffung des Kapitalismus.

6.1.2 Die schädlichen Folgen des Reformismus

Indem eine reformistische Bewegung den Kampf für die sozialistische Revolution verwirft, verwirft sie faktisch auch den Kampf um den Sozialismus. Sie wird zu einer Kraft, die sich auf das Mitregieren im Kapitalismus einstellt und diesen nur noch verbessern will, statt ihn abzuschaffen. Eine Kraft, die den Kapitalismus verwalten will, muss sich jedoch in ihrer Politik an den Erfordernissen der Kapitalakkumulation orientieren, sie kann auf Dauer keine Politik gegen das Kapital machen. Das schließt auch ein, kapitalfreundliche Gesetze auf Kosten der Arbeiterklasse zu verabschieden, die Arbeiter in Kriege gegen andere Völker zu führen und die revolutionäre Arbeiterbewegung mit aller Gewalt zu unterdrücken. Es ist die innere Logik des Reformismus, dass er sich von einer vermeintlich „linken", „fortschrittlichen" Position zu einer systemstützenden und schließlich offen reaktionären Position entwickelt. Die Geschichte der SPD, die zuerst eine revolutionäre Arbeiterpartei war, dann in der Frage von Reform und Revolution immer unklarer wurde, 1914 dem Gemetzel des imperialistischen Ersten Weltkriegs zustimmte und zum Massaker an den Arbeitern anderer Länder aufrief, um 1918/19 zur Schlächterin der revolutionären Arbeiter in Deutschland zu werden, ist eine einzige Illustration dieser logischen Entwicklung.

Der Reformismus in seinen verschiedenen Formen beruht auf Illusionen. Er nährt unter den Arbeitern und kleinbürgerlichen Schichten die falsche Vorstellung, dass über Wahlen, über Gesetzesänderungen, über einen rein gewerkschaftlichen Kampf oder Demonstrationen und Proteste alleine, aber jedenfalls ohne die revolutionäre Machtübernahme der Arbeiterklasse und der Volksmassen eine Lösung der Probleme möglich ist. Die Menschen, die dem ideologischen Einfluss des Reformismus unterliegen, werden immer wieder in politische Sackgassen geführt, in denen ihre Hoffnungen und Träume jedes Mal enttäuscht werden. Die Folge des Reformismus ist damit letztlich immer, dass Arbeiter sich vom Weg der Organisierung, des Klassenkampfes, des Glaubens an die Möglichkeit einer besseren Welt abwenden. Entweder werden sie mit begrenzten Zugeständnissen für den Kapitalismus gewonnen und in das System eingebunden. Oder sie erkennen, dass der Reformismus sie betrogen hat, woraufhin sie sich aber in der Regel nicht revolutionären Organisationen zuwenden, sondern verzweifelt resignieren, die unzumutbaren Zustände hinnehmen oder sich reaktionären, arbeiterfeindlichen Kräften zuwenden, die sie mit anderen Scheinlösungen locken, die aber letzten Endes immer auf Kosten der Arbeiter gehen. Weil der Reformismus diesen Effekt hat, die Arbeiterklasse zu desorganisieren, zu demoralisieren und vom Weg für ihre Befreiung abzuhalten, sind die Kommunisten unversöhnliche Feinde des Reformismus. Die Parteien und Organisationen, die die reformistischen Ideen verbreiten, müssen in der Arbeiterklasse isoliert werden, ihr wahrer Charakter und ihre schädliche Rolle müssen gegenüber den Arbeitern aufgedeckt werden.

Deshalb ist es in aller Regel falsch, wenn diese Kräfte als „Bündnispartner" der Kommunisten akzeptiert werden. Die irreführenden Appelle zur „Einheit der Linken", die oft auch von ehrlichen Menschen zu hören sind, die sich für die Sache der Arbeiterklasse einsetzen wollen, entstehen auf Grundlage der falschen Vorstellung, dass Revolutionäre und Reformisten irgendwie auf derselben Seite stehen würden und man doch zumindest einen Teil des Weges gemeinsam zurücklegen könnte. Wir unterscheiden dabei jedoch zwischen den Anhängern und Mitgliedern der reformistischen Parteien, die natürlich nicht unsere Feinde sind, sondern mit denen wir im Gegenteil gemeinsam kämpfen wollen, und den Führungen dieser Parteien. Die Führungen der reformistischen Parteien vertreten nicht die Interessen der Arbeiterklasse, sondern versuchen, ihren Kampf und Protest in für das System harmlose Bahnen zu lenken. Sie tragen dazu bei, dass verschiedene Schichten der Klasse gegeneinander ausgespielt werden und stehen damit der Einheit der Arbeiterklasse entgegen. Der Kampf um die Aktionseinheit auch mit sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitern ist also gleichzeitig immer ein Kampf darum, diese Arbeiter von ihren Führungen zu lösen und die reformistischen Führer als Gegner im Klassenkampf zu entlarven.

6.1.3 Kommunisten und der Kampf um Reformen

Heißt das nun, dass Kommunisten den Kampf um Reformen ablehnen würden? Dass sie sich grundsätzlich nicht an Parlamentswahlen beteiligen und auch nicht im Betrieb und der Gewerkschaft für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen? Nein, ganz im Gegenteil. Der Kampf um Reformen ist für Kommunisten notwendig, weil die Arbeiterklasse und andere unterdrückte Teile des Volkes (z.B. Kleinbauern, kleine Selbstständige) erst durch den Kampf zusammengeschlossen werden, erst dadurch die notwendigen Kampferfahrungen sammeln, die Solidarität der ganzen Klasse erfahren und beginnen, sich als Klasse, als kollektive, gemeinsame Kraft zu erfahren, die die Welt auch wirklich verändern kann.

Die Kommunisten lehnen den Kampf um Reformen deshalb nicht nur nicht ab, sondern sie sind es, die am konsequentesten für jede noch so kleine Verbesserung im Sinne der Arbeiterklasse und breiten Volksmassen kämpfen. In jedem Lohnkampf, jedem Kampf um eine längere Pause bei der Arbeit oder Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter, bei jeder Forderung nach besserem Mutterschutz, ausreichender Finanzierung der Krankenhäuser und Schulen oder mehr Mitbestimmung müssen die Kommunisten sich an die Spitze stellen und konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Dabei gehen sie immer von den Interessen der Klasse als Ganzer aus, sie lehnen also Forderungen ab, die Spaltung in der Arbeiterklasse hervorrufen und nur bestimmte Teile auf Kosten der anderen begünstigen. Sie lehnen zugleich auch Forderungen ab, die bei den Arbeitern zu Illusionen führen. Beispielsweise dürfen Forderungen, die innerhalb des Kapitalismus nicht umsetzbar sind und den Sozialismus erfordern, nicht so gestellt werden, dass die Arbeiter daraus falsche politische Schlussfolgerun-

gen ziehen. Denn in diesem Fall führt der Reformkampf nicht zu einer positiven Entwicklung des Bewusstseins, sondern er blockiert gerade die Entstehung des revolutionären Klassenbewusstseins.

Warum suchen wir also im Kampf um Reformen nicht das Bündnis mit reformistischen Kräften, die einige unserer Forderungen auch aufstellen? Das Problem dabei ist, dass die Reformisten damit ein ganz anderes Ziel verfolgen. Wenn sie überhaupt einen Kampf führen, anstatt wie so oft die Erfüllung ihrer Forderungen einfach dem Parlament oder den Verhandlungen der Gewerkschaftsführungen mit dem Kapital zu überlassen, ist ihr Kampf von vornherein reformistisch begrenzt. Das Entscheidende des Kampfes ist nicht der Kampf selbst, sondern wie sehr er dazu beiträgt, dass die Arbeiterklasse sich dadurch organisiert und zusammenschließt und dabei ein Bewusstsein über ihre eigene Lage und die Notwendigkeit des Kampfes für die Revolution erlangt. Gerade diese Entwicklung sabotieren und behindern die Reformisten aber wo sie nur können. Sie wollen keine unabhängige Arbeiterbewegung, die in ihrem eigenen Interesse handelt, sondern eine Arbeiterbewegung, die dem Staat und den reformistischen Parteien untergeordnet ist, die sich mit Kompromisslösungen zufriedengibt und Illusionen folgt. Und während sie an einem Punkt Forderungen aufstellen, die zur Verbesserung der Lage der Arbeiter führen würden, stimmen sie an vielen anderen Punkten politischen Entscheidungen zu, die der Arbeiterklasse schaden. Es bleibt deshalb dabei, dass die Kommunisten die reformistischen Kräfte bekämpfen und entlarven müssen.

Eine ganz andere Frage ist jedoch, wie Kommunisten mit den Volksmassen umgehen, die den reformistischen Illusionen folgen und die sozialdemokratischen Parteien unterstützen. Diese Menschen sind natürlich keine Gegner, sondern ganz im Gegenteil die Ansprechpartner der kommunistischen Politik. Die Kommunisten streben die Einheit der Arbeiterklasse an. Dies bedeutet kein prinzipienloses Zusammengehen aller Parteien und Organisationen, in denen Arbeiter organisiert sind. Es bedeutet aber, dass im Kampf für ein besseres Leben möglichst alle Teile der Klasse, unabhängig von ihren politischen Neigungen und Zugehörigkeiten, Seite an Seite stehen müssen. Deshalb unterstützen wir einheitliche Gewerkschaften und Massenorganisationen, die nicht zur Spaltung der Arbeiterklasse, sondern zu ihrer Vereinigung über politische Grenzen, über Unterschiede bei Geschlecht und Herkunft, aber auch über Branchen und Betriebe hinweg beitragen.

Arbeitsfragen

- **Warum lässt sich der Kapitalismus nicht durch Reformen in eine menschenfreundliche Gesellschaft umwandeln?**
- **Was ist das Verhältnis von Kommunisten zu Kämpfen für Reformen?**

Diskussionsfragen

- **Sollten Kommunisten nicht zumindest im Kampf gegen existenzielle Bedrohungen wie den Faschismus oder imperialistische Kriege mit den reformistischen Kräften zusammenarbeiten?**

6.2 Strategie und Taktik

Die Begriffe Strategie und Taktik spielen im Marxismus-Leninismus eine wichtige Rolle, kommen aber ursprünglich aus der Militärtheorie. Militärisch gesehen bezeichnet die Strategie den längerfristigen und grundsätzlichen Rahmen, den man einschlägt, um ein eher entferntes Ziel zu erreichen, also z.B. einen Krieg zu gewinnen oder einen rivalisierenden Staat zu schwächen und international zu isolieren. Die Taktik bezeichnet dagegen einzelne militärische Operationen innerhalb dieses Rahmens. Der Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Kapital lässt sich durchaus mit einem Krieg vergleichen. Auch wenn er die meiste Zeit nicht durch Waffengewalt ausgetragen wird, hat er doch permanent einen gewaltsamen Charakter. Denn auch wenn die Arbeiterklasse keinen organisierten Widerstand leistet, geschweige denn einen zielgerichteten Kampf um die politische Macht führt, wird der Klassenkampf von der herrschenden Klasse trotzdem geführt. Jede Arbeiterfamilie, die gezwungen ist, in einer winzigen Wohnung zu leben, die sich selbst das Busticket nicht leisten kann und von jährlichem Urlaub nicht mal zu träumen wagt, erfährt die Gewalt der herrschenden Klasse am eigenen Leib. Jeder Arbeiter, der seinen Job verliert, weil er einen Betriebsrat gegründet oder einen Streik organisiert hat, jeder Kommunist, der für seine Überzeugungen ein Berufsverbot erhält, ist Opfer des Krieges der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Letzten Endes hat die Bourgeoisie in der Geschichte vor keinem Massaker, keinem Verbrechen, keinem Völkermord zurückgeschreckt, um den Kampf der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Um dem etwas entgegensetzen zu können, muss die Arbeiterklasse sich organisieren und, eben wie in einem Krieg, eine bewusste Strategie und Taktik verfolgen. Nur dann ist es überhaupt möglich, diesen Kampf zu gewinnen.

Was bedeuten nun Strategie und Taktik bezogen auf den revolutionären Kampf?

Die Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei sind zusammengenommen der Handlungsplan für die Machteroberung durch die Arbeiterklasse. In den früheren marxistischen Schriften werden Strategie und Taktik noch nicht scharf unterschieden. So benutzte Lenin den Begriff der Taktik auch im Sinne der allgemeinen längerfristigen Linie der Partei (z.B. in „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, LW 9, S. 1-130). Bei Stalin findet sich das erste Mal eine klare Unterscheidung zwischen beiden Begriffen.

6.2.1 Was bedeuten die Begriffe Strategie und Taktik?

Stalin schreibt dazu: „*Die Strategie ist die Festlegung der Richtung des Hauptschlags des Proletariats auf der Grundlage der gegebenen Etappe der Revolution, die Ausarbeitung eines entsprechenden Planes für die Aufstellung der revolutionären Kräfte (der Haupt- und Nebenreserven), der Kampf für die Durchführung dieses Planes während des ganzen Verlaufs der gegebenen Etappe der Revolution.*“ (Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus, SW 6, S. 134). Die Strategie legt also die allgemeine Richtung des Kampfes fest und betrifft die Bündnispolitik („Haupt- und Nebenreserven“ der Revolution). Wenn Stalin schreibt, dass die Strategie sich immer auf eine bestimmte Etappe der Revolution bezieht, so ist das im historischen Zusammenhang zu verstehen – in Russland führten die Bolschewiki von 1903 bis zum Februar 1917 zunächst einen Kampf um den Sturz des Zarismus und die Beseitigung der Überreste des Feudalismus, wobei die Arbeiterklasse auch hier schon die Hauptkraft der Revolution darstellte und mit der Bauernschaft verbündet war. Nach der bürgerlichen Februarrevolution 1917 war das Hauptziel des Kampfes dann der Sturz des Kapitalismus in Russland und das Ausscheiden aus dem imperialistischen Krieg. Die Hauptkraft war hier weiterhin die Arbeiterklasse, ihre engsten Verbündeten aber nicht mehr die Bauernschaft insgesamt, sondern nur noch die Masse der mittleren und armen Bauern, die ein Interesse an der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft hatten.

Neben der Frage von Reform und Revolution ist also die zentrale Frage der Strategie die Einschätzung des Charakters der Revolution. Soll die Arbeiterklasse unmittelbar für den Sozialismus, also für einen Staat der Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kämpfen? Oder muss sie zuerst im Bündnis mit der Bourgeoisie oder Teilen davon für eine bürgerliche Umwälzung kämpfen und kapitalistische Verhältnisse durchsetzen, damit erst im Anschluss der Weg zum Sozialismus eingeschlagen werden kann?

Heutzutage hat sich der Monopolkapitalismus weltweit durchgesetzt. In den meisten Ländern hat die Bourgeoisie eindeutig die politische Macht inne, selbst wenn es, vor allem auf dem Land, noch Überreste vorkapitalistischer Gesellschaftsstrukturen gibt (z.B. das Kastensystem in Indien). Daher stellt sich in der Regel nicht mehr die Frage nach mehreren Etappen der Revolution, sondern die sozialistische Revolution steht als nächstes Ziel auf der Tagesordnung.

„Die Taktik ist die Festlegung der Linie des Handelns des Proletariats für die verhältnismäßig kurze Periode der Flut oder Ebbe der Bewegung, des Aufstiegs oder Abstiegs der Revolution, sie ist der Kampf für die Durchführung dieser Linie mittels Ersetzung der alten Kampf- und Organisationsformen durch neue, der alten Losungen durch neue, mittels Kombinierung dieser Formen usw. Verfolgt die Strategie das Ziel, den Krieg, sagen wir, gegen den Zarismus oder gegen die Bourgeoisie zu gewinnen, den Kampf gegen den Zarismus oder gegen die Bourgeoisie zu Ende zu führen, so setzt sich die Taktik weniger wesentliche Ziele, denn sie zielt nicht darauf ab, den Krieg als Ganzes, sondern diese oder jene Schlacht, dieses oder jenes

Gefecht zu gewinnen, diese oder jene Kampagne, diese oder jene Aktion erfolgreich durchzuführen, die der konkreten Lage in der Periode des gegebenen Aufstiegs oder Abstiegs der Revolution entsprechen. Die Taktik ist ein Teil der Strategie, der ihr untergeordnet ist und ihr dient. Die Taktik ändert sich, je nachdem, ob wir Flut oder Ebbe haben." (ebenda, S. 135f).

Aus dieser Erklärung geht hervor, dass die Taktik einen kurzfristigeren, weniger grundsätzlichen und daher auch flexibleren Charakter hat als die Strategie. Die Taktik kann sich in einem kurzen Zeitraum sehr stark ändern, je nachdem wie sich das Kräfteverhältnis im Klassenkampf entwickelt. Eine offensive Taktik, die in einer Aufschwungphase der Bewegung richtig ist und die Entwicklung der Arbeiterklasse zur bewussten revolutionären Kraft voranbringt, kann in einer Abschwungphase falsch sein, weil sie nicht am Bewusstsein der Klasse anknüpft und deshalb dazu führt, dass die Kommunisten sich von den Massen isolieren. Hier gibt es keine ewig gültigen Lehrbuchweisheiten, die man nur auswendig lernen und dann anwenden müsste. Die kommunistische Partei hat die komplizierte Aufgabe, die konkrete Situation immer wieder aufs Neue wissenschaftlich zu analysieren und die Schritte herauszufinden, die in dieser Situation dem strategischen Ziel am besten dienen. „Es genügt nicht", schreibt Lenin, „*Revolutionär und Anhänger des Sozialismus oder Kommunist überhaupt zu sein. Man muß es verstehen, in jedem Augenblick jenes besondere Kettenglied zu finden, das mit aller Kraft angepackt werden muß, um die ganze Kette zu halten und den Übergang zum nächsten Kettenglied mit fester Hand vorzubereiten*" (Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW 27, S. 265).

Dieser Aufgabe kann die Partei nur gerecht werden, wenn sie ständig die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen, der Klassen und Schichten untereinander, ihres Bewusstseinsstandes, die internationale Situation und die Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie ihres Landes analysiert und ihre Schlussfolgerungen daraus zieht.

Auf der taktischen Ebene sind wichtige Ziele z.B., die Arbeiter durch eine bestimmte Parole aufzurütteln und zu mobilisieren, die Organisierung in einem Betrieb voranzutreiben oder die schmutzige Rolle einer bestimmten bürgerlichen Partei gezielt zu entlarven. Dass taktische Ziele flexibler und kurzfristiger ausgewählt werden, heißt aber keineswegs, dass sie beliebig sind. Denn die Taktik ist nicht unabhängig von der Strategie, sondern ein Teil von ihr und ihr untergeordnet. Ob eine taktische Maßnahme revolutionär ist oder nicht, hängt allein davon ab, ob sie letzten Endes dem strategischen Ziel dient oder nicht. Dabei wird keine Form des Kampfes grundsätzlich ausgeschlossen, aber auch keine verabsolutiert. Daher muss die kommunistische Partei bereit sein, alle Kampfmethoden anzuwenden, unabhängig davon ob sie nach dem Rechtssystem der kapitalistischen Gesellschaft legal sind oder nicht.

Die Strategie ist also das grundlegendere Element für die Politik der kommunistischen Partei und wird daher für einen längeren Zeitraum im Programm

der Partei festgelegt. Eine Richtungsänderung der Strategie kann nur vorgenommen werden, wenn sich begründen lässt, dass die bisherige Strategie falsch war oder wenn die gesellschaftlichen Umstände sich so grundsätzlich geändert haben, dass von einer ganz neuen Etappe des revolutionären Kampfes die Rede sein kann. Die Strategie ist also vom grundlegenden Charakter der Epoche bestimmt. Diese Epoche ist seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die des Imperialismus, der Vorherrschaft des Monopolkapitals. Der nächste Entwicklungsschritt vom Monopolkapital aus ist aber der Sozialismus. Das bedeutet, dass es keine Zwischenstufe zwischen Monopolkapitalismus und Sozialismus gibt oder geben kann. Zwar wird nach der Revolution der Sozialismus natürlich nicht an einem Tag aufgebaut, sondern erfordert einen langen und komplizierten Aufbauprozess. In diesem Prozess gibt es auch verschiedene Entwicklungsetappen und -phasen. Es geht aber von vornherein, vom Beginn der revolutionären Machtübernahme an um den Aufbau der Arbeitermacht und den schrittweisen Übergang zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Es gibt also keine Zwischenphase, die zwischen der Herrschaft der Bourgeoisie und der Herrschaft der Arbeiterklasse liegen würde. Auch zu Lenins Zeiten gab es reformistische Positionen, die die Revolution durch allmähliche „Übergangsstufen" ersetzen wollten. Lenin betonte, dass *„die Übergangsstufe zwischen dem Staat als Herrschaftsorgan der Kapitalistenklasse und dem Staat als Herrschaftsorgan des Proletariats eben die **Revolution** ist, die im **Sturz** der Bourgeoisie und im **Zerbrechen**, im Zerschlagen der Staatsmaschine der **Bourgeoisie** besteht"* (Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW 28, S. 325).

6.2.2 Revolutionäre Strategie und nationale Besonderheiten

Im Laufe der Geschichte wurde innerhalb der kommunistischen Bewegung oft die Position vertreten, dass die Strategie in einem gegebenen Land vor allem auf Grundlage der jeweiligen nationalen Besonderheiten bestimmt werden müsste. Das würde bedeuten, dass eine Strategie, die sich in einem Land als richtig erwiesen hat, für ein anderes Land möglicherweise keinerlei Bedeutung hat. Dieses Argument wurde z.B. von Kräften vorgebracht, denen es darum ging, die Erfahrungen der Oktoberrevolution für eine historische Besonderheit zu erklären und für die Länder Westeuropas einen gänzlich anderen, reformistischen Weg zum Sozialismus einzuschlagen. Bereits Lenin erteilte solchen Vorstellungen eine Absage: Wir wissen, *„**welche Klasse** im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt. Nur auf dieser Grundlage, d. h., wenn wir in erster Linie die grundlegenden Unterscheidungsmerkmale verschiedener ‚Epochen' (nicht aber einzelner Episoden in der Geschichte einzelner Länder) in Betracht ziehen, können wir unsere Taktik richtig aufbauen (*Es wurde bereits erwähnt, dass Lenin, wenn er von „Taktik" spricht, oft das meint, was wir heute „Strategie" nennen, Anmerkung der KO)*;

und nur die Kenntnis der Grundzüge einer bestimmten Epoche kann als Basis für die Beurteilung der mehr ins einzelne gehenden Besonderheiten dieses oder jenes Landes dienen." (Lenin: Unter fremder Flagge, LW 21, S. 134, Hervorhebung im Original).

Warum ist das so? Spielen nationale Besonderheiten denn keine Rolle für die Politik der Kommunisten? Spielen die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen keine Rolle? Doch natürlich, das tun sie. Der Entwicklungsgrad des Kapitalismus in einem Land, die Größe der Arbeiterklasse und anderer Klassen (z.B. der Kleinbauern), Fragen der nationalen und Volkskultur, ethnischer und sprachlicher Minderheiten usw. usf., all das muss in der Taktik der Kommunisten berücksichtigt werden. Auch die Kräfteverhältnisse, also der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse, der Grad ihrer Organisation usw. spielen eine Rolle für die kommunistische Politik.

Doch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft wird durch ihre grundlegenden Widersprüche und Entwicklungsgesetze bestimmt. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der in der imperialistischen Epoche noch verschärft zutage tritt, ist der zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Träger der gesellschaftlichen Produktion ist im Kapitalismus die Arbeiterklasse, weil sie in einem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang produziert. Doch eignet sich eben nicht die Gesellschaft den produzierten Reichtum an, sondern eine Klasse von Privateigentümern, die Bourgeoisie. Dieser Widerspruch, die Ausbeutung der Arbeitskraft, ist die Grundlage all der anderen Widersprüche, Gegensätze und Konflikte in der kapitalistischen Gesellschaft. Er muss darum auch der Ausgangspunkt der revolutionären Strategie sein, denn die Auflösung dieses grundlegenden Widerspruchs ist nichts anderes als der revolutionäre Übergang zur vergesellschafteten, sozialistischen Produktionsweise. In Ländern, in denen die kapitalistische Produktionsweise die vorherrschende ist (was bedeutet: Länder, in denen das Monopolkapital die treibende Kraft der Entwicklung ist), gibt es darum keine andere Auflösung des grundlegenden Widerspruchs als die sozialistische Revolution der Arbeiterklasse. Auch ein vergleichsweise rückständiges Niveau der kapitalistischen Entwicklung in einem Land bedeutet nicht, dass der Sozialismus dort vorerst unmöglich ist. Denn die Entwicklung der Produktivkräfte kann man nicht unabhängig von den Produktionsverhältnissen betrachten – unter sozialistischen Produktionsverhältnissen, die im Vergleich zum Kapitalismus eine höhere Stufe der Gesellschaft darstellen, wird eine beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte möglich, sodass die volle Entwicklung der materiellen Entwicklungen für den Sozialismus zum Teil auch unter sozialistischen Bedingungen noch nachgeholt werden kann. Das zeigt auch z.B. die Geschichte der Sowjetunion. Während z.B. die reformistischen Menschewiki argumentierten, dass aufgrund des niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes Russlands der Sozialismus noch gar nicht möglich sei, bewies der sozialistische Aufbau in den 1930er Jahren, dass es unter den Bedingungen der sozialistischen Planwirtschaft möglich war, die Entwicklung der Produktivkräfte zu beschleunigen und die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen.

6.2.3 Das revolutionäre Subjekt im Kapitalismus

Im Kapitalismus ist die Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt. Revolutionäres Subjekt bedeutet, dass die Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft die Klasse ist, die aufgrund ihrer Lage im Produktionsprozess und in der Gesellschaft das konsequente Interesse und die Fähigkeit hat, das Kapital zu stürzen und das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen. Zwar stehen auch Bauern oder kleine Ladenbesitzer in einem Gegensatz zur Bourgeoisie, werden von ihr unter Druck gesetzt und ins Proletariat hinabgestoßen. Aber sie ringen gleichzeitig um die Erhaltung ihres kleinen Privateigentums, weshalb es immer Faktoren geben wird, die sie davon abhalten, konsequent die sozialistische Revolution zu unterstützen. Sie sind auch anders als die Arbeiterklasse nicht in den Betrieben konzentriert und arbeiten nicht wie die Arbeiterklasse kollektiv. Dem Kleinbürgertum fehlt damit auch die ökonomische Grundlage dafür, sich derselben Klasse mit gemeinsamen Interessen zugehörig zu fühlen. Diese Schichten sind also im Gegenteil zur Arbeiterklasse grundsätzlich schwankende Schichten, die für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewonnen werden können, aber auch offen für eine Vereinnahmung durch die Bourgeoisie sind.

Damit unterscheiden sie sich von der Arbeiterklasse, aber auch von der Bourgeoisie. Denn die Klasse der Kapitalisten basiert ihre gesamte Existenz auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Zwar gibt es auch Konflikte innerhalb der Bourgeoisie, die für die Arbeiterklasse und die Kommunisten keineswegs irrelevant sind – denn aus ihnen entstehen ständige politische Konflikte innerhalb der Bourgeoisie und zwischen den kapitalistischen Staaten, bis hin zu imperialistischen Kriegen. Diese beeinflussen die Bedingungen, unter denen der Klassenkampf stattfindet. Sie behindern die Einheit der Kapitalisten, stören die Effektivität ihrer Herrschaftsausübung und können im Kriegsfall sogar zum Zusammenbruch des kapitalistischen Herrschaftsapparates führen. All das muss die kommunistische Partei aufmerksam analysieren und, wo sich die Möglichkeit ergibt, auch entschlossen ausnutzen, um die revolutionäre Sache voranzubringen. Dennoch ergibt sich aus diesen Konflikten nicht, dass ein Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie möglich wäre. Denn die Interessengegensätze in der Bourgeoisie betreffen die Verteilung des Profits, den die Kapitalisten sich durch das Auspressen der Arbeiter aneignen. Gegenüber der Arbeiterklasse sind die Kapitalisten sich trotz all ihrer Widersprüche einig, dass die Kapitalherrschaft erhalten bleiben muss und möglichst günstige Bedingungen der Ausbeutung hergestellt werden sollten. Sie sind sich deshalb einig darin, eine Organisierung der Arbeiterklasse, die dem Kapital einen Teil des Profits streitig machen könnte, zu verhindern.

6.2.4 Die Bündnispolitik der Kommunisten

Gleiches gilt auch für die bürgerlichen Parteien. Auch diese unterscheiden sich nach ihren politischen Programmen. Sie entwickeln damit einerseits verschiedene politische Optionen für die herrschende Klasse, vertreten andrerseits aber

oft auch zu einem gewissen Grad die unterschiedlichen Fraktionen des Kapitals. Aber auch sie stehen alle für den Schutz der kapitalistischen Ordnung gegen die Arbeiterklasse und die Verwaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft. Bürgerliche Parteien, und dazu muss auch die reformistische Sozialdemokratie in ihren verschiedenen Formen gezählt werden, sind deshalb für die kommunistische Partei genauso wenig ein Bündnispartner wie es die Bourgeoisie selbst ist. Denn die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ist letzten Endes nichts anderes als die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, mit dem Imperialismus, auch wenn sie von ehrlichen Kommunisten mit dem Ziel des Sozialismus geführt wird.

Das Bündnis mit bürgerlichen Kräften ist ein Bündnis, das von den Führungen der verschiedenen Organisationen und Parteien untereinander ausgehandelt wird, also ein Bündnis „von oben". Seinem Charakter nach unterscheidet es sich grundlegend von der Art Bündnisse, die Kommunisten anstreben sollten, nämlich Bündnisse „von unten", Bündnisse der Volksmassen selbst, der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse miteinander und mit anderen Schichten wie dem städtischen Kleinbürgertum, der Bauernschaft, der Intelligenz. Das Klassenbündnis „von unten" entsteht durch die Zusammenführung der verschiedenen Kämpfe des Volkes für bessere Lebensbedingungen, indem diese durch den Kontakt zwischen den kämpfenden Individuen verwachsen und unter dasselbe strategische Ziel gestellt werden.

Bündnisse „von oben", also Parteien- und Organisationenbündnisse laufen hingegen in der Regel einer Selbstorganisierung der Arbeiterklasse, ihrer Eigenaktivität zuwider. Sie hemmen die Entwicklung des Klassenbewusstseins allein schon dadurch, dass sie zwangsläufig die Illusion erzeugen, die Kommunisten hätten mit den bürgerlichen Kräften wie der Sozialdemokratie eine gemeinsame Grundlage, oder sie würden nur unterschiedliche Varianten derselben Richtung („linke Parteien", „demokratische fortschrittliche Kräfte" usw.) darstellen. In Wirklichkeit ist aber das Gegenteil der Fall: Alle Parteien, die objektiv oder auch wissentlich für die Erhaltung des Kapitalismus stehen, sind dem Programm der Kommunisten grundlegend entgegengesetzt, sie kämpfen letztlich für das genaue Gegenteil – gegen die unabhängige Selbstorganisierung der Arbeiterklasse, gegen ihre Befreiung vom Joch der Ausbeutung. Dass die Arbeiterklasse zu dieser Erkenntnis kommt, ist für den Erfolg des Klassenkampfes entscheidend. Dem muss auch die Bündnispolitik der kommunistischen Partei dienen, weshalb diese sich nicht mit den Parteien der Bourgeoisie gemein machen kann.

6.2.5 Die Bestandteile der revolutionären Strategie

Der Inhalt der revolutionären Strategie ist also im Wesentlichen der Plan, nach dem die kommunistische Partei daran arbeitet, dass die Arbeiterklasse ihre Rolle als revolutionäres Subjekt erfüllen kann. Dazu gehört erstens die Frage nach dem Ziel des Kampfes, also dem Charakter der Revolution.

Zweitens und damit zusammenhängend ist das die Frage, wie die Arbeiterklasse

sich für den Klassenkampf und letzten Endes die Revolution organisieren muss, wie die größtmöglichen Teile der Klasse in den Kampf hineingezogen und in ihm vereint werden können, um so weitgehend wie möglich zu einem Bewusstsein über ihre Lage und über die Möglichkeit ihres Sieges zu gelangen. Denn die Arbeiterklasse ist zwar als Klasse das revolutionäre Subjekt, aber das heißt nicht, dass sie ohne Weiteres, also von sich aus bereits als Klasse auf der politischen Bühne agiert. Einheitlich und für ein klares Ziel handeln kann sie nur, wenn sie organisiert ist und nur durch ihre Organisationen: Klassenkämpferische Gewerkschaften, Massenorganisationen in den Arbeitervierteln, Massenorganisationen der Schüler, der Studenten, der Frauen usw. Aber auch durch organisierte politische Bewegungen, wie beispielsweise den antifaschistischen Massenselbstschutz oder eine antiimperialistische Friedensbewegung. Und schließlich natürlich durch die kommunistische Partei als den konsequentesten Teil der Arbeiterklasse.

Drittens schließlich auch die Frage nach den „Nebenreserven" der Revolution, also den Bündnispartnern der Arbeiterklasse in diesem Kampf. Wie, unter welchen Bedingungen und in welchem Maße können die verschiedenen Schichten der Volksmassen, selbst wenn sie nicht direkt zur Arbeiterklasse gehören, für diesen Kampf gewonnen werden?

Die Beantwortung dieser Fragen kann nicht einfach in die Zukunft geschoben werden. Es ist nicht möglich, „zuerst einmal den Klassenkampf" zu führen, bevor man sich mit den Grundsatzfragen der Strategie beschäftigt. Denn die Formen, Forderungen, Schwerpunkte des Kampfes hängen ja gerade wesentlich davon ab, welches revolutionäre Ziel sich die Arbeiterklasse und besonders ihr bewusstester Teil, die kommunistische Partei, setzt.

Arbeitsfragen

- **Warum muss der revolutionäre Kampf auf Grundlage einer Strategie und einer Taktik geführt werden?**
- **Was ist mit der Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei jeweils gemeint?**

Diskussionsfragen

- **Es wird die These aufgestellt, dass die kommunistische Bewegung sich überall den Übergang zum Sozialismus als unmittelbare strategische Aufgabe stellen sollte. Ist das plausibel?**
- **Sind Bündnisse mit nichtkommunistischen Parteien als Bündnisse „von oben" grundsätzlich abzulehnen?**

6.3 Die proletarische Revolution

Die Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaft ging überall in der einen oder anderen Form durch revolutionäre Klassenkämpfe von statten. In Frankreich führten diese Kämpfe zur politischen Machtübernahme der Bourgeoisie in der Großen Französischen Revolution. In anderen Ländern nahm die Entstehung eines bürgerlich-kapitalistischen Staates einen anderen Verlauf, teilweise auch im Kompromiss mit der alten herrschenden Klasse des Feudaladels (so z.B. in Deutschland). Doch die bürgerliche Umwälzung als solche fand überall statt.

6.3.1 Der Unterschied der proletarischen Revolution zu früheren Revolutionen

Auch die neue Gesellschaftsordnung des Sozialismus kann sich nur auf revolutionärem Weg durchsetzen. Die sozialistische Revolution ist jedoch in doppelter Hinsicht eine radikalere Revolution als es die bürgerlichen Revolutionen waren. Erstens ist ihr Ziel nicht die Ersetzung einer Ausbeuterklasse durch eine andere, sondern die Abschaffung der Ausbeutung und des Privateigentums an Produktionsmitteln überhaupt. Anders als frühere gesellschaftliche Umwälzungen schafft die proletarische Revolution daher auch zum ersten Mal eine neue Form der politischen Herrschaft, in der wirklich die große Mehrheit die Macht ausübt und die Gesellschaft nach ihren Interessen und Bedürfnissen gestaltet. Zweitens unterscheidet die proletarische Revolution sich von der bürgerlichen Revolution darin, dass sie als politische Umwälzung beginnt und erst darauf die Neuordnung der gesamten Gesellschaft und Ökonomie folgt. Bei den bürgerlichen Revolutionen war das ganz anders: Die Entstehung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen begann schon lange vor der Revolution im Schoße des Feudalismus, vor allem in den Städten. Das ist aber bei der sozialistischen Produktionsweise nicht möglich.

Sozialistische gesellschaftliche Verhältnisse entstehen nicht schon von selbst innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Das liegt zum einen daran, dass die kapitalistische Produktionsweise sich alle anderen Gesellschaftsstrukturen unterordnet und sie im kapitalistischen Sinne umfunktioniert. Auch z.B. das Wirtschaften in Kooperativen oder Genossenschaften, das oberflächlich betrachtet gewisse Ähnlichkeiten mit sozialistischen Produktionsformen aufweist und manchmal aus der „Besetzung" von bankrotten Betrieben hervorgeht, erlaubt keinen Ausbruch aus dem kapitalistischen Rahmen. Ähnliches gilt auch für Staatsunternehmen unter kapitalistischen Bedingungen. Solange der Kapitalismus insgesamt weiterbesteht und die vorherrschende Produktionsweise bleibt, produzieren auch Kooperativen oder Staatsunternehmen weiterhin für den kapitalistischen Markt. Sie müssen ihre Produkte verbilligen und an die Nachfrage anpassen, sie müssen Gewinn machen und können ihren Arbeitern keinen allzu hohen Lohn zahlen, um in der Konkurrenz bestehen zu bleiben. Aufgrund der Konkurrenz können sie auch bankrott gehen, womit das Risiko letzten Endes an den Arbeitern oder

beim Staat haften bleibt, der die Verluste über das Steuersystem in der Regel wieder auf die Arbeiterklasse abwälzt. Kooperativen oder Staatsbetriebe leisten keinen Beitrag zur besseren Organisierung der Arbeiterklasse oder zur Entstehung eines revolutionären Bewusstseins. Sie fordern die Herrschaft des Kapitals nicht heraus und werden daher von der Bourgeoisie auch nicht als Gefahr wahrgenommen und bekämpft. Im Gegenteil können sie in bestimmten Entwicklungsphasen sehr nützlich für die herrschende Klasse sein, weil durch Verstaatlichungen das Kapital auf einer stärkeren Grundlage neuorganisiert werden kann und Verluste auf die ganze Gesellschaft umgelegt werden – oft, um die Betriebe zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu privatisieren.

Die sozialistische Gesellschaft, die zentrale Planung der Produktion unter der Herrschaft der Arbeiterklasse, kann sich nur als Ergebnis einer Revolution durchsetzen, die beides schafft – erstens die Zerschlagung der politischen Klassenherrschaft des Kapitals und den Aufbau eines Arbeiterstaates, zweitens die Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung mit gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln und zentraler Planung. Auch deshalb stellt die sozialistische Revolution eine viel tiefgreifendere gesellschaftliche Umwälzung dar als frühere Revolutionen.

6.3.2 Was ist die Hauptfrage der Revolution?

„Die Hauptfrage jeder Revolution ist zweifellos die Frage der Staatsmacht. Welche Klasse die Macht in den Händen hat, das entscheidet alles.“ (Lenin: Eine der Kernfragen der Revolution, LW 25, S. 378). Denn ohne die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, ohne die Schaffung eines neuen Staates, in dem die Arbeiterklasse und die Volksmassen die Macht ausüben, kann auch der Aufbau der neuen Gesellschaft nicht in Angriff genommen werden. Solange der bürgerlich-kapitalistische Staat weiterhin besteht, werden seine verschiedenen Apparate jede Bestrebung zur revolutionären Veränderung der Gesellschaft mit allen Mitteln bekämpfen und letztlich auch zu verhindern wissen. Selbst wenn die kommunistische Partei in der Regierung ist, bleiben die restlichen Staatsapparate in der Hand der Bourgeoisie und sind in der Lage, die Kommunisten an revolutionären Maßnahmen zu hindern; sie werden es schaffen, die Kommunisten entweder als linke „Feigenblätter“ in das bürgerliche System einzubinden, bis sie für den Kapitalismus keine Gefahr mehr darstellen, oder ihre Regierung gewaltsam zu stürzen.

Der Staat ist die effektivste, am besten organisierte Maschine zur Durchsetzung der Klassenherrschaft, die es gibt. Die Arbeiterklasse hat dem, solange sie nicht selbst ihre eigene Staatsmacht aufgebaut hat, nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Deshalb ist ein friedlicher Weg zum Sozialismus als Marsch durch die Institutionen des Staates nicht möglich. Am Sturz und der Zerschlagung dieser Maschine führt kein Weg vorbei, um die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen. Die Zerschlagung des kapitalistischen Staates bezieht sich vor allem auf die Or-

gane der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und speziell auf die Repressionsorgane, d.h. beispielsweise auf die Regierung und ihre Apparate, die Armee, die Polizei und Geheimdienste. Sicherlich gibt es auch bestimmte Apparate, die von der Arbeitermacht in veränderter Form übernommen werden können, z.B. die öffentliche Infrastruktur, Teile der Verwaltung usw. Aber an der Notwendigkeit der revolutionären Machtübernahme ändert sich daran nichts.

6.3.3 Wie entsteht eine revolutionäre Situation?

Aber wenn der bürgerliche Staat so mächtig ist, wie kann die Arbeiterklasse ihn dann überhaupt stürzen? Ist die Idee einer Arbeiterrevolution nicht doch nur ein schöner Traum, der sich nicht realisieren lässt?

Die meiste Zeit über ist es leider tatsächlich so, dass der kapitalistische Staat zu mächtig ist, um ihn durch eine Revolution zu stürzen. Es reicht nicht einfach aus, dass die Arbeiterklasse sich gut organisiert und es eine kommunistische Partei gibt, die eine führende Rolle in den Kämpfen spielt. Solange die kapitalistische Gesellschaft sich in „gewöhnlichen" Bahnen entwickelt, also ohne dass es zu großen Krisen kommt, hat der bürgerliche Staat immer noch genügend Optionen, um die Arbeiterklasse im entscheidenden Moment in die Irre zu führen, mit falschen Versprechungen oder vorübergehenden Zugeständnissen zu locken und gewaltsam zu unterdrücken.

Zum Unglück für die Kapitalisten gibt es im Kapitalismus aber nicht nur die Zeiten der politischen Stabilität. Die Akkumulation des Kapitals wird von regelmäßigen Wirtschaftskrisen unterbrochen, die im entwickelten Kapitalismus tendenziell häufiger und tiefer werden. Dadurch schwinden regelmäßig auch die wirtschaftlichen Spielräume, um der Arbeiterklasse ökonomische Zugeständnisse zu machen, sie also mit höheren Löhnen, sozialer Sicherheit und dem Versprechen einer besseren Zukunft zu ködern. Die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, der soziale Abstieg von Teilen des Kleinbürgertums ins Proletariat, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit usw. entlarven die Propagandalüge vom „Wohlstand für Alle" in den Augen von immer mehr Menschen. Die wirtschaftlichen Krisen begünstigen die Entstehung von politischen Krisen, bei denen die Herrschaft der bisherigen politischen Vertretung des Kapitals von den Volksmassen offen infrage gestellt wird. In diesen Zeiten versucht die Bourgeoisie durch die Aufstellung neuer, „unverbrauchter" politischer Kräfte bei den Massen das Vertrauen in den Kapitalismus wiederherzustellen, oder zumindest die Arbeiterklasse davon zu überzeugen, dass es keine Alternative gibt und eine Revolution unmöglich ist oder alles nur noch schlimmer machen würde.

Sie kann aber nicht verhindern, dass es immer wieder zu **revolutionären Situationen** kommt, in denen ihre Herrschaft ins Wanken gerät: *„Zur Revolution genügt es nicht, daß sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewußt werden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise le-*

ben und regieren können. Erst dann, wenn die ‚Unterschichten' das Alte nicht mehr wollen und die ‚Oberschichten' in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.". Dann ist eine Regierungskrise gegeben, *„die sogar die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht (das Merkmal einer jeden wirklichen Revolution ist die schnelle Verzehnfachung, ja Verhundertfachung der Zahl der zum politischen Kampf fähigen Vertreter der werktätigen und ausgebeuteten Masse, die bis dahin apathisch war), die Regierung kraftlos macht und es den Revolutionären ermöglicht, diese Regierung schnell zu stürzen"* (Lenin: Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S. 71f).

In der Geschichte entstanden solche Situationen sehr oft als Folge von Kriegen, besonders als Folge einer militärischen Niederlage der herrschenden Klasse im eigenen Land. Denn im Krieg ist die herrschende Klasse gezwungen, all ihre Ressourcen für die Kriegsanstrengungen aufzuwenden. Eine Niederlage kann die Staatsapparate an den Rand des Zusammenbruchs treiben. Gleichzeitig ist ein großer Teil der Arbeiterklasse bewaffnet und die Verelendung erreicht ein in Friedenszeiten nicht dagewesenes Ausmaß, sodass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung anschwillt. Am Ende des Ersten Weltkriegs kam es infolgedessen zu Revolutionen in verschiedenen Ländern wie Russland, Deutschland, Ungarn und Finnland, wobei nur die russische Revolution letztlich siegreich war. Nach dem Zweiten Weltkrieg breitete sich der Sozialismus nach Osteuropa, China, Vietnam und Korea aus und in vielen anderen Ländern erstarkten die kommunistischen Parteien enorm.

Eine revolutionäre Situation, in der sowohl die Herrschaft der Bourgeoisie entscheidend geschwächt ist als auch die Arbeiterklasse und Volksschichten grundsätzliche Veränderungen wollen, entsteht also auch aufgrund von objektiven Faktoren – also durch die gesellschaftliche Entwicklung und nicht nur durch eine bestimmte Politik der kommunistischen Partei. Eine revolutionäre Situation lässt sich also nicht einfach beliebig herbeiführen, indem die Kommunisten einfach nur die richtige Politik machen und dadurch Schritt für Schritt Kräfte akkumulieren. Das Verhältnis von objektiven und subjektiven Faktoren bei der Entstehung einer revolutionären Situation genauer zu analysieren und zu verstehen, kann hier nicht geschehen, es ist eine Fragestellung für die weitere Klärung der Strategiefrage in der kommunistischen Bewegung.

6.3.4 Die Vorbereitung auf die Revolution

Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist es, sich so gut wie möglich auf die revolutionäre Situation vorzubereiten, indem sie ihre eigenen Reihen stärkt, ihren wissenschaftlichen Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse schärft und ihren Einfluss auf die Arbeiterklasse in den Gewerkschaften und verschiedenen Formen der Massenorganisierung aufbaut. Für all das ist entscheidend, dass sie ihre Politik auf der Grundlage einer klaren revolutionären Strategie entwickelt, die bei jeder einzelnen konkreten Entscheidung als Kompass dient. Unter diesen

Voraussetzungen kann auch eine verhältnismäßig kleine Kommunistische Partei, die unter „normalen" Bedingungen keine Mehrheit in der Arbeiterklasse hinter sich stehen hat, in der revolutionären Situation schlagartig an Einfluss gewinnen und angesichts eines explosiven Anstiegs der revolutionären Stimmung in den Massen eine führende Rolle spielen. Die Vorbereitung des „subjektiven Faktors", also der organisierten revolutionären Arbeiterklasse, auf die entsprechende Entwicklung des „objektiven Faktors", also auf ein Heranreifen der revolutionären Situation, ist die zentrale Aufgabe der kommunistischen Partei innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Es ist also wichtig zu verstehen, dass die revolutionäre Bewegung sich nicht als langsame, schrittweise Akkumulation von Kräften entwickelt, bis sie irgendwann stark genug ist, um die Macht zu übernehmen. Dies ist nicht möglich, weil sich auch die kapitalistische Gesellschaft nicht in dieser Weise entwickelt. Die verschiedenen Faktoren, die den Anstieg des Klassenbewusstseins fördern oder hemmen, hängen einerseits von der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, ihren Rhythmen, Aufschwüngen und Krisen ab. Sie hängen andrerseits aber auch von politischen Ereignissen wie Kriegen, politischen Unruhen, Konflikten innerhalb der herrschenden Klasse usw. ab. Deshalb wird auch die Entwicklung der Arbeiterbewegung sich in bestimmten Phasen nur sehr schleppend hinziehen, in anderen Phasen auch an Kraft verlieren, um dann wieder eine massive Beschleunigung zu erleben. Dessen muss sich die Kommunistische Partei bewusst sein und die Anzeichen für den jeweils vorherrschenden Entwicklungstrend analysieren und einschätzen können, um angemessen darauf zu reagieren. Ansonsten wird sie beim spontanen Aufschwung der Bewegung nicht darauf vorbereitet sein, darin eine führende Rolle zu spielen, während sie beim Abschwung den vorübergehenden Charakter dieser Entwicklung nicht sieht und dadurch den Mut verlieren kann. Eine stark aufgestellte und ideologisch klare Kommunistische Partei ist in der Lage, auch in ungünstigen Zeiten dem Druck standzuhalten, der von allen Seiten auf sie einwirkt (Forderungen nach Anpassung an die bürgerliche Ideologie, nach Aufgabe ihrer revolutionären Ziele usw.), nicht zusammenzubrechen und ihre Mitgliederbasis sogar zu stärken.

6.3.5 Die Rolle der Kommunistischen Partei in der Revolution

Die erfolgreiche Durchführung der Revolution unter den Bedingungen der revolutionären Situation ist allerdings nicht Aufgabe der Partei allein. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die selbst mobilisiert und organisiert sein müssen. Zwischen Partei und Arbeiterklasse kann es dabei keine starre Trennung geben, sondern die Partei muss tiefe Wurzeln in der Arbeiterklasse geschlagen haben und von dieser als revolutionäre Führung akzeptiert werden. Die Machtorgane, die in der revolutionären Situation die Staatsmacht übernehmen, sind aber keine Organe der Partei, sondern Räte, die als Organe des Volkswillens fungieren. Die klassenkämpferische Arbeiterbewegung schafft diese Räte schon

im Verlauf des Klassenkampfes, einfach weil sie die geeignetste Form darstellen, in denen die Arbeiterbewegung ihre Kräfte zusammenführen und demokratische Entscheidungen fällen kann. In der Revolution erhalten sie aber eine besondere Bedeutung, weil sie als der Ort, an dem sich der Wille der revolutionären Massen kristallisiert und ausdrückt, gleichzeitig auch die Organe werden, die an die Stelle der alten, kapitalistischen Staatsmacht treten, die Regierungsgeschäfte übernehmen und die ersten revolutionären Maßnahmen organisieren (zur Versorgung der am schlimmsten notleidenden Menschen, zur Verstaatlichung der größten Unternehmen, zum Schutz der Revolution vor inneren und äußeren Gegnern usw.). Die Räte an sich haben noch keinen revolutionären Charakter, schließlich gibt es Räte auch im Kapitalismus (z.B. Betriebsräte, Nachbarschaftsräte usw.). Ob sie sich zu einem Organ der revolutionären Macht entwickeln oder nicht, hängt vom Einfluss der kommunistischen Partei und ihrer richtigen Herangehensweise ab.

Die Kommunistische Partei kann also keineswegs anstelle der Arbeiterklasse die Macht übernehmen und doch spielt sie die entscheidende Rolle in der Revolution. Als organisierte Vorhut der Arbeiterklasse (s.u.) ist sie auch und gerade in der revolutionären Situation diejenige Kraft, die den einzigen Ausweg zugunsten der Arbeiterklasse aufzeigt und dafür kämpft, alle Kräfte auf dieses Ziel auszurichten. Die Kommunisten müssen zu diesem Zeitpunkt in allen Bereichen des Klassenkampfes schon eine anerkannte führende Rolle spielen, sodass ihr politischer Lösungsvorschlag, der Sozialismus, Gehör findet und in den Massen als ernste Möglichkeit diskutiert und übernommen wird. Sie organisieren dabei die Massen und befähigen sie dazu, die Umstände richtig zu erkennen. Es muss also bereits vor der Revolution eine politische Führung der Massen durch die Partei geben, auch wenn es innerhalb des Kapitalismus nicht möglich sein wird, dass die marxistische Weltanschauung in der gesamten Gesellschaft zur vorherrschenden wird. Es ist auch unumgänglich, dass die Kommunistische Partei bei der Durchführung der revolutionären Machtübernahme eine aktiv führende Rolle ausübt. Denn die Planung und Durchführung einer solchen Aktion kann nicht von dezentralen oder breit aufgestellten und damit zu einem gewissen Grad unverbindlichen Massenorganisationen geleistet werden. Sie erfordert ein hohes Maß an Zentralisierung und schneller Entscheidungsfähigkeit durch ein Organ, das in seiner Spitze ein Höchstmaß an umfassender Kenntnis der Lage und der Wünsche der Massen, revolutionärer Weitsicht, Verantwortungsbewusstsein und Geduld vereint.

Trotzdem ist die Durchführung der Revolution aber das Gegenteil eines undemokratischen Putsches, so wie es in der antikommunistischen Propaganda oft dargestellt wird. Denn die Partei agiert in der Revolution als der bewussteste, am besten organisierte Teil der revolutionären Klasse und kann sich dabei nicht über den Willen der Arbeiterklasse hinwegsetzen. Die kommunistische Partei muss im Verlauf der Revolution zwar die Entscheidung über konkrete Schritte und Maßnahmen der treffen, einschließlich Maßnahmen zur Machtübernahme. Das ergibt sich schon daraus, dass sie die einzige Kraft ist, die organisiert genug

ist und in sich die Erfahrungen der gesamten Bewegung konzentriert, um solche Entscheidungen treffen zu können. Sie entscheidet jedoch nicht im Allgemeinen über den Zeitpunkt der Revolution, da sie ja erst in einer Situation handeln kann, in der die große Mehrheit der Arbeiterklasse und Volksmassen bereits in einem Gegensatz zum kapitalistischen System steht und in ihrem Kampf die führende Rolle der kommunistischen Partei und ihrer Weltanschauung aus freien Stücken akzeptiert. Noch übernimmt die Partei selbst, als kleine Clique und unabhängig von den Massen die Macht und füllt sie mit ihren Funktionären aus, sondern leitet vielmehr die breiten Massen der Werktätigen dabei an, dass diese ihre eigenen Lebensbedingungen unter ihre Kontrolle nehmen können. Natürlich spielen die Kader und Funktionäre der kommunistischen Partei im Falle einer erfolgreichen proletarischen Revolution auch im Aufbau des Sozialismus und den Organen der Arbeitermacht eine entscheidende Rolle. Sie tun dies jedoch aufgrund der Unterstützung, die sie in den Massen erhalten und nicht einfach aufgrund von Parteibeschlüssen. Handelt die Partei gegen den Willen der Mehrheit der Klasse, kann sie auch keinen Erfolg haben, denn gegen die Macht der alten herrschenden Klasse und ihrer Verbündeten im In- und Ausland können die Kommunisten sich nur durchsetzen, wenn ihr Programm der gesellschaftlichen Umwälzung von der breiten Masse unterstützt wird.

Der revolutionäre Aufstand der Arbeiterklasse, die Zerschlagung des kapitalistischen Staates und die Konfrontation mit den Unterdrückungsapparaten des Staates sind natürlich kein gemütlicher Spaziergang im Park. Es geht ja darum, die ganze Gewaltmaschine der Bourgeoisie auszuschalten und einen grundlegend neuen Staat zu schaffen, der die breitesten Massen direkt in die Verwaltung und Umgestaltung der Gesellschaft miteinbezieht. Auch die Enteignung und Vergesellschaftung der Industriebetriebe, der Banken, des öffentlichen Verkehrs, des Bodens usw. geschieht dabei nicht im Einvernehmen mit den vorherigen Eigentümern. Im Gegenteil, diese Produktionsmittel werden ihnen mithilfe der neuen Staatsmacht entrissen, um sie in den Dienst der gesamten Gesellschaft stellen zu können.

Arbeitsfragen

- **Warum kann der Sozialismus nur durch eine Revolution erkämpft werden?**
- **Was ist die Hauptfrage der Revolution und warum ist da so?**
- **Unter welchen Bedingungen ist eine sozialistische Revolution möglich?**
- **Was ist mit dem objektiven und dem subjektiven Faktor gemeint?**

Diskussionsfragen

- **Sollte die Kommunistische Partei darauf warten, bis eine revolutionäre Situation entsteht oder gibt es vielleicht Möglichkeiten, den**

Weg zum Sozialismus zu beschleunigen?

- **Ist es richtig, dass die Kommunistische Partei den revolutionären Umsturz anführt? Nimmt sie damit nicht den Massen die Entscheidung darüber weg?**

6.4 Der proletarische Internationalismus

Der Klassenkampf wird in erster Linie auf der nationalstaatlichen Ebene geführt. Die Staatsmacht existiert nur auf nationaler Ebene, es gibt keinen „Weltstaat" oder ähnliches. Auch die Bildung zwischenstaatlicher Institutionen und Bündnisse wie der EU ändert daran nichts Grundsätzliches. Daher ist auch der Kampf um die Macht der Arbeiterklasse vor allem nationalstaatlich bestimmt. Die Bedingungen, unter denen der Klassenkampf sich entwickelt, sind vor allem durch die Entwicklung der nationalen Wirtschaft, der nationalstaatlichen Politik usw. und der Organisationen der Arbeiterklasse auf nationaler Ebene bestimmt.

Auch nehmen wir als Internationalisten keine feindliche Haltung zur Heimatverbundenheit oder den patriotischen Gefühlen der Massen ein. Denn diese Gefühle richten sich an sich keineswegs gegen andere Länder oder Völker. Sie können vielmehr ein Anknüpfungspunkt für den Klassenkampf sein, weil es das Kapital ist, dass die Heimat dem Profitinteresse unterwirft, rücksichtslos die Umwelt zerstört und Land und Leute in Kriege führt, in denen sie nichts zu gewinnen haben. In vielen Ländern spielen und spielten nationale Befreiungskämpfe der Völker, die von imperialistischen oder anderen reaktionären Staaten unterdrückt werden, eine wichtige Rolle und verbanden sich mit dem revolutionären Kampf für den Sozialismus: Von den nationalen antifaschistischen Befreiungskämpfen während des Zweiten Weltkriegs (in Jugoslawien, Griechenland, Italien, der Sowjetunion usw.) über antiimperialistische und antikoloniale Bewegungen unter der Führung marxistischer Kräfte in China, Korea, Vietnam, Angola, Ghana, Burkina Faso und vielen anderen afrikanischen Ländern, Kuba, Zentralamerika usw. bis hin zum heutigen Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besatzung und Unterdrückung gibt es zahllose Beispiele dafür.

Doch obwohl es falsch ist, das nationale Element des Klassenkampfes zu leugnen oder zu vernachlässigen, reicht die nationale Organisierung der Arbeiterklasse nicht aus. Denn der Imperialismus ist nicht auf einzelne Nationalstaaten beschränkt, sondern er ist das weltweit vorherrschende System. Das gilt nicht nur in dem allgemeinen Sinne, dass der Monopolkapitalismus den ganzen Globus beherrscht und die Politik vorwiegend in seinem Interesse gemacht wird. Es gilt auch in dem Sinne, dass die Imperialisten aller Länder trotz ihrer Differenzen und Konflikte zusammenarbeiten, um gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen. Trotz der zwischenimperialistischen Widersprüche gibt es internationale Organisationen und Regelwerke, die überall auf der Welt einer effektiveren Ausbeutung

der Arbeiterklasse durch das Kapital, der Sicherung des Privateigentums usw. dienen. Die Arbeiterklasse ist dagegen heute fast überhaupt nicht mehr international organisiert, es gibt keine revolutionäre Weltorganisation mehr, die eine gemeinsame Strategie der Arbeiter der Welt entwickeln und umsetzen könnte. Die Arbeiterklasse hat also der internationalen Kooperation des Kapitals wenig entgegenzusetzen.

6.4.1 Warum braucht die Arbeiterklasse eine internationale Organisation?

Die Notwendigkeit einer internationalen Organisation der Arbeiterklasse ergibt sich auch daraus, dass der Kapitalismus die gegenseitige Abhängigkeit der Länder voneinander entwickelt und verstärkt. Was in einem Land geschieht, hat oft vielfache Auswirkungen auf die Nachbarländer, die Verbündeten und Handelspartner und das Weltsystem als Ganzes. Eine Wirtschaftskrise in den USA wirkt sich sofort auf die Wirtschaft in Europa aus, ein Konflikt oder gar ein Krieg zwischen China und den USA betrifft nicht nur diese beiden Länder, sondern die ganze Welt. Aus dieser wechselseitigen Abhängigkeit folgt für die Arbeiterklasse, dass sie ohne eine internationale Organisierung nicht in der Lage ist, gemeinsam auf internationale Herausforderungen zu reagieren. Der Klassenkampf bleibt dann nationalstaatlich isoliert und die Waffe der Klassensolidarität kann kaum effektiv zum Einsatz kommen. Dabei ist auch die Arbeiterklasse eines Landes von den Arbeitern der anderen Länder abhängig. Die Erfolge des Klassenkampfes oder gar der Sieg der sozialistischen Revolution in einem Land begünstigen und erleichtern den Kampf in anderen Ländern. So zeigt die historische Erfahrung, dass Revolutionen immer weit über die Landesgrenzen hinaus einen Einfluss auf den Bewusstseinsstand in anderen Ländern hatten. Die Oktoberrevolution 1917 führte in den Folgejahren zu revolutionären Kämpfen in Deutschland, Ungarn, Finnland, Italien, der Mongolei usw. und in den meisten Ländern der Welt zur Gründung der kommunistischen Parteien.

Die Arbeiterklasse kann ihren Kampf nur gewinnen, wenn sie sich nicht entlang nationaler Linien spalten lässt. Das gilt sowohl für das Verhältnis zwischen den Arbeitern verschiedener Länder als auch für die Arbeiter eines Landes. Kein Land der Welt ist ethnisch homogen. Der Kapitalismus bringt Migration und Flucht ständig hervor, weil er überall Elend produziert, Kleinbauern von ihrem Land vertreibt, Menschen in die Arbeitslosigkeit stürzt oder imperialistische Kriege und Stellvertreterkonflikte hervorruft, sodass es für viele Menschen zu einer Überlebensfrage werden kann, die eigene Heimat zu verlassen. Dadurch vermischen sich in jedem Land Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Kultur und Religion. Der Großteil dieser Migrationsbewegungen betrifft die Arbeiterklasse, da ihre Ursache meistens die Flucht vor Elend oder Krieg ist. In den allermeisten Fällen leben die Migranten deshalb unter Bedingungen besonderer Armut und Unterdrückung. Sie haben zumeist nicht dieselben Rechte wie die ortsansässige Arbeiterklasse, sind von Abschiebungen, ras-

sistischer staatlicher Diskriminierung betroffen und gewaltsamen Übergriffen durch Faschisten oft schutzlos ausgesetzt.

6.4.2 Rassismus und Nationalismus

In der Arbeiterklasse wirken Rassismus und Nationalismus als Spaltungsinstrumente, die einen Teil der Klasse gegen einen anderen aufbringen und damit vom Kapital und dem Imperialismus als dem wirklichen Feind aller Arbeiter ablenken. Es sollte also nicht verwundern, dass rassistisches Bewusstsein auf vielfältige Weise vom Staat, den Massenmedien und oft genug auch von den Unternehmern im Betrieb gefördert wird, um politische Ziele durchzusetzen und die Organisierung der Arbeiterklasse zu schwächen. Denn eine Arbeiterklasse, die nach Nationalitäten oder entlang anderer Grenzen gespalten ist, ist schwach und kann leicht geschlagen werden.

Rassismus und Nationalismus haben für das Kapital auch noch weitere Funktionen. So dient die rassistische Abwertung der Völker anderer Länder auch dazu, imperialistische Kriege zu rechtfertigen – z.B. indem behauptet wird, man wolle diesen angeblich „unzivilisierten" Menschen die „Zivilisation" oder die „Demokratie" bringen, oder indem die gewaltsame Durchsetzung imperialistischer Interessen als Vaterlandsverteidigung dargestellt wird. Der Imperialismus geht immer mit der Beherrschung, Unterdrückung, zeitweise auch direkten Kolonisierung von Völkern anderer Länder und Kontinente einher. Unterdrückung dieser Art lässt sich nur durch eine Ideologie aufrechterhalten, die von der Überlegenheit des „weißen Mannes" oder der „westlichen Werte" und Gesellschaftsmodelle ausgeht. Nationalistische Verblendung dient auch in Friedenszeiten dazu, dass die Arbeiter eines Landes sich mit dem wirtschaftlichen Erfolg „ihrer" Kapitalisten oder „ihres" Staates identifizieren, weil sie nicht verstehen, dass der Erfolg des Kapitals nur auf ihrem Rücken und auf ihre Kosten errungen wird.

All diese ideologischen Einflüsse wirken auf das Bewusstsein der Arbeiterklasse äußerst schädlich und die Kommunisten müssen sie entschlossen bekämpfen. Sie müssen aufzeigen, dass die Arbeiter aller Nationalitäten ein gemeinsames Interesse daran haben, das Ausbeutersystem zu stürzen und dass nur der gemeinsame Kampf überhaupt Aussicht auf Erfolg hat.

6.4.3 Die Erfahrungen von drei Internationalen der Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse hat bereits eine lange zurückreichende Erfahrung mit Formen der internationalen Organisation. 1847 wurde in London mit Beteiligung von Marx und Engels der Bund der Kommunisten gegründet. Damit bestand zum ersten Mal eine revolutionäre Vereinigung der Kommunisten mit dem Anspruch, die Arbeiterklasse international zu vertreten. 1864 ging daraus, ebenfalls in London, die Internationale Arbeiterassoziation (IAA) oder Erste Internationale

hervor, in der verschiedene sozialistische Arbeiterorganisationen zusammengeschlossen waren. In dieser Ersten Internationale der Arbeiterklasse gab es jedoch noch politisch sehr unterschiedliche Strömungen, sodass ein wirklich schlagkräftiger gemeinsamer Kampf nicht entstehen konnte. Neben Marx und Engels, die für eine kommunistische Ausrichtung der Internationalen standen, übte auch der Anarchist Michail Bakunin großen Einfluss aus. Bakunin lehnte eine zentrale Führung der Internationale und den Kampf für die Herrschaft der Arbeiterklasse ab. Dieser Konflikt führte zur Spaltung der Internationalen, letztlich kam es 1876 zu ihrer vollständigen Auflösung.

1889, nach dem Tod von Marx, wurde dann unter starker Mitwirkung von Engels in Paris die Zweite Internationale gegründet. Vor Beginn des Ersten Weltkriegs hatten die Arbeiterparteien der Internationale sich gegenseitig zugesichert, im Fall eines Krieges gemeinsam gegen den Krieg zu kämpfen. Als es dann aber 1914 zum Krieg kam, stellten sich die allermeisten Parteien der Internationale auf die Seite der Imperialisten ihres eigenen Landes und unterstützten den Krieg. Daran zeigte sich, wie sehr die Arbeiterparteien vom Opportunismus und den bürgerlichen Einflüssen korrumpiert waren, wie sehr ihre revolutionäre Rhetorik nur noch aus hohlen Phrasen bestanden hatte. Infolge dieses offenen Verrats an der Arbeiterklasse löste sich die Zweite Internationale während des Krieges faktisch auf. Sie wurde viel später, nach dem Zweiten Weltkrieg, zwar wiedergegründet, war dann aber von Anfang an eine Organisation, die der revolutionären Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstand und einen internationalen Zusammenschluss der bürgerlichen Sozialdemokratie darstellte.

Die konsequenten revolutionären Sozialisten zogen aus dem Verrat der Sozialdemokratie ihre Schlussfolgerungen. Die Bolschewiki in Russland waren von Anfang an gegen den Krieg gewesen und führten 1917 die Arbeiter und Bauern in der Oktoberrevolution zum Sieg. Schon während des Krieges hatten Marxisten aus anderen Ländern begonnen, sich unabhängig von der pro-imperialistischen Führung der Sozialdemokratie neu zu organisieren, so z.B. in der Gruppe Internationale bzw. Spartakusgruppe in Deutschland. Nach der Oktoberrevolution kam es in zahllosen Ländern zur Gründung kommunistischer Parteien. Oft, aber nicht immer entstanden diese aus Abspaltungen der sozialdemokratischen Parteien. 1919 fand dann im revolutionären Moskau der Gründungskongress der Dritten Internationale, der Kommunistischen Internationale (abgekürzt: Komintern oder KI) statt. Die Komintern war mehr als ein bloßes Bündnistreffen kommunistischer Parteien. Sie war eine wirkliche Weltorganisation der Kommunisten, mit regelmäßigen Weltkongressen, auf denen die Delegierten über die Politik der kommunistischen Weltbewegung bestimmten. Zwischen den Kongressen traf das Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) die Entscheidungen.

Auch die klassenkämpferischen Massenorganisationen bauten zu dieser Zeit teilweise internationale Organisationsstrukturen auf, so z.B. die Internationale Rote Hilfe, die internationale Kampagnen zur Unterstützung politischer Gefangener organisierte, und die Rote Gewerkschafts-Internationale als Dachverband der

klassenorientierten Gewerkschaften.

Die Komintern verabschiedete auf ihrem VI. Weltkongress 1928 auch ein gemeinsames Programm, in dem als Strategie die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern bei gleichzeitigem Kampf gegen die sozialdemokratischen Führungen angestrebt wurde. Der VII. Weltkongress fand dann 1935 statt, nachdem der Faschismus in Deutschland bereits an die Macht gekommen war und die Komintern ihre Anstrengungen darauf fokussierte, den faschistischen Einfluss überall zurückzudrängen. Auf diesem Kongress wurde dann beschlossen, dass die kommunistischen Parteien Volksfrontbündnisse mit den sozialdemokratischen und anderen bürgerlichen Parteien gegen den Faschismus schmieden sollten. Als nach einem faschistischen Putsch in Spanien 1936 ein Krieg ausbrach, organisierte die Komintern ein historisch nie dagewesenes Beispiel an proletarischem Internationalismus – die Internationalen Brigaden, in denen vor allem Kommunisten, aber auch andere Antifaschisten aus verschiedensten Teilen der Welt sich zusammenschlossen, um freiwillig gegen den Faschismus in Spanien zu kämpfen. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Komintern dann 1943 aufgelöst, mit der Begründung, dass die Kampfbedingungen in jedem Land sehr unterschiedlich seien und die kommunistischen Parteien daher besser für die Revolution kämpfen könnten, wenn sie eigenständig ihre Strategie entwickeln.

1947 wurde das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) gegründet, in dem sich einige kommunistische Parteien, allerdings bei weitem nicht alle, weiterhin austauschten. Das Kominform wurde aber bereits 1956 wieder aufgelöst. Seitdem existiert keine feste Organisationsform der kommunistischen Parteien mehr. Lediglich unverbindliche Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien in verschiedenen Konstellationen finden weiterhin statt, auf denen aber keine verbindlichen Beschlüsse gefasst werden.

Der Wiederaufbau einer neuen kommunistischen Weltorganisation ist damit heute die Aufgabe der Kommunisten der ganzen Welt. Allerdings wäre die Voraussetzung dafür, dass es zumindest in den wesentlichen strategischen Fragen eine Einigkeit innerhalb der kommunistischen Weltbewegung gäbe. In vielen kommunistischen Parteien sind aber reformistische und revisionistische Positionen vorherrschend. Mit diesen Positionen kann es aber für Kommunisten keine organisatorische Einheit geben, selbst wenn ein inhaltlicher Austausch mit Parteien auch trotz grundsätzlicher inhaltlicher Differenzen sinnvoll sein kann.

Arbeitsfragen

- **Warum hat die Arbeiterbewegung sich immer als internationalistische Bewegung verstanden?**
- **Welche Formen der Organisierung der Arbeiterklasse hat es historisch gegeben und worin haben sie sich unterschieden?**

Diskussionsfragen

- **Wenn Kommunisten sich als Internationalisten verstehen und für die weltweite Arbeiterklasse kämpfen, sich aber gleichzeitig positiv auf die Heimat beziehen, ist das kein Widerspruch?**
- **Die Komintern wurde 1943 aufgelöst, weil die nationalen Bedingungen jeweils unterschiedlich seien und daher eine einheitliche Weltorganisation der Kommunisten als überholt betrachtet wurde. Was ist von dieser Begründung zu halten? Brauchen wir heute eine neue Kommunistische Internationale oder nicht?**

7 Die Kommunistische Partei

Eine Bewegung, die von Illusionen über den Kapitalismus ausgeht, wird keine revolutionäre praktische Orientierung entwickeln können, sondern sich an unrealistischen Lösungen auf dem Boden des bestehenden Systems abarbeiten. Sie wird für den Kapitalismus nie eine Gefahr darstellen. Die Erarbeitung und tiefe Verinnerlichung der revolutionären Theorie ist für die Arbeiterbewegung daher eine der entscheidendsten Fragen überhaupt.

Die revolutionäre Theorie braucht aber erstens einen Ort, an dem sie kollektiv und systematisch entwickelt werden kann. Sie entsteht nicht von selbst; es reicht nicht aus, wenn einige klassenbewusste Arbeiter die Klassiker des Marxismus-Leninismus lesen. Denn der Marxismus-Leninismus, der Wissenschaftliche Sozialismus, ist keine Sammlung von Lehrbuchweisheiten. Er bedarf der ständigen Anwendung auf die Realität, der permanenten Weiterentwicklung und Präzisierung anhand der politischen Praxis, der Auswertung der historischen Erfahrungen der Bewegung und der Analyse einer sich ständig verändernden Welt. Eine solche anspruchsvolle systematische wissenschaftliche Arbeit kann nur in einer bestimmten Art der Organisation geleistet werden – einer Organisation der Arbeiterklasse, die in sich die fortgeschrittensten und konsequentesten Vertreter der Klasse vereint und die Erfahrungen der Klasse zusammenführt, auswertet und ihre Schlussfolgerungen daraus zieht.

Zweitens muss diese Organisation in enger Verbindung mit der Arbeiterklasse stehen, um den Wissenschaftlichen Sozialismus nicht nur entwickeln, sondern ihn auch in allgemein verständlicher Form in die Arbeiterklasse zurückzutragen und seine Erkenntnisse im Klassenkampf der Arbeiterklasse handlungsleitend werden zu lassen.

Diese Organisation der Arbeiterklasse, von der hier die Rede ist, kann nur die Kommunistische Partei sein. Die Kommunistische Partei ist also eine Weltanschauungspartei, sie ist organisierter Träger des Marxismus-Leninismus, ihre gesamte Existenz, ihr innerer Aufbau und ihre Politik beruhen auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen dieser Weltanschauung.

Zwar kommt es immer wieder auch zu spontanen Kämpfen des Proletariats, zu Widerstandshandlungen gegen das Kapital, zu unkontrollierten Ausbrüchen des Volkszorns. Diese Kämpfe laufen jedoch ins Leere, wenn ihnen die organisierte Führung durch die Kommunistische Partei fehlt. Engels schreibt dazu: „*Solange die unterdrückte Klasse, also in unserm Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein*“ (Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, MEW 21, S. 168). Erst wenn innerhalb der Arbeiterbewegung die fortschrittlichsten Arbeiter, die in der Kommunistischen Partei organisiert sind, eine Führungsrolle übernehmen, erhalten die Kämpfe eine klare Richtung, da sie sich am Ziel der Machtübernahme orientieren. Erst dann gewinnen sie die Ausdauer, um auch nach Rückschlägen den Kampf immer wieder fortzusetzen; und die kollektive Einschätzungsfähigkeit und Weitsicht, um in jeder schwierigen Lage die Nerven zu behalten und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Nur mit einer solchen Führung kann die Arbeiterklasse ihre Kräfte im entscheidenden Moment, in der revolutionären Situation, bündeln und die Macht übernehmen. Die Kommunistische Partei ist somit eine unverzichtbare, ja sogar die wichtigste Waffe der Arbeiterklasse in ihrem Kampf um die Macht.

7.1 Organisationsprinzipien der Kommunistischen Partei

Eine Partei die diese Aufgaben erfüllen soll, die die Kommunisten zu einer wirklichen Kampfgemeinschaft zusammenschließt, neue Generationen von Kommunisten heranbildet, die den Wissenschaftlichen Sozialismus ständig in der Praxis überprüft und weiterentwickelt, die die Arbeiterklasse in die Lage versetzt, sich möglichst schlagkräftig zu organisieren und um die Macht zu kämpfen – eine solche Partei muss in einer ganz bestimmten Weise organisiert sein.

Die Kommunistische Partei (KP) kann sich keinesfalls wie die bürgerlichen Parteien organisieren, in denen die Mitgliedschaft eine mehr oder weniger formelle Angelegenheit ist. Man erhält ein Parteibuch, zahlt einen Mitgliedsbeitrag und ansonsten entscheidet man weitgehend selbst, in welchem Maße man sich engagiert oder auch nicht. Engagement heißt dann meistens aber auch nur, ab und zu auf einer Mitgliederversammlung aufzutauchen, beim Wahlkampf mitzuhelfen oder sich selbst als Kandidat aufzustellen. Dass die bürgerlichen Parteien (auch die „linken“ unter ihnen) so organisiert sind, ergibt sich aus ihrem Wesen und

ihrem Zweck – es sind eben keine Organisationen, die auf den Sturz der Klassenherrschaft ausgelegt sind, sondern im Gegenteil sind sie gerade Instrumente zur Verwaltung und konstruktiven Mitarbeit im Kapitalismus und Karrierekanäle für das zukünftige Führungspersonal des bürgerlichen Staates. Letztlich sind sie Teile des Staates, sie haben also seine ganze geballte Macht auf ihrer Seite.

7.1.1 Die Kommunistische Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse

Eine Kommunistische Partei dient einem völlig entgegengesetzten Zweck. Sie ist kein Mittel zum Mitmachen in den kapitalistischen Institutionen, auch wenn das nicht bedeutet, dass sie die Teilnahme an Parlamentswahlen ablehnt. Sie existiert, um die Arbeiterklasse da zu organisieren, wo sie lebt und arbeitet und sie auf den Kampf um die Macht vorzubereiten. Die Kommunistische Partei verfolgt das Ziel, zur Vorhut, zur **Avantgarde** der Arbeiterklasse zu werden. Auch dieser Begriff kommt aus der Militärtheorie und bezeichnet bei einem Angriff die militärische Abteilung, die den Vortrupp darstellt. Die Avantgarderolle der Partei besteht darin, dass die Partei die Organisation der Arbeiter mit dem fortschrittlichsten, konsequentesten Bewusstsein darstellt, die im Klassenkampf die führende Rolle spielt und von der Arbeiterklasse auch als Führung akzeptiert wird. Was das genau bedeutet, wird im folgenden Unterkapitel besser dargestellt.

Die Kommunistische Partei hat in diesem Kampf die herrschende Klasse, den Staat und die vorherrschende Ideologie gegen sich. Potenziell hat sie zwar die Arbeiterklasse und anderen unterdrückten Schichten hinter sich und vertritt damit die Mehrheit der Gesellschaft. Allerdings kann sie dieses Potenzial die meiste Zeit über nur zu einem Teil ausschöpfen, weil die bürgerliche Ideologie in ihren verschiedenen Varianten in der Gesellschaft weiter vorherrscht. Dazu später mehr.

Die Kommunistische Partei kämpft die meiste Zeit über einen Kampf aus einem massiv ungünstigen Kräfteverhältnis heraus. Selbst eine starke Kommunistische Partei mit Masseneinfluss, wie es z.B. die KPD in den 1920ern und bis 1933 war, genießt zumeist nur die Unterstützung einer Minderheit der Gesellschaft. Wie kann sie diesen Kampf trotzdem gewinnen? Indem sie die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen und Kräfte so effizient wie möglich nutzt, um neue Mitglieder zu gewinnen und ihren Einfluss auf die Massen auszubauen. Das kann sie aber nur, wenn sie einheitlich auftritt und ihre Kräfte nicht zersplittert.

Die Mitglieder der Kommunistischen Partei müssen es deshalb als ihre ständige Verantwortung verstehen, im Klassenkampf und auch in der Partei selbst eine aktive Rolle zu spielen und sich nach ihren Möglichkeiten einzubringen. Es kann unterschiedliche Grade der Aktivität geben, je nachdem in welcher Lebenssituation sich jemand befindet. Aber Passivität, also die Existenz sogenannter „Karteileichen", hat in der KP keinen Platz.

7.1.2 Der Demokratische Zentralismus – Das Organisationsprinzip der revolutionären Partei

Das Organisationsprinzip, in dem diese Anforderungen verwirklicht sind, ist der **Demokratische Zentralismus**. Demokratischer Zentralismus bedeutet einerseits, dass die Politik der Partei und all ihre wichtigen Beschlüsse, besonders die zu strategischen Fragen, breit in der Partei diskutiert werden, sodass möglichst alle Argumente für oder gegen eine bestimmte Position angehört und abgewogen werden können. Bei weniger wichtigen Beschlüssen reicht es dagegen oft auch aus und ist sinnvoller, wenn die Diskussion nur auf der Ebene geführt, die dazu entscheidungsberechtigt ist und den entsprechenden Einblick hat. Schließlich wird der Beschluss per Mehrheitsentscheidung gefasst. Dieser Beschluss ist dann für alle verbindlich. Ein Beschluss des Parteitages oder der obersten Leitungsorgane für alle Parteimitglieder, ein Beschluss einer lokalen Gliederung der Partei für die Mitglieder, die in dieser Gliederung zusammengeschlossen sind. Beschlussverbindlichkeit bedeutet, dass gefällte Entscheidungen auch dann eingehalten und umgesetzt werden, wenn man persönlich nicht mit ihnen übereinstimmt. Gegenüber dieser Regel haben viele Menschen erst mal ihre Zweifel, weil sie in der bürgerlichen Gesellschaft mit der liberalen Illusion erzogen wurden, dass Freiheit darin besteht, dass man als Individuum tun und lassen kann, was man will. Eine solche Freiheit existiert aber in Wirklichkeit nie, denn was das Individuum tun kann und was nicht, was es überhaupt tun will, sein Denken und Handeln, ist von seiner Position in der Gesellschaft bestimmt, von seinen ökonomischen Möglichkeiten und den Einschränkungen seiner Klassensituation. Sich freiwillig einer KP anzuschließen, sich bewusst ihrer Disziplin zu unterwerfen, um kollektiv Einfluss auf den Lauf der Geschichte zu nehmen, um eine bessere Welt zu erschaffen – darin drückt sich ein ungleich viel größeres Maß an Handlungsfreiheit aus.

Die Beschlussdisziplin in der Kommunistischen Partei bedeutet auch keineswegs, dass man Beschlüsse kritiklos hinnehmen muss, obwohl man sie ablehnt. Ganz im Gegenteil: Jeder Kommunist hat das Recht und sogar auch die Pflicht, seine Meinung in der Partei kundzutun, gerade dann, wenn er die Politik der Partei für falsch hält. Die anderen Genossen der Partei und insbesondere die Leitungsorgane haben die Pflicht, Kritik ernst zu nehmen, sie nicht zu behindern, sondern zu fördern, sie zu überprüfen und gegebenenfalls Konsequenzen für ihr eigenes Handeln und das der Partei daraus zu ziehen.

Die Kommunistische Partei ist durch den Demokratischen Zentralismus eine zutiefst demokratische Partei. Demokratie ist in der KP kein totes formales Verfahren, wie in den bürgerlich-„demokratischen" Staaten und Parteien, wo es vor allem darum geht, alle paar Jahre für den einen oder anderen Kandidaten zu stimmen, während der Inhalt der Politik im Wesentlichen durch das Kapital vorbestimmt ist. In der KP ist der Wahlprozess nur ein Aspekt des demokratischen Parteilebens und in der Regel nicht der wichtigste. Weil politische Entscheidungen, bevor sie gefällt werden, aber auch während und nachdem sie umgesetzt

wurden, ständig diskutiert werden, weil auch die Personalpolitik der Partei, also wer welche Funktion übernehmen sollte, Gegenstand ausführlicher Diskussionen ist, ist die Möglichkeit jedes Einzelnen zur Einflussnahme auf Beschlüsse ungleich viel umfassender, als es durch eine bloße Abstimmung möglich wäre. Zentralismus bedeutet auch, dass die Erfahrungen zusammengeführt, ausgewertet und allen zugänglich gemacht werden. Erst der Zentralismus ermöglicht also die demokratische Beteiligung an der Entwicklung der Partei als Ganzer, anstatt einer lokal beschränkten Teilhabe. Das bürgerliche Demokratieverständnis geht davon aus, dass die Meinungen der Wähler irgendwie schon feststehen und sich nur noch in den Wahlen ausdrücken müssen. In Wirklichkeit ist die persönliche Meinung aber vor allem dadurch bestimmt, welche Position man in der Gesellschaft innehat und wie man diese selbst interpretiert, also welchen ideologischen Einflüssen das Individuum unterliegt – bei den meisten Menschen sind das vor allem die Einflüsse der Bourgeoisie.

In der Kommunistischen Partei muss man aber davon ausgehen, dass es keinen Interessensgegensatz gibt, da alle letztlich dasselbe Ziel verfolgen. Einen Meinungsstreit gibt es natürlich trotzdem noch, was auch gut und notwendig ist, da erst die Gegenüberstellung verschiedener Sichtweisen es ermöglicht, zu einem wirklich umfassenden, möglichst alle Aspekte einer Sache berücksichtigenden Bild zu kommen. In der Diskussion können die meisten Meinungsverschiedenheiten aber überwunden werden, sodass ein Großteil der Entscheidungen einstimmig getroffen werden kann.

Die Entscheidungsfindung muss in einer revolutionären Organisation einerseits demokratisch sein, also die Meinung und den Willen möglichst aller Mitglieder berücksichtigen und in die Entscheidung einfließen lassen. Sie muss andrerseits aber auch effizient und schnell sein. Denn nicht immer hat man die Zeit, Entscheidungen lange zu diskutieren. Das gilt nicht nur für Extremsituationen, in denen die schnelle Entscheidungsfindung sogar eine Frage auf Leben und Tod sein kann. Auch unter weniger dramatischen Bedingungen ergibt es keinen Sinn und ist auch nicht möglich, jede Detailentscheidung von der Gesamtheit der Mitglieder treffen zu lassen. Der Demokratische Zentralismus schließt deshalb auch verschiedene Organisationsebenen, also eine organisatorische Hierarchie ein.

Das höchste Entscheidungsorgan ist in einer KP immer der Parteitag, weil er die gesamte Mitgliedschaft der Partei repräsentiert. Der Parteitag ist ein Kongress, zu dem die örtlichen Gliederungen der Partei ihre Delegierten wählen. Der Parteitag entscheidet über die grundsätzliche Aufstellung der Partei und die Richtung ihrer Politik: Das Statut der Partei, also ihre Organisationsweise, das Parteiprogramm, also die Strategie der Partei und wesentliche Analysen der politischen Lage, sowie wichtige Resolutionen zu anderen Fragen werden vom Parteitag entschieden. Diese Beschlüsse sind die höchsten, die es in der Partei gibt. Sie zu ändern oder aufzuheben, z.B. ein neues Parteiprogramm zu beschließen, ist nur auf einem anderen Parteitag möglich, niemand sonst hat dieses Recht.

Der Parteitag wählt zudem das Zentralkomitee (ZK). Das ZK ist das höchste beschlussfassende Leitungsorgan der KP zwischen den Parteitagen. Denn ein Parteitag ist jedes Mal mit großem Aufwand verbunden und kann daher in der Regel nur alle paar Jahre stattfinden. Das Zentralkomitee übernimmt in der Zwischenzeit die politische Leitung der Partei. In ihm werden alle Erfahrungen der Partei zusammengeführt und zentral analysiert. Die lokalen Gliederungen werden vom ZK angeleitet. Das ZK beschließt zudem das politische Tagesgeschäft, also z.B. die Reaktion auf aktuelle politische Entwicklungen, die Herausgabe der Parteizeitung, die Organisierung von landesweiten Großveranstaltungen usw. Und nicht zuletzt hat das ZK die Aufgabe, die Parteitage vorzubereiten. Die Entscheidungen des ZK beruhen auf der Analyse der Erfahrungen und Einschätzungen der Gesamtpartei, was natürlich auch bedeuten kann, entgegen den Erfahrungen und Einschätzungen einzelner Parteiorganisationen Entscheidungen zu treffen.

Damit die zentrale Leitung, aber auch untergeordnete Leitungsgremien der Partei (z.B. die Leitungsgremien der Grundorganisationen) in der Lage sind, den Gesamtüberblick zu behalten und die bestmöglichen Entscheidungen zu treffen, ist die Partei auf ein funktionierendes Berichtswesen angewiesen. Die Leitungsorgane brauchen ständige Berichte aus allen Bereichen, die zum Zentrum laufen. Sie dienen gleichzeitig der Übermittlung von Informationen und Einschätzungen, aber auch der Formulierung von Kritik. Auf Grundlage der Analyse und Verallgemeinerung dieser Berichte können dann Orientierungen für die Praxis in allen Organisationseinheiten gegeben werden. Umgekehrt muss das Zentralkomitee regelmäßig die Basis der Partei über wichtige Beschlüsse, Diskussionen und Entwicklungen informieren.

Die grundlegende Organisationseinheit einer KP, auf der die gesamte Organisation aufbaut, ist die Grundorganisation. Jedes Mitglied der KP, vom einfachen Aktivisten bis zum Generalsekretär des Zentralkomitees, muss in einer Grundorganisation aktiv sein. Die Grundorganisationen entwickeln vor Ort die Politik, sie greifen in die Kämpfe ein oder initiieren sie, in ihnen werden auch die Beschlüsse und Dokumente der Partei diskutiert. Die Grundorganisationen sollten also im Wesentlichen arbeitende Einheiten sein. Es ist wichtig, dass in ihnen auch Meinungen und Argumente über politische und weltanschauliche Fragen ausgetauscht werden, allerdings sind sie auch keine Diskussionszirkel, die alles zerreden und Diskussionen als Selbstzweck führen.

7.1.3 Kritik und Selbstkritik

Die Grundorganisationen sind auch ein wichtiger Ort für Kritik und Selbstkritik unter den Kommunisten. Da dort die Praxis besprochen und ausgewertet wird, muss es auch den Raum geben, Mängel und Fehlverhalten einzelner Genossen oder ganzer Gliederungen und Organe der Partei zu kritisieren. Die Kritik an einem hohen Funktionär der Partei muss dabei genauso möglich und selbstverständlich sein wie die an jedem „einfachen" Mitglied. Kritik und Selbstkritik fin-

det aber nicht nur in der Grundorganisation statt, sondern in der gesamten Organisation. Die Partei kann für vergangene Fehler auch als Ganze Selbstkritik üben, auch vor der Öffentlichkeit. Bestimmte Fragen von allgemeiner Bedeutung für die Arbeiterklasse, wie z.B. Fragen der Strategie, wo es wichtig ist, möglichst viele Stimmen und Erfahrungen einzubeziehen, sollten grundsätzlich eher öffentlich diskutiert werden.

Normalerweise finden Kritik und Selbstkritik aber intern statt. Insbesondere werden politische Konflikte innerhalb der Partei ausgetragen und in den dafür vorgesehenen Gremien und Kanälen gelöst. Sie werden nicht nach außen getragen, weil das das einheitliche Auftreten der Partei untergraben kann. Je mehr der Klassengegner über Spannungen und Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Partei weiß, desto besser kann er sie für seine Zwecke ausnutzen, sie in seinen Medien verzerrt darstellen, versuchen die Gräben zu vertiefen oder sogar Unzufriedene identifizieren, die als Spitzel angeworben werden könnten.

Aus diesem Grund werden in einer KP keine Fraktionen oder Strömungen zugelassen. Das Verbot der Fraktionsbildung innerhalb der Kommunistischen Partei wurde im Jahr 1921 zuerst von den Bolschewiki in Russland beschlossen, als Schlussfolgerung historischer Erfahrungen und folgerichtige Umsetzung des Demokratischen Zentralismus. Man hatte erkannt, dass in früheren Revolutionen die Konterrevolution immer in der Lage gewesen war, Konflikte innerhalb des revolutionären Lagers auszunutzen, um die Revolution als Ganze zu bekämpfen. Der Beschluss besagte u.a.: *„Die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei muß so gehandhabt werden, daß jeder praktische Vorschlag .in möglichst präziser Form unverzüglich, ohne jegliche Verschleppung, an die örtlichen und zentralen leitenden Organe der Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird. (…) Jedwede Analyse der allgemeinen Linie der Partei oder die Auswertung ihrer praktischen Erfahrung, die Kontrolle der Durchführung ihrer Beschlüsse, das Studium der Methoden zur Berichtigung von Fehlern usw. dürfen auf keinen Fall vorher in Gruppen erörtert werden, die sich auf Grund-irgendeiner „Plattform"' u. ä. bilden, sondern sind ausschließlich der unmittelbaren Behandlung durch alle Parteimitglieder zuzuleiten*" (Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei, LW 32, S. 247). Damit wurde Kritik also nicht unterbunden, sondern im Gegenteil in die dafür vorgesehenen Bahnen geleitet und so sichergestellt, dass die dafür gewählten Verantwortlichen und die gesamte Partei sich damit beschäftigen. Der Beschluss richtete sich gegen Gruppen innerhalb der Partei wie z.B. Leo Trotzki und seine Anhänger, die versuchten, als intransparente Diskussionszirkel hinter verschlossenen Türen ihre eigene politische Linie zu entwickeln und diese dann in der Partei durchzusetzen. Es wurde von allen Parteimitgliedern gefordert, dass sie sich mit ihrer Kritik der offenen Diskussion in der Partei stellen und somit alle an diesen Diskussionen teilhaben lassen. Dieses Vorgehen ist nicht nur um ein Vielfaches transparenter, sondern es stellt auch die Argumente in den Vordergrund, weil es undemokratische Gruppendynamiken verhindert, die dem Gesamtkollektiv der Partei entgegenlaufen. Es

wird bis heute von den Kommunistischen Parteien als ein Grundprinzip des Demokratischen Zentralismus hochgehalten.

7.1.4 Die Kommunistische Partei als Kaderpartei

Die Kommunistische Partei ist eine Kaderpartei. Was bedeutet das? Es bedeutet, dass sie es nicht darauf anlegt, um jeden Preis möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, sondern dass sie einen hohen Anspruch an jedes einzelne Mitglied stellt, sich so weit wie möglich zu einem Kader, einer kommunistischen Persönlichkeit zu entwickeln. Das ist ein Ziel, das Kommunisten ihr Leben lang anstreben. Niemand wird dieses Ziel jemals vollständig und zur Perfektion erreichen. Kommunisten sollten zwar immer an ihren Fehlern und Schwächen arbeiten, werden sie aber nie zur Gänze überwinden können. Trotzdem ist es richtig und notwendig, festzuhalten, welche Eigenschaften ein kommunistischer Kader idealerweise aufweist. Entscheidend ist nicht, ob alle diese Eigenschaften erfüllt sind, sondern ob man bereit ist, sich an diesem hochgesteckten Ziel zu orientieren und zu entwickeln.

Ein kommunistischer Kader ist nicht einfach jemand, der viel Marx und Lenin gelesen hat oder der das Parteibuch der KP vorzeigen kann. Er ist jemand, in dessen Leben der Kampf für die sozialistische Revolution eine zentrale Rolle spielt, der es sich gewissermaßen zur Lebensaufgabe gemacht hat, die Arbeiterklasse zu organisieren und ihren Kampf zu führen und zu unterstützen. Dafür muss er sich im engen Kontakt zur Arbeiterklasse befinden, auch und besonders dann, wenn er selbst nicht aus der Arbeiterklasse stammt. Er muss die Fähigkeit entwickeln, auf andere Menschen politisch Einfluss zu nehmen, sie in der Entwicklung ihres Klassenbewusstseins anzutreiben, zu begleiten und zu unterstützen. Er muss in der ersten Reihe der Kämpfe der Arbeiterklasse stehen und sich in diesen Kämpfen für die bessere Organisierung der Klasse, für die Überwindung von Spaltungen und die Bekämpfung von Illusionen einsetzen. Er muss in der Lage sein, auch in zugespitzten Situationen des Klassenkampfes den verschiedenen Instrumenten des Gegners standzuhalten, ob es sich nun um Versuche der Einbindung und Bestechung, oder der Einschüchterung und Repression handelt.

Und nicht zuletzt muss er, um diese Aufgaben erfüllen zu können, ein umfassendes Wissen über den Marxismus-Leninismus, aber auch über die politische Lage, die Geschichte der Arbeiterbewegung und die aktuelle Politik der Partei haben. Dadurch gewinnt die Bildungsarbeit und ideologische Arbeit in der KP eine hervorgehobene Bedeutung. Ohne eine systematische, kontinuierliche und gute Bildungsarbeit werden die Mitglieder der Partei nicht die erforderlichen Fähigkeiten erwerben können, um die Partei und die Sache des Kommunismus unter allen Bedingungen korrekt vertreten und erklären zu können. Sie werden ohne Bildung auch keine richtigen Einschätzungen treffen können und die Rolle als Vorhut der Arbeiterklasse nicht erfüllen können. Die Fähigkeit der Gesamtpartei, auf neue Entwicklungen, auf Herausforderungen, auf den Druck der bürgerli-

chen Parteien usw. bestmöglich reagieren zu können, setzt voraus, dass all ihre Mitglieder diese Fähigkeit erwerben. Denn ein gewisses Niveau der politischen Bildung ist faktisch überhaupt erst die Voraussetzung, um sich an den Diskussionen in der Partei auf Augenhöhe beteiligen zu können. Politische Bildung darf hier nicht als trockenes Bücherwissen verstanden werden – zwar gehört das Studieren von Texten unverzichtbar dazu, doch genauso auch ein Verständnis der Gesellschaft und des Klassenkampfes, wie es letzten Endes nur in der Praxis erlernt werden kann. Die Teilnahme an der Bildungsarbeit ist somit auch für jeden Kommunisten eine Pflicht.

Der Charakter der KP als Kaderpartei hat auch Konsequenzen für ihre Mitgliederpolitik. Die KP ist keine Massenorganisation und darf nicht mit einer solchen verwechselt werden. Dass die Partei keine Massenorganisation ist, heißt nicht, dass sie nur wenige Mitglieder haben kann. Natürlich hat die Kommunistische Partei das Ziel, immer stärker zu werden, was auch bedeutet, dass sie ihre Mitgliederzahl ständig steigern muss. Ob die Partei groß oder klein ist, hängt davon ab, ob die Partei und ihre Kader gut arbeiten, es hängt aber auch ab von der Entwicklung des Klassenbewusstseins in den Massen. Da dieses Bewusstsein sich in bestimmten Situationen sprunghaft entwickelt, kann auch die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei in manchen Phasen nur langsam, in anderen dagegen rasant anwachsen.

Die Aussage, dass die KP keine Massenorganisation ist, bedeutet also etwas anderes: Nämlich dass es nicht ihr Ziel ist, jeden zum Parteimitglied zu machen, der zu einem bestimmten Thema aktiv werden will. Sie will nicht einmal jeden aufnehmen, der sich als Marxist oder Kommunist versteht. Sie ist die Partei der Kommunisten, aber das bedeutet eben auch, dass sie hohe Anforderungen an ihre Mitglieder stellt. Die meisten Menschen, auch wenn sie mit der Politik der Partei sympathisieren mögen, erfüllen diese Anforderungen zunächst nicht. Es ist das Ziel, möglichst viele von ihnen in die Lage zu versetzen, der Partei beizutreten. Doch wenn der Beitritt zur Kommunistischen Partei verfrüht stattfindet, führt er nicht zur Stärkung der Partei, sondern zur Überforderung von Genossen, die oft darin resultiert, dass sie sich wieder davon entfernen. Daher sollten vor dem Eintritt in eine KP gewisse Erfahrungen im Klassenkampf gesammelt und die wichtigsten Grundlagen des Marxismus-Leninismus angeeignet werden.

Obwohl die Partei ihren Mitgliedern einiges abverlangt und wohl nie die Mehrheit der Arbeiterklasse zu Parteimitgliedern machen wird, ist sie natürlich darauf angewiesen, ständig zu wachsen. Das setzt voraus, dass sich im Klassenkampf immer wieder neue Individuen hervortun, die besonders kämpferisch, besonders konsequent und in ihrem Klassenbewusstsein besonders fortgeschritten sind, sodass sie in die Partei aufgenommen werden können.

Eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung neuer Genossen auf die Mitgliedschaft in der KP kann auch der kommunistische Jugendverband spielen. Die Jugend der Arbeiterklasse ist in ihrer Lebenslage natürlich auch durch ihre Klassensituation

bestimmt. Die Jugend ist keine eigene Klasse und sie hat keine Interessen, die unabhängig vom Klassengegensatz wären. Vielmehr ist auch die Jugend gespalten in die Arbeiterjugend und die Jugend der Bourgeoisie, die gegensätzliche und unvereinbare Interessen haben. Der kommunistische Jugendverband vertritt daher natürlich nicht die Interessen der Jugend im Allgemeinen, weil es das auch nicht gibt. Er vertritt die Interessen der Arbeiterjugend.

Wenn aber die Arbeiterjugend nur ein Teil der Arbeiterklasse ist, warum dann überhaupt ein eigener Jugendverband? Weil die Jugend der Arbeiterklasse zwar grundsätzlich keine anderen Interessen hat als die Arbeiterklasse, aber trotzdem eine eigene Lebenslage, eigene Bedürfnisse, ihren eigenen Zugang zur Politik usw. Jugendliche sind oft mit besonderem Feuer bei der Sache und eher bereit, ihr Leben auf den Kampf auszurichten, als es die meisten Erwachsenen sind. Sie sind auch oft von besonders scharfen Ausbeutungsbedingungen betroffen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für die kommunistische Partei, der Arbeit unter den Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Viele, aber nicht alle Kommunistischen Parteien, haben zu diesem Zweck einen kommunistischen Jugendverband geschaffen. Der Beitritt zum Jugendverband hat in der Regel nicht dieselben hohen Voraussetzungen wie die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei, allerdings ist natürlich auch hier notwendig, dass die Mitglieder der Jugendorganisation sich mit dem Kampf für den Kommunismus identifizieren. Der kommunistische Jugendverband ist also keine Massenorganisation. Ob die Gründung eines solchen Jugendverbandes immer notwendig und hilfreich ist, müsste im konkreten Fall diskutiert werden, daher wollen wir es an dieser Stelle offen lassen..

7.1.5 Historische Auseinandersetzungen zur Organisationsfrage

Die Frage, wie sich die Revolutionäre organisieren müssen, ist eine sehr politische Frage, die daher auch seit den Anfängen der Arbeiterbewegung umstritten ist. Die grundlegenden Organisationsprinzipien und Charakteristika der Kommunistischen Partei wurden bereits von Marx und Engels formuliert. So erklären sie bereits 1848 den Charakter der Kommunistischen Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse: *„Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“* (Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 474). Der von Marx und Engels mitgegründete Bund der Kommunisten, für den sie das Kommunistische Manifest schrieben, war im Kern bereits nach dem Demokratischen Zentralismus organisiert: In ihm organisierten sich nur die bewusstesten und diszipliniertesten revolutionären Arbeiter. Es galt die Pflicht zur Einhaltung von Beschlüssen, wobei das höchste Gremium der Organisation wie bei den späteren Kommunistischen Parteien der Kongress war und es zwischen den Kongressen eine zentrale Leitung gab.

Lenin hat die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus also nicht einfach „erfunden", sondern eher übernommen, verteidigt, theoretisch ausgearbeitet und weiterentwickelt. Diese Weiterentwicklung fand innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR), der damaligen sozialistischen Partei der russischen Arbeiterklasse, als innerparteiliche Auseinandersetzung statt. Im gesamten russischen Zarenreich hatten sich durch den Aufschwung der Arbeiterbewegung in Europa und die steigende Popularität des Marxismus eigenständige Zirkel von Sozialisten gebildet, die es nun zu einer einheitlichen Organisationsstruktur zusammenzuführen galt. Dabei gingen jedoch innerhalb der Bewegung die Vorstellungen darüber, wie eine solche Partei organisiert sein sollte, weit auseinander. Die Menschewiki um Pawel Axelrod vertraten die Position, dass jeder, der der Partei hilft und sich ihr zurechnet, auch als Mitglied der Partei zählen solle. Lenin beschreibt die Haltung der Menschewiki zur Organisationsfrage als *„Eintreten für eine verschwommene, nicht fest gefügte Parteiorganisation; ihre Abneigung gegen den Gedanken (…) des Aufbaus der Partei von oben nach unten, ausgehend vom Parteitag und den von ihm geschaffenen Körperschaften; ihr Bestreben, von unten nach oben zu gehen und es jedem Professor, jedem Gymnasiasten und ‚jedem Streikenden' selbst zu überlassen, ob er sich als Parteimitglied betrachten will; ihre Feindseligkeit gegen den ‚Formalismus', der vom Parteimitglied die Zugehörigkeit zu einer von der Partei anerkannten Organisation verlangt"* (Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, LW 7, S. 200f).

Lenin legte in seiner Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" (MEW 7) dar, dass nur bewusste Revolutionäre in der Partei organisiert werden sollten. Voraussetzung für die Mitgliedschaft müsse sein, dass man in einer Parteiorganisation (also z.B. einer Betriebszelle der Partei) aktiv ist. Gerade durch starke, disziplinierte und schlagkräftige Parteiorganisationen werde es möglich sein, auf breite Massen der Arbeiterklasse Einfluss zu nehmen und die Entwicklung des Klassenbewusstseins zu fördern.

Die unterschiedlichen Vorstellungen kamen vor allem auf dem zweiten Parteitag der SDAPR im Jahr 1903 zum Vorschein. Lenin und seine Genossen kämpften darum, die SDAPR in eine feste Organisation mit straffer Disziplin zu verwandeln, während andere Kräfte die Partei weiterhin als lose Struktur von Zirkeln ohne klare Beschlussdisziplin und Rechenschaft erhalten wollten. Dadurch kam es zur faktischen Spaltung der Partei, wobei die Gruppe um Lenin die Mehrheit stellte. Während beide Flügel formell weiterhin in derselben Partei blieben, war die Partei nun in die Bolschewiki („Mehrheitler") und Menschewiki („Minderheitler") gespalten. Dass sich die bolschewistische Linie durchsetzen konnte, war eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass 1914 ein Großteil der russischen Arbeiterbewegung die Position gegen den imperialistischen Ersten Weltkrieg aufrechterhielt und dass 1917 die Arbeiterklasse ihren Kampf erfolgreich auf die Machteroberung orientieren konnte.

Die Oktoberrevolution 1917 zeigte schließlich auch die Gültigkeit der von Lenin aufgestellten Organisationsprinzipien als korrekte Grundlage für die Arbeit einer

revolutionären Partei. Es zeigte sich in den folgenden Jahren, dass es auch nach der Machteroberung erforderlich ist, dass die Partei einheitlich handelt und keine Fraktionsbildung in den eigenen Reihen toleriert. 1921 beschloss die Partei daher auf ihrem zehnten Parteitag, dass die Bildung von Gruppen und Plattformen in der Partei unzulässig sei. Stattdessen müssten politische Fragen und Kritik an der Arbeit der Partei immer mit allen Parteimitgliedern diskutiert werden. Leo Trotzki unterstützte 1921 diesen Beschluss. Später stellte dieser jedoch ein Problem für seine Ziele im innerparteilichen Kampf gegen die Mehrheit der Parteiführung dar. Trotzki organisierte mehrfach organisierte Fraktionen innerhalb der Partei, um gegen die Linie der Parteiführung anzukämpfen. Er rechtfertigte dies damit, der Beschluss sei angeblich nur „vorübergehend" gemeint gewesen. Tatsächlich deutet jedoch nichts auf eine solche Interpretation hin, vielmehr handelt es sich beim Fraktionsverbot, wie oben ausgeführt wurde, um eine wichtige Weiterentwicklung des Demokratischen Zentralismus, die zu einer Stärkung der innerparteilichen Demokratie und Transparenz führt und daher heute in allen marxistisch-leninistischen Parteien angewandt wird.

1925 wurde in der Kommunistischen Internationale die Bolschewisierung aller nationalen Sektionen, also der Kommunistischen Parteien beschlossen. In einer Resolution des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) vom 4. April 1925 heißt es dazu: *„Die Haupt- und Grundform der Organisation jeder bolschewistischen Partei ist die Parteizelle im Betriebe. Das alte, von der Sozialdemokratie übernommene Organisationsprinzip, nach dem die Partei auf der Grundlage der Wahlkreise in Rücksicht auf die Bedürfnisse der Parlamentswahlen aufgebaut wird, ist für die Kommunisten unannehmbar. Eine echte bolschewistische Partei ist unmöglich, wenn die Organisation in ihrer Grundlage nicht auf den Betriebszellen beruht."* (EKKI 1925). Bolschewisierung bedeutete auch, die Kommunistischen Parteien nach dem Demokratischen Zentralismus zu organisieren, also freie Diskussion, Kritik und Selbstkritik, strenge Beschlussdisziplin und Rechenschaftspflicht für alle Organe der Partei einzuführen. Sie bedeutete, dass die Kommunistischen Parteien die Herausbildung von proletarischen Kadern zur zentralen Aufgabe des Parteiaufbaus machten. Sie bedeutete, dass überall die Arbeit in den Gewerkschaften, auch den reaktionärsten unter ihnen, sowie andere Formen der Massenarbeit entwickelt werden.

In der KPD wurde die Bolschewisierung unter der Führung Ernst Thälmanns vorangetrieben. Den Sieg des Faschismus über die Arbeiterbewegung 1933 konnte die KPD trotzdem nicht verhindern. Die Gründe dafür müssen analysiert werden, wobei auch die Niederlagenanalyse der Komintern selbst in den folgenden Jahren zu berücksichtigen ist. Bereits 1932 hatte das EKKI festgestellt, dass viele Kommunistische Parteien, darunter insbesondere auch die KPD, nur eine oberflächliche Bolschewisierung durchlaufen hatten und vielfach noch Organisationspraktiken der alten Sozialdemokratie anwandten, was sie daran hinderte, sich in den Betrieben und der Arbeiterklasse zu verankern, die Mitglieder der Partei weltanschaulich zu festigen und die Partei vor Repressionen zu schützen (Pjatnizki 1932).

Arbeitsfragen

- **Worin bestehen die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus?**
- **Was bedeutet es, dass die Kommunistische Partei eine Kaderpartei ist? Warum kann sie nicht wie eine Massenorganisation funktionieren?**

Diskussionsfragen

- **Die Kommunistische Partei will die Vorhut der Arbeiterklasse sein. Bedeutet das nicht eine Bevormundung der Arbeiterklasse?**
- **Ist der Demokratische Zentralismus wirklich das einzig denkbare Organisationsprinzip für eine revolutionäre Arbeiterpartei?**

7.2 Verhältnis zwischen Partei und Arbeiterklasse

Die kommunistische Partei ist, wie schon dargestellt wurde, die Partei der Arbeiterklasse. Aber was bedeutet das genau? Es bedeutet erstens, dass ihre Weltanschauung die der Arbeiterklasse ist, der Marxismus-Leninismus. Es bedeutet zweitens, dass Programm darin besteht, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten und den Sozialismus aufzubauen. Drittens bedeutet es, dass die KP ihre Praxis darauf ausrichten muss, vor allem die Arbeiterklasse zu organisieren, sowohl in selbstorganisierten Massenorganisationen, als auch in der kommunistischen Partei.

Es bedeutet andrerseits aber nicht, dass die KP nur aus Arbeitern besteht. Natürlich können auch Personen aus anderen Schichten und Klassen Mitglieder der Partei werden, wenn sie den Kampf der Arbeiterklasse unterstützen. Die KP muss danach streben, sich auch in dem Sinne zu einer Arbeiterpartei zu entwickeln, dass die Arbeiterklasse unter den Mitgliedern sowie in der Führung in der Mehrheit ist, indem die Partei den Schwerpunkt ihrer Arbeit und Mitgliedergewinnung auf die Arbeiterklasse legt.

Diese Schwerpunktsetzung der Praxis ist von entscheidender Bedeutung. Die KP fokussiert ihre Kräfte auf die Arbeit mit den Massen der Arbeiter, nicht z.B. auf Studenten, linke Intellektuelle mit kleinbürgerlichem Hintergrund oder auf eine subkulturelle „Szene". Das gesamte Handeln der Partei, ihr Organisationsaufbau, ihre Veröffentlichungen, ihre Kaderentwicklung, selbst ihre ideologische Arbeit und Bildungsarbeit sind auf das Ziel ausgerichtet, die Arbeiterklasse für den Klassenkampf zu organisieren und die kommunistische Weltanschauung in ihr zu verbreiten.

Als Kaderpartei ist die KP an sich keine Massenpartei – jedenfalls nicht in dem Sinne, dass sie danach strebt, niedrigschwellig möglichst viele Mitglieder aufzunehmen. Das bedeutet auf der anderen Seite nicht, dass eine KP nicht trotzdem viele Mitglieder haben kann. Der Weg zur Stärke führt aber nicht über die Mitgliedergewinnung um jeden Preis, sondern über die Verbesserung der Qualität ihrer Agitation und Propaganda, die bessere Organisierung, die Entwicklung wirklicher proletarischer Führungspersonen für den Klassenkampf.

7.2.1 Partei und Massenorganisationen

Wie kann die KP trotzdem der Aufgabe gerecht werden, wirklich breite Massen zu erreichen und zu organisieren, wenn sie gar nicht als Massenorganisation ausgelegt ist?

Die Antwort liegt in der scharfen Unterscheidung zwischen der revolutionären Organisation der Kommunisten einerseits und den Massenorganisationen andrerseits. Während sich in der Kommunistischen Partei nur diejenigen organisieren, die im vollen Umfang vom Kommunismus überzeugt sind und für dieses Ziel kämpfen, hat eine Massenorganisation einen ganz anderen Charakter. Massenorganisationen rekrutieren sich auf viel breiterer Grundlage aus dem Volk. Die wichtigste Form der Massenorganisation ist die Gewerkschaft. In einer Gewerkschaft organisieren sich alle Arbeiter, die für ihre Interessen und die ihrer Klasse kämpfen. Dazu gehört der Kampf für einen höheren Lohn, für Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, bessere Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz usw. Die Kommunisten haben aber auch die Aufgabe, diesen Kampf zu politisieren, doch dazu später mehr. Die Übereinstimmung mit einer bestimmten Weltanschauung ist dabei kein Kriterium und sollte es auch nicht sein. Wir kämpfen in diesem Sinne für Gewerkschaften, die die Arbeiter möglichst vieler Branchen und Betriebe, aber auch aller weltanschaulichen und politischen Richtungen vereinen. Diese bieten meistens die besten Voraussetzungen für die Arbeiterklasse, um geschlossen für das Interesse der gesamten Klasse zu kämpfen, das alle Arbeiter gemein haben und die notwendige Schlagkraft entwickeln, um das Kapital wirklich zu Zugeständnissen zu zwingen.

Die Kommunisten dürfen sich nicht davor fürchten, in denselben Gewerkschaften zu wirken, in denen auch ihre politischen Gegner aktiv sind und in denen die meisten Arbeiter den Parteien des Systems folgen. Den Einfluss dieser Kräfte müssen die Kommunisten und andere klassenkämpferische Arbeiter zurückdrängen, aber nur indem sie innerhalb der Gewerkschaften ihre schmutzige, arbeiterfeindliche Rolle entlarven und die Anhängerschaft dieser Parteien für den gemeinsamen Kampf gewinnen.

In den Gewerkschaften haben die Kommunisten also eine doppelte Aufgabe: Auf der einen Seite kämpfen sie für die Einheit der Klasse im Klassenkampf und gegen jede Spaltung an. Auf der anderen Seite müssen sie aber auch gegen die bürgerlichen und opportunistischen Gewerkschaftsführungen kämpfen, die sich

zwangsläufig immer wieder gegen die Interessen der Arbeiter wenden und die Zusammenarbeit mit dem Kapital dem konsequenten Arbeitskampf vorziehen werden. Beide Aufgaben hängen eng miteinander zusammen: Denn der Opportunismus und die Kollaboration der Gewerkschaftsführungen verschärfen in der Praxis in vielen Fällen die Spaltung der Arbeiterklasse, z.B. indem die Kommunisten aktiv ausgegrenzt wurden oder indem „Kompromisse" geschlossen werden, die die Spaltung zwischen prekär angestellten Arbeitern im Niedriglohnsektor und den besser bezahlten Teilen der Klasse vertiefen. Umgekehrt können sich diese Funktionäre darauf stützen, dass es eine Arbeiteraristokratie gibt, die eher versucht, ihre besonderen Interessen gegenüber den stärker benachteiligten Arbeitern zu verteidigen, als Seite an Seite mit ihnen für Verbesserungen für die ganze Klasse zu kämpfen. Denn die vermeintlichen Sonderinteressen dieser Schicht der Arbeiterklasse vertreten die Gewerkschaftsführungen und werden daher von ihnen unterstützt. In Wirklichkeit hätten aber auch die bessergestellten Arbeiter letztlich viel mehr durch eine konsequent kämpferische Arbeiterbewegung zu gewinnen als durch das kurzsichtige Beharren auf Vorteilen, die sich aus ihrer relativen Besserstellung ergeben.

Gewerkschaften sind natürlich nicht die einzige Form der proletarischen Massenorganisation. Sie sind die wichtigste, weil sie die Arbeiter im Arbeitsprozess selbst organisieren und es ermöglichen, die Klasse in den Streik zu führen, also die kapitalistische Akkumulation zum Schaden des Kapitals zu unterbrechen. Deshalb spielt die Organisierung der Arbeiterklasse in den Betrieben auch in der Revolution eine entscheidende Rolle.

Gleichzeitig muss die Kommunistische Partei aber auch die Selbstorganisierung der Arbeiterklasse und der Volksmassen in anderen Bereichen vorantreiben, wie im Wohnviertel, über Sport und Kultur, in Schulen und Universitäten usw. Die verschiedenen Formen der Massenorganisierung müssen darauf ausgerichtet sein, möglichst viele Menschen zu aktivieren und in den Kampf für ihre Interessen zu führen. Ihre Grundlage muss die Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten sein.

7.2.2 Die Rolle der Kommunisten in den Massenorganisationen

Die Kommunisten müssen in den verschiedenen Massenorganisationen aktiv sein, ebenso wie sie es in den Gewerkschaften sind. Sie müssen darum kämpfen, eine Führungsrolle in den Kämpfen zu spielen und damit wirklich zur Avantgarde der Arbeiterklasse zu werden. Avantgarde sein bedeutet aber nicht, sich zur Führung zu deklarieren und den Massen nur noch Parteitagsbeschlüsse und die Lehrsätze des Marxismus vorzutragen. Die Rolle als Führung der Klasse können die Kommunisten sich nur verdienen, indem sie in allen Kämpfen die erste Reihe stellen, indem sie am konsequentesten, am aktivsten, am vorbildlichsten, am bewusstesten im Sinne der ganzen Klasse den Kampf führen.

Das strategische Ziel der Kommunisten besteht dabei erstens darin, die verschiedenen Kämpfe der Arbeiterklasse und der Massen zusammenzuführen, sodass diese sich nicht mehr isoliert nebeneinander abspielen, sondern zusammenfließen, sich gegenseitig unterstützen und inspirieren und gegen den gleichen Feind richten. Darin ist bereits enthalten, dass das strategische Ziel zweitens darin besteht, dass alle Kämpfe auf einer antikapitalistischen und antiimperialistischen Grundlage geführt werden, also mit dem letztendlichen Ziel, den Kapitalismus und Imperialismus auf den Abfallhaufen der Geschichte zu befördern.

Widerspricht dieses Ziel nicht dem Charakter der Massenorganisationen als Anlaufstelle für breite Massen der Klasse, über politische Lager hinweg? In der Tat gibt es hier ein Spannungsverhältnis, das aber zwangsläufig existiert und vor dem die Kommunisten nicht zurückschrecken dürfen. Diese Spannung geht unvermeidbar aus der großen Aufgabe des Klassenkampfes hervor, die Mehrheit der Arbeiterklasse, die noch nicht der sozialistisch-kommunistischen Idee folgt, gerade für diese Idee zu gewinnen. Es gibt keine andere Möglichkeit, diese Aufgabe zu erfüllen, als für die Einheit der Arbeiterklasse zu kämpfen und gleichzeitig für die Radikalisierung dieses Kampfes zu kämpfen, damit er sich gegen den wirklichen Gegner der Arbeiterklasse richtet. In der Praxis besteht die Herausforderung für die Kommunisten darin, einerseits konsequent die Klasseninteressen in den Vordergrund zu stellen, aber andrerseits auch in seinen Parolen, Forderungen und Aktionsformen dem Bewusstseinsstand der Klasse nicht zu weit vorauszueilen und sich damit zu isolieren. Natürlich wäre es z.B. falsch, wenn ein Kommunist sich in einem Betrieb ohne Kampferfahrung und ohne gewerkschaftliche Organisierung vor die Arbeiter stellt und eine flammende Rede für die Revolution hält. Genauso ist es aber falsch, die Massen in ihrem Kampfgeist zu bremsen und dazu zu bringen, sich mit dem einen oder anderen Zugeständnis zufriedenzugeben, wenn sie eigentlich bereit wären, in den unbefristeten Streik zu treten.

Der Kampf der Kommunisten für eine antikapitalistische Ausrichtung der Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen bedeutet auch, dass die Gewerkschaften und die Volksbewegung keine „neutrale" Haltung gegenüber eindeutig politischen Fragen wie der Frage der Regierung und der Staatsmacht einnehmen darf. Diese opportunistische Auffassung wird in der Regel von der Sozialdemokratie propagiert. Was die sozialdemokratischen Führungen damit jedoch erreichen wollen, ist in Wirklichkeit gar keine politische Neutralität der Massenorganisationen, zumal es eine solche gar nicht geben kann. Ihr Ziel ist es, zu verhindern, dass die organisierte Arbeiterklasse das kapitalistische System als Ganzes infrage stellt. Sie soll sich mit kleineren Verbesserungen oder auch nur dem Versprechen solcher Verbesserungen zufriedengeben und bei den nächsten Wahlen ihr Kreuzchen weiterhin bei der sozialdemokratischen Partei machen. Damit ist die Forderung, dass die Gewerkschaften sich aus politischen Fragen „heraushalten" sollen nichts anderes als die indirekte Position, dass die Bewegung eine Stütze des Kapitalismus sein soll. Die politische „Neutralität" der Arbeiterbewegung ist nichts anderes als der Standpunkt der Klassenkollaboration. Die Kommunisten wissen dagegen, dass der Kampf um die unmittelbaren Probleme

der Arbeiter nicht vom Kampf um die Macht trennbar ist, sondern beide miteinander verbunden sind. Nur wenn die Bewegung bereit ist, mit dem Kapital und seinem System vollständig zu brechen, nur dann kann sie auch schon jetzt konsequent, ohne Rücksicht auf das Wohlergehen „des Betriebs" oder „des Wirtschaftsstandorts" die Interessen der Arbeiter verteidigen.

7.2.3 Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei im alltäglichen Klassenkampf

Für jede Situation im Klassenkampf die richtige Einschätzung zu treffen und die richtigen Antworten darauf zu finden, ist eine Aufgabe, die für jedes Individuum zu groß ist. Nur ein Kollektiv mit einer funktionierenden Diskussionskultur, in dem die verschiedenen Seiten und Aspekte jeder Angelegenheit beachtet und abgewogen werden können, bevor eine Entscheidung getroffen wird, kann garantieren, dass in den meisten Fällen das bestmögliche Vorgehen gewählt wird. Besonders im gewerkschaftlichen und betrieblichen Kampf, wo die Konfrontation mit dem Klassenfeind unmittelbarer stattfindet als in anderen Formen der Massenarbeit, ist ein solches Kollektiv als Stütze unvermeidbar. Ein isolierter Einzelkämpfer kann zwar mit den besten Absichten antreten, wird aber auf lange Sicht den verschiedenen Instrumenten des Gegners, den Versuchen zur Einbindung oder zur Erpressung, Einschüchterung und Unterdrückung nicht widerstehen können.

All das zeigt, warum die Kommunistische Partei ein unverzichtbares Instrument der Arbeiterklasse im Klassenkampf ist. Sie kann nicht durch Massenorganisationen ersetzt werden. Im Gegensatz ist die Vorstellung, durch revolutionäre Gewerkschaften die Revolution machen zu können, wie sie von der anarcho-syndikalistischen Richtung vertreten wird, eine grundlegende strategische Fehlorientierung. Sie vermischt die notwendige organisatorische Trennung von Revolutionären einerseits und breiten Massen andrerseits, wodurch sie weder die Entwicklung der revolutionären Theorie und politischen Programmatik, noch die Organisierung der breiten Massen richtig bewerkstelligen kann. Gibt es keine KP, wie es heute faktisch in vielen Ländern der Fall ist, ist es auch unmöglich, dass die einzelnen Kämpfe der Arbeiterklasse sich zu einem wirklichen Klassenkampf um die Machtübernahme weiterentwickeln.

Um verständlich zu machen, warum die Kommunistische Partei als Avantgardepartei zwingend erforderlich ist, muss ein weiteres Mal hervorgehoben werden, dass revolutionäres Klassenbewusstsein oder gar kommunistisches Bewusstsein nicht von selbst entstehen. Lenin schreibt über das revolutionäre Bewusstsein: *„Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter*

notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m." (Lenin: Was tun?, LW 5, S. 385f). Es ist also möglich, dass die Arbeiter spontan, also von sich aus verstehen, dass sie sich gewerkschaftlich organisieren müssen und ihre Lage sich nur durch den Kampf verbessert. Es ist aber nicht möglich, dass sie von sich aus die gesamte revolutionäre Theorie des Wissenschaftlichen Sozialismus verstehen und dass nur eine Revolution unter Führung der KP ihre Lage grundlegend verbessern kann. Diese Erkenntnis muss „von außen" in die Klasse hineingetragen werden. Dieses „von außen" darf man natürlich nicht falsch verstehen: Die Kommunisten sind ja auch Teil der Arbeiterklasse oder haben sich ihrem Kampf verschrieben und sind daher Teil der Kämpfe der Klasse. Aber trotzdem ist die KP nicht mit der Arbeiterklasse identisch. Sie steht für einen höher entwickelten Bewusstseinsstand und versucht, dieses Bewusstsein in der Klasse zu verbreiten.

7.2.4 Agitation und Propaganda

Die Kommunisten fördern die Entwicklung des Klassenbewusstseins und die Mobilisierung der Klasse im Klassenkampf durch die Mittel der Agitation und der Propaganda. Die kommunistische Propaganda verfolgt das Ziel, umfassende Aussagen des Wissenschaftlichen Sozialismus zu vermitteln. Es geht bei der Propaganda nicht vorrangig darum, möglichst breite Massen aufzurütteln, sondern um die korrekte Vermittlung gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge. So schreibt Lenin, *„daß der Propagandist zum Beispiel bei der Behandlung der Frage der Arbeitslosigkeit die kapitalistische Natur der Krisen erklären, die Ursache ihrer Unvermeidlichkeit in der modernen Gesellschaft aufzeigen, die Notwendigkeit der Umwandlung dieser Gesellschaft in eine sozialistische darlegen muß usw. Mit einem Wort, er muß „viele Ideen" vermitteln, so viele, daß sich nur (verhältnismäßig) wenige Personen alle diese Ideen in ihrer Gesamtheit sofort zu eigen machen werden. Der Agitator hingegen, der über die gleiche Frage spricht, wird das allen seinen Hörern bekannteste und krasseste Beispiel herausgreifen — z. B. den Hungertod einer arbeitslosen Familie, die Zunahme der Bettelei usw. — und wird alle seine Bemühungen darauf richten, auf Grund dieser allen bekannten Tatsache der „Masse"* ***eine Idee*** *zu vermitteln: die Idee von der Sinnlosigkeit des Widerspruchs zwischen der Zunahme des Reichtums und der Zunahme des Elends, er wird bemüht sein, in der Masse Unzufriedenheit und Empörung über diese schreiende Ungerechtigkeit zu* ***wecken****, während er die restlose Erklärung des Ursprungs dieses Widerspruchs dem Propagandisten überlassen wird.*" (ebenda, S. 423). Die Agitation dient also im Gegensatz zur Propaganda nicht dazu, für alles perfekte und tiefgehende Erklärungen zu bieten, sondern ihr geht es darum, die Massen zu erreichen, sie emotional mitzunehmen und für den Kampf zu gewinnen. In der Praxis sind Agitation und Propaganda aber auch nicht mechanisch voneinander getrennt und können manchmal fließend ineinander übergehen.

7.2.5 Das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen

Schlechte Lebensbedingungen und auch eine Verschlechterung für die Arbeiterklasse, eine Verschärfung ihrer Probleme führen also keineswegs automatisch zur Entstehung von Klassenbewusstsein. Kommunisten sollten daher nicht enttäuscht sein, wenn in einer Krise die Empörung der Massen über die schlimmen Lebensbedingungen und die volksfeindliche Politik der Herrschenden sich nicht in Unterstützung für die Kommunistische Partei und den Sozialismus übersetzt.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass unter kapitalistischen Bedingungen das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen fast immer ungünstig für die Arbeiterklasse ist. Gerade darin besteht die Stabilität der Herrschaft des Kapitals und seines Staates. Dieses ungünstige Kräfteverhältnis äußert sich auch darin, dass die KP trotz gewaltiger Anstrengungen, obwohl sie bereits eine führende Rolle in den entscheidenden Kämpfen spielt und von großen Teilen der Arbeiterklasse als Avantgarde akzeptiert wird, trotzdem einen vergleichsweise geringen Einfluss ausübt und nur von einer Minderheit offen unterstützt wird. Denn es ist ein großer Schritt für die meisten Arbeiter, sich offen zum Kommunismus oder auch nur der Unterstützung der Kommunistischen Partei zu bekennen. Die Entwicklung des Klassenbewusstseins ist eben nicht nur vom ökonomischen Elend bestimmt, sondern von viel mehr Faktoren, wie kulturellen Aspekten, familiären Einflüssen, besonderen Erfahrungen usw.

Nur in einer revolutionären Situation, in der die Herrschaft der Bourgeoisie bereits entscheidend geschwächt ist und daher die revolutionäre Machtübernahme möglich wird, nur in dieser Situation ist das Kräfteverhältnis nicht mehr eindeutig zugunsten der herrschenden Klasse, aber auch noch nicht klar zugunsten der Arbeiterklasse. Die KP muss sich und möglichst breite Teile der Klasse auf diese Situation vorbereiten. Ein Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse kann es im Kapitalismus überhaupt nicht geben, sondern erst nachdem der bürgerliche Staat gestürzt und die Produktionsmittel vergesellschaftet wurden. Erst dann hat die Arbeiterklasse die Mittel in der Hand, um ihre Herrschaft mit allen notwendigen Mitteln abzusichern und zu verteidigen.

Arbeitsfragen

- **Was ist damit gemeint, dass die KP eine Arbeiterpartei ist? Was ist damit nicht gemeint?**
- **Was sind die Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen?**
- **Was ist nach Lenin der Unterschied zwischen Agitation und Propaganda?**

Diskussionsfragen

- **Ist es richtig, dass es die Aufgabe der Kommunisten ist, gewerkschaftliche Kämpfe zu politisieren? Kann das nicht dazu führen, dass man sich von den Massen entfernt, weil diese die Verbindung von Lohnfragen zu politischen Fragen noch nicht erkennen können?**
- **Sollten die Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen Organe der Kommunistischen Partei sein, oder von dieser unabhängig? Was wären jeweils die Vor- und Nachteile?**

8 Opportunismus und Revisionismus

Die Arbeiterbewegung hat in ihrer Geschichte immer wieder sehr grundsätzliche Auseinandersetzungen über alle möglichen Aspekte ihrer Weltanschauung erlebt. So gut wie jede der grundlegenden Aussagen des Wissenschaftlichen Sozialismus ist an irgendeinem Punkt entweder von Teilen der Arbeiterbewegung, oder von anderer Seite infrage gestellt worden. Daran ist grundsätzlich nichts Schlechtes. Denn der Marxismus ist kein Dogma und er muss sich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung stellen. Skepsis ist immer auch Teil dieses Prozesses. Der Marxismus ist auch kein „fertiges" theoretisches System zum Auswendiglernen, sondern er entwickelt sich stetig weiter, was eben auch bedeuten kann, dass bestimmte Überzeugungen aufgegeben und neue übernommen werden.

8.1 Opportunismus und Revisionismus

8.1.1 Was sind Revisionismus und Opportunismus?

Aber heißt das, dass der Wissenschaftliche Sozialismus beliebig verändert werden kann, dass jede Änderung automatisch eine Weiterentwicklung ist? Das heißt es natürlich nicht. In der Geschichte hat es zahlreiche theoretische Ansätze gegeben, die von sich behaupteten, den Marxismus zu erweitern, ihn an die heutigen Bedingungen anzupassen oder Ähnliches, die aber in Wirklichkeit den Boden des Marxismus verlassen haben. Diese Art von Verfälschung des Marxismus, das Aufgeben von theoretischen und praktischen Grundsätzen des Marxismus, nennt man Revisionismus. Revisionismus bedeutet, dass die Weltanschauung der Arbeiterklasse, also der Wissenschaftliche Sozialismus, durch die Aufnahme von Elementen der bürgerlichen Ideologie untergraben wird. Es gibt dafür zahlreiche Beispiele. Be-

reits Marx und Engels setzten sich mit verschiedenen Auffassungen auseinander, die den Sozialismus seiner wissenschaftlichen Grundlage beraubten und zu einem utopischen Verständnis von sozialistischer Politik zurückkehren wollten.

Es ist also klar, dass der Revisionismus immer auch zu anderen politischen Schlussfolgerungen führt als der Marxismus. Weil der Revisionismus die strikte wissenschaftliche Grundlage der kommunistischen Politik untergräbt, führt er zwangsläufig zu Fehlorientierungen, die von falschen Annahmen ausgehen und daher auch zu falschen praktischen Schlüssen kommen, die der Arbeiterklasse nicht dienlich sind. Die praktische Politik, die sich aus revisionistischen Auffassungen ergibt, nennen wir Opportunismus. Opportunismus bedeutet, im Klassenkampf einen vermeintlich einfacheren, weil direkteren, schnelleren oder weniger opferreichen Weg zu wählen, der jedoch in Wirklichkeit der Erreichung des Ziels, der vollständigen Befreiung der Arbeiterklasse und Abschaffung jeder Form der Ausbeutung, nur neue Hindernisse in den Weg stellt. Grob unterscheiden lassen sich dabei zwei Grundrichtungen des Opportunismus, die einander scheinbar entgegengesetzt sind, jedoch in der Praxis oft ineinander übergehen: Der linke und der rechte Opportunismus.

8.1.2 Der Kampf von Marx und Engels gegen Opportunismus und Revisionismus

Die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus und Revisionismus begleitet die Arbeiterbewegung also schon seit Anbeginn ihrer Entwicklung. Marx und Engels kritisierten ihr ganzes Leben über die opportunistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung ihrer Zeit. So verfasste Marx 1875 eine scharfe Kritik am Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), in der er die darin vertretenen falschen ökonomischen Auffassungen, schwammigen Aussagen und illusorischen politischen Ziele angriff (Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 13-32). Marx schrieb seine wichtige Schrift „Elend der Philosophie" als Kritik der Lehren des anarchistischen Theoretikers Pierre-Joseph Proudhon und dessen Werk „Philosophie des Elends". Marx und Engels kritisierten auch die Lehre von Louis-Auguste Blanqui, wonach die Revolution nicht durch die Arbeiterklasse, sondern durch eine kleine Clique von Verschwörern gemacht werden müsste. Sie kämpften gegen den Einfluss Ferdinand Lassalles und seines preußisch-nationalistischen, bürgerlichen Pseudo-Sozialismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie kämpften gegen den Anarchismus Michail Bakunins und seiner Anhänger in der Ersten Arbeiterinternationale.

8.1.3 Opportunismus und Revisionismus in der imperialistischen Epoche

Doch mit dem Übergang zur imperialistischen Epoche Ende des 19. Jahrhunderts gewann der Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus noch weiter an

Bedeutung. Denn es bildete sich in den führenden imperialistischen Ländern zunehmend eine Schicht bessergestellter Arbeiter heraus, die sogenannte Arbeiteraristokratie, die bis heute existiert. Das Monopolkapital ist durch seine enormen Extraprofite imstande, dieser Schicht bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu bieten. Aufgrund seiner relativen Besserstellung wurde diese Schicht anfällig für die opportunistische Theorie, dass auch ohne konsequenten Klassenkampf um die Machteroberung die Arbeiterklasse durch Kompromisse dauerhaft ein gutes Leben erreichen könne. Es bildete sich zudem, vor allem auch aus den Reihen der Arbeiteraristokratie, eine bürokratische Führung der Arbeiterklasse heraus, die sogenannte Arbeiterbürokratie. Hierbei handelte es sich um Funktionäre der damaligen sozialistischen Arbeiterparteien, in Deutschland der SPD, sowie auch der Gewerkschaften. Nachdem Ende des 19. Jahrhunderts die Sozialdemokratie und anderen Organisationen der Arbeiterbewegung in Deutschland legalisiert wurden, erhielt sie auf Grundlage ihres massenhaften Zulaufs aus der Arbeiterklasse auch die finanziellen Mittel, um eine Arbeiterbürokratie auf Dauer zu finanzieren. Natürlich waren keineswegs alle Arbeiterführer um die Jahrhundertwende Opportunisten und Verräter an den Klasseninteressen des Proletariats, im Gegenteil brachte ja auch die deutsche Arbeiterbewegung solche herausragenden revolutionären Persönlichkeiten wie Rosa Luxemburg, Karl und Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin hervor. Es gab aber auch andere, die reformistische Illusionen schürten und für die Zusammenarbeit mit dem Staat und den Kapitalisten standen.

So startete in Deutschland der sozialdemokratische Führer Eduard Bernstein Ende des 19. Jahrhunderts einen Generalangriff auf den Marxismus. Er stellte die Notwendigkeit des revolutionären Bruchs infrage, was sich wiederum nur durch ein falsches Verständnis von der Entwicklung des Kapitalismus und durch ein bürgerliches Staatsverständnis begründen ließ. Denn die marxistische Analyse, wonach der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist, lässt sich nicht vereinbaren mit der Vorstellung, ihn einfach auf dem Reformweg, durch eine parlamentarische Mehrheit zu übernehmen. Man muss den Staat schon für ein an sich neutrales Gebiet halten, um davon auszugehen, dass die Arbeiterbewegung ihn einfach übernehmen kann, Bernstein stellte gleichzeitig auch die Dialektik, den Materialismus und die Arbeitswerttheorie grundlegend infrage. Das ist kein Zufall: Denn im Wissenschaftlichen Sozialismus sind grundlegende philosophische Standpunkte, ökonomische Analyse und politische Schlussfolgerungen eng miteinander verbunden. Wer nur einen Teil des Marxismus annehmen und den Rest verwerfen will, verwickelt sich zwangsläufig in logische Widersprüche.

Die SPD hatte sich von einer revolutionären Arbeiterpartei schrittweise hin zu opportunistischen Positionen entwickelt, indem Personen wie Eduard Bernstein, Karl Kautsky und später auch Friedrich Ebert und Gustav Noske immer mehr Einfluss gewannen. 1914 und 1918/19 musste die deutsche Arbeiterklasse die bitteren Konsequenzen tragen: 1914 wurde auf einen Schlag klar, dass die SPD bereits auf die andere Seite des Klassenkampfes übergelaufen war. Als der imperialistische Krieg ausbrach, schrieb die SPD-Führung all ihre früheren Ver-

sprechungen in den Wind, wonach sie im Kriegsfall zu energischen Aktionen gegen den Krieg und Militarismus schreiten würde. Stattdessen unterstützte sie den Krieg und schickte die Arbeiterklasse zum Sterben und zum Morden der Arbeiter und Bauern anderer Völker auf die Schlachtfelder. Als die Arbeiterklasse 1918 das Gemetzel satt hatte und den Kampf für die Revolution, für eine sozialistische Räterepublik Deutschland aufnahm, fand sie die SPD-Führung wiederum auf der anderen Seite. Die SPD-Führer Ebert und Noske arbeiteten mit den Freikorps zusammen, den Vorläufern der späteren faschistischen Bewegung, um die Führer der Arbeiterklasse Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie Tausende revolutionäre Arbeiter niederzumetzeln. Die Kommunisten zogen daraus damals die Lehre, dass die Reformisten sich letzten Endes zu Feinden der Arbeiterklasse, zu konsequenten Verfechtern der Konterrevolution entwickeln, gegen die Arbeiterbewegung daher einen ständigen Kampf führen muss.

Seitdem hat es viele weitere Beispiele dafür gegeben, wie der Marxismus durch revisionistische Auffassungen entstellt, seines wissenschaftlichen Charakters und seiner revolutionären Konsequenz entleert worden ist. Lenin und die Bolschewiki in Russland führten einen ständigen Kampf gegen die opportunistischen Theorien in der internationalen Arbeiterbewegung, vor allem gegen die der Menschewiki in Russland, die gegen den Aufbau einer revolutionären Kaderpartei waren und die Ansicht vertraten, dass in Russland die Bourgeoisie zuerst den Kapitalismus voll entwickeln müsse, bevor der Sozialismus möglich sei. Aber Lenin bekämpfte auch den Einfluss Kautskys, der die These verbreitete, dass der Imperialismus zu einer friedlichen Entwicklung imstande wäre und der zudem die Diktatur des Proletariats in Russland ablehnte.

Die Gründung der Kommunistischen Parteien nach der Sozialistischen Oktoberrevolution in Russland war eine Konsequenz aus dem Verrat der opportunistischen Arbeiterführer an der Revolution und dem proletarischen Internationalismus. Die konsequent internationalistischen und revolutionären Kräfte zogen daraus nach dem Krieg die Konsequenz, dass eine eigenständige Partei der Kommunisten notwendig ist, die den Opportunismus und Revisionismus bekämpft und die Arbeiterklasse im Kampf für die Revolution anführen kann. Die Gründung der KPD um die Jahreswende 1918/19 war ein enormer Meilenstein in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, denn endlich verfügte die Arbeiterklasse wieder über ihre eigene Partei – eine Partei auf der Grundlage des Marxismus, die dafür kämpfte, die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen. Doch der Kampf um eine richtige revolutionäre Linie war damit nicht zuende. Auch in der KPD gab es jahrelange Auseinandersetzungen mit Abweichungen, die zu schweren Fehlern in der Politik der Partei beitrugen und über Jahre hinweg die Entwicklung der Partei hemmten. Hier sind besonders die linksradikale Strömung um Ruth Fischer und Arkadi Maslow, sowie die rechtsopportunistische Abweichung um August Thalheimer und Heinrich Brandler zu nennen.

Opportunismus bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Personen, die eine opportunistische Politik betreiben, auch charakterlich Opportunisten sind, in dem

Sinne wie das Wort Opportunismus im Alltagsgebrauch üblich ist. Manchmal sind sie durchaus überzeugte und aufopferungsvolle Kämpfer, die sich für die Sache der Arbeiterklasse einsetzen wollen, aber von revisionistischen Fehlannahmen auf die falsche Fährte geführt worden sind. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus von den Kommunisten vernachlässigt werden darf. Zwar ist die Frage der subjektiven Absichten wichtig dafür, wie man mit Individuen umgeht, die opportunistische Positionen vertreten. Doch unabhängig von den persönlichen Absichten der beteiligten Individuen richten Opportunismus und Revisionismus großen Schaden an der Arbeiterbewegung an, wie im Folgenden verständlich werden sollte. Daher ist die Geschichte der Arbeiterbewegung bis heute ein Kampf zwischen den verschiedenen Schattierungen opportunistischer und revisionistischer Strömungen und der klassenkämpferischen, kommunistischen Linie.

Arbeitsfragen

- **In welchen Ereignissen kam zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Entwicklung der SPD hin zum Opportunismus zum Ausdruck?**
- **Welche Entwicklungen in der Arbeiterklasse schufen die Grundlagen für die Entstehung der opportunistischen Strömungen?**

Diskussionsfragen

- **Einerseits muss der wissenschaftliche Sozialismus sich ständig weiterentwickeln und dabei auch überholte Auffassungen über Bord werfen – andrerseits müssen opportunistische und revisionistische Tendenzen bekämpft werden. Wie können wir den Unterschied zwischen notwendigen Weiterentwicklungen und revisionistischen Verfälschungen erkennen?**

8.2 Rechter Opportunismus

Der rechte Opportunismus besteht im Kern darin, den Kampf der Arbeiterklasse für kleine alltägliche Verbesserungen und Reformen zu verabsolutieren. Reformforderungen und taktische Manöver, die im Rahmen einer revolutionären Strategie durchaus richtig und notwendig sein können, werden aus dem Rahmen dieser Strategie gerissen, also vom Ziel der Revolution getrennt, das damit letztendlich aufgegeben wird. Eduard Bernstein sprach das offen aus: *„Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles"* (Bernstein 1984, S. 201). Der Kampf der Arbeiterbewegung um Reformen im Kapitalismus wird also zum Selbstzweck erhoben und der Sozialismus als Ziel entweder ganz aufgegeben (die ehrlichere Variante) oder als rein abstraktes, meist recht schwammiges Ziel einer gerechten Gesellschaft beibehalten, das aber ebenfalls durch schrittweise Verbesserungen erreicht werden soll. Der rechte Opportunis-

mus führt also zum Reformismus, zur faktischen oder auch, wie im Fall Bernsteins, auch offen ausgesprochenen Aufgabe der revolutionären Strategie. Wie wir gesehen haben, ist der Reformismus eine realitätsferne Utopie, denn einen Weg zum Sozialismus ohne den revolutionären Sturz des Staates, ohne die tiefgreifende Umgestaltung der ganzen Gesellschaft durch die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse gibt es nicht.

8.2.1 Die Strategie des Rechtsopportunismus

Dass die Rechtsopportunisten die revolutionäre Strategie des Kommunismus im Namen taktischer Forderungen aufgeben, bedeutet natürlich nicht, dass sie deshalb keine Strategie mehr hätten. Die Taktik ist ja immer nur ein Teil der Strategie und ihr untergeordnet. Die Strategie des rechten Opportunismus besteht eben im Reformismus, im Eintreten für diese oder jene Änderungen an der kapitalistischen Ausbeutung, aber nicht im Sturz der Ausbeuterordnung selbst. Eine andere Variante des Reformismus besteht darin, den Kapitalismus verbal abzulehnen, aber gleichzeitig die Illusion zu verbreiten, dass dieser durch Reformen schrittweise überwunden werden könne, ohne dass es dafür einer Revolution unter Führung der KP bedürfe. Diese strategische Orientierung wirkt sich nun aber auch negativ auf die Reformkämpfe aus, da diese nun nicht mehr konsequent geführt und unter falsche Parolen gestellt werden, die Illusionen schüren statt die Entwicklung des Klassenbewusstseins zu fördern. Wer nur noch die bestehende kapitalistische Gesellschaft mitverwalten und „verbessern“ will, muss wie jede bürgerliche Regierung die Kapitalakkumulation am Laufen halten und fördern. Auch ohne selbst an der Regierung zu sein, werden reformistische Bewegungen darauf achten, nur noch „realistische“, das heißt mit dem Kapitalismus und der erfolgreichen Kapitalakkumulation vereinbare Forderungen zu stellen, die keine zu tiefen Einschnitte in die Profite der Kapitalisten einschließen. Sie sehen das Kapital nicht mehr als unversöhnlichen Gegner, sondern als Verhandlungspartner, mit dem man besser „vernünftige“ Kompromisse aushandelt, statt die Arbeiterklasse zum Kampf gegen ihn zu mobilisieren. Diese Kompromisse bringen in der Regel aber keine dauerhaften Verbesserungen für die Arbeiterklasse, weil sie nicht mit einer Stärkung des Klassenbewusstseins, einer besseren Organisierung der Klasse und damit einer Verbesserung des Kräfteverhältnisses einhergehen. Eher ist es umgekehrt so, dass diese Kompromisse nur zustande kommen, wenn die Arbeiterklasse schon in einem gewissen Maße organisiert und zum Kampf bereit ist. Das Potenzial zur Politisierung und Radikalisierung der Arbeiterbewegung wird durch die reformistischen Führungen dann aber gerade nicht realisiert, sondern verhindert.

Da die Rechtsopportunisten ihre ganze Politik auf der Illusion basieren, es wäre möglich, innerhalb des Kapitalismus die Probleme der Massen zu lösen, stellen sie auch entsprechend illusorische Forderungen und Parolen auf. Statt die Machtübernahme der Arbeiterklasse selbst rufen sie zur Bildung einer „linken“ Regierung auf; statt konkrete Verbesserungen im Betrieb zu erkämpfen, fordern

sie „gute Arbeit“ oder „gerechte Löhne“, so als wäre nicht die Ausbeutung selbst bereits eine Ungerechtigkeit. Solche illusorischen Forderungen mögen einen Teil der Arbeiter zunächst mobilisieren und sogar begeistern, aber da sie zwangsläufig an der Realität scheitern müssen, führen sie nicht zu einer besseren Organisierung der Klasse, sondern zur Enttäuschung und Resignation. Sie unterstützen nicht den Prozess der Entwicklung von Klassenbewusstsein, bei dem die Arbeiter sich über ihre eigene Lage, ihren Gegner und die Mittel zur Änderung ihrer Lage bewusst werden. Im Gegenteil verankern sie in den Köpfen der Arbeiter falsche Antworten auf die richtigen Fragen und tragen damit zur Erhaltung der kapitalistischen Ordnung bei.

8.2.2 Der Kampf gegen den rechten Opportunismus

Wir haben bereits Bernstein als einen Vertreter des rechten Opportunismus kennen gelernt. Seiner Position schlossen sich weitere Führer der Sozialdemokratie an, wie in Deutschland Karl Kautsky, in Frankreich Alexandre Millerand, in Russland der ehemalige Marxist Georgi Plechanow usw. Ihre Gegner waren unter anderem Rosa Luxemburg und Lenin. Rosa Luxemburg begründete 1899 in ihrer bedeutenden Schrift „Sozialreform oder Revolution“ die Unmöglichkeit des Reformwegs zum Sozialismus: *„Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten“.* Dadurch werde auch die Existenz der Arbeiterbewegung selbst langfristig infrage stellt. Denn für Luxemburg war klar, *„daß ohne die grundsätzliche Basis auch der praktische Kampf wertlos und zwecklos wird, daß mit dem Aufgeben des Endziels auch die Bewegung selbst zugrunde gehen muß“* (Luxemburg 1899).

Auch in der KPD gab es in den 1920er Jahren noch rechtsopportunistische Tendenzen. Als es 1923 eine revolutionäre Situation in Deutschland gab, bildete die KPD unter der Führung von August Thalheimer und Heinrich Brandler gemeinsam mit der SPD zwei sogenannte Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen. Der Kapitalismus wurde dadurch nicht abgeschafft. Die Komintern hatte jedoch 1922 die Bildung solcher Regierungen als mögliche Übergangsform eingeschätzt, um näher an die sozialistische Revolution heranzukommen. Die Arbeiterregierungen in Deutschland wurden von der Komintern später jedoch kritisiert, weil die KPD-Führung um Brandler und Thalheimer ihre Regierungsbeteiligung nicht genutzt hatte, um die Arbeiterklasse zu bewaffnen, sondern sich wie eine normale Regierung auf dem Boden des Kapitalismus verhalten hatte.

Lenin betonte, dass der Opportunismus nicht einfach aus theoretischen Fehlleistungen entsteht und auch nicht einfach, weil manchen Menschen der Klassenkampf zu hart ist und sie nach einem vermeintlich leichteren Weg suchen. Na-

türlich sind auch das Quellen opportunistischer Abweichungen. Aber wie Lenin herausgestellt hat, entsteht der Opportunismus in der imperialistischen Gesellschaft gesetzmäßig auf der Grundlage der Entstehung einer Arbeiteraristokratie. Indem ein Teil der Arbeiterklasse durch die Extraprofite des Monopolkapitals besser bezahlt werden kann, gelingt es dem Kapital, diese Arbeiter weitgehend in das System zu integrieren und mit Zugeständnissen ruhigzustellen. Ein Teil der Arbeiterbewegung wird auch als bezahlte Funktionäre der Gewerkschaften und reformistischen Parteien aus dem industriellen Arbeitsprozess geholt und mit besseren Löhnen und Arbeitsplatzsicherheit für die Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie gewonnen. Ähnliches gilt für viele Personen mit kleinbürgerlichem Hintergrund, die sich der Arbeiterbewegung immer wieder anschließen, aber von ihrer persönlichen Klassenlage her nicht dieselben Voraussetzungen wie die Arbeiterklasse haben, um das System als Ganzes zu durchblicken, den Grundwiderspruch in ihm zu erkennen und dementsprechend konsequent für den Sozialismus zu kämpfen.

Deshalb ist der Opportunismus auch nicht dadurch zu besiegen, dass man ihn theoretisch widerlegt. In der Geschichte der Arbeiterbewegung tauchte der rechte Opportunismus in verschiedenen Varianten immer wieder auf. Wo kommunistische Parteien den Kampf gegen ihn unterschätzten oder im Namen der Einheit der Bewegung gar einstellten, hatte das verheerende Niederlagen für die gesamte Arbeiterklasse zur Folge. Auf der anderen Seite gab es in der Geschichte der kommunistischen Bewegung aber auch immer wieder Leute, die glaubten, in jedem einen Opportunisten zu erkennen, der in der einen oder anderen Frage eine andere Meinung vertrat. Das ist natürlich falsch und spaltet die kommunistische Bewegung, daher ist es wichtig, den Begriff des Opportunismus wissenschaftlich zu verwenden und nicht als Totschlagargument gegen jede abweichende Ansicht.

8.2.3 Der rechte Opportunismus nach dem Zweiten Weltkrieg

In der kommunistischen Weltbewegung entwickelte sich der Rechtsopportunismus in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer existenziellen Bedrohung. Tendenzen in diese Richtung waren schon am Ende des Krieges zu erkennen: Viele kommunistische Parteien hatten durch ihre führende und aufopferungsvolle Rolle im antifaschistischen Widerstand großen Masseneinfluss gewonnen. Sie waren aber nicht in der Lage, den erfolgreichen antifaschistischen Kampf mit dem Kampf um die Macht zu verbinden. So kam es, dass kommunistische Parteien in Europa (z.B. in Italien und Griechenland), die nach dem Krieg entstehende revolutionäre Situation nicht ausnutzten und stattdessen inakzeptable Zugeständnisse an die Bourgeoisie machten.

Im Jahr 1956 hielt dann die Kommunistische Partei der Sowjetunion ihren 20. Parteitag ab. Nach dem Tod Stalins rechnete der neue Generalsekretär der Partei Nikita Chruschtschow nun nicht nur mit seinem Vorgänger ab, sondern leitete

auch einen politischen Kurswechsel in die Wege. Der Parteitag beschloss nun, ein freundschaftliches Verhältnis zum US-Imperialismus anzustreben, und behauptete die Möglichkeit eines parlamentarischen und friedlichen Wegs zum Sozialismus. Diese Orientierungen wurden von kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt übernommen und förderten die Herausbildung von strategischen Orientierungen, die statt auf den revolutionären Sturz des Kapitalismus auf einen „demokratischen" Übergang mithilfe von Wahlen und Regierungsbeteiligungen abzielten. In Deutschland wurde diese Strategie als „Antimonopolistische Demokratie" verfolgt.

In einigen Ländern Westeuropas, aber auch teilweise außerhalb Europas, entstand schließlich in den 1960ern der sogenannte „Eurokommunismus" als nächste Stufe der rechtsopportunistischen Degeneration der Kommunistischen Parteien. Unter dem Deckmantel der Beachtung „nationaler Besonderheiten" wurde von den „Eurokommunisten" die These aufgestellt, dass in Westeuropa das „Modell" der Oktoberrevolution keine Gültigkeit habe und ein friedlicher Übergang zum Sozialismus möglich sei. Große Parteien wie die französische und die italienische KP distanzierten sich nun immer offener von der Sowjetunion und den Ländern des realen Sozialismus, propagierten die Zusammenarbeit mit der herrschenden Klasse und sogar, dass die NATO als Schutzschild für den italienischen Weg zum Sozialismus fungieren könne. Mit dem „Eurokommunismus" verloren diese Parteien also endgültig ihren kommunistischen und proletarischen Charakter und wurden zu bürgerlichen Systemparteien. Konsequenterweise lösten sich viele dieser Parteien nach einigen Jahren auf oder verloren ihren Masseneinfluss, nachdem sie das hart erkämpfte Vertrauen der Arbeiterklasse wieder verspielt hatten. Auf diese Weise ist der Rechtsopportunismus maßgeblich dafür verantwortlich, dass die meisten der großen KPen Europas heute verschwunden sind und die kommunistische Bewegung in den meisten Ländern praktisch neu aufgebaut werden muss.

Arbeitsfragen

- **Was sind die Kernpositionen des rechten Opportunismus?**
- **Welche historischen Beispiele für rechten Opportunismus hat es in der Arbeiterbewegung gegeben?**

Diskussionsfragen

- **Wie kann eine Kommunistische Partei sich vor rechtsopportunistischen Einflüssen schützen?**

8.3 Linker Opportunismus

Neben dem rechten existiert auch ein linker Opportunismus, der ebenfalls durch revisionistische Auffassungen über die Welt genährt wird und ein ständiges Problem für die Arbeiterbewegung darstellt. Der Kern des Linksopportunismus oder auch Linksradikalismus besteht darin, im Namen des revolutionären Ziels die Erfordernisse der Organisierung der Massen zu vernachlässigen. Dies äußert sich darin, dass Kämpfe um Verbesserungen der Lebenssituation und Kampfbedingungen vernachlässigt oder gar abgelehnt werden oder indem taktische Manöver wie Bündnisse und Kompromisse aus Prinzip abgelehnt werden. Im Namen der Reinheit des revolutionären Ziels wird der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse in der praktischen Arbeit nicht mehr berücksichtigt. Es werden Parolen aufgestellt und in die Klasse hineingetragen, die dort nur auf Unverständnis und Ablehnung stoßen können, weil sie der Entwicklung des Klassenbewusstseins weit vorausgreifen. Während also beispielsweise der rechte Opportunismus dazu führt, dass gewerkschaftliche und betriebliche Kämpfe nur auf moderate betriebliche Forderungen beschränkt bleiben und die Arbeiterbewegung keine weitergehenden politischen Ziele zum Sturz des Kapitalismus verfolgt, stellt der linke Opportunismus das entgegengesetzte Extrem dar. Ein Beispiel für Linksradikalismus wäre es demnach, im Betrieb jeden Kampf unter die Parole der Diktatur des Proletariats zu stellen oder auf der Betriebsversammlung nicht über die täglichen Probleme der Arbeiter zu sprechen, sondern nur über die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution.

Linksradikale Tendenzen finden sich in der Arbeiterbewegung immer wieder. Oft treten sie als fehlgeleitete Reaktion auf den Rechtsopportunismus oder als Reaktion auf besonders repressive Phasen der bürgerlichen Herrschaft auf. So kann die Ablehnung des revolutionären Kampfes durch die Reformisten dazu führen, dass radikalere Strömungen in der Arbeiterbewegung aus revolutionärer Ungeduld nach vermeintlichen „Abkürzungen“ zur Revolution suchen; der scheinbar überwältigende Einfluss der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften kann dazu führen, dass Kommunisten deshalb aus den Gewerkschaften austreten und stattdessen „reine“ kommunistische Gewerkschaften gründen, was aber oft nur bedeutet, den rechten Opportunisten das Feld kampflos zu überlassen und sich selbst von der Arbeiterklasse zu isolieren. Um linken Opportunismus handelt es sich dann, wenn ein solcher Schritt vollzogen wird, um den mühsamen Kampf um die Köpfe der reformistisch beeinflussten Arbeiter zu umgehen und somit einen vermeintlich einfacheren Weg zu gehen.

8.3.1 Lenins Kampf gegen den linken Opportunismus

Lenin widmete der Auseinandersetzung mit dem Linksradikalismus im Jahr 1920 seine berühmte Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ (LW 31, S. 1-91). Einige seiner Kritikpunkte an den damaligen „ultralinken“ Strömungen in der Arbeiterbewegung einiger Länder bleiben bis heute aktuell.

Die Linksradikalen vertraten unter anderem die Auffassung, dass es falsch sei, wenn Kommunisten in Gewerkschaften mit reaktionären Führungen arbeiten und sich an Wahlen zum bürgerlichen Parlament beteiligen würden. Sie waren der Meinung, dass jede Form des Kompromisses nur eine Abkehr vom Weg zum Kommunismus wäre und daher abzulehnen sei. Ebenso lehnten sie die Anwendung legaler Kampfmethoden ab, weil sie darin eine Anpassung an das kapitalistische Rechtssystem sahen. Lenin wandte sich scharf gegen diese Auffassungen: *„Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer (…) überlassen"* (ebenda, S. 38). Im Gegenteil sei es notwendig, unter allen Umständen in den Gewerkschaften zu arbeiten, um den Kontakt zu den darin organisierten Arbeitern nicht zu verlieren. Er sprach sich auch gegen die Gründung von „reinen" kommunistischen Gewerkschaften aus, bei denen die Zustimmung zur Diktatur des Proletariats schon zur Voraussetzung für die Mitgliedschaft gemacht würde. Denn dadurch würde man die Masse der Arbeiter ausschließen und dem Einfluss der politischen Gegner überlassen.

Auch in der KPD gab es in den ersten Jahren starke linksradikale Tendenzen. So gab es 1919, also im ersten Jahr nach der Gründung der Partei, eine Mehrheit für einen Wahlboykott, weshalb die KPD sich dagegen entschied, bei den Wahlen zu kandidieren. Die Begründung dafür war, dass das Parlament eine kapitalistische Institution sei und die Kommunisten sich deshalb nicht daran beteiligen dürften. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kritisierten diese Haltung und setzten sich im folgenden Jahr in der Partei auch durch.

Auf das Argument der linksradikalen Kommunisten, dass der Parlamentarismus „historisch erledigt" sei, entgegnete Lenin, dass es nicht darum gehe, was die Kommunisten für „erledigt" halten, sondern ob die Massen den Parlamentarismus ebenfalls als erledigt betrachteten. Und da immer noch große Teile des Volkes Illusionen in das Parlament setzten, seien die Kommunisten verpflichtet, *„den tatsächlichen Bewußtseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) nüchtern zu prüfen"*. Weshalb *„die Beteiligung an den Parlamentswahlen und am Kampf auf der Parlamentstribüne für die Partei des revolutionären Proletariats unbedingte ‚Pflicht ist, gerade um die rückständigen Schichten ihrer Klasse zu erziehen, gerade um die unentwickelte, geduckte, unwissende Masse auf dem Lande aufzurütteln und aufzuklären."* (ebenda, S. 44).

Die Kommunisten müssten *„in allen Ländern durchweg und restlos die Notwendigkeit erkennen, in ihrer Taktik äußerst elastisch zu sein"* (ebenda, S. 89). Sie müssten auch bereit sein, Kompromisse einzugehen, wenn diese dem Ziel des Sozialismus dienlich seien. Die Kommunisten und ihre Führung müssen daher das notwendige Fingerspitzengefühl haben, um einzuschätzen, welche Kompromisse im Klassenkampf notwendig sind und die Arbeiterbewegung voranbringen und welche Kompromisse in Wirklichkeit eine Unterwerfung unter die Ziele des Geg-

ners sind. Sie müssen grundsätzlich bereit und fähig sein, sowohl die illegalen als auch die legalen Kampfmethoden anzuwenden. Während die einseitige Ablehnung aller illegalen Methoden eine Form des Rechtsopportunismus darstellt, ist die Fixierung auf illegale Methoden Linksradikalismus. Beides führt dazu, dass die Kommunistische Partei unfähig wird, die Arbeiterklasse unter allen Bedingungen führen zu können.

Nachdem in der KPD die linksradikale Position des Wahlboykotts zurückgedrängt wurde, vollzog die Partei 1923 unter Thalheimer und Brandler eine Wende zum Rechtsopportunismus (s. Kapitel 8.1). Diese Führung wurde jedoch 1924 wieder abgesetzt und durch die linksradikale Führung um Ruth Fischer, Werner Scholem und Arkadi Maslow ersetzt. Während andere Genossen in der Parteiführung wie Ernst Thälmann oder Wilhelm Pieck argumentierten, dass die KPD die gemeinsame Aktion mit den sozialdemokratisch beeinflussten Arbeitern suchen und auch auf die Arbeit in den SPD-dominierten Gewerkschaften orientieren müsse, wurde ein solches Herangehen an die Massen von der linksradikalen Parteiführung torpediert. Die Komintern intervenierte nun mit einer Kritik am linken Opportunismus von Fischer, Maslow und Scholem, woraufhin diese im August/September 1925 die Mehrheit in den Führungsgremien der KPD verloren.

Lenin sieht die gesellschaftliche Grundlage des Linksradikalismus im Kleinbürgertum, das in seiner Existenz ständig vom Kapital bedroht ist. Er argumentiert, *„daß der Kleineigentümer, der Kleinbesitzer (…), weil er unter dem Kapitalismus ständiger Unterdrückung und sehr oft einer unglaublich krassen und raschen Verschlechterung der Lebenshaltung und dem Ruin ausgesetzt ist, leicht in extremen Revolutionarismus verfällt, aber nicht fähig ist, Ausdauer, Organisiertheit, Disziplin und Standhaftigkeit an den Tag zu legen.“* (ebenda, S. 16). Eine ähnliche Haltung beobachtet man heute am ehesten bei Studenten und Akademikern, die oft ebenfalls in ihrer sozialen Stellung nicht gesichert sind, aber denen die Erfahrungen der Disziplin und der Organisation am Arbeitsplatz fehlen. Solche linksradikalen Auswüchse sind, wie schon Lenin feststellte, oft nicht von großer Dauer und können *„schnell in Unterwürfigkeit, Apathie und Phantasterei“* umschlagen (ebenda, S. 16f). Eine Herausforderung besteht darin, die Radikalisierung dieser Personen in fruchtbare und organisierte Bahnen zu lenken und damit für den Kampf der Arbeiterklasse nutzbar zu machen.

8.3.2 Andere Beispiele für linken Opportunismus

In der Geschichte fanden sich linksradikale Elemente oft bei anarchistischen Gruppen oder der Strömung der Narodniki („Volkstümler“) im zaristischen Russland. Diese propagierten zum Teil individuelle Terroranschläge gegen Vertreter des Systems anstelle der Organisierung der Arbeiterklasse für einen gesellschaftlichen Umsturz. Der Anarchismus oder „Rätekommunismus“ lehnt zudem die Machtübernahme der Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution, die

Führung durch die Kommunistische Partei und den Aufbau eines Arbeiterstaates ab, weil er aus Prinzip jede Form des Staates ablehnt. Anarchisten gehen also nicht von den notwendigen Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes aus, sie leugnen die Notwendigkeit, dass auch die Arbeiterklasse ihre Revolution konsolidiert und verteidigt und dafür einen Staatsapparat benötigt. Auch Leo Trotzki und seine Anhänger vertraten nach der Oktoberrevolution teils linksopportunistische Standpunkte. Als in den 1930ern in großen Teilen der Welt der Faschismus auf dem Vormarsch war, lehnte Trotzki beispielsweise die Versuche der Sowjetunion ab, durch Kompromisse mit den nicht-faschistischen bürgerlichen Staaten ein Bündnis gegen die faschistischen Achsenmächte (vor allem Deutschland, Italien und Japan) aufzubauen. Nachdem diese Versuche an der Weigerung der westlichen kapitalistischen Staaten gescheitert waren, musste die Sowjetunion sich 1939 durch einen Nichtangriffsvertrag mit dem faschistischen Deutschen Reich absichern, um einen Krieg vorerst zu vermeiden. Auch diesen Kompromiss lehnte Trotzki ab und diffamierte die sowjetische Führung als Lakaien Hitlers. Die Position, faktisch alle außenpolitischen Kompromisse abzulehnen, hätte aber nur zur internationalen Isolation der Sowjetunion geführt und sie im schlimmsten Fall ohne Verbündete in einen Zweifrontenkrieg gegen das faschistische Deutschland und das Japanische Kaiserreich geführt.

Die Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens, also zwei Kommunistische Parteien, die in ihren Ländern erfolgreiche Revolutionen angeführt hatten, gingen in den 1960ern ebenfalls auf linksopportunistische Positionen über. Zunehmend verabsolutierten sie die Kritik an der rechtsopportunistischen Abweichung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf ihrem 20. Parteitag. In der zweiten Hälfte der 1960er und in den 1970ern sprachen albanische und chinesische Vertreter der gesamten sowjetischen Gesellschaft dann grundsätzlich ihren sozialistischen Charakter ab und diffamierten die Sowjetunion als „sozialimperialistische Supermacht", teilweise sogar als „faschistische Diktatur". Dabei gingen sie von revisionistischen theoretischen Auffassungen aus: Indem sie ein Land, in dem immer noch gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und eine zentrale Planwirtschaft herrschten, als kapitalistisch und sogar imperialistisch und „faschistisch" bezeichneten, verwarfen sie das marxistische Verständnis vom Kapitalismus und Imperialismus vollkommen. Gleichzeitig ist die These vom „Sozialimperialismus" aber auch ein gutes Beispiel dafür, dass linker und rechter Opportunismus oft nah beieinander liegen und ineinander übergehen. Denn die KP Chinas unter Mao Tse-tung nahm ausgehend von dieser Position eine immer feindseligere Haltung gegenüber den anderen Ländern des sozialistischen Lagers ein und ging seit Beginn der 1970er schließlich ein außenpolitisches Bündnis mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion ein. Fortan unterstützte die Volksrepublik China reaktionäre und konterrevolutionäre Kräfte auf der ganzen Welt gegen die antiimperialistischen und revolutionären Befreiungsbewegungen, allein weil diese von der Sowjetunion unterstützt wurden. Vom Standpunkt einer falschen linksradikalen Kritik am realen Sozialismus wurde somit eine pro-imperialistische, rechte Außenpolitik

gerechtfertigt. In Westdeutschland und anderen Ländern waren es oft studentische Kreise (viele der sogenannten „K-Gruppen"), unter denen diese vordergründig „ultra-linke", in Wirklichkeit aber rechte Position auf fruchtbaren Boden fiel.

Arbeitsfragen

- **Was sind die Kernpositionen des linken Opportunismus?**
- **Welche historischen Beispiele für linken Opportunismus hat es in der Arbeiterbewegung gegeben?**

Diskussionsfragen

- **Ist der linke oder der rechte Opportunismus grundsätzlich gefährlicher für die Arbeiterbewegung? Welche Variante hat historisch den größeren Schaden angerichtet? Welche stellt aktuell das größere Problem dar?**

9 Sozialistische Gesellschaft

Es wurde nun ausführlich dargestellt, dass der Kapitalismus ein breites Spektrum an gesellschaftlichen Problemen hervorbringt und Elend, Tod und menschenunwürdige Zustände produziert. Ebenso wurde dargestellt, warum die Lösung dieser Probleme nur durch den revolutionären Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft möglich ist. Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist jedoch eine schwierige und komplexe Aufgabe, die selbst zum Gegenstand der wissenschaftlichen Beschäftigung gemacht werden muss und die positiven wie negativen Erfahrungen vergangener sozialistischer Versuche auswerten muss, wenn sie Erfolg haben soll.

Grundsätzlich unterscheidet der Marxismus zwei Phasen der sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft: Die erste, unreife Phase der neuen Gesellschaft bezeichnet man auch als Sozialismus. Den entwickelten Sozialismus, die klassenlose Gesellschaft bezeichnet man als Kommunismus.

9.1 Diktatur des Proletariats

Bevor wir uns der Frage zuwenden, welche ökonomischen Grundsätze und Gesetzmäßigkeiten im Sozialismus wirken, werden wir uns mit den politischen Formen beschäftigen, durch die die Arbeiterklasse die Macht ausübt. Denn der Aufbau der sozialistischen Produktionsweise ist überhaupt nur unter der Bedingung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse möglich. Das bedeutet, dass der Sozialismus nicht nur eine bestimmte Art und Weise ist, die Produktion zu organisieren, sondern auch eine bestimmte Form des Staates darstellt.

9.1.1 Diktatur und Demokratie

Der Übergang vom Kapitalismus zur entwickelten kommunistischen Gesellschaft kann natürlich nicht von einem Tag auf den nächsten bewerkstelligt werden. Es

handelt sich um einen relativ langwierigen und komplizierten Aufbauprozess, in dem es auch Rückschläge und Umwege geben kann und der während seiner ganzen Dauer verteidigt werden muss – gegen Angriffe derjenigen Kräfte, die ihre Macht und ihre Privilegien durch die Revolution verloren und alles dafür tun würden, sie wiederzuerlangen. Die politische Herrschaft der Arbeiterklasse muss also in dieser Entwicklungsphase in der Lage sein, nicht nur den Aufbauprozess zu organisieren und anzuleiten, sondern auch alle Versuche der Unterminierung und Schädigung des Sozialismus abzuwehren. Marx schreibt: *„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats"* (Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 28).

Jeder Staat ist in seinem Wesen dadurch bestimmt, welche Klasse in ihm die Macht innehat. Der Klassencharakter des Staates geht auch einher mit einer politisch-programmatischen Ausrichtung, die der Staat verfolgt. Während der bürgerliche Staat die Herrschaft der Bourgeoisie absichert, sowie die erfolgreiche Kapitalakkumulation und die Stärkung der Position seines jeweiligen nationalen Kapitals anstrebt, verfolgt der sozialistische Staat den Aufbau und die immer vollständigere Durchsetzung der sozialistischen Produktionsweise. Die Revolution ist also nicht mit der Machtübernahme der Arbeiterklasse beendet, sondern damit fängt die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt erst an: *„Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen."* (Marx: Klassenkämpfe in Frankreich, MEW 7, S. 90).

Bei den Klassikern des Marxismus wird der Staat in der Übergangsphase des Sozialismus also als „Diktatur des Proletariats" bezeichnet. Aber warum Diktatur? Dieser Begriff wird in bürgerlichen Diskussionen normalerweise nicht positiv verwendet, sondern gleichgesetzt mit Willkürherrschaft, Menschenrechtsverletzungen und übertriebener Machtkonzentration in einer Person. Viele Menschen sehen im Begriff der Diktatur das Gegenteil zur Demokratie.

Natürlich steht die Diktatur des Proletariats aber nicht im Widerspruch zur Demokratie. Wie wir sehen werden, ist sie im Gegenteil das demokratischste System, das es je gegeben hat. Der Begriff „Diktatur" wird im Marxismus für politische Herrschaft im Allgemeinen verwendet. Wie gezeigt wurde, ist jeder bürgerliche Staat, auch die bürgerlich-demokratische Republik, dem Inhalt nach eine Diktatur der Kapitalistenklasse. Denn das Wesentliche am bürgerlichen Staat ist, dass er der Herrschaft des Kapitals dient, diese gewaltsam verteidigt und dabei weder die Arbeiterklasse noch das Kleinbürgertum an der Herrschaft beteiligt. Der sozialistische Staat ist dagegen eine Diktatur der Arbeiterklasse in dem Sinne,

dass die Arbeiterklasse die herrschende Klasse ist und dass er die alte, gestürzte herrschende Klasse daran hindert, sich die Macht zurückzuerobern und den Kapitalismus wieder herzustellen.

Gegenüber der ehemaligen Ausbeuterklasse und ihre Anhänger, die durch die Revolution nun nicht mehr an der Macht ist und niemanden mehr ausbeuten kann, ist der sozialistische Staat also tatsächlich eine Diktatur. Er verteidigt die Herrschaft der Arbeiterklasse, indem er die alte Kapitalistenklasse darin einschränkt, ihre Propaganda zu verbreiten, sich politisch zu organisieren und gegen die Macht der Arbeiterklasse vorzugehen. Dasselbe gilt für Personen, die zwar nicht der Bourgeoisie angehören, aber politisch für die Rückkehr zum Kapitalismus eintreten, also für die Interessen der Bourgeoisie. Wenn die Angehörigen oder Vertreter der ehemaligen Bourgeoisie sich organisieren, um den Sozialismus zu stürzen, verstoßen sie damit gegen die Gesetze und der Staat wird zu Unterdrückungsmaßnahmen übergehen. Das kann bedeuten, dass die Polizei und Gerichte sich mit dem Problem befassen. Im Russischen Bürgerkrieg, den die alte herrschende Klasse nach der Oktoberrevolution begann, bedeutete es hingegen eine militärische Auseinandersetzung, in der der neu gegründete Arbeiterstaat die revolutionäre Armee gegen den konterrevolutionären Aufstand einsetzte. Die genauen Formen, in denen diese Unterdrückung sich abspielt, hängen dabei von den Umständen ab und vor allem auch davon, welche Mittel des Kampfes der Klassengegner gegen den sozialistischen Staat anwendet.

9.1.2 Freiheit und Unterdrückung

Ist die Diktatur des Proletariats damit nicht der Freiheit entgegengesetzt? Ja und nein. Ja, denn der Freiheit der Bourgeoisie, den Sozialismus zu bekämpfen, wird tatsächlich ein Riegel vorgeschoben. Nein, denn für die große Mehrheit des Volkes entsteht gerade dadurch erst eine ganz neue Art der Freiheit: Die zahlreichen Repressionen des bürgerlichen Staates, die sich gegen die Arbeiterklasse und das Volk richteten, gehören der Vergangenheit an. Die Volksmassen können sich erstmals wirklich frei über alle Fragen des politischen und gesellschaftlichen Lebens austauschen und gemeinsam und demokratisch darüber entscheiden. Vor allem aber sind sie nicht mehr den blinden Gesetzen der Kapitalakkumulation unterworfen und ausgeliefert, sondern sie bestimmen selbst über den Aufbau der neuen Gesellschaft.

Es ist also ganz und gar nicht richtig, wenn behauptet wird, die Diktatur des Proletariats wäre ein System der Unterdrückung, Bespitzelung und Bevormundung über das Volk. Vielmehr ist der Kern der Diktatur des Proletariats eine enorme Ausweitung der Demokratie für die Volksmassen. Marx schreibt über einen solchen Staat: „*Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem (…) Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem*

Geschäft auszusuchen.“ (Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S. 340). Und Lenin: „*Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Übergangs zum Kommunismus, wird zum erstenmal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen, aber zugleich wird sie notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, um so schneller wird sie entbehrlich werden, wird sie von selbst absterben.*“ (Lenin: Staat und Revolution, LW 25, S. 476f).

9.1.3 Die Organe der Arbeitermacht

Um eine solche sozialistische Demokratie zu verwirklichen, müssen jedoch viele Voraussetzungen erfüllt sein, die zum Teil erst nach und nach geschaffen werden können. Weil wirkliche Demokratie eben nicht einfach nur bedeutet, alle paar Jahre einen Stimmzettel abzugeben, sondern die gesamte Organisation der Gesellschaft betrifft, ist die Schaffung der Arbeiterdemokratie also kein einmaliger Akt, sondern ein langwieriger Aufbauprozess. Für die Entwicklung der proletarischen Demokratie sind eine zunehmende Initiative der Arbeiter und ein wachsendes Bewusstsein darüber, dass der sozialistische Staat ihr Staat ist, erforderlich. Die proletarische Demokratie setzt außerdem voraus, dass die Arbeiter die technischen Fähigkeiten entwickeln, die erforderlich sind, um die Staatsgeschäfte zu verwalten, von der niedrigsten bis zur höchsten Ebene des Staates – und dass umgekehrt die Tätigkeiten der Staatsverwaltung nach Möglichkeit so vereinfacht werden, dass gewöhnliche Arbeiter sie schnell erlernen und ausführen können. Die proletarische Demokratie setzt voraus, dass der Arbeiterklasse und den breiten Massen des Volkes umfassende Möglichkeiten zur Verfügung stehen, ihre Meinung kundzutun, Kritik an Missständen und Fehlentwicklungen zu äußern und öffentliche Diskussionen zu organisieren. Und schließlich setzt sie auch den Aufbau von Organen der Arbeiter- und Volksmacht auf allen Ebenen voraus, in denen die Massen wichtige Entscheidungen diskutieren und treffen und ihre Vertreter wählen.

Solche Organe entscheiden in der Diktatur des Proletariats nicht nur über die Staatsgeschäfte im engsten Sinne, also die Erarbeitung von Gesetzen, die Verwaltung der staatlichen Institutionen usw. Solche Organe können auch im Wohnblock oder Wohnviertel, an den Schulen und Universitäten und im Betrieb gebildet werden. Die Bildung von Räten in den Betrieben hat dabei eine zentrale Bedeutung. Denn am Arbeitsplatz werden weitreichende Entscheidungen getroffen, die die Organisation der Produktion, die Arbeitsbedingungen und Lebensbedingungen im weiteren Sinne angehen. In der Vergangenheit wurde in sozialistischen Ländern über die Betriebe ein Großteil des gesellschaftlichen Lebens organisiert, von der sozialen Absicherung über kulturelle Ereignisse bis hin zu Urlaubsmöglichkeiten. Die Betriebe sind aber auch an sich bereits Orte des engen Austausches unter den Arbeitern, wo man sich untereinander kennt, aufeinander angewiesen ist und Vertrauen aufbauen kann. Daher sind sie der „natürliche“

Ort, an dem die proletarische Demokratie beginnen muss. Im Betrieb wählen die Arbeiter daher die Vertreter in die nächsthöheren Organe, denen sie am meisten vertrauen, ihre Interessen zu vertreten.

9.1.4 Prinzipien der sozialistischen Demokratie

Auf diesen Grundprinzipien der proletarischen Demokratie wird der sozialistische Staat von unten nach oben aufgebaut, ebenso wie potenziell alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens dadurch demokratisch organisiert werden können. Das Wesen der proletarischen Demokratie liegt nicht in formellen Verfahren, sondern in der aktiven Teilnahme der breitesten Massen am politischen Leben, in der umfassendsten Selbstorganisation der Gesellschaft, die möglich wird durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Das Organisationsprinzip des Arbeiterstaates ist wie in der Kommunistischen Partei der Demokratische Zentralismus: Auch im Staat werden die wichtigsten Beschlüsse zentral getroffen, weil nur das die Beteiligung aller Bürger ermöglicht. Das heißt nicht, dass nicht auch in einzelnen Regionen, Städten oder Betrieben Entscheidungen getroffen werden, die jeweils diese Einheiten betreffen, z.B. Fragen der Arbeitsbedingungen in einem bestimmten Betrieb oder die Förderung der Sprache einer nationalen Minderheit, die in einem bestimmten Gebiet lebt. Aber Entscheidungen, die alle betreffen, müssen zentral getroffen werden, weil nur dann auch alle die Möglichkeit haben, direkt oder indirekt Einfluss darauf zu nehmen. Entscheidungen werden also umfassend diskutiert und demokratisch gefällt. Einmal getroffene Entscheidungen sind dann aber auch verbindlich.

Wichtiger als die Wahl selbst ist jedoch die umfassende Diskussion über die anstehenden Probleme und über die Eignung der verschiedenen Kandidaten für den zu besetzenden Posten. Wenn diese Diskussion richtig geführt wird, kann man sich in vielen Fällen auch ohne Abstimmung auf ein Ergebnis einigen und auch ohne Wahl den besten Kandidaten bestimmen. Die Arbeiter haben natürlich trotzdem jederzeit das Recht, ihren gewählten Vertretern für ihr Handeln Rechenschaft abzuverlangen und sie gegebenenfalls abzuwählen und den Posten neu zu besetzen. Besondere Aufgaben und Funktionen im sozialistischen Staat sollten von den geeignetsten und selbstlosesten Individuen aus dem Volk besetzt werden und nicht von Karrieristen und Opportunisten. Um das zu verhindern, sollten diese Aufgaben in der Regel nur mit einem gewöhnlichen Gehalt entlohnt werden und keine materiellen Vorteile bringen. Durch die Prinzipien der jederzeitigen Wählbarkeit und Abwählbarkeit sowie der offenen Kritik und Selbstkritik ist zudem die ständige Kontrolle der Funktionsträger von unten gewährleistet. Dies ist auch der einzige Weg, um zu verhindern, dass sich bürokratische Verhaltensweisen einschleichen, indem politische Probleme nur noch durch autoritäre Akte von oben gelöst werden statt durch gemeinsame Diskussionen und Einbeziehung der Massen.

Im Kapitel 5 zum bürgerlichen Staat wurde dargelegt, dass die bürgerliche Demokratie vorgibt, sich auf das Prinzip der „Gewaltenteilung“ zu stützen. Im So-

zialismus kann es natürlich auch jeweils besondere Institutionen geben, die sich um die verschiedenen Aufgaben kümmern, z.B. Polizeibehörden, Gerichte usw. Es gibt auch Regeln und Normen, die als Gesetze festgehalten werden und an die sich die Staatsorgane zu halten haben. Grundsätzlich aber werden alle diese Institutionen von den Volksmachtorganen überwacht und sind ihnen rechenschaftspflichtig. Das bedeutet, dass die Volksmachtorgane sowohl Gesetze erlassen als auch Entscheidungen treffen und ausführen. Eine Gewaltenteilung wie in der bürgerlich-liberalen Verfassungslehre gibt es demnach nicht. Darin spiegelt sich wider, dass die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und der breitesten Volksmassen einen einheitlichen Charakter haben und von den gewählten Vertretern des Volkes durchzusetzen sind. Machtmissbrauch und eine Verselbstständigung von Funktionsträgern werden im Sozialismus nicht dadurch bekämpft, dass die Funktionsträger sich gegenseitig kontrollieren, sondern dass sie ständig von unten, also durch die gesamte Gesellschaft kontrolliert werden.

9.1.5 Verbündete der Arbeitermacht

Die kapitalistische Gesellschaft besteht nicht nur aus Arbeitern und Kapitalisten, sondern in ihr gibt es auch verschiedene Schichten des Kleinbürgertums, größere und kleinere Bauern usw. Auch diese Schichten können und müssen zu großen Teilen für den Sozialismus gewonnen werden. Warum sprechen wir also von der Diktatur des Proletariats? Bedeutet das, dass diese Schichten von den Organen der proletarischen Demokratie ausgenommen sind, dass sie nicht mitdiskutieren und mitentscheiden dürfen? Natürlich nicht. Allerdings ist die Existenz dieser Schichten, die auf Privateigentum an Produktionsmitteln im kleineren Maßstab beruhen, im Sozialismus auf Dauer nicht vorgesehen. Und die weltanschaulichen Einflüsse, die sich aus dem Privateigentum ergeben, z.B. Bestrebungen zur Verteidigung des Kleineigentums, zur Ausweitung von Warenbeziehungen usw., dürfen nicht die Oberhand behalten. Der proletarische Charakter des Arbeiterstaates zeigt sich darin, dass er zwar nicht-proletarische Schichten und Klassen als Verbündete behandelt und auch in die demokratischen Prozesse miteinbezieht, aber gleichzeitig die Interessen der Arbeiterklasse und ihren Kampf für die Vertiefung der kommunistischen Produktionsverhältnisse in den Vordergrund stellt.

9.1.6 Die Kommunistische Partei in der Diktatur des Proletariats

Diese führende Rolle der Arbeiterklasse wird auch im Sozialismus durch die führende Rolle der Kommunistischen Partei realisiert. Worin besteht die führende Rolle der Partei im Sozialismus? Aus dem, was bereits über die sozialistische Demokratie gesagt wurde, ergibt sich, dass der Sozialismus nicht einfach eine Diktatur der Partei sein kann. Die Kommunistische Partei kann also nicht anstelle der Arbeiterklasse die Macht ausüben, sondern die Arbeiterklasse muss selbst diese Macht ausüben. Auch Stalin, dem von der antikommunistischen Propag-

anda nachgesagt wird, er habe die Herrschaft der Arbeiterklasse durch die der Partei ersetzt, warnte vor einem solchen Verständnis: *„Spricht man daher von der Diktatur der Partei **gegenüber** der Klasse der Proletarier und stellt diese Diktatur der Diktatur des Proletariats gleich, so wird damit gesagt, daß die Partei gegenüber ihrer Klasse nicht bloß Leiter, nicht bloß Führer und Lehrer sein muß, sondern auch eine Art Staatsmacht, die ihr gegenüber Gewalt anwendet". Zu glauben, „daß man die Autorität der Partei auf Gewalt aufbauen kann", sei jedoch „absurd und mit dem Leninismus völlig unvereinbar"* (Stalin: Zu den Fragen des Leninismus, SW 8, S. 37f).

Marx, Engels und Lenin beschäftigten sich intensiv mit den Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871, in der sie das erste historische Beispiel für eine, wenn auch nur kurzlebige, Diktatur des Proletariats sahen. Die Revolution brach aus durch eine Meuterei der Truppen der Nationalgarde in Paris, die nach wochenlangen Auseinandersetzungen die Macht übernahmen, sie aber schnell dem vom Volk neu gewählten Rat der Kommune übergaben. In den 72 Tagen, die die Pariser Kommune existierte, beschloss der Rat eine Reihe von Sofortmaßnahmen wie der Begrenzung der Gehälter von Beamten, Obergrenzen für den Brotpreis, den Erlass ausstehender Mieten usw. Die Kommune scheiterte unter anderem daran, dass den bewusstesten revolutionären Teilen der französischen Arbeiterklasse die geeignete Organisation fehlte. Sie verfügten, anders als die russischen Bolschewiki 1917, nicht über eine disziplinierte, kampferfahrene, im ganzen Land verwurzelte Kaderpartei. Der Aufstand blieb somit auf Paris beschränkt, war in seiner Ausrichtung teilweise unklar und ging nicht entschlossen genug gegen seine Feinde vor. Das Ergebnis war ein furchtbares Blutbad, das die siegreiche Konterrevolution an Zehntausenden Pariser Arbeitern anrichtete. Wir sehen also, dass auch die programmatische Ausrichtung der Arbeiterbewegung auf die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats nicht von vornherein so gegeben war, sondern sich in dieser Klarheit erst im Verlauf des Klassenkampfes, durch die Auswertung von gemachten Erfahrungen entwickelte. Die zweite zentrale Erfahrung, die zur Schärfung des Verständnisses der Diktatur des Proletariats beitrug, war die sozialistische Oktoberrevolution von 1917. Hier machte die Arbeiterklasse zum ersten Mal in der Geschichte die Erfahrung, über einen längeren Zeitraum an der Macht zu sein, die Macht in einem revolutionären Bürgerkrieg verteidigen zu müssen und den Aufbau der neuen klassenlosen Gesellschaft in Angriff zu nehmen. Die Bolschewiki und in den folgenden Jahren auch die kommunistische Weltbewegung konnten jetzt aus den Problemen und Herausforderungen, die sich aus dem sozialistischen Aufbau stellen, ihre Schlussfolgerungen ziehen.

Vor allem bestätigte sich durch die geschichtliche Erfahrung, dass die Diktatur des Proletariats ohne die führende Rolle der Kommunistischen Partei auf Dauer nicht möglich ist. Auch die Massenorganisationen und Organe der sozialistischen Demokratie, durch die die Massen den Sozialismus aufbauen, entstehen in der Regel nicht von selbst und erhalten nicht von selbst eine revolutionäre Ausrichtung, sondern ihre Schaffung muss maßgeblich durch die Kommunistische Partei vorangetrieben werden.

Natürlich beteiligt sich die KP in der Diktatur des Proletariats auch an der Machtausübung. Das tut sie, indem ihre Mitglieder und Kader sich in die Organe der Arbeiter- und Volksmacht einbringen und für Funktionen kandidieren. Erst dadurch, wenn die Kommunisten sich nach ausgiebiger Diskussion durchsetzen, zeigt sich, ob sie gute Arbeit geleistet haben und die Politik der Partei wirklich von den Massen unterstützt wird. Auch im Sozialismus gilt also, dass die Führung durch die Partei den Massen nicht aufgezwungen werden kann, sondern von ihr akzeptiert werden muss.

Die Kommunistische Partei hat auch in der Diktatur des Proletariats die Aufgabe, den bewusstesten, fortgeschrittensten Teil der Arbeiterklasse (und auch anderer Schichten, sofern diese die Weltanschauung der Arbeiterklasse übernehmen) zu organisieren. Sie verankert sich in den Volksmassen, in den Betrieben und Wohnvierteln und verbreitet den Marxismus-Leninismus so weit wie möglich in der Gesellschaft. Dazu bestehen im Sozialismus natürlich sehr viel günstigere Bedingungen als im Kapitalismus, wo die Kommunisten mit ständiger Verfolgung und Gegenmaßnahmen der Bourgeoisie rechnen müssen. Die KP kämpft im Sozialismus dafür, dass die Arbeiterklasse sich selbst und ihre Herrschaft immer besser organisiert; sie kämpft für die Vertiefung der sozialistischen Beziehungen in Wirtschaft und Gesellschaft, für die Zurückdrängung der Überreste des Kapitalismus und den Fortschritt hin zur kommunistischen Gesellschaft. Sie ist der Ort, an dem weiterhin die kollektive Erfahrung der Partei und der Klasse gesammelt und ausgewertet und dadurch der Wissenschaftliche Sozialismus ständig weiterentwickelt wird. Sie ist damit auch das Zentrum des ideologischen Kampfes gegen den Opportunismus und den Revisionismus, deren Einfluss den sozialistischen Aufbau behindert und die darum durch geduldige und wissenschaftliche Überzeugungs- und Erziehungsarbeit zurückgedrängt werden müssen. In der Diktatur des Proletariats hat die Arbeiterklasse zwar vorerst gesiegt, aber ihre Gegner sind noch nicht verschwunden. *„Ihnen ist die internationale Basis geblieben, das internationale Kapital, dessen Filiale sie sind. Ihnen sind zum Teil gewisse Produktionsmittel geblieben, ist Geld geblieben, sind weitverzweigte gesellschaftliche Verbindungen geblieben. Ihr Widerstand ist gerade infolge ihrer Niederlage hundertmal, tausendmal stärker geworden. (…) Der Klassenkampf der gestürzten Ausbeuter gegen die siegreiche Avantgarde der Ausgebeuteten, d. h. gegen das Proletariat, ist ungleich erbitterter geworden."* (Lenin: Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, LW 30, S. 99f). Der Klassenkampf ist also mit dem vorläufigen Sieg der Revolution nicht beendet, sondern verschärft sich sogar noch, auch wenn es für die Masse des Volkes jetzt schon viele Errungenschaften gibt, die ihr das Leben erleichtern.

Das bedeutet aber auch: Wenn die Kommunistische Partei sich vom Wissenschaftlichen Sozialismus entfernt, wenn sie selbst revisionistische Positionen übernimmt, dann wird sie ihre führende Rolle im sozialistischen Aufbau immer schlechter erfüllen können und kann schließlich sogar zum Werkzeug der Konterrevolution, der Zerstörung des Sozialismus werden. Nach dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 1956 wurden opportunistische

Positionen zunehmend in die Programmatik und praktische Politik der Partei übernommen. Die These, die z.B. Maoisten vertreten, dass ab diesem Zeitpunkt in der Sowjetunion der Sozialismus abgeschafft wurde und die Gesellschaft einen kapitalistischen Charakter angenommen hätte, ist falsch. Richtig ist jedoch, dass hier ein Prozess begonnen wurde, an dessen Ende Mitte der 1980er eine Gruppe die Parteiführung übernahm, die den Sozialismus nicht mehr weiterentwickeln, sondern restlos zerstören wollte, was ihr innerhalb weniger Jahre auch gelang. Daraus ergibt sich für uns heute die wichtige Frage, wie der Kampf gegen den Revisionismus und Opportunismus auch im Sozialismus innerhalb der Kommunistischen Partei erfolgreich geführt werden kann. Diese Herausforderung gilt es in der Zukunft zu bewältigen. Sicher ist jedoch, dass dabei eine enge Verbindung zu den Massen und ein lebendiger, funktionierender Demokratischer Zentralismus entscheidend sein werden.

Die Geschichte hat auch gezeigt, dass die Diktatur des Proletariats in verschiedenen Ländern im einzelnen unterschiedliche Formen annehmen kann, also dass es beispielsweise Unterschiede darin gab, über welche Institutionen und Mechanismen die Mitwirkung, Organisierung und Mobilisierung der Massen ermöglicht wurde, oder wie schnell die Vergesellschaftung der Produktionsmittel voranschreiten konnte. Das bedeutet aber nicht, dass es mehrere grundlegend verschiedene „Modelle" des Sozialismus geben kann, denn auch wenn es natürlich immer je nach Land nationale Besonderheiten gibt, hat auch die sozialistische Produktionsweise ihre allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, an denen sich der Aufbau der neuen Gesellschaft überall orientieren muss. Zu den im engeren Sinne ökonomischen Gesetzmäßigkeiten kommen wir im nächsten Unterkapitel (9.2). Doch zu den Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus gehört auch, dass der sozialistische Aufbau auf die massenhafte Aktivität, Kreativität und Initiative der Arbeiterklasse und Volksmassen angewiesen ist; dass die führende Rolle der Kommunistischen Partei eine zwingende Voraussetzung ist; und dass sowohl die Partei als auch die Gesellschaft insgesamt nach den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus organisiert sind, weil nur so einerseits die freie Diskussion und Kritik möglich sind, andrerseits aber auch die Umwälzung aller gesellschaftlichen Strukturen zentral umgesetzt werden kann.

Im Kapitel zum bürgerlichen Staat wurde auch dargelegt, dass die bürgerliche Demokratie auf dem Prinzip des Parteienpluralismus beruht. Im Sozialismus gibt es dagegen keine unversöhnlichen Interessensgegensätze zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes. Natürlich kann es voneinander abweichende Sonderinteressen oder Ansichten in verschiedenen Fragen geben, z.B. zwischen Arbeitern und Bauern. Diese Differenzen können aber viel besser durch die offene Diskussion oder auch Kompromisse gelöst werden und benötigen nicht zwingend unterschiedliche Parteien. Die einzige Kraft, die ein gegensätzliches Interesse hat, das mit den Interessen der Arbeiterklasse grundsätzlich nicht vereinbar ist, ist die Kapitalistenklasse. Eine antisozialistische Partei der Bourgeoisie wäre aber zwangsläufig ein Zentrum der Konterrevolution. Sie würde alles dafür tun, um den sozialistischen Staat zu stürzen und auch mit dem

kapitalistischen Ausland zusammenarbeiten, um die Diktatur des Kapitals zurückzuholen und den Arbeitern alle erkämpften Errungenschaften wieder wegzunehmen. Eine solche Partei hat daher keinen Platz in der Diktatur des Proletariats. In der Geschichte gab es in der DDR und auch in anderen sozialistischen Ländern teilweise trotzdem ein Bündnis aus mehreren Parteien, die den Aufbau des Sozialismus unterstützten und daher mit der Kommunistischen Partei zusammenarbeiteten. Dies hatte jedoch mit der Entstehungsgeschichte dieser sozialistischen Staaten zu tun, also mit bestimmten historischen Bedingungen. An sich ist ein solches Mehrparteiensystem für die proletarische Demokratie aber nicht zwingend notwendig und ist auch nicht unbedingt demokratischer, da die Mechanismen der Demokratie sich nicht über die Wahl zwischen Parteien, sondern über die direkte Mobilisierung, Aktivität und Entscheidungsbefugnisse der Massen realisieren.

9.1.7 Der Aufbau des Sozialismus in einem Land

Ist der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in einem Land möglich, oder erst nach dem Sieg der Revolution auf der ganzen Welt? Lenin gab darauf eine eindeutige Antwort: *„Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist.“* (Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, LW 21, S. 345).

Die sozialistische Revolution ist immer das Ergebnis eines Zusammenkommens von verschiedenen ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen, die sich in jedem Land unterschiedlich entwickeln. Es ist daher nicht davon auszugehen, dass der Sozialismus überall gleichzeitig siegen wird. Es wird daher notwendig sein, den Sozialismus zunächst in einem oder wenigen Ländern aufzubauen. Das heißt natürlich nicht, dass die Aufgabe der weltweiten Überwindung des Kapitalismus deshalb vernachlässigt werden darf. Die Länder, in denen der Sozialismus gesiegt hat, müssen zu den wichtigsten Stützpunkten der internationalen kommunistischen Bewegung werden, um in den verbleibenden kapitalistischen Ländern und auf internationaler Ebene den Kampf gegen das Ausbeutersystem zu verstärken. Die Verteidigung der sozialistischen Länder gegen den internationalen Klassenfeind, also den Imperialismus, und der erfolgreiche Wettbewerb mit den kapitalistischen Ländern auf ökonomischem, aber auch kulturellem, politischem und militärischem Gebiet haben dann oberste Priorität. Insbesondere solange die sozialistischen Länder noch von feindlichen kapitalistischen Staaten umringt sind, müssen sie der Produktion von Produktionsmitteln zur Beschleunigung des technischen Fortschritts Vorrang einräumen und auch Ressourcen in die Rüstungsproduktion stecken. Dafür müssen die sozialistischen Länder aber auch mit den kapitalistischen und imperialistischen Staaten handeln und verhandeln und werden es in der Regel auch versuchen zu vermeiden, in offene kriegerische Auseinandersetzungen mit ihnen zu treten. Hier werden also auch

Kompromisse und Zugeständnisse an den kapitalistischen Gegner notwendig sein, um den sozialistischen Aufbau insgesamt sicherzustellen. Insbesondere ist es richtig und notwendig, die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten auszunutzen, sie gegeneinander auszuspielen und so den sozialistischen Staaten so viele und lange Atempausen wie möglich zu verschaffen.

Wie die Intervention der imperialistischen Länder in den Russischen Bürgerkrieg 1918-1922 und der faschistische Überfall auf die Sowjetunion 1941 zeigen, ist es nicht immer möglich, den Krieg gegen die imperialistischen Staaten zu vermeiden. In Großbritannien und den USA gab es nach dem Zweiten Weltkrieg auch Planungen für einen erneuten militärischen Überfall auf die Sowjetunion, der aber aufgrund der Stärke der Roten Armee nicht zustande kam. Die Erfahrung zeigt also auch, dass es für einen sozialistischen Staat grundsätzlich möglich ist, in einer feindlichen kapitalistischen Umwelt über einen langen Zeitraum zu überleben, sich zu entwickeln und alle Feinde erfolgreich abzuwehren.

9.1.8 Drei grundlegende Aufgaben der Diktatur des Proletariats

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Diktatur des Proletariats drei grundlegende Aufgaben erfüllen muss.

Sie muss erstens die Revolution gegen ihre Feinde verteidigen und die revolutionären Bewegungen in anderen Ländern unterstützen.

Zweitens muss sie möglichst die gesamte Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen für den Sozialismus gewinnen und die Massen in den sozialistischen Aufbau einbeziehen.

Drittens geht es um die Organisierung des sozialistischen Aufbaus und darum, dass der Kurs auf die Abschaffung der Klassen und die Einführung der kommunistischen Gesellschaft gehalten wird.

Welche dieser drei Aufgaben das stärkste Gewicht hat, ist von der jeweiligen Situation abhängig, in der sich das Land befindet. In Russland tobte in den Jahren nach 1918 zunächst der Bürgerkrieg, der den Arbeitern und Bauern von den Anhängern des alten Zarenregimes aufgezwungen wurde. In dieser Phase war die Aufgabe der militärischen Verteidigung der Revolution vorrangig, obwohl es natürlich auch gleichzeitig schon um die Verwirklichung bestimmter revolutionärer Umgestaltungen und um die Gewinnung möglichst breiter Teile der Arbeiter und Bauern für die Revolution ging. Nach dem Sieg der revolutionären Kräfte im Bürgerkrieg verschob sich hingegen das Gewicht weg von der Gewaltanwendung hin zur Schaffung sozialistischer gesellschaftlicher Verhältnisse, zur Hebung des Bildungsniveaus der Massen, zur Befriedigung der Grundbedürfnisse usw. Aber auch in dieser Phase entfiel natürlich nicht die Notwendigkeit, die Revolution gegen äußere und innere Feinde zu schützen.

Wann genau die Arbeiterbewegung wieder vor der Aufgabe stehen wird, einen sozialistischen Staat aufzubauen, wissen wir nicht. Doch wir wissen, dass der sozialistische Aufbau nur erfolgreich gelingen kann, wenn die positiven wie negativen Erfahrungen der Geschichte angeeignet, studiert und ausgewertet werden. Es gehört dabei zu den Aufgaben der Kommunisten, die bisherigen Versuche, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, gegen die feindlichen Angriffe der bürgerlichen antikommunistischen Propaganda zu verteidigen. Diese Aufgabe steht in keinem Widerspruch dazu, dass es gleichzeitig notwendig ist, die dabei gemachten Fehler schonungslos aufzudecken und auszusprechen.

Mit der erfolgreichen Schaffung der kommunistischen Gesellschaft in ihren Grundstrukturen verliert der sozialistische Staat schrittweise an Bedeutung und Funktionen. Natürlich wird es immer noch Institutionen zur Verwaltung von Staat und Wirtschaft geben müssen und die Aufgaben auf diesem Gebiet werden auch eher zunehmen. Es geht also keineswegs um einen abnehmenden Organisierungsgrad der Gesellschaft, sondern ganz im Gegenteil darum, dass die Gesellschaft sich immer besser selbst organisiert und immer mehr Funktionen des Staates von der Gesellschaft selbst, also der selbstorganisierten Arbeiterklasse übernommen werden. Die letzten Überreste der Spaltung in Klassen sowie Unterschiede zwischen den Geschlechtern und zwischen verschiedenen Nationen werden verschwinden und damit eine immer größere Einheitlichkeit und Einmütigkeit des Volkes in den grundlegenden Entwicklungsfragen der Gesellschaft entstehen. Dadurch wird die unterdrückende Funktion des Staates immer seltener zur Anwendung kommen und schließlich nicht mehr notwendig sein. Engels schreibt dazu: *„Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft', **er stirbt ab.**"* (Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 225). Im Gegensatz zur anarchistischen Auffassung gingen Marx, Engels und Lenin also davon aus, dass der Staat nicht sofort als Ergebnis der gesellschaftlichen Umwälzung abgeschafft werden kann, sondern dass er mit dem Fortschritt zum Kommunismus in dem Maße, wie seine Funktionen und Aufgaben in die Gesellschaft zurückgenommen werden, schrittweise verblassen und schließlich verschwinden wird.

Arbeitsfragen

- **Wie verwendet der Marxismus den Begriff „Diktatur"? Wo liegt dabei der Unterschied zum bürgerlichen Sprachgebrauch?**
- **Welche drei grundlegenden Aufgaben muss die Diktatur des Proletariats erfüllen?**

Diskussionsfragen

- **Welche Aufgaben sollte die Kommunistische Partei in der Dikta-**

tur des Proletariats erfüllen? Welche nicht?

- **Sind Parteienpluralismus und Gewaltenteilung wirklich bürgerliche Institutionen oder sollten sie auch im Sozialismus weiterhin Anwendung finden?**
- **Wie können die Prinzipien der proletarischen Demokratie entwickelt und zu alltäglichen Lebensformen werden?**

9.2 Politische Ökonomie des Sozialismus und Kommunismus

Der Sozialismus ist die neue Gesellschaftsform, die aus dem revolutionären Sturz des Kapitalismus entsteht. Wie die kapitalistische Gesellschaft in ihrem Wesen durch die kapitalistische Produktionsweise bestimmt ist und ihr politischer, juristischer, kultureller, ideologischer und sonstiger Überbau sich auf der Grundlage dieser Produktionsweise erhebt, ist auch der Sozialismus durch die sozialistische Produktionsweise bestimmt. Die sozialistische Produktionsweise hat ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten, die sich von denen der kapitalistischen Produktionsweise sehr grundlegend unterscheiden. Die grundlegenden Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, wie das Wertgesetz, das Mehrwertgesetz, die Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die notwendige Entstehung von Krisen und der tendenzielle Fall der Profitrate haben unter der sozialistischen Produktionsweise grundsätzlich keine Gültigkeit mehr. Was heißt hier „grundsätzlich"? Es heißt, dass diese Gesetze sich nicht aus der sozialistischen Produktionsweise ergeben und im Widerspruch zu ihr stehen. Das schließt nicht aus, dass zu einem konkreten Zeitpunkt des sozialistischen Aufbaus das Wertgesetz noch eine gewisse, wenn auch eingeschränkte Wirksamkeit besitzen kann. Wenn dies der Fall ist, ist das aber ein Überbleibsel der kapitalistischen Gesellschaft, das noch nicht überwunden wurde. Auf die Frage des Wertgesetzes im Sozialismus werden wir an späterer Stelle zurückkommen.

Die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Produktionsweise ergeben sich historisch und logisch aus dem Kapitalismus. Die Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus, zum Imperialismus schließt ein, dass bereits unter kapitalistischen Bedingungen ein enormes Maß an Konzentration, Zentralisation und Vergesellschaftung der Produktion stattfindet. Indem die Bauernschaft und das städtische Kleinbürgertum durch die kapitalistische Entwicklung zahlenmäßig stark zurückgedrängt werden, teilt sich die Gesellschaft immer mehr in ihre zwei Hauptklassen auf, die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie. Das Programm der sozialistischen Revolution besteht nun darin, dass die bereits in enormem Maße vergesellschaftete und konzentrierte Produktion von der Arbeiterklasse übernommen wird. Damit wird der Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung aufgehoben, sodass

nun auch die Aneignung, also das Eigentum an den Produktionsmitteln und den Produkten, gesellschaftlichen Charakter erhält. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel werden nun im Interesse der ganzen Gesellschaft angewendet anstatt für den Profit einer kleinen Minderheit von Kapitalisten.

Die Produktionsmittel werden durch die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse den Händen der Privateigentümer, der Kapitalisten entrissen und unter die Kontrolle des Arbeiterstaates gestellt. Von bürgerlichen Ideologen werden deshalb Verstaatlichungen von Unternehmen unter kapitalistischen Bedingungen oder sogar staatliche Aktivitäten überhaupt (Subventionen, Steuern, Regulierungen usw.) oft als „Sozialismus" bezeichnet. Das hat natürlich nicht das Geringste mit der Realität zu tun. Denn der Staat ist im Kapitalismus „ideeller Gesamtkapitalist". Durch den bürgerlichen Staat übt die Bourgeoisie ihre politische Herrschaft aus. Der bürgerliche Staat muss, eben weil er die Interessen des Kapitals vertritt, die Abläufe der Kapitalakkumulation sichern und dafür auch selbst ökonomisch aktiv werden. Unter bestimmten Bedingungen kann das Verstaatlichungen einschließen. Diese dienen aber nicht dem Aufbau des Sozialismus und der Abschaffung der Ausbeutung, sondern ganz im Gegenteil der Stabilisierung des Kapitalismus und damit der Aufrechterhaltung der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse. Einzelne Verstaatlichungen heben eben die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus nicht auf, solange das System des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Konkurrenz und der Mehrwertproduktion nicht angetastet wird.

Es gibt also zwei grundlegend verschiedene Arten der Verstaatlichung: Die Verstaatlichung im Kapitalismus und die Verstaatlichung als revolutionären sozialistischen Akt. Der entscheidende Unterschied ist ein politischer Unterschied. Im ersten Fall ist der Staat in den Händen der Kapitalistenklasse und kann daher nicht der Entmachtung des Kapitals dienen. Im zweiten Fall ist die Staatsmacht bereits eine grundlegend andere, denn sie ist aus dem revolutionären Sturz des Kapitalismus hervorgegangen. Der bürgerliche Staat wurde zerschlagen und ein neuer Staat der Arbeiterklasse errichtet. Die Verstaatlichung von Betrieben, aber auch der Infrastruktur, des Bodens, der Wälder usw. dient nicht mehr dem reibungslosen Ablaufen der kapitalistischen Produktion, sondern dem Übergang zu einer neuen Gesellschaftsordnung, in der es schließlich kein privates Kapital, keinen Profit, keine Ausbeutung mehr geben wird.

9.2.1 Zentrale Planwirtschaft

Dass die Produktionsmittel nun vergesellschaftet sind, bedeutet notwendigerweise, dass auch die Produktion und Verteilung der Güter zentral geplant werden. Es gibt dann ja nur noch einen Eigentümer der Produktionsmittel, nämlich die Gesellschaft, der sozialistische Staat. Unter diesen Bedingungen kann die Produktion nur auf Grundlage eines Plans organisiert werden, der die Erfüllung der Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft zum Ziel hat. Diese Bedürfnisse der Gesellschaft, ihr Bedarf an Konsumgütern und den Produktionsmitteln, die not-

wendig sind, um diese zu produzieren, müssen also ermittelt werden, bevor ihre Produktion beginnt. Die Planwirtschaft setzt dabei ein komplexes System der Berechnungen voraus, indem nicht nur der Bedarf vorher festgestellt werden muss, sondern auch, welche Güter in welcher Menge von jedem einzelnen Produktionszweig, ja sogar jedem einzelnen Betrieb benötigt werden, um alle geforderten Dinge zu produzieren. Dabei werden jedem Betrieb im Rahmen des Gesamtplans für die sozialistische Volkswirtschaft verpflichtende Aufgaben zugewiesen. Die Entwicklung der Informations-, Kommunikations- und Transporttechnologien erleichtert die Erstellung und Durchführung eines solchen gesamtwirtschaftlichen Plans natürlich erheblich. Die Geschichte der Sowjetunion zeigt, dass es bereits Ende der 1920er Jahre möglich war, die Produktion einer ganzen Gesellschaft in einem riesigen Land zu planen und innerhalb kürzester Zeit die Grundlagen einer modernen Industrie zu schaffen. Heute stehen natürlich ganz andere Möglichkeiten der effizienten Wirtschaftsplanung zur Verfügung und es ist zu erwarten, dass auch in Zukunft mit der Weiterentwicklung der Informationstechnologie ständig weitere Möglichkeiten entstehen werden, um zentral geplante Wirtschaftsabläufe zu verbessern.

Die zentrale Feststellung der Bedürfnisse im Voraus ist ein Unterschied zum Kapitalismus, wo eine solche Feststellung der Bedürfnisse nicht stattfindet und lediglich im Nachhinein über den Markt zu ermitteln ist, für welche Güter eine zahlungsfähige Nachfrage bestand und für welche nicht. Ein gesamtwirtschaftliches Chaos und notwendig auftretende Ungleichgewichte wie im Kapitalismus gibt es daher in einer Planwirtschaft nicht. Zu Krisen kommt es schon alleine deshalb nicht, weil die Produktion sich an den Bedürfnissen orientiert und nicht an der zahlungsfähigen Nachfrage auf dem Markt. Berge unverkäuflicher Waren, wie es sie im Kapitalismus gibt, kommen dadurch erst gar nicht zustande. Natürlich sind auch im Sozialismus wirtschaftliche Probleme möglich. Diese liegen dann aber an Fehlplanungen, Inkompetenz usw., sie treten also anders als im Kapitalismus nicht gesetzmäßig auf und können durch eine umsichtige Politik vermieden werden.

Warenproduktion gibt es in Wirtschaftsformen, in denen Produktion und Konsumtion getrennt sind, in denen also die Produzenten der Güter und die Konsumenten dieser Güter getrennt voneinander agieren. Das ist im Kapitalismus der Fall, da die Produktionsmittel Privateigentum sind und die Waren für den Verkauf, nicht für den Eigenkonsum produziert werden. Im Sozialismus sind dagegen alle Betriebe Teil desselben wirtschaftlichen Organismus. Alle Betriebe gehören dem Staat, der ganzen Gesellschaft, und sind einem gesamtgesellschaftlichen Plan unterworfen. Es gibt daher keine Grundlage dafür, dass die Betriebe untereinander ihre Produkte austauschen. Denn auch die Produkte sind nicht das Eigentum der einzelnen Betriebe, sondern gehören der ganzen Gesellschaft. Und natürlich kann die Gesellschaft keinen Handel mit sich selbst treiben. Die Betriebe liefern also ihre Produkte ab und diese werden direkt entweder an andere Betriebe weitergeliefert (wenn es sich um Produktionsmittel handelt) oder, wenn es sich um Konsumgüter handelt, an die Konsumenten verteilt.

9.2.2 Lohn und Leistungsprinzip im Sozialismus

Solange die Gesellschaft keinen Überfluss an Konsumgütern produzieren kann, muss die Verteilung der Güter weiterhin durch eine Art „Geld" geregelt sein. Man bekommt für seine Arbeit, die zur Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums beiträgt, entsprechend der geleisteten Arbeitszeit ein Einkommen zugewiesen, mit dem man Zugriff auf einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum bekommt. Marx schreibt dazu: „*Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet.*" (Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 20). Diese Scheine, mit denen die Menschen im Sozialismus sich die Güter ihres täglichen Bedarfs besorgen können, haben oberflächlich betrachtet Ähnlichkeit mit dem Geld, mit dem wir im Kapitalismus einkaufen gehen. Sie sind aber kein Geld im kapitalistischen Sinne, wie Marx betont: „*Die Produzenten mögen meinetwegen papierne Anweisungen erhalten, wofür sie den gesellschaftlichen Konsumtionsvorräten ein ihrer Arbeitszeit entsprechendes Quantum entziehn. Diese Anweisungen sind kein Geld. Sie zirkulieren nicht.*" (Das Kapital, Band II, MEW 24, S. 358). Unter kapitalistischen Bedingungen zirkuliert das Geld frei: Es wird verwendet, um eine Ware zu kaufen. Der Verkäufer dieser Ware benutzt es dann wiederum, um weitere Waren zu kaufen usw. Ganz anders im Sozialismus: Das „Geld" wird hier für geleistete Arbeit vom Staat an die Arbeiter ausgezahlt und diese geben es dem Staat zurück, um dafür Bedarfsgüter zu erhalten. Die Arbeiter kaufen mit dem „Geld" also nicht bei anderen Privatpersonen ein. Und es ist schon gar nicht möglich, das „Geld" als Kapital anzuhäufen, indem man Produktionsmittel davon kauft und ein eigenes Unternehmen betreibt. Es dient lediglich dazu, die Verteilung der gesellschaftlichen Güter auf die Individuen zu regeln.

Der „Lohn", den die Arbeiter im Sozialismus erhalten, ist damit etwas völlig anderes als der kapitalistische Lohn. Im Kapitalismus sind die Arbeiter „doppelt frei", da sie sowohl frei vom Eigentum an Produktionsmitteln sind als auch frei, ihre Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen. Beides gilt im Sozialismus nicht mehr. Die Arbeiter sind nun Eigentümer der Produktionsmittel, wenn auch gemeinschaftlich und nicht individuell. Und sie verkaufen ihre Arbeitskraft auch nicht an jemand anderen. Der „Lohn" im Sozialismus wird ihnen nicht von einem Kapitalisten ausgezahlt, sondern er ist wiederum nur die Form, in der der proletarische Staat die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auf die Individuen organisiert. Dies ist notwendig, so lange es noch Mangel gibt und daher der Anteil, den das Individuum vom Reichtum der Gesellschaft erhält, auch noch nach seiner individuellen Leistung bemessen werden muss. So war in der Verfassung der Sowjetunion von 1936 festgeschrieben: „*In der UdSSR wird der Grundsatz des Sozialismus verwirklicht: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung'*". In einem späteren Entwicklungsstadium des Sozialismus wird sich das schrittweise ändern. Marx schreibt: „In einer höheren Phase der kom-

munistischen Gesellschaft", wo *„alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann (…) die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"* (Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 21).

Im Sozialismus wird natürlich auch kein Mehrwert produziert. Es werden Investitionen getätigt und dabei ein Überschuss produziert. Der gesellschaftliche Reichtum wächst mit der Zeit. Das ist aber kein Mehrwert. Denn der Überschuss gehört keiner Privatperson, sondern der gesamten Gesellschaft. Er wird auch nicht verkauft, nimmt also keine Wertform an. Deshalb ist es falsch zu behaupten, dass im Sozialismus der Staat einfach die Rolle des Kapitalisten übernehmen würde, oder dass dies in der Vergangenheit in der Sowjetunion oder anderen sozialistischen Ländern der Fall gewesen sei. Denn Kapitalismus gibt es nur durch die Konkurrenz verschiedener Kapitalisten, die miteinander im ständigen Wettstreit um die höchsten Profite liegen. Der sozialistische Staat plant hingegen die Produktion mit dem Ziel der bestmöglichen Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, er orientiert sich nicht am Profit.

9.2.3 Wirkt im Sozialismus das Wertgesetz?

Wenn der Lohn im Sozialismus einen anderen Charakter annimmt und es keinen Mehrwert gibt, wirkt unter den Bedingungen der sozialistischen Produktion denn zumindest das Wertgesetz, das ja nicht nur im Kapitalismus, sondern auch in früheren Produktionsweisen eine Rolle spielte? Über diese Frage war in den sozialistischen Ländern heiß gestritten worden. Die Positionen reichten von der Auffassung, dass die Wirkung des Wertgesetzes im Sozialismus grundsätzlich „unzulässig" sei bis hin zu der Ansicht, dass auch im Sozialismus das Wertgesetz die Produktion regulieren muss und somit auch im entwickelten Stadium der kommunistischen Gesellschaft noch seine Gültigkeit hat. Erinnern wir uns jedoch daran, was das Wertgesetz ist: Das Wertgesetz regelt in einer Gesellschaft, in der die Produzenten voneinander getrennt für den Markt produzieren und miteinander konkurrieren, die Austauschbeziehungen und die Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige.

Stalin vertrat daher in dieser Diskussion eine differenziertere Position: Weil die Produktion in der Sowjetunion noch nicht vollständig vergesellschaftet war, also noch nicht alle Produktionsmittel Volkseigentum waren und daher direkt dem zentralen Plan unterstellt waren, gab es noch Warenproduktion. Das betraf vor allem die kollektivwirtschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe (Kolchosen), deren Boden und wichtigste Produktionsmittel zwar Staatseigentum waren, die aber weiterhin einen Teil ihrer Erzeugnisse selbst verkaufen durften, statt sie einfach nur an den Staat abzuliefern. Bei der Bildung der Preise dieser landwirtschaftlichen Konsumgüter spiele das Wertgesetz weiterhin eine gewisse Rolle. Auch im Außenhandel nahmen die Produkte der sozialistischen Produktion natürlich weiterhin die Form von Waren an, da sie ja für einen kapitalistischen Markt pro-

duziert wurden. Allerdings komme dem Wertgesetz in der Sowjetunion selbst nicht die Rolle zu, die Produktion insgesamt zu regulieren, denn die Verteilung von Arbeitskräften und Ressourcen auf die verschiedenen Produktionszweige und die Festlegung der Preise geschah durch den zentralen Plan. Stalin verwarf auch richtigerweise die Ansicht einiger sowjetischer Ökonomen, wonach das Wertgesetz ein ewig gültiges Gesetz sei, das auch im Kommunismus noch wirke (Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, S. 20ff).

Grundsätzlich kann man sagen, dass das Wertgesetz unter bestimmten Bedingungen in einer früheren Phase des sozialistischen Aufbaus noch eine begrenzte Wirkung haben kann, solange es nicht möglich ist, alle Produktionsmittel zu vergesellschaften und in den zentralen Plan einzubeziehen. Trotzdem ist es ein Gesetz, das der sozialistisch-kommunistischen Produktionsweise fremd ist und im Widerspruch zu ihr steht. Je mehr die sozialistischen Produktionsverhältnisse gefestigt und vertieft werden, desto weniger Raum kann es für das Wertgesetz geben.

Im Sozialismus erfolgt also die Steuerung der Produktion und die Verteilung der Arbeit und Ressourcen auf die verschiedenen Wirtschaftszweige nicht durch das Wertgesetz, sondern durch einen zentralen Plan. Das bedeutet aber nicht, dass die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit als Maßstab keine Rolle mehr spielt. Denn wie auch schon Marx bemerkte, gilt auch im Sozialismus das Gesetz der Zeitbestimmung der Arbeit. Im Kapitalismus spielt die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit über das Wertgesetz eine entscheidende Rolle als Regulator der Produktion. Im Sozialismus ist es nicht das Wertgesetz, das diese Rolle erfüllt. Aber auch hier wird durch den Fortschritt der Produktivkräfte die Zeit, die gebraucht wird, um ein bestimmtes Produkt herzustellen, ständig verringert. *„Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu andrer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab.“* (Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42, S. 105).

9.2.4 Ökonomische Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus

Bedeutet das, dass keines der ökonomischen Gesetze, die im Kapitalismus gelten, für den Sozialismus Gültigkeit hat? Natürlich nicht. Auch in der sozialistischen Planwirtschaft lässt sich die Produktion in Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I) und Konsumgütern (Abteilung II) unterteilen. Marx weist darauf hin, dass auch im Sozialismus die Abteilungen der Produktion in einem passenden Verhältnis zueinander entwickelt werden müssen, sodass die Produktion beider Abteilungen genau den Erfordernissen der jeweils anderen Abteilung und der Gesellschaft insgesamt entspricht (Marx: Das Kapital, Band II, MEW 24, S. 423).

Auch im Sozialismus bedeutet eine Ausweitung der Produktion und ein Wachstum des gesellschaftlichen Wohlstands zunächst eine Ausweitung der Produktion von Produktionsmitteln, um die Produktionskapazität zu erhöhen. Der entscheidende Unterschied zum Kapitalismus besteht darin, dass die Entwicklung der Abteilungen im Sozialismus durch den zentralen Plan gleichmäßig und im richtigen Verhältnis von statten gehen kann, während es im Kapitalismus ständig zu Ungleichgewichten und damit zu Krisen kommen muss.

Eine wichtige Erkenntnis, die wir also hier festhalten können, ist, dass auch im Sozialismus ökonomische Gesetzmäßigkeiten wirken. Auch diese Gesetze sind objektiv vorhanden, das heißt, sie existieren unabhängig vom Willen der Menschen. Wie ist das zu verstehen? Ist es im Sozialismus nicht der Mensch, der über sein eigenes Schicksal und die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt? Ja, das ist korrekt. Aber es bedeutet nicht, dass deshalb die Menschen den sozialistischen Aufbau beliebig gestalten könnten, oder dass es eine Vielzahl möglicher Formen des Sozialismus geben könnte. Ohne Gesetzmäßigkeiten wäre die gesellschaftliche Entwicklung im Sozialismus zufällig und chaotisch. Es gäbe keine Möglichkeit mehr, sie wissenschaftlich zu analysieren und steuernd in sie einzugreifen. Die Politische Ökonomie als Wissenschaft hätte also keine Funktion mehr. Auch für die sozialistische Planwirtschaft gelten aber bestimmte ökonomische Gesetze, die von den sozialistischen Planern zu beachten sind, wenn der sozialistische Aufbau nicht ins Stocken geraten soll.

Ein solches Gesetz ist die oben erwähnte verhältnismäßige Entwicklung der Abteilungen der Produktion und der Vorrang der Produktion von Produktionsmitteln, solange die Gesellschaft noch unter wirtschaftlichem Mangel leidet und daher auf stetiges Wachstum angewiesen ist.

Welches ist nun das grundlegendste ökonomische Gesetz des Sozialismus, das die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung vorgibt und von dem auch die anderen gesellschaftlichen Gesetze abhängig sind?

Laut Stalin ist dieses Gesetz die *„Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik."* (Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, S. 41). Er argumentiert, dass die zentrale Wirtschaftsplanung zwar wichtig, aber nicht das Grundgesetz des Sozialismus sein kann, weil sie an sich noch nicht aussagt, welche Aufgabe diese Planung hat. Die Ausrichtung der Planung auf die Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der Menschen sei dagegen das grundlegende richtunggebende Prinzip der sozialistischen Produktion. Auch bei Marx gibt es eine ähnliche Formulierung: *„Ökonomie der Zeit sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiednen Zweige der Produktion bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion."* (Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 42, S. 105). Auch Marx sieht also im ständigen

Fortschritt der Produktivkräfte zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse das grundlegende Gesetz des Sozialismus.

9.2.5 Die zwei Phasen des sozialistischen Aufbaus

Der Marxismus unterscheidet im sozialistischen Aufbau zwei Entwicklungsphasen. In der ersten Phase ist die neue Produktionsweise noch unvollständig verwirklicht und die Gesellschaft ist noch von Überbleibseln des Kapitalismus gezeichnet. Marx schreibt über diese Phase: *„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt"* (Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 20). In dieser Phase ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bereits abgeschafft und die Mehrwertproduktion und Kapitalakkumulation bilden nicht mehr die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Entlohnung der Arbeiter findet trotzdem noch nach ihrer geleisteten Arbeit statt, wie oben dargestellt wurde. Es gibt in dieser Phase noch Überbleibsel der Warenproduktion, wie z.B. der Warentausch zwischen kollektivierten Landwirtschaftsbetrieben und dem Staat. Zu Beginn kann es sogar noch kleine private Betriebe geben, da es möglicherweise nicht angemessen ist, diese sofort zu vergesellschaften. Die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft geht aber dahin, den Umfang der Warenproduktion und des Warenaustauschs immer weiter zurückzudrängen. Auch die Bedeutung des Geldlohns sinkt immer weiter, da immer mehr Dienste (wie Bildung, Gesundheitsversorgung, öffentlicher Verkehr, Sport, Kultur, soziales Beisammensein usw.) von der gesamten Gesellschaft kostenlos allen Bürgern zur Verfügung gestellt wurden. In der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern war dieses Prinzip schon zu einem hohen Maß verwirklicht und betraf z.B. auch andere Bedürfnisse wie Grundnahrungsmittel, Wohnung und Urlaub, die zwar nicht kostenlos, aber stark verbilligt zugänglich gemacht wurden. Dadurch werden gesellschaftliche Unterschiede, die es zu Beginn natürlich noch in bedeutendem Maße geben kann (z.B. zwischen leitenden Angestellten und einfachen Arbeitern), immer geringer und verschwinden schließlich ganz. Bildung wird nicht mehr das Vorrecht der herrschenden Klasse und der Mittelschichten sein, sondern alle Menschen werden zunehmend gleichen Zugang zu ihr bekommen. Dadurch werden die Unterschiede zwischen einfachen, komplizierten und leitenden Tätigkeiten, zwischen Hand- und Kopfarbeit an Bedeutung verlieren. Lenin wird die Aussage zugeschrieben, dass im Sozialismus letzten Endes jede Köchin in der Lage sein muss, den Staat zu regieren. Das heißt nicht, dass es keine Spezialisierung mehr geben wird, denn natürlich ist es schwierig vorstellbar, gleichzeitig Experte in der Quantenphysik, der Politischen Ökonomie und der Herzchirurgie zu sein. Aber die ausschließliche Beschränkung des Menschen auf eine Tätigkeit durch die vom System weitgehend vorbestimmte Berufswahl wird der Vergangenheit angehören. Stattdessen wird es um die allseitige Entwicklung des Individuums

und seiner Fähigkeiten und Potenziale gehen.

Je weiter dieser Prozess fortgeschritten ist, je mehr die Überbleibsel der überholten kapitalistischen Gesellschaft an Gewicht verlieren werden, je weiter also die vollen Potenziale des Menschen entwickelt werden und die Unterschiede zwischen Armen und Reichen verschwinden, desto mehr nähert sich die Gesellschaft dem Punkt, wo sie tatsächlich im vollen Maße als klassenlose Gesellschaft, als eine Gesellschaft der Freien und Gleichen bezeichnet werden kann.

Oft wird die erste Phase der neuen Gesellschaft als die Phase des Sozialismus oder der Diktatur des Proletariats bezeichnet und die zweite Phase als Kommunismus oder klassenlose Gesellschaft. Die Unterscheidung zwischen den beiden Phasen kann aber nicht sehr scharf gezogen werden. Denn der Sozialismus stellt keine andere Produktionsweise und keine qualitativ andere Gesellschaftsform dar als der Kommunismus, sondern nur ein frühes, unvollständiges Entwicklungsstadium der kommunistischen Gesellschaft. Der Übergang zur kommunistischen Gesellschaft verläuft auch nicht abrupt, wie der revolutionäre Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, sondern als allmähliches Hinüberwachsen. Eine Revolution ist im Übergang zur kommunistischen Gesellschaft weder notwendig, noch möglich. Denn die herrschende Klasse in der frühen Phase des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus ist ja die Arbeiterklasse, die im Verlauf des Aufbauprozesses alle anderen Klassen auflöst. Die Arbeiterklasse ist zwar herrschende Klasse, aber zum ersten Mal in der Geschichte ist die herrschende Klasse keine Ausbeuterklasse, sondern eine Klasse, die sich die Abschaffung jeder Ausbeutung zum Ziel gesetzt hat. Es gibt also keine ausgebeutete Klasse mehr, die die herrschende Arbeiterklasse stürzen könnte.

9.2.6 Kann Sozialismus funktionieren? Oder ist er nur eine unrealistische Utopie?

Schließlich noch ein paar Worte zu der Frage, ob der Sozialismus „funktionieren" kann. Die antikommunistische Propaganda behauptet immer wieder, der Sozialismus sei vielleicht eine „schöne Idee", aber letztendlich könne er doch nicht funktionieren. Auch viele Menschen, die sich ehrlich eine andere Gesellschaft wünschen, stellen sich oft die Frage, ob der Sozialismus/Kommunismus nicht letztlich doch eine unrealistische Utopie sei. Diese Frage ist jedoch bereits als Frage in gewisser Weise fehlgeleitet. Denn der Kapitalismus hat längst Produktivkräfte geschaffen, die nur noch im Sozialismus ihr volles Entwicklungspotenzial weiter entfalten können. Er zwingt bereits die Arbeiter in einem Maße zur Kooperation, dass die Organisierung des Arbeitsprozesses unter dem vereinten Kommando der Gesellschaft offensichtlich möglich und effizienter wäre. Mit anderen Worten: Die Planwirtschaft, die laut den antikommunistischen Ideologen nicht funktionieren kann, findet in jedem kapitalistischen Monopolkonzern bereits statt – nur eben nicht gesamtgesellschaftlich und nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern am Profit ausgerichtet.

Auch die angebliche „Natur des Menschen", die so oft als Argument gegen den Sozialismus angeführt wird, wurde bereits widerlegt: Denn der Mensch ist immer das Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen er lebt, sodass es eine allgemeine, für alle Epochen gültige Menschennatur gar nicht gibt. Der Kapitalismus lässt in den Menschen ihre wahren Potenziale verkümmern und fördert vor allem die niedersten und verabscheuungswürdigsten Charakterzüge. Es ist natürlich wahr, dass Menschen zu unvorstellbaren Grausamkeiten und den größten Verbrechen gegen ihre eigene Art imstande sind, wenn die Gesellschaft diese Fähigkeiten in ihnen entwickelt, wie es imperialistische Staaten und Armeen und besonders der Faschismus immer getan haben. Die kapitalistischen Ideologen wollen uns weismachen, dass der Mensch von Natur aus ein Einzelgänger ist, der nur nach dem eigenen Vorteil strebt und grausam gegen seine Mitmenschen ist. Doch dieses Menschenbild entspricht nicht der Realität. Denn sogar im Kapitalismus strebt der Mensch auch nach der Befriedigung seiner materiellen, aber auch sozialen, kulturellen und intellektuellen Bedürfnisse, wie dem Bedürfnis nach Solidarität, Freundschaft, Gemeinschaft usw., die allesamt gerade unter kapitalistischen Bedingungen nur unzureichend erfüllt werden können und nach dem Sozialismus verlangen. Die Arbeiterbewegung fördert und kultiviert auch schon im Kapitalismus die Solidarität unter den Arbeitern, den selbstlosen Einsatz füreinander und für eine bessere Gesellschaft. In einer sozialistischen Gesellschaft, wo die Arbeiter nicht mehr die Erfahrung der ständigen Konkurrenz gegeneinander machen, wo der gemeinsame Aufbau und die gegenseitige Hilfe und Unterstützung im Vordergrund stehen, entwickelt sich das Bewusstsein der Menschen ganz anders. Die Geschichte zeigt anhand von Millionen Beispielen, dass die Volksmassen im Sozialismus zu enormen Leistungen imstande sind: Von den freiwilligen Arbeitsbrigaden (z.B. die Subbotnik- und Stachanow-Bewegung in der Sowjetunion), bei denen Arbeiter freiwillig mehr arbeiteten, um den sozialistischen Aufbau zu beschleunigen bis hin zum Massenheroismus, mit dem Millionen Arbeiter und Bauern unter gewaltigen Opfern die Sowjetunion gegen den deutschen Faschismus verteidigten oder das vietnamesische Volk die USA als größte Militärmacht der Welt abwehrten.

Der Sozialismus ist gerade deshalb eine sinnvolle Gesellschaftsform, weil er an den menschlichen Bedürfnissen und Neigungen, also an der menschlichen Natur orientiert ist. Der Kapitalismus hingegen zeigt seinen irrationalen Charakter nicht nur durch seine regelmäßigen Krisen. Im Kapitalismus hängen auch Erfindungen und technische Neuerungen davon ab, ob das private Kapital sich einen Profit davon verspricht. Großinvestitionen, die sich erst langfristig lohnen, werden von den Kapitalisten erst gar nicht getätigt, weil es ihnen um den kurzfristigen Profit geht, daher muss hier bereits der Staat einschreiten. Und viele Neuerungen werden sogar verhindert, weil sie die Profite beschneiden. Es ist allgemein bekannt, dass technische Geräte bewusst mit eingebauten Fehlern konstruiert werden, damit sie nach ein paar Jahren kaputt gehen und neu gekauft werden müssen. In der DDR wurde hingegen beispielsweise ein fast unzerbrechliches Glas entwickelt, weil es im Sozialismus eben darum geht, die Wissenschaft

Die Kontroverse um das Wertgesetz im Sozialismus

In der UdSSR und auch in den anderen sozialistischen Ländern setzte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 zunehmend die Auffassung durch, wonach das Wertgesetz auch ein Gesetz des Sozialismus sei. Demnach gingen Ökonomen und Politiker in den sozialistischen Ländern davon aus, dass Ware-Geld-Beziehungen und Gewinnstreben ebenfalls nicht im Widerspruch zum Sozialismus stehen würden, sondern für den Sozialismus nutzbar gemacht werden könnten. Begründet wurde dies oftmals durch ein falsches Verständnis des Wertgesetzes: Es wurde behauptet, dass das Wertgesetz und der Warentausch gegen Geld eine Folge der Arbeitsteilung in einer entwickelten Gesellschaft seien. In Wirklichkeit entsteht das Wertgesetz aber nur auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln. Wie Marx gezeigt hat, tendiert der Warentausch aus sich heraus immer dazu, sich hin zum Kapitalismus zu entwickeln. Auch in den sozialistischen Ländern zeigte sich, dass das Vorhandensein kleiner privater Betriebe auch im Rahmen einer sozialistischen Wirtschaft dazu führt, dass die Eigentümer dieser Betriebe ein bürgerliches, gegen den Sozialismus gerichtetes Klassenbewusstsein behalten oder ausbilden.

Stalin hatte bis zu seinem Tod (1953) gegen solche Auffassungen gekämpft. Seiner Meinung nach war das Wirken des Wertgesetzes mit dem Sozialismus auf Dauer unvereinbar und musste im Verlauf des sozialistischen Aufbaus immer mehr zugunsten der umfassenden Planung zurückgedrängt werden. Nach seinem Tod begann unter Führung Nikita Chruschtschows jedoch eine umfassende Kampagne gegen Stalin, die auch damit einherging, seine wirtschaftspolitischen Positionen zu verwerfen.

in den Dienst des Menschen anstatt des Profits zu stellen – in diesem Falle hieß das, sinnvolle Gebrauchsgegenstände zu produzieren und dabei Ressourcen einzusparen. Nach der Zerschlagung des Sozialismus konnte sich diese Erfindung jedoch nicht durchsetzen, weil die kapitalistischen Glasproduzenten ein Interesse daran haben, dass Gläser beim Fallen zerspringen und somit der Markt für ihre Waren nie versiegt.

Während also die antikommunistische Propaganda behauptet, dass eine sozialistische Planwirtschaft wirtschaftlich ineffizient sei, ist das genaue Gegenteil der Fall. In der Planwirtschaft werden immer die neuesten und besten wissenschaftlichen Entwicklungen und Erfindungen umgesetzt werden, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und den Ressourcenverbrauch zu senken. Weil die Forschung und Entwicklung nicht in jeder Firma einzeln stattfindet und durch das Betriebsgeheimnis behindert wird, sondern von allen Wissenschaftlern der Gesellschaft mit vereinten Kräften angegangen wird, beschleunigt sich im Sozialismus der wissenschaftliche Fortschritt enorm. Weil nicht mehr nur ein kleiner Teil der Menschheit die Möglichkeit hat, sich zum Ingenieur oder Wissenschaftler zu

entwickeln, sondern letztlich die Potenziale aller Menschen so weit wie möglich ausgeschöpft werden, wird auch die Anzahl großer und genialer Künstler und Wissenschaftler sich stark erhöhen.

Die kapitalistische Produktionsweise hat in ihrer Anfangsphase im Vergleich zum Feudalismus und anderen vorkapitalistischen Produktionsweisen die Entwicklung der Produktivkräfte massiv beschleunigt. In vergleichbarer Weise wird auch der Sozialismus die Produktivkraftentwicklung, die von den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen eingeengt, gehemmt und in eine destruktive Richtung gelenkt wird, zum Nutzen der Menschheit entfesseln. Die kapitalistische Ressourcenverschwendung durch ständige Krisen, die Zerstörung von Mensch und Natur, durch Kriege, zurückgehaltene technische Neuerungen sowie unproduktive und schädliche Tätigkeiten (z.B. die Tätigkeiten von Finanzspekulanten und Finanzberatungsfirmen, Repressionsapparaten, Werbe- und Marktforschungsfirmen, aber auch Bereiche wie Prostitution, Drogen- und Waffenhandel usw.) wird der planmäßigen, an gesellschaftlich sinnvollen Zielen orientierten Arbeit Platz machen.

Arbeitsfragen

- **Was ist der Unterschied zwischen dem Lohn im Kapitalismus und im Sozialismus**
- **Was unterscheidet das Geld im Kapitalismus von dem im Sozialismus?**
- **Wieso sprechen wir von zwei Phasen des Sozialismus und worin unterscheiden diese sich?**

Diskussionsfragen

- **Welche ökonomischen Gesetzmäßigkeiten gibt es im Sozialismus? Welche Folgen kann es haben, wenn diese Gesetze verletzt werden? Ist es richtig, dass das Wertgesetz im Widerspruch zum sozialistischen Aufbau steht?**

10

Schlusswort: Für den Aufbau der kommunistischen Partei und einer klassenkämpferischen Arbeiterbewegung!

In dieser ausführlichen Einführung in den Wissenschaftlichen Sozialismus haben wir nun die Grundlagen der dialektisch-materialistischen Philosophie, der marxistischen Kritik der Politischen Ökonomie und Staatsauffassung, sowie der verschiedenen Bereiche der Theorie des Klassenkampfes und der Revolution behandelt.

Alle Verhältnisse umwerfen, *„in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."* (Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, MEW 1, S. 385). Darin besteht immer noch die große Aufgabe der Arbeiterklasse und der Kommunisten. Eine neue Welt zu erschaffen, eine Welt ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das ist keine realitätsferne Utopie. Im 20. Jahrhundert hat es in verschiedenen Ländern der Welt bereits Gesellschaften gegeben, in denen der Kapitalismus überwunden war; Gesellschaften, die nicht mehr auf Ausbeutung beruhten, sondern auf vernünftiger, wissenschaftlicher Planung der Produktion zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Letzten Endes wurden diese Gesellschaften fast überall wieder zerstört und der Kapitalismus wiederhergestellt. Dazu kam es aber nicht, weil der Sozialismus an sich unmöglich ist oder der „Natur des Menschen widerspricht". Es kam dazu aufgrund des enormen Drucks, den der Imperialismus auf das sozialistische Lager ausübte, aber vor allem auch aufgrund von Fehlern, die von den Kommunisten gemacht und nicht korrigiert wurden. Dass diese Fehler gemacht wurden, dass der Sozialismus zerschlagen werden konnte, ändert nichts daran, dass die kommunistische Idee aktueller ist als je zuvor.

Um diese Welt zu verändern, müssen wir uns organisieren. Diese Organisierung findet im realen Leben statt, am Lebens- und Arbeitsmittelpunkt, im Wohnviertel, im Betrieb, in Schulen und Universitäten. Hier müssen Kommunisten aktiv werden und zu einem gewissen Grad mit den Massen verschmelzen. Dieser Kampf kann aber von keinem Individuum geführt werden, egal wie erfahren oder belesen jemand ist. Nur als Teil eines Kollektivs, als Teil der Kommunistischen Partei kann dieser Kampf erfolgreich sein. Die wichtigste Schlussfolgerung, die entscheidende Botschaft dieser Einführung lautet deshalb:

Organisiert euch! Baut mit uns die Kommunistische Partei auf! Wir haben eine Welt zu gewinnen!

Lob des Kommunismus

Was spricht eigentlich gegen den Kommunismus?
Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.
Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.
Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.
Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die
Schmutzigen nennen ihn schmutzig.

Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.
Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.
Aber wir wissen,
Er ist das Ende der Verbrechen.

Er ist keine Tollheit, sondern
Das Ende der Tollheit.
Er ist nicht das Chaos.
Sondern die Ordnung.
Er ist das Einfache,
Das schwer zu machen ist.

Bertolt Brecht

KOMMUNISTISCHE
PARTEI